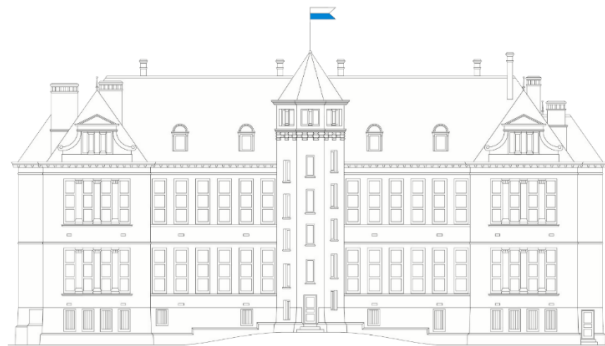


# **EUROPABERICHT**



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

zum 1. Juli übernimmt Bayern von Baden-Württemberg für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK) – symbolisiert durch die Glocke, die mir die baden-württembergische Europa-Staatssekretärin *Cornelia von Loga* Anfang dieser Woche bei einem Treffen auf dem Bodensee übergeben hat. Die Europaministerkonferenz ist seit ihrer Gründung im Jahr 1992 in Wildbad Kreuth eng mit Bayern als treibender Kraft verbunden und liegt mir persönlich sehr am Herzen. Entstanden vor dem Hintergrund des Vertrags von Maastricht und der zunehmenden Relevanz der Europapolitik für die Länder, hat sich die EMK zu einer wichtigen Fachministerkonferenz entwickelt. Dort werden die europapolitischen Interessen der Länder gebündelt, Positionen zu europäischen Grundsatzfragen abgestimmt und ein geschlossenes Auftreten gegenüber Bund und EU-Institutionen sichergestellt. Gerade in einer Zeit zunehmender geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Umbrüche und technologischer Transformationen kommt dieser Koordinierungsfunktion besondere Bedeutung zu.

Der bayerische Vorsitz wird bewusst zwei sich ergänzende Leitbegriffe in den Mittelpunkt stellen: Souveränität und Subsidiarität. Es geht um nicht weniger als die Frage, wie Europa seine strategische Handlungsfähigkeit sichern und zugleich die föderalen Strukturen stärken kann. Für mich ist klar: Europäische Souveränität bleibt ohne leistungsfähige Regionen unvollständig, ebenso wie Subsidiarität unvollständig bleibt ohne ein handlungsfähiges und souveränes Europa.



Ich möchte den Vorsitz nutzen, um konkrete Impulse zu setzen und bei den vielfältigen europapolitischen Herausforderungen aktiv Lösungen zu suchen. Durch eine stärkere thematische Konzentration auf zentrale Fragen wie Sicherheit und Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit sowie eine solide und ausgewogene Haushaltspolitik und durch eine engere Verzahnung mit den europäischen Institutionen kann die EMK noch stärkere Wirkung entfalten. Die drei geplanten Sitzungen – im November in Brüssel, im Februar 2027 in Berlin und zum Abschluss im Juni 2027 in Lindau – markieren dabei die zentralen Wegpunkte. Sie schaffen Raum für vertiefte politische Diskussionen und setzen sichtbare Akzente für die Rolle der Länder in Europa.

Mit Blick auf die dringend notwendigen Fortschritte bei der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und beim Bürokratieabbau gab es zuletzt positive Signale aus Brüssel. Die sogenannten „Omnibusse“ – also Gesetzesvorschläge, mit denen mehrere bestehende Rechtsakte gleichzeitig geändert werden und die zu



Vereinfachung und Bürokratieabbau beitragen sollen – nehmen wieder Fahrt auf. So wurde in der vorletzten Woche eine Einigung zum „Verteidigungs-Omnibus“ erzielt, mit dem die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie durch schnellere Genehmigungsverfahren, mehr Flexibilität bei öffentlicher Auftragsvergabe und Ausnahmen von Umweltvorschriften entlastet wird. Davon werden auch zahlreiche bayerische Unternehmen profitieren. Auch beim „Mittelstands-Omnibus“ konnten sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament einigen. Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen sollen gezielt auf eine neue Kategorie von Unternehmen, die sogenannten „kleinen Midcaps“, ausgeweitet und zugleich EU-Produktvorschriften stärker digitalisiert werden. Schließlich gelang auch beim „Chemie-Omnibus“ eine Einigung, wodurch zentrale Vorschriften im Chemikalien-, Kosmetik- und Düngemittelrecht vereinfacht und Unternehmen von Bürokratie- und Compliance-Kosten entlastet werden. Andere wichtige Vorhaben bleiben aber leider hinter den Erwartungen zurück. Bei den Omnibus-Paketen für den Automobilbereich und für die Lebens- und Futtermittel geht es zu langsam voran. Und mit dem von uns geforderten Omnibus-Paket für den Finanzsektor wurde noch nicht einmal begonnen.

Ein Thema, das uns nach der Brüsseler Sommerpause intensiv beschäftigen wird, ist die anstehende Reform des europäischen Vergaberechts, zu der die Kommission Anfang September Vorschläge vorlegen will. Für Bayern kommt es darauf an, die Verfahren spürbar zu vereinfachen und stärker an den praktischen Bedürfnissen der Unternehmen und Kommunen auszurichten. Diese Forderungen haben wir auf verschiedenen Ebenen an die EU-Institutionen herangetragen. Am 12. Juni fand dazu bei der IHK für München und Oberbayern auf Einladung des Bürokratieabbau-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung, MdL *Walter Nussel*, ein Praxis-Check mit hochrangigen EU-Entscheidungsträgern statt, bei dem wir unsere Erwartungshaltung nochmals verdeutlichen konnten.

Schließen möchte ich mit guten Nachrichten aus dem Bereich der Handelspolitik. Hier gelang die finale Einigung über das Zoll- und Handelsabkommen mit den USA, das damit rechtzeitig zum 250. Geburtstag der Vereinigten Staaten am 4. Juli – und damit vor Ablauf der von Präsident *Donald Trump* gesetzten Frist – in Kraft treten kann. Diese Einigung ist ein wichtiger und überfälliger Schritt zur Stabilisierung der transatlantischen Handelsbeziehungen. Mit dem Abschluss eines modernisierten Partnerschafts- und Handelsabkommens mit Mexiko sowie einer neuen Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit mit Südkorea bindet die EU weitere wichtige Handelspartner enger an sich und diversifiziert damit ihr globales Netzwerk.

Nun aber genug der Vorrede. Ich lade Sie ein, auf den folgenden Seiten die aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zu verfolgen, und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

Eric Beißwenger, MdL

Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales



|                                                                                                                                                                                          |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| EDITORIAL .....                                                                                                                                                                          | 2  |
| POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....                                                                                                                                | 16 |
| RATSPRÄSIDENTSCHAFT .....                                                                                                                                                                | 16 |
| Irische Ratspräsidentschaft und Triopräsidentschaft: Politische Schwerpunkte .....                                                                                                       | 16 |
| Europäischer Rat: Diskussion um Handelsschutzinstrumente, Diskussion zur MFR-Verhandlungsbox, Verlängerung der Sanktionen gegen Russland .....                                           | 16 |
| Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Partielle Allgemeine Ausrichtung zu Säulen des MFR, Trioprogramm und Kommissionsbericht zur Vereinfachung .....                                      | 17 |
| Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Schlussfolgerungen zu Global Gateway und Assoziierung Kanadas zu SAFE.....                                                                           | 18 |
| Informeller Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): EPF-Mittel für die Ukraine.....                                                                                           | 18 |
| Gymnich-Treffen der EU-Außenministerinnen und -minister: Ukraine und Naher Osten .....                                                                                                   | 19 |
| Rat für Allgemeine Angelegenheiten: EU-UK Beziehungen und Bekennung Ungarns zum Rechtsstaatsdialog .....                                                                                 | 19 |
| Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Zukunft des Auswärtigen Handelns und Ratsschlussfolgerungen zur nachhaltigen Entwicklung .....                                         | 20 |
| Rat für Auswärtigen Angelegenheiten: Einigung auf Sanktionierung israelischer Siedler im Westjordanland.....                                                                             | 20 |
| Informeller Rat für Allgemeine Angelegenheiten: MFR, EU-Erweiterung und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich.....                                                               | 21 |
| Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): Unterstützung der Ukraine, Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf die EU, europäische Agenda zur Verteidigungsbereitschaft ..... | 22 |
| EUROPÄISCHES PARLAMENT .....                                                                                                                                                             | 22 |
| Plenarwoche vom 15.06. - 18.06.: Neue Verfahrensregelungen, EU-USA-Handelsabkommen, NGT-Pflanzen, Digital-Omnibus und EU-Altfahrzeugeverordnung .....                                    | 22 |
| Plenarwoche vom 18.05. - 21.05.: Europäischer Verdienstorden, ausländische Investitionen .....                                                                                           | 25 |
| EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN .....                                                                                                                                                | 26 |
| AdR verabschiedet Erklärung zum nächstjährigen Arbeitsprogramm der Kommission.....                                                                                                       | 26 |
| AdR erhält den Europäischen Preis Carlos V.....                                                                                                                                          | 26 |
| INSTITUTIONELLES .....                                                                                                                                                                   | 27 |
| Initiative zur transmediterranen Zusammenarbeit im Bereich erneuerbare Energien und saubere Technologien .....                                                                           | 27 |
| Mitteilung über humanitäre Hilfe .....                                                                                                                                                   | 27 |
| Eurobarometer Frühjahr 2026 .....                                                                                                                                                        | 28 |
| VERTEIDIGUNG .....                                                                                                                                                                       | 28 |
| Paket zur militärischen Mobilität: Allgemeine Ausrichtung des Rates .....                                                                                                                | 28 |
| Treffen des EDA-Steuerungsgremiums.....                                                                                                                                                  | 29 |
| ERWEITERUNG .....                                                                                                                                                                        | 29 |



|                                                                                                                                                                                                     |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 2. Beitrittskonferenz mit der Ukraine: Start der Beitrittsverhandlungen .....                                                                                                                       | 29 |
| 2. Beitrittskonferenz mit Moldau: Start der Beitrittsverhandlungen .....                                                                                                                            | 30 |
| 27. Beitrittskonferenz mit Montenegro .....                                                                                                                                                         | 30 |
| 7. Zahlung im Rahmen der Ukraine-Fazilität .....                                                                                                                                                    | 31 |
| 8. Beitrittskonferenz mit Albanien .....                                                                                                                                                            | 31 |
| Zahlungen für Reformfortschritte in Albanien, Montenegro und Nordmazedonien .....                                                                                                                   | 31 |
| INTERNATIONALES .....                                                                                                                                                                               | 32 |
| 11. EU-Ägypten Assoziierungsrat .....                                                                                                                                                               | 32 |
| 11. EU-Südkorea Gipfel: Partnerschaft für die Wettbewerbsfähigkeit und Digitalhandelsabkommen .....                                                                                                 | 32 |
| Kommission stellt das 21. Sanktionspaket gegen Russland vor .....                                                                                                                                   | 33 |
| Europäische Friedensfazilität: Zweite Unterstützungsmaßnahme für Ägypten .....                                                                                                                      | 33 |
| EU vertieft strategische Partnerschaft mit Kenia .....                                                                                                                                              | 34 |
| 8. EU-Westbalkan Gipfel .....                                                                                                                                                                       | 34 |
| Europäische Friedensfazilität: Vierte Unterstützungsmaßnahme für den Libanon .....                                                                                                                  | 35 |
| Investitionskonferenz EU-Moldau .....                                                                                                                                                               | 35 |
| Umsetzung von Sanktionen gegen israelische Siedler sowie gegen Hamas und den Palästinensischen Islamischen Dschihad .....                                                                           | 35 |
| Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen den Iran .....                                                                                                                                          | 36 |
| Europäische Friedensfazilität: Dritte Unterstützungsmaßnahme für Albanien .....                                                                                                                     | 36 |
| EU-Mexiko Gipfel: Unterzeichnung des Modernisierten Globalabkommens und des Interimabkommens über Handel .....                                                                                      | 37 |
| Europäische Friedensfazilität: Dritte Unterstützungsmaßnahme für Bosnien und Herzegowina .....                                                                                                      | 37 |
| Treffen der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder .....                                                                                                                    | 38 |
| EU-Syrien Koordinierungsforum und erster politischer Dialog .....                                                                                                                                   | 38 |
| MEDIEN .....                                                                                                                                                                                        | 39 |
| CULT-Ausschuss des Europaparlaments führt Expertenanhörung zum Rahmen und zur Zukunft der audiovisuellen Politik durch .....                                                                        | 39 |
| Medienministerrat nimmt zentrale medienpolitische Themen in den Blick .....                                                                                                                         | 39 |
| Sechs von der EU finanzierte Filme unter den Preisträgern der Filmfestspiele von Cannes / Gemeinsamer Artikel mehrerer EU-Mitgliedstaaten zur Bedeutung des künftigen Förderprogramms AgoraEU ..... | 40 |
| G7-Staaten verständigen sich auf gemeinsame Grundsätze zum Online-Jugendschutz .....                                                                                                                | 41 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Medienbereich .....                                                                                                                               | 41 |
| STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....                                                                                                                                       | 42 |
| INNERES .....                                                                                                                                                                                       | 42 |
| JI-Rat: Innenminister beraten zu Migration, Schengen, Drogenpolitik und Sicherheit .....                                                                                                            | 42 |
| Kommission legt Aktionsplan zur Eindämmung illegaler Migration über den Ärmelkanal vor .....                                                                                                        | 42 |



|                                                                                                          |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI .....                                 | 43 |
| ASYL UND MIGRATION .....                                                                                 | 44 |
| Kommission zieht Zwischenbilanz zur Umsetzung des Migrations- und Asylpakets .....                       | 44 |
| Ministerrat des Europarats verabschiedet Erklärung zu Migration und EMRK .....                           | 45 |
| EU und Mittelmeer Mitgliedstaaten beraten zu Grenzschutz, Rückführung und Asylpakt .....                 | 45 |
| EP billigt Rückführungsverordnung nach Trilogeeinigung .....                                             | 45 |
| EUAA veröffentlicht aktuelle Asyltrends mit stabilem Antragsniveau und Rückgang syrischer Anträge ..     | 46 |
| EUAA veröffentlicht Leitfäden zur Umsetzung neuer Asylverfahrensregeln ab 12.06.2026 .....               | 46 |
| EU-Asylbericht 2026 zeigt rückläufige Antragszahlen .....                                                | 47 |
| EU-Migrations- und Asylpakt gilt seit 12.06.2026 .....                                                   | 47 |
| Neues Eurodac System startet Betrieb zur Stärkung des EU Asyl- und Migrationsmanagement .....            | 48 |
| Informelles Ministertreffen zum Migrations- und Asylpakt markiert Beginn der Umsetzung .....             | 48 |
| Rückgang irregulärer Grenzübertritte in die EU in den ersten fünf Monaten 2026 .....                     | 49 |
| FREIZÜGIGKEIT .....                                                                                      | 49 |
| Schengenbericht bestätigt stabile Lage und benennt Prioritäten .....                                     | 49 |
| Schengen-Staaten verzeichnen 2025 rund zwölf Millionen Visumanträge .....                                | 49 |
| Kommission bezieht Stellung zu den zeitweiligen internen Grenzkontrollen im Schengen-Raum .....          | 50 |
| Frontex Gremium veröffentlicht Jahresbericht zu Grundrechten .....                                       | 50 |
| Frontex baut Zusammenarbeit mit Serbien und Bosnien und Herzegowina aus .....                            | 51 |
| EuGH beanstandet Einschränkung von Asylbewerberleistungen durch Landkreis Schweinfurt .....              | 51 |
| EuGH stärkt Aufenthaltsrecht von Eltern minderjähriger Unionsbürger .....                                | 52 |
| STAATSANGEHÖRIGKEIT .....                                                                                | 52 |
| EuGH bestätigt Ermittlungsbefugnisse bei Scheinehen trotz späterer Einbürgerung .....                    | 52 |
| INNERE SICHERHEIT .....                                                                                  | 53 |
| Führungswechsel bei Europol nach Weggang von Exekutivdirektorin .....                                    | 53 |
| KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG .....                                                                            | 53 |
| EP stimmt Konvention gegen Cyberkriminalität zu .....                                                    | 53 |
| Kommission und EU-Drogenagentur stellen Europäischen Drogenbericht 2026 vor .....                        | 53 |
| EP fordert Maßnahmen gegen Rekrutierung von Kindern durch organisierte Kriminalität .....                | 54 |
| TERRORISMUSBEKÄMPFUNG .....                                                                              | 54 |
| Gemeinsame europäische Terrorismusdefinition durch Zusatzprotokoll gestärkt .....                        | 54 |
| GELDWÄSCHE .....                                                                                         | 55 |
| EuGH: Zugang zu Informationen über wirtschaftliche Eigentümer bei Treuhandstrukturen zulässig .....      | 55 |
| Zerschlagung des Krypto Geldwäsche Netzwerks AudiA6 mit Bezug zu internationaler Cyberkriminalität ..... | 55 |
| CYBERSICHERHEIT .....                                                                                    | 56 |



|                                                                                                      |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| ENISA Bericht zeigt Fortschritte bei Cybersicherheit in EU-Sektoren .....                            | 56 |
| EU testet Krisenreaktion bei Cyberangriffen auf Verkehrsnetze .....                                  | 56 |
| EU ermöglicht Ukraine schnellen Zugang zu Cyberhilfe der EU .....                                    | 57 |
| GLÜCKSSPIEL .....                                                                                    | 57 |
| EuGH: Maßstäbe für Europäischen Kontenpfändungsbeschluss präzisiert .....                            | 57 |
| KATASTROPHENSCHUTZ .....                                                                             | 57 |
| Kommission erhält 20 Bürgerempfehlungen zur Stärkung der Krisenvorsorge in der EU .....              | 57 |
| Kommission präsentiert Vorsorgeplan für größten Einsatz zur Brandbekämpfung im Sommer 2026 .....     | 58 |
| WAHLEN .....                                                                                         | 58 |
| Rat billigt Stimmrechtsvertretung für Abgeordnete im Europäischen Parlament .....                    | 58 |
| Rat stärkt Wahlrechte mobiler EU Bürger bei Kommunalwahlen .....                                     | 59 |
| SPORT .....                                                                                          | 59 |
| Rat befasst sich mit Sporttourismus und psychischer Gesundheit im Sport .....                        | 59 |
| AdR und EOK fordern EU-weite Finanzierung für Sport .....                                            | 59 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....                                                  | 61 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB .....                             | 61 |
| VERKEHRSPOLITIK .....                                                                                | 61 |
| Ergebnisse des formellen EU-Verkehrsrats am 08.06.2026 in Luxemburg .....                            | 61 |
| Rat nimmt Empfehlungen zur EU-Strategie für die maritime Industrie und EU-Hafenstrategie an .....    | 64 |
| Kommission veröffentlicht EU-Passagierpaket .....                                                    | 65 |
| Kommission veröffentlicht neue Leitlinien zur nachhaltigen urban Mobilitätsplanung .....             | 65 |
| UKRAINE-EU .....                                                                                     | 66 |
| Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für April 2026 ..... | 66 |
| STRAßENVERKEHR .....                                                                                 | 66 |
| Europäisches Parlament positioniert sich gegen eine jährliche Hauptuntersuchung .....                | 66 |
| EU-Methode zur Berechnung verkehrsbedingter Emissionen tritt in Kraft .....                          | 67 |
| SCHIENENVERKEHR .....                                                                                | 67 |
| Europäisches Parlament billigt Einigung zu Schieneninfrastrukturkapazitäten .....                    | 67 |
| LUFTVERKEHR .....                                                                                    | 68 |
| Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren zum nachhaltigen Luftverkehr ein .....                | 68 |
| Kommission aktualisiert EU-Flugsicherheitsliste .....                                                | 68 |
| RADVERKEHR .....                                                                                     | 68 |
| Kommission veröffentlicht Radverkehrsstudie „Cycling Counts“ .....                                   | 68 |
| BAUEN UND WOHNEN .....                                                                               | 69 |
| Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Neuen Europäischen Bauhaus an .....                                 | 69 |
| Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für März 2026 .....                      | 69 |



|                                                                                                                               |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ .....                                                                                            | 70 |
| Kommission: Neuer Direktor für Justizpolitik in der Generaldirektion für Justiz und Verbraucher .....                         | 70 |
| Kommission: Konsultation zur Nachhaltigkeitsberichterstattung .....                                                           | 70 |
| EuGH: Urteil zum Begriff der „öffentlichen Wiedergabe“ der Urheberrechtsrichtlinie .....                                      | 71 |
| Kommission: Veröffentlichung einer Konsultation zur Korruptionsbekämpfung .....                                               | 72 |
| Rat und EP: Trilogieeinigung über neue Regelungen zum Erwachsenenschutz .....                                                 | 72 |
| EuGH: Recht auf angemessene Vergütung für Presseverlage gegenüber Anbietern von Online-Diensten .....                         | 73 |
| EuGH: Veröffentlichung einer Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt ..... | 73 |
| EP: Bestätigung der Trilogieeinigung zur Änderung der EU-Opferschutzrichtlinie .....                                          | 74 |
| EuGH: Urteil zum Kriterium der „Dringlichkeit“ bei Pfändungsbeschlüssen .....                                                 | 74 |
| EuGH: Rechtmäßigkeit des Einfrierens von Trustvermögen .....                                                                  | 75 |
| EuGH: Zugang zu Informationen zu wirtschaftlichen Eigentümern bei Treuhandverträgen .....                                     | 76 |
| Kommission: Veröffentlichung des EU-Justizbarometers 2026 .....                                                               | 77 |
| EuGH: Pflicht zur aktiven Ermöglichung der Strafvollstreckung bei Ablehnung eines Europäischen Haftbefehls .....              | 77 |
| JI-Rat: Treffen der EU-Justizministerinnen und Justizminister in Luxemburg .....                                              | 78 |
| Kommission: Neuer Hauptberater für Strategien zur Entwicklung von Justizpolitiken .....                                       | 79 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich der Justiz .....                                                    | 79 |
| Rat und EP: Trilogieeinigung zur Revision der Fluggastrechte .....                                                            | 80 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS .....                                                                             | 81 |
| Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Bildungsaspekte .....                                                               | 81 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK .....                                                     | 82 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....                                                                            | 84 |
| HOCHSCHULEN/FORSCHUNG .....                                                                                                   | 84 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Forschungsbereich .....                                                     | 84 |
| EU-Forschungsministerrat – keine partielle Allgemeine Ausrichtung zu Horizont Europa .....                                    | 84 |
| Kommission und Australien schließen Assoziierungsverhandlungen zu Horizont Europa ab .....                                    | 85 |
| Kommissionspräsidentin kündigt erneute Teilnahme ungarischer Studierender an Erasmus+ an .....                                | 85 |
| Kommission schlägt 12,8 Mrd. € für Horizont Europa für 2027 vor .....                                                         | 86 |
| Europäischer Forschungsrat startet neue Förderlinie „ERC Plus“ .....                                                          | 86 |
| EU und Vietnam vertiefen Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Innovation .....                                     | 87 |
| KULTUR .....                                                                                                                  | 88 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Kulturbereich .....                                                         | 88 |
| Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Kulturaspekte .....                                                                 | 88 |



|                                                                                                                                                    |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Berichterstatte(r)innen des Europäischen Parlaments veröffentlichen Entwurf zu Förderprogramm<br>AgoraEU .....                                     | 89        |
| Kommission vergibt neuen Simone Veil Preis zur Unterstützung jüdischen Kulturerbes .....                                                           | 90        |
| <b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....</b>                                                                                         | <b>91</b> |
| Euro-Gruppe am 22.05.2026: u.a. digitaler Euro .....                                                                                               | 91        |
| Informeller ECOFIN-Rat am 22./23.05.2026: u.a. Stablecoins und Finanzierung von EU-Vorhaben.....                                                   | 91        |
| Euro-Gruppe am 11.06.2026: u.a. makroökonomische und haushaltspolitische Entwicklungen im Euro-<br>Währungsgebiet.....                             | 92        |
| ECOFIN am 12.06.2026: u.a. Stabilitäts- und Wachstumspakt .....                                                                                    | 92        |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH .....                                                                          | 93        |
| <b>WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION .....</b>                                                                                                        | <b>94</b> |
| Stabilitätsrat: Überprüfung der Einhaltung des Nettoausgabenpfades als neue zentrale Größe der<br>europäischen Fiskalregeln.....                   | 94        |
| Geldmarktfonds: Kommission präzisiert Aufsicht zu Liquiditätspuffern.....                                                                          | 94        |
| Frühjahrsprognose der Kommission: Schwächeres Wachstum und steigende Inflation infolge des<br>Energieschocks .....                                 | 94        |
| EZB warnt vor Gefahren für die Finanzstabilität angesichts des Iran-Konflikts .....                                                                | 95        |
| DG-EFCIN-Konferenz: <i>Dombrovskis</i> fordert stärkere internationale Rolle des Euro.....                                                         | 96        |
| EZB: Bericht zur internationalen Rolle des Euro veröffentlicht.....                                                                                | 96        |
| Frühjahrspaket des Europäischen Semesters: Fahrplan zur Förderung der wirtschaftlichen Resilienz und<br>des sozialen Zusammenhalts in der EU ..... | 97        |
| Änderungen am wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen: Trilog-Einigung am 08.06.2026.....                                                          | 97        |
| EFB bewertet Ausweitung der nationalen Ausweichklausel auf Energieunterstützungsmaßnahmen als<br>höchst fragwürdig .....                           | 98        |
| EZB: Zinserhöhung um 0,25 Prozentpunkte .....                                                                                                      | 98        |
| <b>HAUSHALT .....</b>                                                                                                                              | <b>99</b> |
| MFR 2028 - 2034: AdR fordert Stärkung der Kohäsionspolitik .....                                                                                   | 99        |
| MFR 2028 - 2034: EP-Berichtsentwurf zur NRPP-VO .....                                                                                              | 99        |
| MFR 2028 - 2034: Rede von <i>Friedrich Merz</i> zur Verleihung des Internationalen Karlspreises an<br><i>Mario Draghi</i> .....                    | 100       |
| Die vom EP weitgehend unterstützte Idee einer EU-Abgabe auf Online-Glücksspiel wirft dennoch Fragen<br>auf .....                                   | 100       |
| MFR 2028 - 2034: Orientierungsaussprache im Rat für Allgemeine Angelegenheiten .....                                                               | 101       |
| Neue Kampagne zum EU-Haushalt: Wie der EU-Haushalt die Menschen im Alltag unterstützt .....                                                        | 102       |
| EU-Haushalt 2027: Haushaltsentwurf der Kommission .....                                                                                            | 102       |
| MFR 2028 - 2034: Verhandlungsbox der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft.....                                                                        | 103       |
| MFR 2028 - 2034: Partielle Allgemeine Ausrichtung des Rates zur NRPP-VO .....                                                                      | 103       |
| MFR 2028 - 2034: Pressekonferenz mit führenden Europaabgeordneten .....                                                                            | 104       |



|                                                                                                                                                                                                            |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| STEUERN.....                                                                                                                                                                                               | 104 |
| Online-Workshop „Realitätscheck zur Vereinfachung von Verbrauchsteuerverfahren“ .....                                                                                                                      | 104 |
| Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter: Arbeitsprogramm 2026 verfügbar .....                                                                                                                                | 105 |
| OECD: Alternde Bevölkerung belastet langfristig das Steueraufkommen .....                                                                                                                                  | 105 |
| ECON-Ausschuss am 03.06.2026: Annahme des Initiativberichts zum 28. Steuerregime .....                                                                                                                     | 105 |
| Kommission beanstandet deutsche Regelungen zum Investitionsabzugsbetrag bei Auslandsinvestitionen von KMU .....                                                                                            | 106 |
| Die Kommission verabschiedet Durchführungsregeln für den neuen 3-Euro-Zoll auf Niedrigwertimporte .....                                                                                                    | 106 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE.....                                                                                                                                       | 108 |
| WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....                                                                                                                                                             | 108 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi.....                                                                                                                                   | 108 |
| EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket zu kleinen Midcaps .....                                                                                                                         | 108 |
| EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich .....                                                                                                                    | 109 |
| Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung von AGILE fest.....                                                                                                                           | 109 |
| Rat legt Standpunkt zu Einrichtung europäischer Unternehmensbrieftaschen fest .....                                                                                                                        | 110 |
| Rat legt Standpunkt zu Vorschlägen zur Stärkung des CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichssystems fest.....                                                                                                      | 110 |
| Rat legt partiellen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds fest.....                                                                              | 111 |
| Kommission nimmt Entscheidung zur Einführung der „Battery Booster Facility“ an .....                                                                                                                       | 111 |
| Kommission initiiert Konsultation zur Überprüfung der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe.....                                                                        | 112 |
| Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für kritische Rohstoffe.....                                                                       | 112 |
| Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen für Eisen- und Stahlprodukte.....                                                                                  | 112 |
| Kommission initiiert zwei Konsultationen zu Entwicklungen im Zusammenhang mit Märkten für Kryptowerte.....                                                                                                 | 113 |
| Kommission initiiert Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung hinsichtlich der Typgenehmigung von Bremspartikelemissionen von Fahrzeugen und zur Haltbarkeit von bordeigenen Batterien ..... | 113 |
| Kommission genehmigt deutsche Beihilferegelung für den Bau zwei neuer Anlagen für die Halbleiterproduktion.....                                                                                            | 114 |
| Kommission übermittelt an mehrere Unternehmen Mitteilungen der Beschwerdepunkte wegen Kunstrasenkartellen .....                                                                                            | 114 |
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Porterbrook durch Dalmore, Allianz, CBRE Napier und AIMCo .....                                                                                       | 115 |
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von TenneT Germany durch BMW und TransTenneT .....                                                                                                        | 115 |



|                                                                                                                                                                               |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von ROFA durch SPIE DACH .....                                                                                               | 115 |
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Magna's European Lighting Business durch Mutares .....                                                                   | 116 |
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Xella durch Holcim unter Bedingung .....                                                                                 | 116 |
| Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von KNDS durch KfW und GIAT .....                                                                                            | 116 |
| Kommission veröffentlicht Bericht zur Angemessenheit der Verordnung über Geldmarktfonds aus aufsichtsrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht sowie ergänzende Leitlinien ..... | 117 |
| Kommission veröffentlicht European Startup and Scaleup Scoreboard .....                                                                                                       | 117 |
| European Innovation Council wählt Investmentunternehmen EQT als Fondsmanager für neuen Scaleup Europe-Fonds aus .....                                                         | 117 |
| European Innovation Council veröffentlicht Ausschreibung für das „EIC STEP Defence Scale Up“ Programm .....                                                                   | 118 |
| Wettbewerbsfähigkeitsrat tauscht sich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Binnenmarkt und Industrie aus .....                                                           | 118 |
| Wettbewerbsfähigkeitsrat tauscht sich zu EU Space Act und Weltraum für wirtschaftliche Sicherheit aus .....                                                                   | 119 |
| Informelles Treffen der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister .....                                                                                                   | 119 |
| Rat für Wirtschaft und Finanzen zur Spar- und Investitionsunion und zum CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsmechanismus.....                                                      | 119 |
| TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....                                                                                                                                              | 120 |
| Kommission legt Tech Sovereignty Package vor .....                                                                                                                            | 120 |
| Kommission legt Verordnungsvorschlag für die EU-weite Genehmigung von Systemen vor, die Satellitenmobildienste erbringen.....                                                 | 121 |
| Kommission und ESA stärken Zusammenarbeit bei Operationen und Dienstleistungen im Weltraum ..                                                                                 | 121 |
| AUßENWIRTSCHAFT.....                                                                                                                                                          | 122 |
| EP und Rat erzielen politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA.....                                                                    | 122 |
| EP bestätigt politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA.                                                                               | 122 |
| Rat gibt grünes Licht für Unterzeichnung der Abkommen zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko .....                                                      | 123 |
| EU und Mexiko unterzeichnen modernisiertes Globalabkommen und Interims-Handelsabkommen .....                                                                                  | 123 |
| EU und Südkorea unterzeichnen Abkommen über den digitalen Handel zwischen der EU und der Republik Südkorea .....                                                              | 124 |
| EU und ESA4 (Komoren, Madagaskar, Mauritius, Seychellen) schließen Verhandlungen für modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab .....                                | 124 |
| Rat nimmt Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zollltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel an.....                                                           | 125 |
| EP bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen.....                                                      | 125 |
| Rat bestätigt Verordnung für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen.....                                                                                       | 125 |



|                                                                                                                                                             |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| EP bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zum Schutz des EU-Stahlmarktes vor Überkapazitäten.....                                           | 126 |
| Rat bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zum Schutz des EU-Stahlmarktes vor Überkapazitäten.....                                          | 126 |
| Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Betonstahlmatten aus China und der Türkei ein.....                                      | 126 |
| Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von aliphatisch-aromatischen Copolyestern mit Ursprung in der Volksrepublik China ein ..... | 127 |
| EU und Kenia vertiefen strategische Partnerschaft.....                                                                                                      | 127 |
| Handelsministerrat zu wirtschaftlicher Sicherheit und globalem Handel.....                                                                                  | 127 |
| ENERGIE .....                                                                                                                                               | 128 |
| Kommission veröffentlicht Maßnahmenkatalog zur Bewältigung der Energiekrise .....                                                                           | 128 |
| Kommission genehmigt deutsche Beihilferegelung zur Förderung der erneuerbaren Wasserstoffproduktion .....                                                   | 128 |
| Informeller Rat der EU-Energieminister über Energieunion, Versorgungssicherheit und Speicherbedarf .....                                                    | 129 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....                                                                                                    | 130 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV .....                                                                                   | 130 |
| Grünes Licht für Verordnung zu neuen genomischen Techniken (NGT) .....                                                                                      | 130 |
| Fortschritte im Chemikalien-Omnibus .....                                                                                                                   | 131 |
| Vorläufige Einigung zur Reformierung des EU-Emissionshandelssystems .....                                                                                   | 131 |
| Produktsicherheit: Vorläufige Einigung zum 4. Omnibus-Paket.....                                                                                            | 132 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS .....                                                                                | 133 |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF .....                                                                                  | 133 |
| Tagung Agrarrat, 26.05.2026, Brüssel .....                                                                                                                  | 134 |
| Kommission legt Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung vor.....                                                                                | 135 |
| Kommission schlägt 540 Mio. € Soforthilfe und weitere Unterstützung für Landwirte bei .....                                                                 | 136 |
| Europäisches Parlament wendet Dringlichkeitsverfahren für Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirten aufgrund hoher Düngemittelpreise an .....              | 137 |
| Europäisches Parlament nimmt Vorschriften zur Stärkung der Position der Landwirte an.....                                                                   | 138 |
| Verordnung zu neuen genomischen Techniken wird in Kraft treten .....                                                                                        | 138 |
| Rat und Europäisches Parlament erzielen politische Einigung zur Verordnung über Pflanzenvermehrungsmaterial .....                                           | 139 |
| Rat legt Verhandlungsposition zur Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung fest.....                                                                             | 140 |
| Rat nimmt Rechtsakt zur Vereinfachung der Vorschriften für Biozide an .....                                                                                 | 140 |
| Ausschuss der Regionen fordert stärkere Verankerung der ländlichen Entwicklung in der Kohäsionspolitik.....                                                 | 141 |



|                                                                                                                                |            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Kommission startet Konsultation zum „Stresstest“ der Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie .....                     | 141        |
| Kommission veröffentlicht Mitteilung zur nachhaltigen Fischerei und startet Konsultation zu .....                              | 141        |
| Kommission veröffentlicht jährliche Tätigkeitsberichte 2025 für Landwirtschaft und Fischerei .....                             | 142        |
| Kommission meldet über 3.700 geschützte geografische Angaben in der EU .....                                                   | 143        |
| Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA .....       | 143        |
| EU und Mexiko unterzeichnen modernisiertes Globalabkommen und Interims-Handelsabkommen .....                                   | 144        |
| Rat nimmt Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zolltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel an .....            | 145        |
| Kommission setzt Zollbefreiung für Zuckerimporte vorübergehend aus .....                                                       | 145        |
| Kommission veröffentlicht Studie zu Veränderungen in der Landwirtschaft .....                                                  | 146        |
| Kommission veröffentlicht Bericht zum EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im Februar 2026 .....                                   | 146        |
| Eurostat: Verkauf von Pestiziden in der EU steigt 2024 um 8 % .....                                                            | 147        |
| Eurostat: Landwirtschaftliche Erzeugerpreise im 1. Quartal 2026 gesunken .....                                                 | 147        |
| Eurostat: EU erzielt 2025 Handelsüberschuss von knapp 25 Mrd. € bei Agrarprodukten .....                                       | 148        |
| Eurostat: Tourismusküchen in der EU im 1. Quartal 2026 um 3 % gestiegen .....                                                  | 148        |
| Rat legt strategische Leitlinien für nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektor fest .....                            | 148        |
| Konsultation der Kommission zu EU-Regeln für multimodale Buchung und einheitliches digitales Ticketing .....                   | 149        |
| Kommission veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität .....                                                               | 149        |
| <b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES .....</b>                                                                | <b>151</b> |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS .....                                                      | 151        |
| Kommission: Veröffentlichung des Sozialpakets .....                                                                            | 152        |
| Europäisches Semester – Frühjahrspaket 2026: Arbeitsmarkt und Sozialpolitik .....                                              | 153        |
| Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ zu Erasmus+, KI und Jugendstrategie .....                                              | 154        |
| Gesetzgebung: Änderung der Verordnung über den Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für entlassene Arbeitnehmer ..... | 154        |
| Eurobarometer: Fachkräftemangel bei kleinen und mittleren Unternehmen .....                                                    | 155        |
| Europäische Investitionsbank: Leitfaden für geschlechtergerechte öffentliche Beschaffung .....                                 | 155        |
| Rat: Internationaler Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie .....                                                      | 156        |
| Kommission: Bericht zur Umsetzung der Saisonarbeiterrichtlinie .....                                                           | 156        |
| Parlament: Abgeordnete fordern Europäischen Tag zum Gedenken der Opfer von Arbeitsunfällen .....                               | 157        |
| <b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION .....</b>                                                           | <b>158</b> |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich Gesundheit, Pflege und Prävention .....                              | 158        |
| EP nimmt Entschließung zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie an .....                                                   | 158        |
| Ergebnisse des EPSCO-Rats vom 16.06.2026 .....                                                                                 | 159        |



|                                                                                                                                                             |            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Europäische Arzneimittelagentur hat 2025 die Zulassung von 104 Humanarzneimitteln empfohlen .....                                                           | 159        |
| Zypern veranstaltete Konferenz zu durch Mücken übertragenen Krankheiten .....                                                                               | 160        |
| Gesundheitskommissar <i>Oliver Várhelyi</i> gibt Erklärung zum Weltnichtrauchertag ab .....                                                                 | 160        |
| Europäische Datenbank für Medizinprodukte: Anwendung der ersten Module seit dem 28.05.2026<br>verpflichtend .....                                           | 161        |
| Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unvollständiger Umsetzung<br>neuer Ausbildungsregeln für Gesundheitsberufe ein ..... | 161        |
| Kommission veröffentlicht Arbeitsdokument zu den Biotech-Act-Vorschlägen.....                                                                               | 162        |
| Kommission startet öffentliche Konsultation bezüglich der Überarbeitung der Tabakrichtlinien.....                                                           | 162        |
| Europäisches Parlament spricht sich für mehr Geschlechtergleichstellung in der Pflege aus .....                                                             | 163        |
| Kommission veröffentlicht Durchführungsverordnung im Rahmen der MDR und IVDR.....                                                                           | 163        |
| Ebola-Ausbruch: Europäisches Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten gibt<br>Einschätzungen und Empfehlungen ab.....                           | 164        |
| Kommission startet Global Health Resilience Initiative .....                                                                                                | 164        |
| Rat und Europäisches Parlament erzielen vorläufige Einigung bei Critical Medicines Act.....                                                                 | 165        |
| Kommission veröffentlicht Bericht zu Belegschaftsstärken im Gesundheitswesen .....                                                                          | 166        |
| Kommission kündigt Evaluierung des HTA-Rechtsrahmens an.....                                                                                                | 166        |
| Kommission kündigt Möglichkeit individueller Befreiungen von der erweiterten Herstellerverantwortung<br>bei der KARL an .....                               | 167        |
| Kommission hebt die Bedeutung des Schutzes der psychischen Gesundheit junger Menschen im<br>digitalen Umfeld hervor.....                                    | 167        |
| Hantavirus: Maßnahmen und Empfehlungen der EU-Einrichtungen .....                                                                                           | 168        |
| <b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>                                                                                                                | <b>169</b> |
| Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD .....                                                                                    | 169        |
| Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2026.....                                                                                                       | 169        |
| Kommission veröffentlicht European Technological Sovereignty Package .....                                                                                  | 169        |
| Europäisches Parlament stimmt Trilogeeinigung zum KI-Omnibus zu .....                                                                                       | 170        |
| Kommission ernennt <i>Jim Hagemann Snabe</i> zum Sonderbeauftragten für industrielle KI .....                                                               | 170        |
| EU und Brasilien vertiefen Beziehungen durch Digitalpartnerschaft.....                                                                                      | 170        |
| EU und Japan bauen Digitalpartnerschaft aus .....                                                                                                           | 170        |
| Kommission setzt zwei Expertengremien zur Umsetzung der KI-Verordnung ein.....                                                                              | 171        |
| Umsetzung der Transparenzanforderungen.....                                                                                                                 | 171        |
| Kommission führt Konsultation zur Einstufung von Hochrisiko-KI-Systemen durch .....                                                                         | 171        |
| <b>PLATTFORMEN .....</b>                                                                                                                                    | <b>172</b> |
| Kommission veröffentlicht Bericht über die Umsetzung des Digital Markets Act .....                                                                          | 172        |
| Kommission verhängt Geldbuße von 200 Mio. € gegen Temu .....                                                                                                | 172        |
| Meta muss konkurrierenden KI-Chatbots kostenlosen WhatsApp-Zugang geben .....                                                                               | 172        |



Kommission bittet um Rückmeldung zu den Trusted-Flagger-Richtlinien..... 172



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### Irische Ratspräsidentschaft und Triopräsidentschaft: Politische Schwerpunkte

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die 2. Jahreshälfte 2026. Für Irland ist es die achte Ratspräsidentschaft. Unter dem Motto „Ní neart go cur le chéile - Strength with unity“ stehen die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, den Schutz der europäischen Werte und die Sicherheit im Fokus der nächsten sechs Monate. Im Rahmen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten soll die Arbeit am nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 - 2034, an der Vereinfachungsagenda, den Zielen des Fahrplans „Ein Europa, Ein Markt“, der EU-Erweiterung, dem Schutz der demokratischen Institutionen und den Beziehungen zum Vereinigten Königreich und den EWR-Statten weitergeführt werden. Die Arbeit des Rates für Auswärtige Angelegenheiten konzentriert sich auf die Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur, die Achtung des Multilateralismus, die Unterstützung der Ukraine und den Einsatz für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten. Die Arbeit an der Neuen Europäischen Sicherheitsstrategie wird fortgesetzt und Beziehungen zu Partnern in der Welt sollen gestärkt werden.

Irland bildet gemeinsam mit Litauen (Ratspräsidentschaft in der 1. Jahreshälfte 2027) und Griechenland (Ratspräsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 2027) eine Triopräsidentschaft mit einem gemeinsamen Programm für den 18-Monatszeitraum. Dieses nennt insbesondere die Arbeit am MFR 2028 - 2034, die EU-Erweiterung vor dem Hintergrund der geostrategischen Lage, das koordinierte und strategische außenpolitische Handeln der EU, die Kooperation mit gleichgesinnten Partnern, das strategische Vorgehen im Bereich Sicherheit und Verteidigung, einen umfassenden Ansatz in der Migrationspolitik, die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und die Sicherstellung erschwinglicher Energiepreise, die Arbeit an der Spar- und Investitionsunion, die Förderung eines nachhaltigen und resilienten Agrarsektors, die Dekarbonisierung und Stärkung der EU-Industrie, die Förderung CO<sub>2</sub>-neutraler Technologien und der Übergang zur zirkulären Wirtschaft, den erfolgreichen Grünen und Digitalen Wandel sowie den Einsatz der Kohäsionspolitik, um die gesamte EU als attraktiven Lebens- und Arbeitsplatz zu festigen.

[Website der irischen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der irischen Ratspräsidentschaft](#)

#### Europäischer Rat: Diskussion um Handelsschutzinstrumente, Diskussion zur MFR-Verhandlungsbox, Verlängerung der Sanktionen gegen Russland

Am 18. / 19.06.2026 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel zum Europäischen Rat. EU-Ratspräsident *António Costa* (eigenständiges Ausloten diplomatischer Kanäle nach Russland) und die Hohe Vertreterin *Kaja Kallas* (angeblicher Vergleich der israelischen Politik mit dem früheren



Apartheidssystem in Südafrika) mussten sich der Kritik der Staats- und Regierungschefs stellen. Mit Blick auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit China wurde die Kommission beauftragt, neue und zielgerichtete Handelsschutzinstrumente gegen Marktverzerrungen zu entwickeln und noch im 3. Quartal 2026 konkrete Gesetzesvorschläge vorzulegen. Im Raum stehen sektorspezifische Schutzzölle, Lieferkettendiversifizierung sowie weitere Maßnahmen gegen Online-Billigplattformen. Der Wechsel der ungarischen Regierung machte sich insbesondere dadurch bemerkbar, dass erstmals seit Dezember 2024 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um ein Jahr (anstelle von sechs Monaten) verlängert wurden. Zudem erfolgte ein erster Austausch über die von der zyprischen Ratspräsidentschaft erarbeitete Verhandlungsbox zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034. Die Debatte offenbarte tiefgehende, strukturelle Konflikte über die Zukunft der europäischen Finanzen und einen Kampf zwischen „Modernisierer“ (DEU, AUT, NL) und „Freunde der Kohäsion“ (17 Mitgliedstaaten, u.a. süd- und osteuropäische Staaten). Eine neue „Verhandlungsbox“ durch die dann amtierende irische EU-Ratspräsidentschaft ist für Oktober geplant.

[Tagungsseite](#)

### **Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Partielle Allgemeine Ausrichtung zu Säulen des MFR, Trioprogramm und Kommissionsbericht zur Vereinfachung**

Am 16.06.2026 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Für die EU nahmen die EU-Kommissare *Piotr Serafin* und *Michael McGrath* teil. Deutschland wurde durch den Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt *Gunther Krichbaum* vertreten. Die Ministerinnen und Minister erörterten die Tagesordnung des nächsten Europäischen Rates und tauschten sich zur ersten Verhandlungsbox der zyprischen Ratspräsidentschaft zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 - 2034 aus. Weiter einigte sich der Rat auf partielle Allgemeine Ausrichtungen zu den drei Säulen des MFR 2028 - 2034: Den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen, dem Europäischen Wettbewerbsfonds sowie dem Instrument für das EU-Außenhandeln Global Europe.

Im Rahmen der partiellen Allgemeinen Ausrichtung zu Global Europe werden im Vergleich zum Kommissionsvorschlag eine größere Rolle der Mitgliedstaaten in der strategischen und politischen Führung, bei der Festlegung der leistungsorientierten Plänen zur Unterstützung von Beitrittskandidaten und der Östlichen Partnerschaftsländern, mehr Kontrolle über den Mechanismus zur Bewältigung neu auftretender Herausforderungen und Prioritäten, insb. durch einen Austausch zwischen Rat und Kommission vor Inanspruchnahme der Mittel und die Förderung der Europäischen Präferenz und direkte Beteiligung europäischer Unternehmen in Vergabeverfahren in strategisch wichtigen Sektoren (u. a. Energie, Digitalisierung und kritische Infrastruktur), in der die Sicherheitsinteressen der EU betroffen sind, vorgeschlagen. Die Kommission stellte einen Fortschrittsbericht zu den Omnibus-Paketen zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften vom 12.06.2026 vor. Weiter verabschiedete der Rat das 18-Monatsprogramm der Trio-Präsidentschaft, bestehend aus Irland, Litauen und Griechenland.



[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung zu MFR: partielle Allgemeine Ausrichtung zu Global Europe](#)

### **Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Schlussfolgerungen zu Global Gateway und Assoziierung Kanadas zu SAFE**

Am 15.06.2026 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas*. Die Ministerinnen und Minister führten einen Austausch mit dem armenischen Außenminister zur russischen Einmischung in die Parlamentswahlen sowie mit dem ukrainischen Außenminister zur Lage und den dringendsten Bedarfen des Landes. Aus der Aussprache ging deutlich hervor, dass die Ministerinnen und Minister einhellig gewillt sind, die Ukraine weiter zu unterstützen und den Druck auf Russland zu erhöhen. Weiteres Thema war das angekündigte Rahmenabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran, der humanitären Lage im Libanon sowie außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen der EU zu China.

Der Rat beschloss die Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Destabilisierung Moldaus und der russischen Kriegsindustrie. Weiter bestätigte er den förmlichen Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Kanada, mit dem Kanada das erste nichteuropäische Land wird, das sich an Beschaffungen im Rahmen des SAFE-Instruments beteiligt. Der Rat nahm ferner Schlussfolgerungen zu Global Gateway an, in denen er bekräftigt, dass die EU das Programm als weltweite Investitionsstrategie zum Aufbau beiderseitig vorteilhafter Partnerschaften und zur Mobilisierung öffentlicher und privater Ressourcen im Hinblick darauf, globale Investitionslücken zu schließen, weiterverfolgen wird.

[Tagungsseite](#)

### **Informeller Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): EPF-Mittel für die Ukraine**

Am 07. / 08.06.2026 fand eine informelle Tagung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) in Nikosia (Zypern) statt. Für die EU nahm die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* teil. Die EU-Verteidigungsministerinnen und -minister tauschten sich zur Ukraine-Unterstützung (u.a. industrielle Kooperation im Bereich der Luftabwehr), zur maritimen Sicherheit (im Mittelmeerraum sowie in Bezug auf die russische Schattenflotte) und zur Neuen Europäischen Sicherheitsstrategie aus. HV *Kallas* bestätigte, dass Ungarn sein Veto gegen die Freigabe von 6,6 Mrd. € für die Europäische Friedensfazilität (EPF) aufgehoben habe. Die EPF-Mittel können für die Kompensation bisheriger Waffenlieferungen durch die Mitgliedstaaten an die Ukraine, die Beschaffung neuer Waffen sowie die Finanzierung der EU-Ausbildungsmission für die Ukraine (EUMAM) verwendet werden. Die Verteidigungsministerinnen und -minister bekräftigten ihre Position, dass die Ukraine weiter unterstützt werden solle. Noch in diesem Monat soll eine erste Tranche in Höhe von 5,9 Mrd. € des Unterstützungsdarlehens ausgezahlt werden, um mit diesen Mitteln die ukrainische Drohnenproduktion zu sichern.



[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft](#)

### **Gymnich-Treffen der EU-Außenministerinnen und -minister: Ukraine und Naher Osten**

Am 27. / 28.05.2026 trafen sich die Außenministerinnen und -minister der EU im informellen Gymnich-Format in Limassol unter Leitung der zyprischen Ratspräsidentschaft und der Hohen Vertreterin *Kaja Kallas*. Ziel des Treffens war ein offener und strategischer Austausch zu zentralen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen ohne formelle Beschlussfassung. Im Mittelpunkt stand der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Minister bekräftigten ihre fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine und diskutierten die Notwendigkeit, den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Russland aufrechtzuerhalten. Ein Austausch mit dem ukrainischen Außenminister ergänzte die Beratungen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Lage im Nahen Osten. Die Minister erörterten die geopolitischen Folgen der anhaltenden Konflikte sowie deren Auswirkungen auf regionale Stabilität, Energieversorgung und internationale Handelsströme. Das Treffen wurde durch den Austausch mit Drittstaaten, darunter Indien und Saudi-Arabien, ergänzt, um globale Perspektiven einzubeziehen.

[Tagungsseite](#)

### **Rat für Allgemeine Angelegenheiten: EU-UK Beziehungen und Bekennung Ungarns zum Rechtsstaatlichkeitsdialog**

Am 26.05.2026 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Für die EU nahmen die Kommissare *Michael McGrath* (Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit), *Glenn Micallef* (Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport), *Maroš Šefčovič* (Handel) und *Piotr Serafin* (Haushalt) teil. Deutschland wurde durch Botschafter *Thomas Ossowski* vertreten.

Der Rat bereitete den Europäischen Rat am 18. / 19.06.2026 vor. Der Rat führte zudem eine Orientierungsaussprache zum künftigen EU-Haushalt. Diskutiert wurde insbesondere, wie Programme und Instrumente – etwa die Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne, der Wettbewerbsfonds (ECF), das Außenpolitikinstrument „Global Gateway“, die „Connecting Europe“ Fazilität sowie Binnenmarkt- und Zollprogramme – gezielt zur Stärkung von Wachstum, Integration und Resilienz beitragen können. Hinsichtlich der Beziehungen zum Vereinigten Königreich berichteten Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst über die Umsetzung bestehender Abkommen und die Fortschritte nach dem EUUK-Gipfel vom 19.05.2025. Perspektivisch sollen Gespräche über ein Stromabkommen und ein Kohäsionsabkommen aufgenommen werden. Im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs wurden die Länderberichte zu Frankreich, Kroatien, Italien und Lettland erörtert. Besondere Aufmerksamkeit galt Ungarn: Nach einem Regierungswechsel signalisierte die ungarische Delegation die Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit der EU zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Standards. Ziel ist auch die Freigabe bislang blockierter EU-Mittel in Höhe



von rund 10,4 Mrd. €. Der Rat verabschiedete weiter eine Richtlinie zur Stärkung der Wahlrechte mobiler EU-Bürger bei Kommunalwahlen, einschließlich besserer Information und vereinfachter Registrierung. Zudem wurde eine Änderung des Europäischen Wahlakts angenommen, die unter bestimmten Bedingungen Proxy Voting ermöglicht (Deutschland enthielt sich). Die bestehenden Russland-Sanktionen wurden bis zum 28.05.2027 verlängert. Im informellen Austausch thematisierten die Ministerinnen und Minister zudem die Generationengerechtigkeit und strategische Vorausschau.

[Tagungsseite](#)

### **Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Zukunft des Auswärtigen Handelns und Ratsschlussfolgerungen zur nachhaltigen Entwicklung**

Am 18.05.2026 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung) in Brüssel unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas*. Für Deutschland nahm die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Reem Alabali Radovan* teil.

Im Fokus stand die Zukunft des auswärtigen Handelns der EU angesichts wachsender geopolitischer Herausforderungen. Die Ministerinnen und Minister betonten die zentrale Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und die Notwendigkeit, die EU als verlässlichen Partner in einem zunehmend unter Druck stehenden multilateralen System zu positionieren. Hervorgehoben wurde zudem die Bedeutung einer stärkeren Kohärenz zwischen entwicklungs-, wirtschafts- und außenpolitischen Zielen. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu einem koordinierteren EU-Ansatz im Umgang mit Fragilität und Entwicklung an. Zudem wurde die Rolle der Global-Gateway Strategie als Instrument zur Umsetzung außenpolitischer Prioritäten und zur Stärkung partnerschaftlicher Investitionen unterstrichen. Diskutiert wurden außerdem die globalen Auswirkungen des Iran-Konflikts, insbesondere auf Energie, Ernährungssicherheit und Migration. Der Rat bekräftigte die Absicht, gemeinsam mit Partnern die Resilienz betroffener Staaten zu stärken. Darüber hinaus wurden die Sanktionen gegen Personen und Organisationen, die mit dem ehemaligen Al-Assad-Regime in Syrien in Verbindung stehen, bis zum 01.06.2027 verlängert.

[Tagungsseite](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zur nachhaltigen Entwicklung](#)

### **Rat für Auswärtigen Angelegenheiten: Einigung auf Sanktionierung israelischer Siedler im Westjordanland**

Am 11.05.2026 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel. Für die EU nahm die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* teil. Deutschland wurde durch Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt *Gunther Krichbaum* vertreten.



Die Ministerinnen und Minister hielten eine Aussprache zu aktuellen Themen mit den zugeladenen Außenministern der Westbalkanstaaten. Man kam darin überein, konkrete Schritte (etwa EU-Unterstützung gegen hybride Bedrohungen und den Abschluss weiterer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften) zu einer vertieften Kooperation in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu unternehmen. In Bezug auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine diskutierte der Rat die weitere finanzielle, militärische und energietechnische Unterstützung der Ukraine sowie die Sicherheitsgarantien, die die EU bieten könnte (etwa die Stärkung des EU-Satellitenzentrums zur Überwachung der Waffenruhe und zur Bekämpfung von Sanktionsumgehung). Der Rat einigte sich auf Maßnahmen (Einfrieren von Vermögenswerten, Verbot der Bereitstellung finanzieller Mittel sowie bei natürlichen Personen: Ein- und Durchreiseverbot) gegen 16 Personen und sieben Einrichtungen, die für die systematische Verschleppung ukrainischer Kinder verantwortlich sind. Im Hinblick auf den Nahen Osten diskutierte der Rat eine Verstärkung des Engagements gegenüber den Golfstaaten sowie die Verschärfung der restriktiven Maßnahmen der EU zur Sicherung der Freiheit der Schifffahrt, sowie die Möglichkeit einer Verstärkung der Operation ASPIDES. Der Rat stellte die vollständige Anwendung des Kooperationsabkommens zwischen der EWG und Syrien wieder her, die seit dem Jahr 2011 wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen unter dem Assad-Regime teilweise ausgesetzt war. Der Rat erzielte eine politische Einigung dahingehend, dass gezielt Sanktionen wegen der Gewalt radikaler israelischer Siedler gegen Palästinenser im Westjordanland verhängt werden sollen. Gleiches gilt in Bezug auf restriktive Maßnahmen gegen führende Persönlichkeiten der Hamas.

[Tagungsseite](#)

### **Informeller Rat für Allgemeine Angelegenheiten: MFR, EU-Erweiterung und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich**

Am 10. / 11.05.2026 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten informell in Nikosia (Zypern). Für die EU nahm Haushaltskommissar *Piotr Serafin* teil. Die Diskussion zum nächsten MFR 2028 - 2034 konzentrierte sich auf dessen allgemeine Flexibilität und dessen spezielle Instrumente zur Krisenreaktion. Ziel der zyprischen Ratspräsidentschaft ist es, im Juni eine erste Verhandlungsbox vorzustellen. Gemeinsam mit Vertretern der EU-Beitrittskandidaten und potenzieller Beitrittskandidaten besprachen die Mitgliedstaaten zudem die Bedeutung der strategischen Erweiterung als Investition in die Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Einheit Europas. Es wurde betont, dass der Beitritt entlang der Fortschritte bei der Angleichung an die fundamentalen EU-Werte, also leistungsorientiert, erfolge und dieser Maßstab nicht aufgrund geopolitischer Notwendigkeiten gesenkt werde. Gemeinsam mit dem britischen Minister für Verfassungsfragen und EU-Beziehungen *Nick Thomas-Symonds* tauschten sich die Ministerinnen und Minister über bewährte Verfahren und gewonnene Erkenntnisse bei der Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung (FIMI) aus. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich soll insb. im Bereich des Informationsaustausches und der Koordinierung in multilateralen Foren intensiviert werden.



[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung der zyprischen Ratspräsidentschaft](#)

### **Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): Unterstützung der Ukraine, Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf die EU, europäische Agenda zur Verteidigungsbereitschaft**

Am 12.05.2026 berieten sich die Verteidigungsminister der Europäischen Union im Rahmen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) über die sicherheitspolitische Lage und die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit. Die Tagung wurde von *Kaja Kallas*, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, geleitet, die auch als Präsidentin des Rates fungierte. Im Mittelpunkt standen eine aktualisierte, umfassende Bedrohungsanalyse sowie die weitere militärische Unterstützung für die Ukraine, insbesondere durch das 90 Mrd. € umfassende Unterstützungsdarlehen, industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und den Ausbau gemeinsamer Verteidigungsstrukturen. Zudem tauschten sich die Mitgliedstaaten über die Auswirkungen der angespannten Lage im Nahen Osten auf die europäische Sicherheit aus, etwa mit Blick auf die Sicherung wichtiger Handelsrouten wie der Straße von Hormus und die Möglichkeit einer Verlängerung der EU-Marineoperation ASPIDES. Abschließend berieten sie über die Umsetzung der europäischen Agenda zur Verteidigungsbereitschaft mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu vertiefen, die Rüstungsindustrie zu stärken und Hindernisse für gemeinsame Beschaffung und schnellere Einsatzfähigkeit abzubauen.

[Tagungsseite](#)

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT**

### **Plenarwoche vom 15.06. - 18.06.: Neue Verfahrensregelungen, EU-USA-Handelsabkommen, NGT-Pflanzen, Digital-Omnibus und EU-Altfahrzeugeverordnung**

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe hierzu Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Neue Verfahrensregelungen des Plenums**

Am 15.06.2026 eröffnete Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola* die Sitzung mit dem Hinweis, dass während dieser Plenartagung erstmals neue Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsabläufe getestet werden, wie zuvor von der Konferenz der Präsidenten beschlossen. Ziel ist eine flexiblere Gestaltung, höhere Zugänglichkeit der Debatten sowie eine bessere Organisation der parlamentarischen Arbeit. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen klar festgelegte Anfangs- und Endzeiten für Debatten. Die Kommission erhält verstärkt Möglichkeiten, in Debatten einzugreifen und auf Beiträge zu reagieren. Darüber hinaus werden spontane Wortmeldungen über „Blue Cards“ ausgeweitet und kurze persönliche Erklärungen ermöglicht. Neu ist zudem eine regelmäßige Fragestunde mit der Kommission am Dienstag. Für zentrale Debatten gilt weiterhin ein flexibleres Format ohne feste Rednerreihenfolge.



- **Handelsabkommen zwischen der EU und den USA**

Am 16.06.2026 stimmte das EP der in den interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat erzielten vorläufigen Einigung zum Handelsabkommen der EU mit den USA final zu. Die Abgeordneten gaben der Abschaffung von Zöllen auf alle US-Industriegüter sowie einem präferenziellen Marktzugang für bestimmte US-Meeresfrüchte und nicht sensible Agrarerzeugnisse grünes Licht. Die Handelserleichterungen unterliegen einer Verfallsklausel und laufen am 31.12.2029 aus, wenn nicht eine Verordnung zur Verlängerung der Maßnahmen auf dem Weg gebracht wird. Im Verordnungstext sind außerdem Schutzmaßnahmen zugunsten der EU enthalten: So können die Zollpräferenzen ausgesetzt werden, wenn die USA an einem höheren Zollsatz als 15 % auf Stahl- und Aluminiumderivate festhalten, die Bedenken der EU hinsichtlich der zolltariflichen Behandlung von EU-Exporten nicht ausräumen oder die EU-Industrie und EU-Landwirtschaft erheblich unter den neuen Regelungen leiden. Die EU setzt mit der Einigung ihren Teil des Turnberry-Deals vom Juli 2025 noch vor dem 04.07.2026 um, den US-Präsident *Donald Trump* als Frist gesetzt hatte.

- **Digital-Omnibus**

Am 16.06.2026 einigte sich das EP auf die Änderung bestimmter Vorschriften im Rahmen des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz als Teil des sog. „Digital-Omnibusses“. Die Verpflichtungen aus dem KI-Gesetz für Hochrisiko-KI-Systeme werden aufgeschoben und sind für eigenständige Hochrisiko-KI-Systeme ab dem 02.12.2027 und für KI-Systeme, die als Sicherheitskomponenten eingebettet sind und unter sektorale Rechtsvorschriften der EU über Sicherheit und Marktüberwachung fallen, ab dem 02.08.2028 zwingend anzuwenden. Künftig gilt zudem ein Verbot für „Nudifier-Apps“: KI-Systeme, die Material über sexuellen Kindesmissbrauch generieren oder Bilder, Videos und Tonaufnahmen erstellen, die intime Bereiche einer identifizierbaren Person oder sexuell eindeutige Handlungen ohne deren Einwilligung zeigen, dürfen nicht auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, es sei denn, sie sind mit angemessenen technischen Schutzvorkehrungen ausgestattet.

- **Neue genomische Techniken**

Am 17.06.2026 stimmte das EP der in den interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat erzielten vorläufigen Einigung zu den geänderten Vorschriften für neue genomische Techniken (NGT) zu. Der Großteil der neuen Regeln greift nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren. Kern der Regelungen ist ein zweistufiges System: NGT-Pflanzen der Kategorie 1 (bis zu 20 genetische Modifikationen) werden konventionellen Züchtungen gleichgestellt. Für Lebensmittel aus NGT-1-Pflanzen entfallen die strenge Kennzeichnungspflicht im Supermarkt sowie aufwendige Umweltprüfungen. Für NGT der Kategorie 2 gelten weiterhin strengere Regeln. Patente auf NGT-Pflanzen sind unter dem neuen Rechtsrahmen erlaubt. Statt bindender Einschränkungen sieht das Gesetz Vorkehrungen für einen fairen Umgang zwischen Patenthaltern und Lizenznehmern vor, etwa einen Verhaltenskodex. Im Ökolandbau bleiben NGT der Kategorie 1 verboten. Ausschlusskriterien sollen sicherstellen, dass umweltschädliche NGT-Pflanzen (Herbizid-Toleranz, insektizide Wirkung) nicht von gelockerten Regeln profitieren.



- **EU-Altfahrzeugeverordnung**

Am 18.06.2026 stimmte das EP der in den interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat erzielten vorläufigen Einigung zu neuen EU-Vorschriften zur kreislaforientierten Konstruktion von Fahrzeugen und Entsorgung von Altfahrzeugen zu. Neufahrzeuge müssen so konstruiert werden, dass möglichst viele Teile und Komponenten leicht ausgebaut werden können und einen (mit der Zeit steigenden) Anteil an recycelten Kunststoff enthalten. Beim Verkauf eines Gebrauchtfahrzeugs müssen Unternehmen (Privatpersonen nur bei Online-Verkäufen) darauf achten, dass es sich nicht um ein Altfahrzeug handelt oder alternativ über eine gültige Verkehrstauglichkeitsbescheinigung verfügt. Fünf Jahre nach Inkrafttreten der EU-Altfahrzeugeverordnung dürfen nicht verkehrstaugliche Fahrzeuge nicht mehr exportiert werden.

- **Fortschritte der Westbalkanländer im Beitrittsprozess**

Am 17.06.2026 befassten sich die Abgeordneten mit den Berichten Fortschritte mehrerer Westbalkanländer auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Albanien verzeichnet deutliche Fortschritte, muss jedoch Reformen konsequenter umsetzen. Bosnien und Herzegowina erhält Unterstützung, wird aber zu tiefgreifenden Reformen sowie zur Überwindung politischer Blockaden aufgefordert. Kosovo zeigt Engagement, steht jedoch wegen politischer Instabilität und ausstehender Reformen in der Kritik; entscheidend bleibt die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien. Montenegro gilt als weit fortgeschritten und verfolgt ambitionierte Beitrittsziele, wobei politische Stabilität zentral ist. Nordmazedonien wird unterstützt, zeigt jedoch Reformdefizite, insbesondere bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung; neue politische Impulse gelten als notwendig.

- **Stillstand im Beitrittsprozess der Türkei und Georgiens**

Am 17.06.2026 überprüften die Abgeordneten die Beitrittsverfahren in Bezug auf die Türkei und Georgien. Das EP warnt vor anhaltendem demokratischem Rückschritt in beiden Ländern und fordert Reformen sowie eine entschlossener EU-Reaktion. In Georgien sei die weitere EU-Annäherung strikt von überprüfbaren Schritten zur Umkehr des anti-europäischen Kurses abhängig. Zugleich bekundet das EP Solidarität mit der pro-europäischen Bevölkerung und stellt die Legitimität der politischen Führung infrage. Für die Türkei bleibt der Beitrittsprozess seit 2018 blockiert, obwohl das Land strategisch wichtig bleibt. Mangelnde Reformen bei Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und demokratischen Standards sowie Konflikte mit Mitgliedstaaten bremsen den Fortschritt; die Abgeordneten fordern ein klareres Vorgehen der EU.

- **Eindringen russischer Drohnen in den Europäischen Luftraum**

Am 18.06.2026 nahm das EP eine EntschlieÙung an, in der Russlands Drohnenverstöße im EU-Luftraum als Teil einer gezielten Einschüchterungsstrategie und Russland vollständig verantwortlich für diese Eskalation gesehen wird. Es zeigt Solidarität mit besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten wie Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Rumänien. Die Abgeordneten betonen, dass diese Angriffe eine ernsthafte Bedrohung für Sicherheit und Souveränität der EU darstellen und auch Belarus eine Mitschuld trägt. Gefordert wird eine verstärkte Unterstützung für die Ukraine und Moldau sowie eine engere



Zusammenarbeit und Bündelung von Ressourcen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit und der NATO-Ostflanke.

Die nächste Plenartagung des EP findet vom 06.07. - 09.07.2026 in Straßburg statt

[Pressemitteilungen des EP](#)

### Plenarwoche vom 18.05. - 21.05.: Europäischer Verdienstorden, ausländische Investitionen

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe hierzu Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Erstmalige Verleihung des Europäischen Verdienstordens**

Am 19.05.2026 hat das EP erstmals den Europäischen Verdienstorden verliehen, um Personen für ihren bedeutenden Beitrag zur europäischen Integration sowie zur Förderung und Verteidigung europäischer Werte zu ehren. Die Verleihungszeremonie im Plenarsaal in Straßburg wurde von Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola* und Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* geleitet, die die ersten zwanzig Preisträgerinnen und Preisträger aus aller Welt auszeichneten, darunter *Dr. Angela Merkel*, *Lech Wałęsa*, der ukrainische Präsident *Volodymyr Selenskyj*, *Viviane Reding* sowie Mitglieder der Band U2. Der Orden wurde im vergangenen Jahr anlässlich des 75. Jahrestags der Schuman-Erklärung gegründet und ist die erste zivile Auszeichnung, die von einer EU-Institution verliehen wird.

- **Überprüfung ausländischer Investitionen in strategische Sektoren der EU**

Am 19.05.2026 hat das EP mit 508 Ja-Stimmen neue EU-Vorschriften zur obligatorischen Überprüfung ausländischer Investitionen in strategische Sektoren beschlossen, um Sicherheitsrisiken für die Union zu minimieren. Die Verordnung betrifft sensible Bereiche wie Verteidigung, Halbleiter, künstliche Intelligenz, kritische Rohstoffe und Finanzdienstleistungen und verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Prüfung von Investitionen, bei denen der Investor letztlich im Besitz von Personen oder Einrichtungen aus Nicht-EU-Ländern steht, einschließlich Transaktionen innerhalb der EU. Der Mechanismus zur Zusammenarbeit zwischen den nationalen Überprüfungsbehörden und der Kommission wird verbessert und Verfahren gestrafft und harmonisiert, um die Komplexität zu verringern und die EU gleichzeitig als Investitionsstandort attraktiver zu machen, während der Markt für ausländisches Kapital weiterhin offenbleibt. Die neue Verordnung muss nun noch vom Rat förmlich gebilligt werden, bevor sie in Kraft tritt und 18 Monate später angewendet wird.

[Pressemitteilung](#)



## EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

### AdR verabschiedet Erklärung zum nächstjährigen Arbeitsprogramm der Kommission

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) nahm in seiner Konferenz der Präsidenten am 05.05.2026 seine Standpunkte zum Arbeitsprogramm der Kommission (KOM) für 2027 an. Im Mittelpunkt der entsprechenden Erklärung steht die Ablehnung einer weiteren Zentralisierung im Rahmen des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens sowie die Forderung nach einer stabilen, kohäsionsorientierten Finanzpolitik unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Außerdem wird eine systematische Berücksichtigung territorialer Auswirkungen von Gesetzgebung sowie eine institutionell verankerte Beteiligung regionaler und lokaler Behörden in nationalen Umsetzungsplänen gefordert. Thematisch adressiert der AdR ein breites Spektrum politischer Prioritäten, darunter Energie- und Digitalpolitik, Industrie- und Innovationsförderung sowie Sicherheit und Verteidigung, jeweils mit besonderem Fokus auf regionale Dimensionen und dezentrale Ansätze. Auch sozialpolitische Themen wie Armutsbekämpfung, Arbeitsbedingungen sowie Jugend- und Kinderpolitik werden hervorgehoben und mit der Forderung nach einer stärkeren Rolle der Regionen in der Umsetzung verknüpft. Im Bereich Umwelt und Gesundheit fordert der AdR neue Strategien zu Biodiversität, Wasserinfrastruktur und Schadstoffreduktion sowie Reformen im Gesundheitsrecht zur Verbesserung grenzüberschreitender Versorgung. Schließlich wird die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene sowie die Einbindung lokaler Akteure in internationale Partnerschaften und Erweiterungsprozesse der EU unterstrichen.

Hintergrundinformation: Die Konferenz der Präsidenten besteht aus der Präsidentin, dem Ersten Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der insgesamt sechs Fraktionen des AdR. Sie dient politischer Konsensfindungen zu sämtlichen den AdR betreffenden Angelegenheiten.

[Pressemitteilung des AdR](#)

### AdR erhält den Europäischen Preis Carlos V

Am 25.05.2026 wurde der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) mit dem von der Europäischen und der Iberoamerikanischen Akademie der Yuste-Stiftung verliehenen Europäischen Preis Carlos V ausgezeichnet. Mit dem Preis soll die wichtige Rolle des AdR bei der Gewährleistung der Beteiligung der Städte und Regionen am Beschlussfassungsprozess der Europäischen Union gewürdigt werden. Im Anschluss an die Preisübergabe durch *Seine Majestät König Felipe VI. von Spanien* erklärte die AdR-Präsidentin *Kata Tüttő*, dass *„(m)it dieser Auszeichnung (...) bekräftigt (wird), wie wichtig es ist, dass die Entscheidungen Europas im Alltag verankert bleiben. (...) Wenn Europa stark, demokratisch und geeint bleiben will, muss es sein lokales und regionales Gefüge schützen und stärken – nicht schwächen.“*

Hintergrundinformation: Der Europäische Preis Carlos V wird an Personen oder Organisationen verliehen, die sich um die europäische Einigung und die Stärkung kultureller Werte verdient gemacht haben. Er wurde



erstmals 1995 an *Jacques Delors* übergeben. Weitere bisherige Preisträger sind u. a. *Dr. Angela Merkel*, *Mario Draghi* und *António Guterres*.

[Pressemitteilung des AdR](#)

## INSTITUTIONELLES

### Initiative zur transmediterranen Zusammenarbeit im Bereich erneuerbare Energien und saubere Technologien

Die Kommission startete am 09.06.2026 die Initiative zur transmediterranen Zusammenarbeit im Bereich erneuerbare Energien und saubere Technologien (T-MED) als zentrales Vorhaben des Paktes für den Mittelmeerraum. Ziel ist es, die freiwillige Zusammenarbeit mit südlichen Mittelmeerpartnern im Bereich erneuerbare Energien und saubere Technologien zu stärken und deren erhebliches, bislang untergenutztes, Potenzial besser zu erschließen. Die Region verfügt über besonders kostengünstige Produktionsbedingungen, da erneuerbare Energien dort teils 30 - 40 % günstiger erzeugt werden können als in Europa. Bis 2035 soll T-MED den Ausbau von rund 15 GW zusätzlicher erneuerbarer Kapazitäten unterstützen und regulatorische Reformen sowie industrielle Wertschöpfungsketten fördern. Gleichzeitig sollen bis zu 25 Mrd. € an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden, unterstützt durch EU-Garantien von über 5 Mrd. € im Rahmen des EFSD+. Die Initiative basiert auf mehreren Säulen, darunter Investitionsförderung, regulatorische Annäherung, Netzinfrastruktur und Qualifizierung von Fachkräften. Ziel ist ein stärker integrierter, sicherer und nachhaltiger Energiemarkt im Mittelmeerraum. Neben Klimazielen verfolgt die EU damit auch industrie- und energiepolitische Interessen: Für Europa soll insbesondere der Zugang zu kostengünstiger, dekarbonisierter Energie gestärkt werden, während die Partnerländer wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigungspotenziale erschließen können

[T-Med Website](#)

### Mitteilung über humanitäre Hilfe

Am 27.05.2026 stellte die Kommission die Gemeinsame Mitteilung über humanitäre Hilfe mit neuen Maßnahmen zu deren Stärkung vor. Ziel ist es, die EU auch in einem zunehmend belasteten globalen Hilffssystem als verlässlichen und prinzipientreuen Geber zu positionieren. Angesichts wachsender humanitärer Bedarfe weltweit und gleichzeitig rückläufiger Beiträge anderer Geber betont die Kommission die Notwendigkeit, die Wirksamkeit und Anpassungsfähigkeit der europäischen Hilfe zu erhöhen. Die Mitteilung legt dar, wie die EU ihre Hilfe gezielter, schneller und nachhaltiger bereitstellen will, um Menschen in Krisensituationen besser zu erreichen. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf der Stärkung der Grundprinzipien der humanitären Hilfe – insbesondere Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Gleichzeitig sollen operative Hindernisse, wie eingeschränkter Zugang zu betroffenen Regionen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, stärker adressiert werden. Darüber hinaus verfolgt



die EU das Ziel, ihre Instrumente und Partnerschaften weiterzuentwickeln, um effektiver auf komplexe Krisen reagieren zu können. Die Mitteilung unterstreicht, dass humanitäre Hilfe eng mit anderen Politikbereichen verzahnt werden muss, um langfristige Wirkung zu erzielen. Insgesamt richtet sich der Ansatz darauf, die EU als zentralen Akteur in der globalen humanitären Hilfe zu festigen und ihre Handlungsfähigkeit in einem zunehmend schwierigen Umfeld auszubauen.

[Pressemitteilung](#)

### Eurobarometer Frühjahr 2026

Die Eurobarometer-Frühjahrsumfrage 2026 zeigt eine EU, die in einer unsicheren Lage als Stabilitätsanker wahrgenommen wird und bei Sicherheit, Verteidigung und Unterstützung der Ukraine breite Zustimmung erhält. 72 % der EU-Bürger sehen für ihr Land einen Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft, 58 % bewerten sie als gute Sache und 51 % vertrauen der EU. Zugleich befürworten 81 % eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und 76 % wollen die Ukraine bis zu einem dauerhaften und gerechten Frieden unterstützen. Die wirtschaftliche Stimmung ist dagegen gedämpft: Nur 44 % in Deutschland bewerten die aktuelle nationale Wirtschaftslage als gut (EU: 48 %), und für die kommenden zwölf Monate rechnen 16 % (EU: 15 %) mit einer Verbesserung, 44 % (EU: 36 %) mit einer Verschlechterung und 37 % (EU: 42 %) mit gleichbleibender Lage. Besonders stark bleibt die Unterstützung für die Ukraine, etwa bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen (EU: 80 %, DE: 77 %), finanzieller und humanitärer Hilfe (EU: 75 %, DE: 78 %) und Sanktionen gegen Russland (EU: 70 %, DE: 67 %). Die Prioritäten sind klar sicherheits- und versorgungspolitisch geprägt: Am wichtigsten sind Frieden und Sicherheit (EU: 44 %, DE: 46 %), die Absicherung von Gesundheits-, Lebensmittel- und Industrielieferungen (EU: 26 %, DE: 33 %) sowie mehr Beschäftigung (EU: 25 %, DE: 17 %); außerdem soll die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit weiter stärken (EU: 23 %, DE: 23 %). Zu den größten Sorgen zählen der Konflikt im Nahen Osten (EU: 25 %, DE: 24 %), die internationale Lage (EU: 23 %, DE: 26 %), Russlands Krieg gegen die Ukraine (EU: 20 %, DE: 20 %), Inflation und Lebenshaltungskosten (EU: 17 %, DE: 15 %) sowie Energieversorgung und Sicherheit / Verteidigung (EU: je 15 %, DE: je 17 %).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Standard Eurobarometer 105 - Frühling 2026](#)

## VERTEIDIGUNG

### Paket zur militärischen Mobilität: Allgemeine Ausrichtung des Rates

Am 17.06.2026 einigten sich die Vertreter der Mitgliedstaaten auf die Allgemeine Ausrichtung zu der von der Kommission am 19.11.2025 vorgelegten Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Erleichterung des Transports von militärischer Ausrüstung, militärischen Gütern und militärischem Personal innerhalb der Union („Militärisches Schengen“). Wesentliche Änderungen zum Kommissionsvorschlag sind mehr Flexibilität für Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Verordnung, die Vereinfachung der Maßnahmen für



bessere praktische Anwendbarkeit durch die nationalen Streitkräfte und Einbindung militärischer Expertise, um operative Realitäten stärker zu berücksichtigen, die Anpassung des Europäischen Systems zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit im Bereich der militärischen Mobilität (EMMERS) und die Anpassung des Solidaritätspools. Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt festgelegt hat, können die abschließenden Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Ziel ist es, die Arbeit an der Verordnung bis Ende 2026 abzuschließen.

[Pressemitteilung](#)

### Treffen des EDA-Steuerungsgremiums

Am 12.05.2026 haben die EU-Verteidigungsministerinnen und -minister auf dem Treffen des Lenkungsausschusses der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) in Brüssel die strategische Stärkung der Agentur beschlossen und damit den Weg für eine verstärkte europäische Verteidigungszusammenarbeit geebnet. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und eines sich verschlechternden Sicherheitsumfelds unterstützten sie den dreistufigen Ansatz der EDA für die kommenden drei Jahre, wobei sie insbesondere die erste Phase, die ab Mitte 2026 beginnt und sich vorrangig auf die Stärkung von Innovation, experimenteller Forschung sowie auf die Verbesserung der Beschaffungskapazitäten konzentriert. Der Ansatz umfasst fünf sich gegenseitig verstärkende Aktionslinien: Ausweitung von Forschung, Technologie und Innovation, Einrichtung einer dedizierten Struktur für kollaborative Verteidigungsbeschaffung, weitere Stärkung der zentralen Rolle der EDA in der Fähigkeitsentwicklung, Verstärkung der politischen Unterstützung der EDA einschließlich bestehender und potenzieller Partnerschaften mit Drittstaaten und internationalen Organisationen sowie Umsetzung übergreifender organisatorischer Maßnahmen für eine effizientere Agentur. Die Beschlussfassung folgt den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Oktober 2025 und März 2026, die eine verstärkte Rolle der EDA in der Entwicklung europäischer Verteidigungsfähigkeiten, der kollaborativen Forschung und gemeinsamen Beschaffungsbemühungen fordern.

[Pressemitteilung](#)

## ERWEITERUNG

### 2. Beitrittskonferenz mit der Ukraine: Start der Beitrittsverhandlungen

Am 15.06.2026 fand die Zweite Beitrittskonferenz zwischen der EU und der Ukraine in Luxemburg statt. Auf dieser wurden die Verhandlungskapitel des Ersten Clusters „Wesentliche Elemente“ geöffnet. Mit der Öffnung aller Kapitel dieses Clusters befindet sich die EU nun in direkten Verhandlungen mit der Ukraine, die ihre nationalen Gesetze an das EU-Recht angleichen muss. Das 1. Verhandlungskcluster umfasst insbesondere Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung; die Fortschritte in den Grundlagen sind maßgeblich für die Fortschritte im weiteren Beitrittsverfahren. Die Ukraine hatte bereits am



08.02.2022 die EU-Mitgliedschaft beantragt und ist seit dem 23.06.2022 offiziell Beitrittskandidat. Die Eröffnung der Verhandlungskluster wurde in den letzten zwei Jahren durch das Veto Ungarns blockiert. Ungarn hob die Blockadehaltung erst unter dem neuen Ministerpräsidenten *Péter Magyar* und nach der Einigung mit der Ukraine auf ein Abkommen zur Stärkung der Minderheitenrechte der ethnischen Ungarn im östlichen Nachbarland auf.

[Tagungsseite zur Beitrittskonferenz \(Ukraine\)](#)

[Pressemitteilung \(Ukraine\)](#)

## 2. Beitrittskonferenz mit Moldau: Start der Beitrittsverhandlungen

Am 15.06.2026 fand die 2. Beitrittskonferenz zwischen der EU und der Republik Moldau in Luxemburg statt. Auf dieser wurden die Verhandlungskapitel des Ersten Clusters „Wesentliche Elemente“ geöffnet. Mit der Öffnung aller Kapitel dieses Clusters befindet sich die EU nun in direkten Verhandlungen mit Moldau, das ihre nationalen Gesetze an das EU-Recht angleichen muss. Das 1. Verhandlungskluster umfasst insbesondere Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung; die Fortschritte in den Grundlagen sind maßgeblich für die Fortschritte im weiteren Beitrittsverfahren. Moldau hatte bereits am 03.03.2022 die EU-Mitgliedschaft beantragt und ist seit dem 23.06.2022 offiziell Beitrittskandidat. Der Beitrittsprozess Moldaus ist an den Prozess der Ukraine geknüpft (Grund: Gemeinsame Bedrohungslage, geographische und logistische Verbundenheit, erhöhter Druck auf Reformprozesse im Osten), sodass Moldau von der jahrelangen Blockadehaltung Ungarns gegenüber der Ukraine mitbetroffen war.

[Tagungsseite \(Moldau\)](#)

[Pressemitteilung \(Moldau\)](#)

## 27. Beitrittskonferenz mit Montenegro

Am 15.06.2026 fand die 27. Beitrittskonferenz der EU mit Montenegro in Luxemburg statt. Bei dieser wurden zwei weitere Verhandlungskapitel (Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie Verbraucher- und Gesundheitsschutz) vorläufig abgeschlossen. *Marilena Raouna*, stellvertretende Ministerin für Europäische Angelegenheit Zyperns, betonte für die zyprische Ratspräsidentschaft, dass die Erweiterung angesichts geopolitischer Herausforderungen nicht nur eine politische Entscheidung, sondern eine strategische Notwendigkeit sei. Montenegro nimmt unter den EU-Beitrittskandidaten die Vorreiterrolle ein. Von insgesamt 33 Verhandlungskapiteln sind alle eröffnet; insgesamt 16 Verhandlungskapitel sind vorläufig geschlossen. Alle Verhandlungskapitel müssen am Ende der Beitrittsverhandlungen gemeinsam abgeschlossen werden; bis dahin wird die Anpassung an den EU-Besitzstand und die Umsetzung der EU-Gesetzgebung in das nationale Recht weiter überwacht. Parallel dazu hat der Rat bereits mit den Vorbereitungen für den Beitrittsvertrag in der dafür geschaffenen Ratsarbeitsgruppe begonnen.

[Tagungsseite](#)



[Pressemitteilung](#)

## **7. Zahlung im Rahmen der Ukraine-Fazilität**

Am 28.05.2026 beschloss der Rat die siebte Zahlung von knapp 2,8 Mrd. € im Rahmen der Ukraine Fazilität. Grundlage ist, dass die Ukraine elf von zwanzig Reformschritten für die 7. Tranche erfüllt hat sowie mehrere zuvor ausstehende Maßnahmen aus früheren Auszahlungsrunden. Gleichzeitig wurden einzelne Reformschritte vorzeitig umgesetzt, u. a. im Rahmen künftiger Tranchen, wofür die Ukraine erstmals nach einer neuen Methodik der Kommission kompensiert wird. Die Auszahlungen sind an den Ukraine-Plan gebunden, der die Strategie für Wiederaufbau, Modernisierung und Reformen im Hinblick auf den EU-Beitritt vorgibt. Insgesamt stellt die Ukraine Fazilität von 2024 - 2027 über 50 Mrd. € bereit, deren Auszahlung an konkrete Reformfortschritte gekoppelt ist, insbesondere in Bereichen wie Justiz, Korruptionsbekämpfung, Wirtschaft, Energie und Digitalisierung.

[Pressemitteilung](#)

## **8. Beitrittskonferenz mit Albanien**

Am 26.05.2026 fand die 8. Beitrittskonferenz der EU mit Albanien in Brüssel statt. Nach Einschätzung der EU hat Albanien die Zwischenziele für das erste Verhandlungskluster „Wesentliche Elemente“ (inklusive des Funktionierens der demokratischen Institutionen, der Reform der öffentlichen Verwaltung und der Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten) insgesamt erfüllt. Auf der Konferenz wurden die für den Beitritt notwendigen Abschlusskriterien definiert. Damit tritt Albanien in die nächste Phase der Verhandlungen ein: Fortan können einzelne Verhandlungskapitel vorläufig geschlossen werden.

[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung](#)

## **Zahlungen für Reformfortschritte in Albanien, Montenegro und Nordmazedonien**

Am 20.05.2026 hat die Kommission im Rahmen des EU-Wachstumsplans für den Westbalkan insgesamt 158,9 Mio. € für Albanien (49 Mio. €), Montenegro (44,2 Mio. €) und Nordmazedonien (65,7 Mio. €) freigegeben. Die Zahlung folgt auf eine positive Bewertung der Reformschritte in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Bildung und Digitalisierung. Ein Teil der Mittel fließt direkt in die Staatshaushalte, der Rest finanziert über den Investitionsrahmen für den Westbalkan Infrastrukturprojekte in Verkehr, Energie, Digitalem und Humankapital. Der Wachstumsplan soll die Länder vor ihrem EU-Beitritt in den Binnenmarkt integrieren, die regionale Zusammenarbeit stärken und den Erweiterungsprozess beschleunigen

[Pressemitteilung](#)



## INTERNATIONALES

### 11. EU-Ägypten Assoziierungsrat

Am 15.06.2026 traf sich der Assoziierungsrat zwischen der EU und Ägypten unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* und dem ägyptischen Außenminister *Badr Abdelatty* in Luxemburg. Beide Seiten zogen eine Zwischenbilanz ihrer strategischen Partnerschaft, die 2024 gestartet und 2025 auf höchster Ebene bekräftigt wurde. Im Mittelpunkt standen Fortschritte in zentralen Bereichen wie politische Zusammenarbeit, wirtschaftliche Stabilität, Handel und Investitionen, Migration, Sicherheit sowie demografische Entwicklung. Zugleich wurde ausgelotet, wie die bilaterale Kooperation weiter vertieft werden kann. Darüber hinaus tauschten sich die Partner über aktuelle regionale und globale Entwicklungen aus, insbesondere zur Lage im Nahen Osten und in Nordafrika und deren Auswirkungen auf die Zusammenarbeit.

[Tagungsseite](#)

### 11. EU-Südkorea Gipfel: Partnerschaft für die Wettbewerbsfähigkeit und Digitalhandelsabkommen

Am 10.06.2026 fand das 11. Gipfeltreffen zwischen der EU und der Republik Südkorea in Brüssel statt. Für die EU nahmen EU-Ratspräsident *António Costa* und Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* teil. Der Gipfel diente dazu, die strategische Partnerschaft zu vertiefen und die Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht zu verstärken. Im Fokus standen strategische Bereiche wie bilateral Handel, Investitionen, Sicherheit und Verteidigung, digitale Technologien, Energie und Forschung. Beide Seiten gaben eine gemeinsame Erklärung ab. Wesentliche Ergebnisse des Treffens sind:

- Start der Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit, mit der die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit auf strukturierte Weise gestärkt werden soll, sowie die Einrichtung eines hochrangigen Wirtschaftsdialogs zur besseren Abstimmung im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit, Handel und Industriepolitik;
- Unterzeichnung eines Abkommens über den digitalen Handel zwischen der EU und der Republik Korea, mit dem das Freihandelsabkommen durch verbindliche Regelungen im Bereich des grenzüberschreitenden Datenflüsse unter Beibehaltung des hohen Schutzniveaus für personenbezogene Daten und die Privatsphäre, der Anerkennung der Rechtsgültigkeit und Durchsetzbarkeit elektronischer Verträge und der Ermöglichung der Verwendung elektronischer Signaturen, Verbrauchersicherheit und Online-Handel vervollständigt wird;
- Einigkeit in der Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und Aufforderung an Russland und die Demokratische Volksrepublik Korea, die militärische Kooperation zu beenden;



- Austausch über die ersten Schritte zur Umsetzung der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, etwa zur engeren Zusammenarbeit beim Kampf gegen ausländische Informationsmanipulation (FIMI) sowie im Bereich der maritimen und Weltraumsicherheit.

[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung der Kommission zum Gipfeltreffen](#)

[Pressemitteilung der Kommission zum Abkommen über digitalen Handel](#)

### **Kommission stellt das 21. Sanktionspaket gegen Russland vor**

Am 09.06.2026 stellte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* den Vorschlag für das 21. Sanktionspaket gegen Russland vor. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den wirtschaftlichen Druck auf Russland weiter zu erhöhen. Im Mittelpunkt stehen Sektoren mit hoher Finanzwirkung, insbesondere Energie, Krypto und Finanzdienstleistungen sowie Außenhandel. Ein Schwerpunkt liegt auf der Reduzierung russischer Öleinnahmen sowie der Ausweitung von Maßnahmen gegen die Schattenflotte. Erstmals wird der Fischereisektor einbezogen. Zudem ist ein EU-Einreiseverbot für ehemalige russische Soldaten vorgesehen. Als Reaktion auf die Marktschocks durch die Sperrung der Straße von Hormus wird vorgeschlagen, die Anpassung der Ölpreisobergrenze (derzeit 44,10 US-Dollar pro Barrell) bis Januar 2027 auszusetzen. Ansonsten könnten die russischen Einnahmen aus Ölgeschäften ansteigen, wenn der flexible Preisdeckel Mitte Juli an die höheren Ölpreise angepasst würde.

[Erklärung der Kommissionspräsidentin](#)

### **Europäische Friedensfazilität: Zweite Unterstützungsmaßnahme für Ägypten**

Am 08.06.2026 beschloss der Rat eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 20 Mio. € zugunsten der ägyptischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, um deren Fähigkeiten zur Sicherung der nationalen Stabilität und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu stärken, insbesondere im Bereich der maritimen Sicherheit im Mittelmeer und im Roten Meer. Die Maßnahme unterstreicht die wachsende sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Ägypten in einem angespannten regionalen Umfeld und erhöht die gesamte Unterstützung seit 2024 auf 40 Mio. €. Sie ist Teil einer breiteren strategischen Partnerschaft, die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte umfasst und auf eine langfristige Stabilisierung sowie stärkere Kooperation abzielt.

[Pressemitteilung](#)



## EU vertieft strategische Partnerschaft mit Kenia

Am 08.06.2026 haben die Europäische Union und Kenia ihre Zusammenarbeit mit einem Abkommen deutlich vertieft, um gemeinsam wirtschaftliches Wachstum zu fördern, insbesondere in den Bereichen Handel, Digitalisierung und nachhaltige Investitionen. Im Mittelpunkt stehen u. a. der Ausbau moderner und umweltfreundlicher Transportwege in Ostafrika, eine bessere digitale Infrastruktur wie schnelleres Internet für öffentliche Einrichtungen sowie die Förderung sicherer Datenflüsse, um digitalen Handel zu erleichtern. Beide Seiten bekräftigten zudem ihr Engagement für ein Handelsabkommen, das Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen soll. Die Europäische Union kündigte außerdem mehrere finanzielle Unterstützungen an, etwa für Transportkorridore, den Ausbau von Glasfasernetzen, die Digitalisierung von Landregistrierungen, die Förderung von Innovation und künstlicher Intelligenz sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingscamps.

[Pressemitteilung](#)

## 8. EU-Westbalkan Gipfel

Am 05.06.2026 fand das 8. Gipfeltreffen zwischen der EU und den Ländern des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) in Tivat (Montenegro) unter dem Motto „Geteilter Wohlstand und Stabilität der EU und des Westbalkans“ statt. Die EU wurde durch Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und EU-Ratspräsident *António Costa* vertreten, für Deutschland nahm Bundeskanzler *Friedrich Merz* teil. Insgesamt gilt der Gipfel als Auszeichnung Montenegros; so ist es laut Abschlussstatement der Kommissionspräsidentin „durchaus realistisch, dass Montenegro bis 2028 der 28. Mitgliedstaat“ werde. Deutschland und Frankreich nutzten das Treffen, um das gemeinsame Non-Paper „A New Momentum for Enlargement“ zu zirkulieren. Im Non-Paper wird gefordert, von den starren Vorgaben des Beitrittsprozesses abzuweichen und den Beitrittsländern erfolgsorientierte, zusätzliche Anreize zu bieten, um die Integrationsschritte auf diese Weise zu beschleunigen. So soll etwa länderspezifisch privilegierter Zugang zum Binnenmarkt sowie (beobachtende) Teilnahme an den Entscheidungsprozessen der EU-Institutionen ermöglicht werden.

Im Fokus des Austausches auf dem Gipfeltreffen standen außerdem die schrittweise Integration der Westbalkanländer in den EU-Binnenmarkt: Seit 2024 wurden 673,6 Mio. € zur Unterstützung von Reformen und Investitionen im Rahmen des Wachstumsplans für den westlichen Balkan ausgezahlt. Auch bei Handelserleichterungen durch Green Lanes, der Integration in den EU-Binnenmarkt und die Einführung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) in vier Partnerländern sowie laufende Investitionen in die digitale Konnektivität konnten Fortschritte erzielt werden. Als mögliche weitere Schritte entlang des Wachstumsplans für den Westbalkan wurde ein Mobilitätsprogramm für bis zu 100 Beamte des Westbalkans zum Sammeln von Berufserfahrung in den Mitgliedstaaten sowie die Ausweitung von DiscoverEU ab 2027 auf junge Menschen der Partnerländer aufgezeigt.



[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung zum Gipfeltreffen](#)

### **Europäische Friedensfazilität: Vierte Unterstützungsmaßnahme für den Libanon**

Am 04.06.2026 hat der Rat der Europäischen Union eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 100 Mio. € für die libanesischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität vereinbart, um deren Fähigkeiten zur Sicherung des Staatsgebiets, zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Stabilisierung des Landes zu stärken. Ziel ist es insbesondere, die staatliche Kontrolle zu festigen und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen zurückzudrängen, indem Ausrüstung und Ausbildung in Bereichen wie territoriale Kontrolle, maritime Sicherheit und medizinische Versorgung bereitgestellt werden. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen und humanitärer Folgen im Land und unterstreicht das Engagement der Europäischen Union für Frieden, Stabilität und staatliche Souveränität im Libanon. Insgesamt erhöht sich die Unterstützung seit 2022 damit auf 182 Mio. €.

[Pressemitteilung](#)

### **Investitionskonferenz EU-Moldau**

Am 04.06.2026 kündigte die Europäische Union auf einer Investitionskonferenz in Chişinău gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen und privaten Partnern Investitionen von bis zu 641 Mio. € für Moldau an, um zentrale Bereiche wie Energie, digitale Infrastruktur, Bildung und Landwirtschaft zu stärken und die wirtschaftliche Stabilität sowie die Anbindung an europäische Märkte zu verbessern. Ein großer Teil der Mittel soll über internationale Finanzinstitutionen bereitgestellt werden, etwa für energieeffiziente Gebäude, modernisierte Schulen und den Ausbau digitaler Dienstleistungen, während weitere Investitionen aus dem Privatsektor in Projekte wie Rechenzentren, Infrastruktur, Pharmaindustrie und Landwirtschaft fließen. Ziel ist es, Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten, Innovation zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen. Die Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Wachstumsplans der Europäischen Union für Moldau, der das Land langfristig näher an die EU heranführen und konkrete wirtschaftliche Vorteile für die Bevölkerung schaffen soll.

[Pressemitteilung](#)

### **Umsetzung von Sanktionen gegen israelische Siedler sowie gegen Hamas und den Palästinensischen Islamischen Dschihad**

Am 28.05.2026 setzte die EU die im Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 11.05.2026 beschlossenen Sanktionen gegen radikale israelische Siedler, die für Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland verantwortlich gemacht werden, um. Betroffen sind vier Organisationen und drei Einzelpersonen, denen



schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Die Maßnahmen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten sowie Einreise- und Durchreiseverbote.

Parallel weitete der Rat die EU-Sanktionen gegen Hamas und den Palästinensischen Islamischen Dschihad aus. Erstmals wurden zehn Mitglieder des Politbüros der Hamas gelistet, da sie eine zentrale Rolle bei Planung und Rechtfertigung gewaltsamer Aktionen spielen. Insgesamt gelten die Maßnahmen nun für 21 Personen und drei Organisationen und umfassen ebenfalls Reiseverbote, Vermögenssperren und das Verbot finanzieller Unterstützung.

[Pressemitteilung zu Sanktionen \(Israelische Siedler\)](#)

[Pressemitteilung zu Sanktionen \(Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad\)](#)

### **Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen den Iran**

Am 22.05.2026 hat der Rat den bestehenden EU-Sanktionsrahmen gegen den Iran ausgeweitet, um nun auch Personen und Organisationen zu erfassen, die an Handlungen Irans beteiligt sind, die die Freiheit der Schifffahrt im Nahen Osten, insbesondere in der Straße von Hormus, behindern. Der Beschluss setzt die politische Einigung der EU-Außenminister vom 21.04.2026 um und reagiert auf iranische Maßnahmen, die gegen das Völkerrecht verstoßen und etablierte Rechte der Transitdurchfahrt durch internationale Meerengen verletzen. Der geänderte Rechtsrahmen ermöglicht der EU nun die Verhängung weiterer restriktiver Maßnahmen wie Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten gegen gelistete Personen und Organisationen. Der Sanktionsrahmen wurde ursprünglich im Juli 2023 eingeführt, um die militärische Unterstützung Irans für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu bekämpfen, und im Mai 2024 bereits erweitert, um die Unterstützung bewaffneter Gruppen im Nahen Osten und im Roten Meer sowie iranische Drohnen- und Raketenangriffe gegen Israel zu adressieren. Am 08.06.2026 billigte der Rat unter dem neuen Sanktionsregime Maßnahmen gegen zwei Personen sowie das Provinzkommando Hormozgan der IRGC-Marine aufgrund des etablierten Mautsystems und Drohungen gegenüber Handelsschiffen. Die Betroffenen unterliegen nun Vermögenssperren, Finanzierungsverboten und – für natürliche Personen – einem EU-Einreiseverbot

[Pressemitteilung vom 22.05.2026](#)

[Pressemitteilung vom 08.06.2026](#)

### **Europäische Friedensfazilität: Dritte Unterstützungsmaßnahme für Albanien**

Am 22.05.2026 hat der Rat im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität die dritte bilaterale Unterstützungsmaßnahme zugunsten der albanischen Streitkräfte in Höhe von 21 Mio. € beschlossen, womit die gesamte EU-Unterstützung für Albanien auf 49 Mio. € ansteigt. Die Unterstützung zielt darauf ab, die Verteidigungskapazitäten und -fähigkeiten Albaniens zu stärken und das Potenzial des Landes für die



Beteiligung an EU-Operationen und Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie an internationalen Bündnissen zu erhöhen. Der Beschluss verdeutlicht die anhaltende entschlossene Zusammenarbeit der EU mit Albanien im Bereich Sicherheit und Verteidigung und spiegelt die gegenseitige Verpflichtung zur Stärkung dieser Zusammenarbeit wider, die auf der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft von Dezember 2024 sowie den Sicherheits- und Verteidigungsdialogen von April 2025 und 2026 basiert.

[Pressemitteilung](#)

### **EU-Mexiko Gipfel: Unterzeichnung des Modernisierten Globalabkommens und des Interimabkommens über Handel**

Am 22.05.2026 haben EU-Ratspräsident *António Costa*, Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und mexikanische Präsidentin *Claudia Sheinbaum* das 8. Gipfeltreffen EU-Mexiko in Mexiko-Stadt abgehalten, bei dem das modernisierte Globalabkommen (MGA) und das Interimsabkommen über Handel (ITA) unterzeichnet wurden. Die Abkommen sehen die Abschaffung fast aller Zölle auf EU-Einfuhren nach Mexiko, die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse und die Stärkung der strategischen Partnerschaft in Bereichen wie Sicherheit, Justiz, nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, digitaler Wandel und Menschenrechte vor. Der Handel zwischen EU und Mexiko belief sich 2025 auf über 86 Mrd. €, womit die EU Mexikos drittgrößter Handelspartner und zweitgrößter Exportmarkt nach den USA und China ist. Die Führungsspitzen bekräftigten ihr gemeinsames Bekenntnis zu wirksamem Multilateralismus und einer regelbasierten internationalen Ordnung, erörterten geopolitische Entwicklungen in der Ukraine, im Nahen Osten und in Kuba und entwickelten eine multidimensionale Agenda für die Zusammenarbeit in Bereichen wie Global Gateway, Gesundheit, Sicherheit und Migration, Kreislaufwirtschaft, Energie, Digitalisierung und Menschenrechte. Das letzte Gipfeltreffen fand bereits im Juni 2015 statt, womit dieses Treffen ein neues Kapitel der strategischen Partnerschaft mit erneuertem Zusammenarbeitsgeist und gemeinsamer Zukunftsvision eröffnet.

[Tagungsseite](#)

### **Europäische Friedensfazilität: Dritte Unterstützungsmaßnahme für Bosnien und Herzegowina**

Am 12.05.2026 hat der Rat im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 15 Mio. € zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten und Verteidigungsfähigkeiten der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina beschlossen. Die Maßnahme soll die Interoperabilität und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte verbessern und ihr Potenzial erhöhen, an EU-Operationen und Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie an internationalen Koalitionen teilzunehmen. Der Beschluss zeigt die anhaltende Zusammenarbeit der EU mit Bosnien und Herzegowina im Sicherheits- und Verteidigungsbereich und steht für die vollständige Angleichung des Landes an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, wobei beide Seiten ihre Entschlossenheit zur engeren Zusammenarbeit betonen,



etwa durch die Beteiligung an der regionalen Balkan Medical Task Force. Die Europäische Friedensfazilität wurde im März 2021 eingerichtet und finanziert Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Friedenserhaltung und Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität, einschließlich der Kapazitätsentwicklung von Drittstaaten in militärischen und verteidigungspolitischen Fragen.

[Pressemitteilung](#)

### Treffen der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder

Am 11.05.2026 fand in Brüssel das hochrangige Treffen der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder statt, das von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* im Rahmen ihrer Rede zur Lage der Union des vorangegangenen Jahres angekündigt und gemeinsam von der EU, der Ukraine und Kanada ins Leben gerufen worden war. *Von der Leyen* kündigte an, dass die Kommission 50 Mio. € für den Schutz, die Bildung und die Wiedereingliederung entführter ukrainischer Kinder sowie für die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen beisteuern wird. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs haben die russischen Behörden mehr als 20.500 Kinder deportiert oder zwangsüberstellt, von denen bislang nur etwa 2.100 zurückgekehrt sind. Das Treffen wurde von der Hohen Vertreterin *Kaja Kallas*, der EU-Kommissarin für Erweiterung *Marta Kos*, dem ukrainischen Außenminister *Andrii Sybiha* und der kanadischen Außenministerin *Anita Anand* gemeinsam geleitet, wobei Kanada am 28. / 29.09.2026 in Toronto eine Folgekonferenz zur Rückkehr und Wiedereingliederung entführter Kinder sowie von Häftlingen und Kriegsgefangenen veranstalten wird. Parallel dazu intensiviert die EU ihre Unterstützung für die Ukraine, nachdem sich die Staats- und Regierungschefs im April auf ein 90 Mrd. € umfassendes Darlehen geeinigt haben, wovon die 1. Tranche von 45 Mrd. € noch 2026 freigegeben wird, wobei zwei Drittel für die Verteidigung der Ukraine einschließlich eines ersten Beitrags von 6 Mrd. € für Drohnen aus ukrainischer Produktion verwendet werden.

[Pressemitteilung](#)

### EU-Syrien Koordinierungsforum und erster politischer Dialog

Am 11.05.2026 fand das Koordinierungsforum für die Syrien-Partnerschaft in Brüssel unter dem gemeinsamen Vorsitz der Mittelmeerraumkommissarin *Dubravka Šuica* und des syrischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, *Asaad Hassan al-Shaibani*, statt. Auf dem Forum kamen Vertreter der Mitgliedstaaten, der Partnerländer, der Vereinten Nationen und wichtiger Finanzorganisationen zusammen, um die internationalen Bemühungen um Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklung mit den Wiederaufbauprioritäten Syriens zu koordinieren. Aktivitäten sind u. a. die Einrichtung der „Plattform für technische Hilfe“ der EU und ihren Partnern für die syrische Verwaltung mit einer Mittelausstattung in Höhe von 15 Mio. €, ein EU-Beitrag in Höhe von 14 Mio. € für die Rehabilitation des Al-Rastan-Krankenhauses in Homs sowie die Team-Europa-Initiative für Gesundheit zur Wiederherstellung eines der wichtigsten Krankenhäuser Syriens.



Am selben Tag fand der erste politische Dialog auf hoher Ebene zwischen der EU und Syrien in Brüssel unter dem gemeinsamen Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Kaja Kallas*, und des für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Minister der syrischen Übergangsregierung, *Asaad Hassan al-Shaibani*, statt, auf dem Wege für die bilaterale Zusammenarbeit und die Unterstützung der EU für einen inklusiven politischen Übergang in Syrien sowie für die sozioökonomische Erholung und den langfristigen Wiederaufbau des Landes erörtert wurden.

[Pressemitteilung zum Koordinierungsforum](#)

[Tagungsseite zum politischen Dialog](#)

## MEDIEN

### CULT-Ausschuss des Europaparlaments führt Expertenanhörung zum Rahmen und zur Zukunft der audiovisuellen Politik durch

Am 05.05.2026 hielten die Mitglieder des CULT-Ausschusses des Europäischen Parlaments eine knapp zweistündige öffentliche Anhörung zum künftigen Rahmen der audiovisuellen Politik und der kreativen Freiheit in Europa ab. Im Mittelpunkt standen die anstehende Novellierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und das zukünftige Medienförderprogramm AgoraEU. Die eingeladenen Expertinnen und Experten betonten den tiefgreifenden Wandel des Medienkonsums durch Online-Plattformen, Influencer und algorithmische Steuerung sowie den daraus resultierenden Anpassungsbedarf im europäischen Rechtsrahmen. Wiederholt hervorgehoben wurden die Notwendigkeit eines fairen Wettbewerbs zwischen klassischen Medien und Plattformen, einer besseren Auffindbarkeit europäischer Werke sowie klarer Verantwortlichkeiten für Plattformanbieter. Mit Blick auf den Filmsektor wurde unterstrichen, dass der Markt allein kulturelle Vielfalt nicht sichern kann und europäische Werke daher u. a. verlässliche Förderung und faire Wettbewerbsbedingungen benötigen. Zugleich wurde das europäische Kino als Raum künstlerischer Freiheit und gemeinsamer kultureller Erfahrung beschrieben, dessen Stärke auch in grenzüberschreitender Zusammenarbeit und einer eigenständigen europäischen Erzählkraft liege. Insgesamt machte die Anhörung deutlich, dass kulturelle Vielfalt, kreative Freiheit und die wirtschaftliche Tragfähigkeit des europäischen Mediensektors nur durch einen kohärenten Regulierungs- und Förderrahmen gesichert werden können.

[Videoaufzeichnung \(die Anhörung läuft von 14:36:40 bis 16:30:21\)](#)

### Medienministerrat nimmt zentrale medienpolitische Themen in den Blick

Neben der Annahme der partiellen allgemeinen Ausrichtung zum künftigen Kultur- und Medienförderprogramm AgoraEU (siehe hierzu den Beitrag des StMWK) tauschten sich die europäischen Medienministerinnen und -minister im Rahmen des Rates „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (BJKS-Rat) am 12.05.2026 zu mehreren medienpolitisch relevanten Themen aus. So befassten sie sich auf Initiative Deutschlands mit der bevorstehenden Novellierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) vor dem Hintergrund veränderter Medienmärkte, wachsender Marktmacht von Online-Plattformen und KI-Anbietern sowie der Frage,



wie faire Wettbewerbsbedingungen, Medienpluralismus und der Zugang zu verlässlichen Informationen gesichert werden können. Mehrere Mitgliedstaaten unterstützten dabei insbesondere stärkere Regeln zur Auffindbarkeit vertrauenswürdiger Medienangebote in der AVMD-RL. Weiteres zentrales Thema war der Urheberrechtsschutz bei KI-Anwendungen. Diesbezüglich hoben mehrere Mitgliedstaaten hervor, dass der bestehende urheberrechtliche Rahmen angesichts der raschen KI-Entwicklung überprüft und weiterentwickelt werden müsse, um Rechtssicherheit, Transparenz und einen wirksamen Schutz von Urheberinnen und Urhebern sowie kultureller Vielfalt zu gewährleisten. Im Mittelpunkt standen dabei die Nutzung geschützter Werke für KI-Trainingszwecke, Fragen fairer Vergütung und Lizenzierung sowie die Sorge, dass generative KI menschliche Kreativität, kulturelle Diversität und die wirtschaftliche Grundlage des Kultur- und Kreativsektors beeinträchtigen könnte.

[Webseite des BJKS-Rates](#)

### **Sechs von der EU finanzierte Filme unter den Preisträgern der Filmfestspiele von Cannes / Gemeinsamer Artikel mehrerer EU-Mitgliedstaaten zur Bedeutung des künftigen Förderprogramms AgoraEU**

Bei den vom 12. - 23.05.2026 stattgefundenen 79. Filmfestspielen von Cannes waren insgesamt 19 von der EU finanzierte Werke in verschiedenen Kategorien nominiert. Sämtliche Filme wurden im Rahmen der MEDIA-Komponente des Programms Kreatives Europa finanziert, das die Filmproduktion und den Filmvertrieb mit insgesamt 1,17 Mio. € unterstützt. Die Goldene Palme ging in diesem Jahr an *Fjord* (Rumänien, Frankreich, Norwegen, Schweden und Dänemark) von *Cristian Mungiu*. *Notre Salut* (Belgien und Frankreich) von *Emmanuel Marre* wurde mit dem Preis für das beste Drehbuch ausgezeichnet. *Das Geträumte Abenteuer* (Deutschland, Frankreich, Bulgarien und Österreich) von *Valeska Grisebach* gewann den Jury-Preis während *Emmanuel Macchia* und *Valentin Campagne* den Preis für die besten Hauptdarsteller für ihre Darbietung in *Coward* (Belgien, Frankreich und die Niederlande) von *Lukas Dhont* bekamen.

Im Verlauf der Filmfestspiele veröffentlichten am 17.05.2026 17 Minister von 15 EU-Mitgliedstaaten (darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) einen Artikel in der französischen Zeitung *Le Monde*, in der sie die wichtige Rolle des Kinos und des audiovisuellen Sektors bei der Gestaltung der kollektiven Vorstellungskraft unterstrichen. Außerdem betonten sie die wesentliche Rolle unabhängiger Produktionen als Garant für die kulturelle Vielfalt und forderten vor diesem Hintergrund eine echte Sichtbarkeit der Branche im künftigen AgoraEU-Programm.

[Homepage der Filmfestspiele](#)

[MEDIA-Komponente des Programms Kreatives Europa](#)

[Le Monde-Artikel](#)



### **G7-Staaten verständigen sich auf gemeinsame Grundsätze zum Online-Jugendschutz**

Auf ihrer Tagung vom 28./29.05.2026 in Paris einigten sich die Digital- und Technologieministerinnen und -minister der G7-Staaten USA, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien, UK und Japan sowie die EU auf sieben gemeinsame Grundsätze zum Schutz von Minderjährigen im Internet. Die Grundsätze sollen dazu beitragen, Kinder, Eltern, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte zu stärken, damit Minderjährige von neuen Technologien profitieren können. Zu diesem Zweck sollen digitale Dienste bereits bei ihrer Entwicklung nach dem Prinzip „Safety by Design“ gestaltet und durch wirksames Risikomanagement sowie Transparenz abgesichert werden. Außerdem sollen datenschutzfreundliche Verfahren zur Altersverifikation den Zugang zu altersgerechten Angeboten gewährleisten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Schutz der Privatsphäre und Sicherheit von Minderjährigen sowie auf der Förderung eines verantwortungsvollen Nutzungsverhaltens. Darüber hinaus fordern die G7-Staaten Maßnahmen zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und der Verbreitung nicht einvernehmlicher intimer Inhalte sowie Unterstützungsangebote für Betroffene.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Medienbereich**

Unter der am 01.07.2026 beginnenden irischen Ratspräsidentschaft sind keine neuen Schlussfolgerungen zu erwarten. Stattdessen wird sich die Ratsarbeitsgruppe Audiovisueller Sektor und Medien (RAG AVM) vor allem mit dem Fortgang der Verhandlungen über das Kultur- und Medienförderprogramm AgoraEU befassen. Außerdem wird es die Verhandlungen zur von der Kommission (KOM) im Herbst angekündigten Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) aufnehmen. Der Schwerpunkt der medienpolitischen Arbeit soll allerdings im Online-Jugendschutz liegen. Die irische Ratspräsidentschaft möchte sich für eine Stärkung einsetzen und dabei Altersverifikationsmaßnahmen und ein mögliches EU-weites digitales Volljährigkeitsalter diskutieren. Zu diesem Zweck soll u. a. ein Jugendforum sowie eine hochrangige Konferenz in Dublin stattfinden. Der formelle Medienministerrat tagt voraussichtlich am 20.11.2026 in Brüssel.

[Homepage der RAG AVM](#)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### INNERES

#### JI-Rat: Innenminister beraten zu Migration, Schengen, Drogenpolitik und Sicherheit

Am 04.06.2026 erörterten die Innenminister im Rat „Justiz und Inneres“ zentrale Fragen der Migration, des Schengen-Raums, der Drogenpolitik und der inneren Sicherheit. Im Bereich Migration zogen sie eine Bilanz der Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets vor dessen Inkrafttreten am 12.06.2026 und diskutierten Fortschritte beim neuen Eurodac-System. Zudem tauschten sie sich zur externen Dimension der Migration aus und gaben Leitlinien für restriktive Visamaßnahmen sowie zur verstärkten Bekämpfung von Schleusernetzen vor. Zum Schengen-Raum berieten die Ministerinnen und Minister auf Grundlage des Schengen-Statusberichts 2026 über prioritäre Maßnahmen für den Zyklus 2026 - 2027. Sie betonten insbesondere die weitere Digitalisierung, die Stärkung der Außengrenzen und die Gewährleistung der inneren Sicherheit bei gleichzeitigem Erhalt des freien Personenverkehrs ohne Kontrollen an den Binnengrenzen. Der Rat billigte einen Rahmen zur Umsetzung der EU-Drogenstrategie einschließlich eines neuen EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Drogenhandels sowie Maßnahmen zur Verringerung des Drogenkonsums und drogenbedingter Schäden. Beim Thema Vertriebene aus der Ukraine gaben die Ministerinnen und Minister Leitlinien für eine mögliche Verlängerung des vorübergehenden Schutzes über März 2027 hinaus. Im Bereich Sicherheit nahmen sie die Ergebnisse des EMPACT-Zyklus 2022 - 2025 zur Kenntnis und diskutierten die Ausrichtung der künftigen Europäischen Sicherheitsstrategie. Sie befürworteten insbesondere die stärkere Berücksichtigung von Sicherheit in EU-Rechtsvorschriften, eine vertiefte Zusammenarbeit der Sicherheitsakteure sowie die Stärkung der externen Dimension bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

[Pressemitteilung](#)

#### Kommission legt Aktionsplan zur Eindämmung illegaler Migration über den Ärmelkanal vor

Am 16.06.2026 stellte die Kommission einen Aktionsplan zur Steuerung der Migration entlang der Ärmelkanalroute vor, um auf anhaltend hohe irreguläre Überfahrten und die damit verbundenen Risiken für Menschenleben sowie Belastungen für betroffene Mitgliedstaaten zu reagieren. Der Plan sieht operative Maßnahmen entlang der gesamten Route von Herkunfts- und Transitstaaten bis zu den Außengrenzen vor und zielt auf die Zerschlagung von Schleusernetzwerken, die Stärkung des Außengrenzschutzes und eine verstärkte Rückführung ab. Trotz eines Rückgangs irregulärer Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen um 55 % seit 2024 und eines Rückgangs um 44 % entlang der Kanalroute im Jahr 2026 bleiben die Zahlen mit rund 64.000 versuchten Überfahrten im Jahr 2025 hoch. Die Kommission setzt drei Schwerpunkte und will die migrationspolitische Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten intensivieren, die strafrechtliche Zusammenarbeit gegen Schleusung ausbauen und das Grenzmanagement unter Einbindung von Europol,



Frontex und Eurojust stärken. Eine enge Kooperation mit dem Vereinigten Königreich gilt als zentral für den Erfolg des Maßnahmenpakets.

[Pressemitteilung](#)

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die 2. Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Im Bereich des StMI treibt die Ratspräsidentschaft zentrale Vorhaben in folgenden Themenfeldern voran:

- Migration und Asyl: Umsetzung des Pakts für Migration und Asyl mit enger Überwachung der Anwendung und Identifikation von Umsetzungslücken; Fortschritte bei Asyl-, Migrations- und Integrationsverordnung sowie Grenzmanagement- und Visaverordnung im Rahmen des MFR; Abschluss des Migrationsmanagementzyklus mit Solidaritätspool 2027; Weiterentwicklung eines effektiven Rückführungssystems einschließlich Umsetzung der Rückführungsverordnung und Vorbereitung der Digitalisierung von Rückkehrverfahren; Ausbau der Zusammenarbeit mit Drittstaaten entlang von Migrationsrouten und Weiterentwicklung strategischer Partnerschaften; Umsetzung der EU-Visa-Strategie und des digitalen Reiseantrags; Abschluss eines Rahmenabkommens mit den USA zur verstärkten Grenzsicherheit
- Schengen und Grenzschutz: Weiterentwicklung der Schengen-Governance und Umsetzung des Schengen-Zyklus 2026 - 2027; Vorantreiben technischer Änderungen am Schengener Grenzkodex; Weiterentwicklung des Mandats von Frontex zur besseren Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Außengrenzschutz
- Innere Sicherheit: Fortschritte bei den Finanzierungsinstrumenten im Bereich innere Sicherheit im Rahmen des MFR; Weiterentwicklung des Mandats von Europol zur besseren Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität und bei der Datenanalyse
- Kriminalitätsbekämpfung: Weiterentwicklung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität; verstärkte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Finanzierungsmodelle organisierter Kriminalität; Weiterentwicklung des Mandats von Europol zur besseren Unterstützung der Mitgliedstaaten, insbesondere bei der Datenanalyse und Koordinierung; Priorität für Maßnahmen gegen Migrantenschmuggel und Waffenhandel; Umsetzung der neuen EU-Drogenstrategie und des Aktionsplans gegen Drogenhandel; Fortschritte bei Richtlinie und Verordnung zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch



- Kritische Infrastruktur und Krisenreaktion: Fortschritte beim Katastrophenschutzmechanismus der Union; Weiterentwicklung der EU-Resilienz durch Umsetzung der Preparedness Union Strategy einschließlich EU-weiter Risikoanalyse, Mindestanforderungen und Schutz kritischer Infrastrukturen
- Cybersicherheit: Überarbeitung des Cybersecurity Act 2.0 zur Anpassung des ENISA-Mandats und Weiterentwicklung des EU-Zertifizierungsrahmens; Stärkung der Sicherheit von IKT-Lieferketten im Zusammenspiel mit NIS2-Richtlinie, CER-Richtlinie und Cyber Resilience Act; Weiterentwicklung koordinierter EU-weiter Risikoanalysen zu kritischen Sektoren
- Datenschutz und Vereinfachung: Anpassung der Datenschutzvorschriften für EU-Organe; Fortschritte beim Digital-Omnibus zur Vereinfachung von Vorschriften und Meldepflichten
- Demokratie und Resilienz: Weiterentwicklung des European Democracy Package (Demokratiepaket) mit Aufbau eines Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz sowie Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Teilhabe
- Sport: Ratsschlussfolgerungen zu traditionellen Sportarten und Spielen

[Zur irischen EU-Ratspräsidentschaft](#)

## ASYL UND MIGRATION

### Kommission zieht Zwischenbilanz zur Umsetzung des Migrations- und Asylpakets

Am 08.05.2026 berichtete die Kommission über den Stand der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets, das im Mai 2024 angenommen wurde und ab dem 12.06.2026 gilt. Sie stellte fest, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung erhebliche Fortschritte erzielt haben, da zentrale Elemente des neuen Systems bereits stehen. Nach Angaben der Kommission sind die meisten Mitgliedstaaten auf einem guten Weg, ihre nationalen Rechtsvorschriften anzupassen, verbindliche Screenings sowie Grenzverfahren mit unabhängigen Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Grundrechte einzuführen und ausreichende Aufnahmekapazitäten zu schaffen. Zudem wurden die Kapazitäten für Überstellungen in den zuständigen Mitgliedstaat sowie für die Umsetzung von Solidaritätszusagen weiter ausgebaut. Auf EU-Ebene brachte der Rat mit der Einrichtung des ersten Jährlichen Solidaritätspools die Umsetzung des Solidaritätsmechanismus entscheidend voran. Gleichzeitig sieht die Kommission weiteren Handlungsbedarf, um verbleibende Lücken zu schließen. Insbesondere die Erprobung und Inbetriebnahme des neuen Eurodac-Systems, der Ausbau von Einrichtungen für Screenings und Grenzverfahren, wirksame Maßnahmen gegen Untertauchen und Sekundärmigration sowie die praktische Umsetzung der Zuständigkeits- und Solidaritätsregelungen erfordern zusätzliche Anstrengungen. Auch die konkrete Anwendung der Rechts- und Verfahrensgarantien einschließlich der Grundrechtsüberwachung ist weiter voranzubringen. Der Geltungsbeginn des Pakets stellt nach Auffassung der Kommission einen wichtigen Meilenstein dar, beendet den Umsetzungsprozess jedoch nicht. Die



Mitgliedstaaten werden dabei weiterhin von der Kommission sowie von EU-Agenturen wie der Asylagentur der Europäischen Union, eu-LISA, Frontex, Europol und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte unterstützt. Für die Umsetzung des Pakets sowie den vorübergehenden Schutz für Ukrainer stellte die Kommission insgesamt 3 Mrd. € bereit.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Bericht](#)

### **Ministerrat des Europarats verabschiedet Erklärung zu Migration und EMRK**

Der Ministerrat des Europarats verabschiedete am 15.05.2026 eine Erklärung zur Weiterentwicklung des Systems der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Kommission begrüßte die Erklärung und deren Ziel, die Funktionsfähigkeit des Konventionssystems zu stärken. Die Erklärung bekräftigt die primäre Verantwortung der Vertragsstaaten für die Umsetzung der EMRK auf nationaler Ebene sowie die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips und des staatlichen Beurteilungsspielraums. Zugleich wird die Notwendigkeit wirksamer nationaler Rechtsbehelfe und der konsequenten Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hervorgehoben. Mit Blick auf Migration wird das Recht der Staaten zur Steuerung von Einreise und Aufenthalt bestätigt, bei gleichzeitiger Einhaltung der Garantien der EMRK, insbesondere des absoluten Verbots unmenschlicher Behandlung. Ziel ist die Sicherung der Funktionsfähigkeit und Akzeptanz des Konventionssystems.

[Zur Pressemitteilung](#)

### **EU und Mittelmeer Mitgliedstaaten beraten zu Grenzschutz, Rückführung und Asylpakt**

Am 18.05.2026 berieten Mittelmeer Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission über Migration, den Schutz der EU-Außengrenzen sowie Reformen im Rückkehrbereich. Im Mittelpunkt standen die Umsetzung des Migrations- und Asylpakts und der Solidaritätsmechanismus. Die Beratungen fanden im Rahmen eines Treffens der Innenminister mehrerer Mittelmeer Anrainerstaaten statt. Für die Kommission nahmen *Dubravka Šuica* und *Magnus Brunner* teil. Weitere Schwerpunkte waren die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, eine effizientere Rückübernahme sowie der Ausbau des Außengrenzschutzes. Zudem erörterten die Teilnehmer eine mögliche Weiterentwicklung des Frontex Mandats. Ziel ist eine stärkere Abstimmung der Mitgliedstaaten und eine wirksamere Steuerung von Migration im Mittelmeerraum.

[Pressemitteilung](#)

### **EP billigt Rückführungsverordnung nach Trilogeeinigung**

Am 01.06.2026 erzielten Europäisches Parlament (EP) und Rat die politische Einigung auf eine neue Rückführungsverordnung. Die Regelung ist Teil des EU-Migrationspakts und soll Rückführungen effizienter und



einheitlicher gestalten. Vorgesehen sind ein EU-weit einheitlicher Rechtsrahmen sowie die gegenseitige Anerkennung von Rückführungsentscheidungen der Mitgliedstaaten. Zudem werden verpflichtende Rückführungen in bestimmten Fällen, strengere Maßnahmen gegen Untertauchen sowie neue Ansätze der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, etwa durch Rückkehrzentren, eingeführt. Die Verordnung enthält zugleich Schutzvorkehrungen zur Wahrung der Grundrechte. Das EP nahm die Einigung formell am 17.06.2026 an, die formelle Annahme durch den Rat steht noch aus. Einzelne Bestimmungen gelten sofort. Andere Vorschriften gelten nach einer Übergangsfrist von zwölf Monaten.

[Pressemitteilung](#)

[Pressemitteilung EP](#)

### **EUAA veröffentlicht aktuelle Asyltrends mit stabilem Antragsniveau und Rückgang syrischer Anträge**

Am 03.06.2026 hat die Europäische Asylagentur (EUAA) eine Analyse zu Asylanträgen und Entscheidungen in den EU-Plus-Staaten veröffentlicht und damit einen Überblick über die aktuelle Entwicklung gegeben. Demnach stellten die Staaten im März 2026 rund 59.000 Anträge auf internationalen Schutz und damit in etwa so viele wie im Februar sowie weniger als in weiten Teilen des Jahres 2025. Venezolaner und Afghanen bildeten mit etwa 7.000 beziehungsweise 6.900 Anträgen die größten Gruppen während Bangladescher mit rund 3.300 Anträgen folgten. Syrische Anträge lagen mit etwa 1.900 deutlich unter früheren Niveaus und sind im Jahresvergleich um 75 % gesunken, wodurch der Gesamtbestand maßgeblich zurückging. Iranische Staatsangehörige stellten rund 800 Anträge und blieben damit außerhalb der wichtigsten Herkunftsgruppen, während libanesische Staatsangehörige nur etwa 210 Anträge stellten. Trotz geopolitischer Spannungen zeigte sich bislang kein signifikanter Anstieg aus diesen Ländern, wenngleich ein latentes Migrationsrisiko fortbesteht. Die Anerkennungsquote lag im März bei etwa 30 %, wobei sie je nach Herkunft stark variierte und für einige Staaten wie Mali oder Haiti sehr hoch, während sie für Staaten wie Ägypten oder Venezuela sehr niedrig ausfiel.

[Pressemitteilung](#)

### **EUAA veröffentlicht Leitfäden zur Umsetzung neuer Asylverfahrensregeln ab 12.06.2026**

Am 04.06.2026 hat die Europäische Asylagentur (EUAA) praktische Leitfäden zum neuen Asylgrenzverfahren und zu Folgeanträgen veröffentlicht, um die Anwendung der Asylverordnung ab 12.06.2026 zu unterstützen. Die Verordnung ersetzt die bisherige Asylverfahrensrichtlinie und führt u. a. ein verpflichtendes Grenzverfahren für Antragsteller mit geringer Aussicht auf Schutz ein. Die Mitgliedstaaten müssen entsprechende Verfahren einrichten, wobei die Zahl, der an der Grenze zu bearbeitende Anträge durch die vorhandene Kapazität begrenzt werden kann. Darüber hinaus werden übersteigende Anträge in beschleunigten Verfahren im Inland geprüft, um Engpässe zu vermeiden. Hintergrund ist, dass im Jahr 2025 ein Anteil von 51 % der Asylanträge von Staatsangehörigen mit niedrigen Anerkennungsquoten unter 20 % gestellt wurde. Der Leitfaden zum Grenzverfahren gibt praktische Hinweise zur Organisation, zu Abläufen sowie zur Zusammenarbeit zwischen



Grenzschutz, Asylbehörden und Rückführungsstellen. Zudem veröffentlichte die EUAA einen aktualisierten Leitfaden zu Folgeanträgen, deren Zahl 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 39 % gestiegen ist und deren Anteil an allen Anträgen auf 15 % anwuchs. Der Leitfaden unterstützt die Mitgliedstaaten bei Registrierung und Prüfung dieser Anträge und berücksichtigt die neuen gesetzlichen Vorgaben des Migrations- und Asylpakts.

[Pressemitteilung](#)

### **EU-Asylbericht 2026 zeigt rückläufige Antragszahlen**

Am 06.06.2026 veröffentlichte die Europäische Asylagentur (EUAA) einen Bericht zur Asylsituation in EU-Staaten und Partnerländern und beschreibt sinkende Antragszahlen sowie umfassende Vorbereitungen zur Umsetzung des Pakts für Migration und Asyl. Die Zahl der Asylanträge lag 2025 bei 822.000 und damit um 19 % unter dem Vorjahr während Folgeanträge um 39 % zunahmen. Gleichzeitig trafen die Staaten verstärkt Maßnahmen zum Abbau anhängiger Verfahren und erließen rund 874.000 Erstentscheidungen, wodurch die offenen Fälle um 13 % sanken. Die Behörden reagierten zudem auf politische Entwicklungen in wichtigen Herkunftsländern insbesondere in Syrien, wo die Anträge im Vergleich zu 2024 um 72 % zurückgingen und Entscheidungen zeitweise ausgesetzt wurden. Parallel blieb die Lage in der Ukraine prägend da rund 4,5 Mio. Menschen weiterhin vorübergehenden Schutz in der EU erhielten. Die Staaten passten ihre Aufnahmesysteme an und verschärften Bedingungen insbesondere für Personen im Grenzverfahren und bei Weiterwanderungen innerhalb der EU. Zudem arbeiteten sie intensiv an der Umstellung von der bisherigen Dublin Verordnung auf neue Regeln und beschlossen erstmals eine unionsweite Liste sicherer Herkunftsländer um Verfahren zu beschleunigen. Eine wichtige Rolle spielte auch der Ausbau technischer Systeme wie Eurodac sowie die Einrichtung zentraler Aufnahme und Verfahrenszentren. Die Europäische Asylagentur unterstützte diese Maßnahmen durch Leitlinien Schulungen und operative Hilfe in mehreren Staaten.

[Pressemitteilung](#)

### **EU-Migrations- und Asylpakt gilt seit 12.06.2026**

Das Migrations- und Asylpaket gilt seit dem 12.06.2026 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten und bildet künftig den zentralen Rahmen der EU-Migrationspolitik. Ziel ist eine umfassendere Steuerung von Migration durch stärkeren Außengrenzschutz, effizientere Verfahren sowie ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Solidarität und Verantwortlichkeit unter den Mitgliedstaaten. Zu den zentralen Elementen zählen verpflichtende Registrierungs- und Sicherheitskontrollen an den Außengrenzen, beschleunigte Grenzverfahren sowie kürzere Fristen in Asylverfahren. Zudem werden EU-weit einheitlichere Aufnahmebedingungen eingeführt und ein ständiger Solidaritätsmechanismus etabliert. Das Paket enthält ferner Maßnahmen zur schnelleren Rückführung sowie zur stärkeren Verhinderung von Sekundärmigration und wird von einer intensiveren Zusammenarbeit mit Drittstaaten ergänzt. Die Mitgliedstaaten stehen nun vor der Aufgabe, die neuen Regelungen schrittweise in der Praxis umzusetzen.



[Pressemitteilung](#)

**Neues Eurodac System startet Betrieb zur Stärkung des EU Asyl- und Migrationsmanagement**

Am 12.06.2026 hat die EU-Agentur eu-LISA gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission das neue Eurodac System in Betrieb genommen und damit einen wichtigen Schritt zur Umsetzung des Pakts für Migration und Asyl vollzogen. Das modernisierte System ermöglicht den europäischen Behörden eine verbesserte Identifizierung von Asylsuchenden und irregulären Migranten durch die Verarbeitung von Fingerabdrücken und Gesichtsbildern. Es erweitert zudem die speicherbaren Identitätsdaten und unterstützt neue Anwendungsfälle im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften. Eurodac ist nun in die Interoperabilitätsarchitektur der EU eingebunden und arbeitet mit dem gemeinsamen Identitätsspeicher sowie weiteren zentralen IT-Komponenten zusammen. Die neue technische Architektur erhöht Leistungsfähigkeit Skalierbarkeit und Zuverlässigkeit. Die Entwicklung erfolgte durch eu-LISA mit einem modernen Softwareansatz und enger Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

[Pressemitteilung](#)

**Informelles Ministertreffen zum Migrations- und Asylpakt markiert Beginn der Umsetzung**

Am 12.06.2026 führte die zyprische Ratspräsidentschaft ein informelles Ministertreffen zum Pakt über Migration und Asyl durch und leitete damit den Start der Anwendung des neuen EU-Rechtsrahmens ein. Die teilnehmenden Minister sowie EU-Agenturen und internationale Organisationen berieten über die Umsetzung und betonten die gemeinsame Verantwortung der Mitgliedstaaten. Die Diskussion machte deutlich, dass der Pakt das Ergebnis intensiver Verhandlungen ist und ein umfassenderes und wirksameres System für Migration und Asyl schaffen soll. Die Minister erörterten die praktische Umsetzung insbesondere nationale Vorbereitungen gesetzliche Anpassungen neue Verfahren IT Infrastruktur Schulungen sowie Grenzverfahren und das reformierte Eurodac System. Sie hoben die Bedeutung einer einheitlichen Anwendung und ausreichender Verwaltungskapazitäten hervor. Vertreter von EU-Agenturen und internationalen Organisationen sagten Unterstützung durch Beratung Training und operative Hilfe zu. In einer weiteren Sitzung befassten sich die Teilnehmer mit der Weiterentwicklung der europäischen Migrationspolitik und vereinbarten Maßnahmen zur Stärkung von Rückführungen Grenzmanagement und Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten sowie zur Bekämpfung von Schleusernetzwerken. Das Treffen stellte fest, dass die Umsetzung des Pakts eine neue Phase gemeinsamer Verantwortung einleitet und vom konsequenten Handeln der Mitgliedstaaten abhängt.

[Pressemitteilung](#)



## Rückgang irregulärer Grenzübertritte in die EU in den ersten fünf Monaten 2026

Am 12.06.2026 veröffentlichte Frontex vorläufige Daten zu irregulären Grenzübertritten in die EU und meldete einen Rückgang um fast 40 % in den ersten fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr. Frontex registrierte rund 39.000 Übertritte und führt den Rückgang auf verstärkte Zusammenarbeit mit Partnerstaaten sowie präventive Maßnahmen in wichtigen Herkunftsländern zurück. Gleichzeitig trat der Pakt zu Migration und Asyl in Kraft und führte ein einheitliches Verfahren zur Identifizierung und Registrierung an den Außengrenzen ein. Frontex unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit sowie bei der Erhebung biometrischer Daten und der Dokumentenprüfung. Die zentrale und die östliche Mittelmeerroute verzeichneten jeweils rund ein Drittel aller irregulären Einreisen und blieben die wichtigsten Zugangswege. Die westafrikanische Route ging mit einem Rückgang um 71 % besonders stark zurück. Die westliche Mittelmeerroute stellte als einzige Hauptstrecke einen Anstieg um 46 % fest, der vor allem von Abfahrten aus Algerien getragen wurde. Insgesamt sank die Zahl der irregulären Ankünfte weiter, zugleich blieb die Zahl der Todesfälle im Mittelmeer mit fast 1.300 hoch. Die Lage im Nahen Osten schafft weiterhin Unsicherheit und kann den Migrationsdruck künftig erhöhen. Frontex setzt rund 3.800 Einsatzkräfte an den Außengrenzen ein und unterstützt die Mitgliedstaaten beim Grenzschutz und bei Rettungseinsätzen auf See.

[Pressemitteilung](#)

## FREIZÜGIGKEIT

### Schengenbericht bestätigt stabile Lage und benennt Prioritäten

Am 18.05.2026 legte die Kommission ihren fünften Bericht zum Zustand des Schengen Raums vor und stellte eine weiterhin stabile Lage fest. Dem Bericht zufolge gingen irreguläre Grenzübertritte im Jahr 2025 deutlich zurück, während die Rückführungsquote den höchsten Stand seit zehn Jahren erreichte. Als wesentlichen Fortschritt hebt die Kommission die vollständige Inbetriebnahme des Einreise Ausreisensystems im April 2026 hervor. Gleichzeitig verweist sie auf fortbestehende Herausforderungen vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungen. Für den Zyklus 2026 – 2027 setzt die Kommission Prioritäten beim Außengrenzschutz, bei der weiteren Digitalisierung des Grenzmanagements, bei Rückführungen sowie bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Der Schengen Rat soll die Vorschläge im Juni 2026 beraten und die Schwerpunkte festlegen.

[Pressemitteilung](#)

### Schengen-Staaten verzeichnen 2025 rund zwölf Millionen Visumanträge

Am 28.05.2026 veröffentlichte die Kommission eine Statistik zu Kurzaufenthaltsvisa für 2025. Demnach gingen bei den Konsulaten der EU und der Schengen assoziierten Staaten gut zwölf Millionen Visumanträge ein, was einem Anstieg um 4,3 % gegenüber 2024 entspricht. Das Niveau lag jedoch weiterhin deutlich unter den rund 17 Mio. Anträgen des Jahres 2019 vor der Covid-19-Pandemie. Die meisten Anträge stellten erneut



Staatsangehörige aus China, Türkei und Indien, gefolgt von Russland und Marokko. Die Staaten erteilten mehr als zehn Millionen Visa, davon 51,7 % für mehrfache Einreisen. Die durchschnittliche Ablehnungsquote sank leicht auf 14,6 %, wobei sie zwischen den Herkunftsstaaten deutlich variierte. Rückgänge verzeichneten u. a. Algerien und Äthiopien, während die Quote etwa in Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und im Senegal anstieg.

[Pressemitteilung](#)

[Zur Statistik](#)

### **Kommission bezieht Stellung zu den zeitweiligen internen Grenzkontrollen im Schengen-Raum**

Am 02.06.2026 veröffentlichte die Kommission Stellungnahmen zu der zeitweiligen Wiedereinführung von internationalen Grenzkontrollen in Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Slowenien und Schweden. Das EU-Recht ermöglicht dies im Falle von ernsthafter Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit unter der Bedingung, dass negative Folgen für Grenzgänger ausgeschlossen werden. Zu den konkreten Maßnahmen zählen hier kürzere Wartezeiten und ein schnellerer Informationsaustausch. Die Kommission empfiehlt das schrittweise Abschaffen der Kontrollen und das Einsetzen wirksamerer Maßnahmen wie die nicht systematischen Polizeikontrollen und mobile biometrische Identifizierungs- und Fahrzeugverfolgungstechnologien. Meist werden diese oder sog. risikobasierte Kontrollen ohnehin schon von Mitgliedstaaten eingesetzt und deren schrittweise Implementierung ist möglich. Das Migrations- und Asylpaket soll die strukturellen Bedingungen, die zur Aufhebung der Kontrollen erforderlich sind, deutlich verbessern. Das Einreise-/Ausreisepaket, sowie das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) werden hierbei die genaue Überwachung von Bewegungen über die EU-Außengrenzen hinweg erleichtern.

[Pressemitteilung](#)

### **Frontex Gremium veröffentlicht Jahresbericht zu Grundrechten**

Am 02.06.2026 veröffentlichte das Konsultativforum von Frontex seinen 13. Jahresbericht zu Grundrechten mit einer Auswertung der Beobachtungen für 2025 und Empfehlungen an die Agentur und ihren Verwaltungsrat. Das Forum begleitete die Vorbereitung der Umsetzung der Screening Verordnung und beriet zu Instrumenten zur Sicherstellung der Grundrechte. Es organisierte dazu auch Fachveranstaltungen mit Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Der Exekutivdirektor machte im Jahr 2025 keinen Gebrauch von Art. 46 der Frontex Verordnung zur Aussetzung von Einsätzen bei Grundrechtsverstößen. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs stellten zugleich klar, dass Frontex eine eigenständige Verantwortung für die Rechtmäßigkeit seiner Einsätze trägt. Für das Jahr 2026 fordert das Forum eine stärkere Berücksichtigung der Empfehlungen des Grundrechtsbeauftragten. Es empfiehlt auch klarere Schwellenwerte und Maßnahmen in Einsatzplänen. Zudem sieht das Forum Risiken bei Befragungen von Migranten und fordert eine strengere



Kontrolle dieser Praxis. Der Bericht bekräftigt insgesamt das Ziel eines transparenten und grundrechtskonformen Grenzmanagements in der EU.

[Pressemitteilung](#)

### **Frontex baut Zusammenarbeit mit Serbien und Bosnien und Herzegowina aus**

Am 03.06.2026 vertiefte Frontex unter Leitung von Exekutivdirektor *Hans Leijtens* die Zusammenarbeit mit Serbien sowie Bosnien und Herzegowina im Rahmen eines dreitägigen Besuchs. Frontex schloss mit Serbien ein Partnerschaftsabkommen zur Ausbildung und stärkt damit die Einbindung in das Netzwerk der Frontex-Partnerakademien. Die Vereinbarung ermöglicht serbischen Grenzbeamten den Zugang zu Schulungen und gemeinsamen Ausbildungsstandards. In Bosnien und Herzegowina nahm Frontex die Zusammenarbeit im Rahmen der laufenden Operation weiter auf und baute die Kooperation mit nationalen Behörden aus. Frontex und die EU-Mission EUFOR Althea vereinbarten eine engere Abstimmung und einen regelmäßigen Informationsaustausch. Zudem richteten Frontex und das bosnische Sicherheitsministerium ein gemeinsames Beschwerdemechanismus ein. Dieser Mechanismus soll die Bearbeitung von Beschwerden bei Einsätzen von Frontex-Beamten sicherstellen. Die Maßnahmen stärken die Zusammenarbeit im westlichen Balkan und unterstützen eine gemeinsame Steuerung der Migration.

[Pressemitteilung](#)

### **EuGH beanstandet Einschränkung von Asylbewerberleistungen durch Landkreis Schweinfurt**

Am 04.06.2026 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-621/24 im Verfahren eines afghanischen Antragstellers gegen den Landkreis Schweinfurt über gekürzte Leistungen für Asylbewerber im Dublin Verfahren. Der EuGH stellte fest, dass die erheblichen Leistungseinschränkungen durch den Landkreis Schweinfurt unionsrechtswidrig sind. Er beanstandete insbesondere die Reduzierung auf Sachleistungen ohne Kleidung und Geldleistungen. Nach Auffassung des EuGH gewährleisteten solche Einschränkungen keinen angemessenen Lebensstandard gemäß der Aufnahmeleitlinie. Zu den notwendigen Leistungen zählen neben Unterkunft und Ernährung auch Kleidung sowie Mittel zur Deckung persönlicher Bedürfnisse. Der EuGH hob hervor, dass diese Anforderungen der Sicherung der physischen und psychischen Gesundheit dienen. Eine Einschränkung dürfe daher nicht dazu führen, dass grundlegende Bedürfnisse ungedeckt bleiben. Die Verpflichtungen des Mitgliedstaats bestehen bis zur tatsächlichen Überstellung fort. Der EuGH präziserte damit die unionsrechtlichen Mindeststandards für die Versorgung von Asylbewerbern.

[Zum Urteil](#)



### **EuGH stärkt Aufenthaltsrecht von Eltern minderjähriger Unionsbürger**

Am 04.06.2026 veröffentlichte der Europäische Gerichtshof ein Urteil zur Rechtssache C-147/24 (Safi) zur Frage eines abgeleiteten Aufenthaltsrechts für die Mutter eines minderjährigen Unionsbürgers. Der Gerichtshof stellte klar, dass einem Elternteil ein Aufenthaltsrecht im Wohnmitgliedstaat des Kindes zustehen kann auch wenn bereits ein Aufenthaltsrecht in einem anderen Mitgliedstaat besteht. Er betonte, dass das Kind andernfalls gezwungen sein könnte das Unionsgebiet zu verlassen und damit seine Unionsbürgerrechte nicht wahrnehmen könnte. Der Gerichtshof hob hervor, dass Behörden das bestehende Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kind und Elternteil berücksichtigen müssen. Er verwies zudem auf die Bedeutung des Schutzes des Familienlebens und der Einheit der Familie. Eine Trennung von einem Elternteil kann nach Auffassung des Gerichtshofs dem Kindeswohl widersprechen. Das Gericht stellte ferner fest, dass ein Umzug in einen anderen Mitgliedstaat dem Wohl des Kindes entgegenstehen kann, etwa bei sprachlichen oder entwicklungsbedingten Einschränkungen. In solchen Fällen muss der Mitgliedstaat dem betroffenen Elternteil ein Aufenthaltsrecht gewähren. Das nationale Gericht muss die konkreten Umstände des Einzelfalls prüfen und dabei das Kindeswohl vorrangig berücksichtigen.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Urteil](#)

## **STAATSANGEHÖRIGKEIT**

### **EuGH bestätigt Ermittlungsbefugnisse bei Scheinehen trotz späterer Einbürgerung**

Am 04.06.2026 veröffentlichte der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ein Urteil zur Rechtssache C-560 24 über Ermittlungen wegen Betrugs bei einer Scheinehe trotz späterer Einbürgerung. Der EuGH erlaubt Mitgliedstaaten, auch nach Erwerb der Staatsangehörigkeit Betrug und Rechtsmissbrauch zu prüfen. Ein Drittstaatsangehöriger erhielt nach Heirat mit einer freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgerin Aufenthaltsrechte in Irland. Er erwarb anschließend die irische Staatsangehörigkeit. Die Behörden vermuteten eine Scheinehe und stellten Betrug fest. Der Betroffene wandte ein, dass die Freizügigkeitsrichtlinie für ihn nicht mehr gelte. Der EuGH stellte klar, dass die Richtlinie für frühere Zeiträume weiterhin relevant bleibt. Der EuGH bestätigte, dass Vorschriften zur Bekämpfung von Betrug auch vergangene Sachverhalte erfassen. Die Behörden dürfen daher Maßnahmen zu zuvor gewährten Rechten prüfen. Eine andere Auslegung würde die Bekämpfung von Scheinehen erschweren. Schließlich stellte der EuGH klar, dass Ermittlungen auch ohne unmittelbare Maßnahme zulässig sind und spätere Konsequenzen wie der Entzug der Staatsangehörigkeit möglich bleiben, sofern Verhältnismäßigkeit und Verfahrensrechte eingehalten werden.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Urteil](#)



## INNERE SICHERHEIT

### Führungswechsel bei Europol nach Weggang von Exekutivdirektorin

Am 01.05.2026 schied *Catherine De Bolle* nach achtjähriger Amtszeit als Exekutivdirektorin von Europol aus dem Amt aus. Mit ihrem Weggang endet eine prägende Phase an der Spitze der europäischen Polizeibehörde. Seit dem 02.05.2026 führt *Jürgen Ebner*, stellvertretender Exekutivdirektor für Governance, Europol als amtierender Exekutivdirektor. Er nimmt in dieser Funktion die Aufgaben und Befugnisse der Behördenleitung wahr und verantwortet weiterhin den Bereich Governance.

Parallel dazu läuft das Auswahlverfahren für einen neuen Exekutivdirektor. Nach Abschluss der Bewerbungsfrist am 31.03.2026 führt ein vom Verwaltungsrat eingesetzter Ausschuss Interviews und ein Auswahlverfahren durch. Der Rat trifft nach Konsultation des Europäischen Parlaments die endgültige Entscheidung. Die Ernennung wird bis Ende 2026 erwartet.

[Pressemitteilung](#)

## KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

### EP stimmt Konvention gegen Cyberkriminalität zu

Das Europäische Parlament (EP) hat am 20.05.2026 grünes Licht für den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität gegeben. Hintergrund ist die zunehmende Verlagerung krimineller Aktivitäten in den digitalen Raum sowie die wachsende Bedeutung elektronischer Beweismittel in Strafverfahren. Die Konvention war bereits im Dezember 2024 von der UN-Generalversammlung angenommen worden; der Rat hatte das EP im Oktober 2025 um Zustimmung ersucht. Das Übereinkommen schafft einen internationalen Rahmen zur Angleichung zentraler Straftatbestände im Bereich der internetbasierten Kriminalität. Die Vertragsstaaten verpflichten sich insbesondere, bestimmte Delikte – etwa IT-bezogenen Betrug oder Eingriffe in Kommunikations- und Informationssysteme – national strafrechtlich zu erfassen. Darüber hinaus werden auch Phänomene wie sexueller Kindesmissbrauch im Internet, die gezielte Kontaktaufnahme zu Minderjährigen sowie die nicht einvernehmliche Verbreitung intimer Inhalte einbezogen. Zudem sieht die Konvention verstärkte Mechanismen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor, insbesondere beim Austausch und bei der Sicherung elektronischer Beweismittel. Gleichzeitig sind Schutzklauseln vorgesehen, die eine Ablehnung der Kooperation erlauben, etwa bei möglichen Menschenrechtsverstößen oder politisch motivierten Ersuchen.

[Zum Beschluss](#)

### Kommission und EU-Drogenagentur stellen Europäischen Drogenbericht 2026 vor

Am 09.06.2026 stellten die Kommission und die Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA) den Drogenbericht 2026 vor. Drogen sind leichter verfügbar, vielfältiger und wirkungsstärker geworden. Opiode



stellen nach wie vor die häufigste Todesursache drogenbedingter Todesfälle in Europa dar. Eine ernste Gefahr für die Gesundheit sind insbesondere neuartige, noch wenig wissenschaftlich erforschte Substanzen. Illegale Drogen wie Kokain, synthetische Drogen und psychoaktive Substanzen bleiben weiterhin verfügbar, allerdings nimmt die Drogenvielfalt zu. Der Drogenhandel birgt dabei ein großes Sicherheitsrisiko für Europa. Die Netze der organisierten Kriminalität weichen infolge der Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen vermehrt auf kleinere Häfen aus. Darüber hinaus nehmen Einschüchterung und Gewalt, sowie das Anwerben gefährdeter junger Menschen durch kriminelle Gruppen weiter zu. Die Kommission verstärkte ihr Vorgehen gegen organisierte Drogenkriminalität mithilfe der EU-Drogenstrategie, einem Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels, neuen Vorschriften für die Überwachung und Kontrolle von Drogenausgangsstoffen und der Europäischen Hafenallianz.

[Pressemitteilung](#)

### **EP fordert Maßnahmen gegen Rekrutierung von Kindern durch organisierte Kriminalität**

Am 18.06.2026 veröffentlichte das Europäische Parlament (EP) eine Entschließung zur Bekämpfung der Rekrutierung und Ausbeutung von Kindern durch organisierte kriminelle und terroristische Gruppen. Das EP fordert einen umfassenden Ansatz aus Prävention, Rechtsdurchsetzung und Ursachenbekämpfung. Behörden sollen Kinder vorrangig als Schutzbedürftige behandeln und gefährdete Minderjährige frühzeitig erkennen. Der geplante EU-Aktionsplan soll Prävention und Frühwarnmechanismen ausdrücklich berücksichtigen. Bei der Überarbeitung der Vorschriften zur organisierten Kriminalität fordert das EP spezifische Regelungen zur Kinderrekrutierung und eine angepasste Definition krimineller Organisationen. Das EP verlangt zudem stärkere gemeinsame Ermittlungen gegen Hintermänner und eine konsequente Anwendung bestehender EU-Vorschriften im digitalen Raum. Online-Plattformen spielen eine zentrale Rolle bei der Anwerbung, weshalb das EP eine bessere Zusammenarbeit und strengere Durchsetzung fordert. Besondere Risiken für Mädchen sowie für schutzbedürftige Gruppen sollen gezielt berücksichtigt werden.

[Pressemitteilung](#)

## **TERRORISMUSBEKÄMPFUNG**

### **Gemeinsame europäische Terrorismusdefinition durch Zusatzprotokoll gestärkt**

Die EU hat am 26.05.2026 ein Zusatzprotokoll zur Konvention des Europarats zur Verhütung des Terrorismus unterzeichnet. Ziel ist die Einführung einer gemeinsamen paneuropäischen Definition terroristischer Straftaten als Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Das Protokoll enthält erstmals eine europaweit einheitliche rechtliche Definition von Terrorismus und steht im Einklang mit der entsprechenden EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung. Dadurch soll die Kohärenz zwischen Unionsrecht und Europaratsrecht gestärkt werden. Die Harmonisierung der Straftatbestände soll insbesondere die justizielle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten verbessern, etwa bei Auslieferungsersuchen und Maßnahmen der Rechtshilfe. Zugleich



wird die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung gestärkt. Die Verhandlungen wurden von der Kommission auf Grundlage eines Mandats des Rates geführt. Die Unterzeichnung stellt einen weiteren Schritt zur verstärkten Abstimmung europäischer und internationaler Maßnahmen im Bereich der Sicherheits- und Strafrechtspolitik dar.

[Pressemitteilung](#)

## GELDWÄSCHE

### **EuGH: Zugang zu Informationen über wirtschaftliche Eigentümer bei Treuhandstrukturen zulässig**

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat in den verbundenen Rechtssachen C-684/24 und C-685/24 zur Transparenzanforderung bei Treuhandstrukturen Stellung genommen. Gegenstand waren nationale Vorschriften zur Umsetzung der Geldwäscherichtlinie, insbesondere zur Offenlegung wirtschaftlicher Eigentümer bei Treuhandverträgen italienischen Rechts. Der EuGH bestätigte die einschlägigen Bestimmungen der Richtlinie als unionsrechtskonform und stellte fest, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über wirtschaftliche Eigentümer bei Vorliegen eines berechtigten Interesses mit den Grundrechten vereinbar ist. Zudem entschied der Gerichtshof, dass Treuhandverträge italienischen Rechts als vergleichbare Rechtsvereinbarungen im Sinne der Richtlinie erfasst werden können, sodass entsprechende Melde- und Offenlegungspflichten bestehen. Schließlich ist es unionsrechtlich zulässig, dass nationale Behörden über Ausnahmen vom Zugang zu diesen Informationen entscheiden, sofern effektiver gerichtlicher Rechtsschutz gewährleistet ist.

[Zum Urteil](#)

### **Zerschlagung des Krypto Geldwäsche Netzwerks AudiA6 mit Bezug zu internationaler Cyberkriminalität**

Am 11.06.2026 teilte Europol mit, dass Strafverfolgungsbehörden aus den USA, Polen und weiteren Partnerstaaten mit Unterstützung von Europol und Eurojust den Krypto Geldwäschedienst AudiA6 zerschlagen haben, der zwischen 2022 und 2025 über 336 Mio. € aus Cyberkriminalität gewaschen haben soll. Die Ermittler nahmen am 10.06.2026 zwei mutmaßliche Betreiber fest, durchsuchten drei Objekte und beschlagnahmten mehr als 30 Server sowie über 80 Fahrzeuge und weitere Vermögenswerte. Zudem wurden 25 Domains abgeschaltet und Kryptowerte in Höhe von rund 692.000 € eingefroren sowie über 86.000 € sichergestellt. Nach Erkenntnissen von Europol nutzten Ransomware Gruppen und andere Täter den Dienst, um gestohlene Kryptowährungen über komplexe Transaktionsketten zu verschleiern und innerhalb kurzer Zeit gereinigt zurückzuerhalten. Die Täter verlangten Provisionen von drei bis zehn Prozent und griffen auf tausende betrügerische Konten mit gestohlenen Identitäten zurück. Die Analyse durch Europol verknüpft den Dienst mit mehr als 15 internationalen Ermittlungen und zeigt eine zunehmende Professionalisierung der Krypto Geldwäsche. Europol unterstützte die beteiligten Behörden bei der Auswertung von Zahlungsströmen, der



Koordinierung der Maßnahmen und dem Informationsaustausch während des Einsatzes, während Eurojust die justizielle Zusammenarbeit sicherstellte.

[Pressemitteilung](#)

## CYBERSICHERHEIT

### ENISA Bericht zeigt Fortschritte bei Cybersicherheit in EU-Sektoren

Am 28.05.2026 veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) den NIS360 Bericht zur Cybersicherheitsreife in kritischen EU-Sektoren. Die Analyse dient der Bewertung der Umsetzung der NIS2 Richtlinie durch Behörden und Unternehmen. ENISA bewertet die Reife anhand von Rechtsrahmen, Vorbereitung der Unternehmen, Leistungsfähigkeit der Behörden sowie Funktionsfähigkeit der Sektoren. Insgesamt verbessert sich die Cybersicherheitsreife, während die Kritikalität der Sektoren weitgehend stabil bleibt. Besonders kritisch bleiben Banken, Elektrizität, Luftfahrt, Raumfahrt sowie digitale Infrastrukturen. Die Raumfahrt gewinnt zusätzlich an Bedeutung durch steigende Abhängigkeiten. Eine Risikozone umfasst Sektoren mit zu niedriger Reife im Verhältnis zur Kritikalität, darunter Gesundheit, Schienenverkehr, maritime Dienste, öffentliche Verwaltung sowie der Wassersektor. Neu hinzugekommen sind Teile des Bahn- und Wassersektors, während der Gassektor Fortschritte zeigt. Verbesserungen beruhen auf verstärkter Zusammenarbeit, Informationsaustausch und besserem Risikomanagement. Einzelne Sektoren wie Luftfahrt, Vertrauensdienste und Finanzmarktinfrastrukturen erreichen eine hohe Reife. Unterschiede bestehen weiterhin durch Fachkräftemangel und strukturelle Faktoren. ENISA erwartet, dass Regulierung und Investitionen die Cybersicherheitsreife weiter erhöhen und Risikobereiche reduzieren.

[Pressemitteilung](#)

### EU testet Krisenreaktion bei Cyberangriffen auf Verkehrsnetze

Am 10./11.06.2026 organisierte die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit ENISA eine EU-weite Cyberübung zur Reaktion auf Angriffe auf kritische Verkehrsinfrastruktur von Schienen- und Seeverkehrsnetze. Rund 5.000 Fachleute aus Behörden, Unternehmen, EU-Institutionen und Partnerländern nahmen teil. Die Übung simulierte Angriffe auf Bahn und maritime Netze mit erheblichen Betriebsstörungen und einer eskalierenden Cyberkrise. Erstmals testete die EU dabei den Cyber Blueprint von 2025 zur Klärung von Zuständigkeiten in Krisen. Zudem prüfte die Übung die Cybersecurity Reserve zur Unterstützung bei Vorfällen. Ergebnisse sollen den Krisenrahmen der EU weiterentwickeln.

[Pressemitteilung](#)



## EU ermöglicht Ukraine schnellen Zugang zu Cyberhilfe der EU

Am 15.06.2026 hat der Rat die Aufnahme der Ukraine in die Cybersecurity Reserve der EU beschlossen und ermöglicht ihr damit die Aktivierung von Notfallunterstützung bei großen Cyberangriffen. Die Reserve wird von der Europäischen Agentur für Cybersicherheit ENISA verwaltet und stellt Reaktionsdienste vertrauenswürdiger privater Anbieter bereit. Ziel ist es, auf schwerwiegende Sicherheitsvorfälle schnell und wirksam zu reagieren. Die Entscheidung unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im digitalen Bereich. Sie fügt sich in die strategische Partnerschaft ein und stärkt die gemeinsame Abwehr wachsender Cyberbedrohungen. Bereits 2024 wurde Moldau im Rahmen des Cyber Solidarity Act in die Reserve aufgenommen.

[Pressemitteilung](#)

## GLÜCKSSPIEL

### EuGH: Maßstäbe für Europäischen Kontenpfändungsbeschluss präzisiert

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 21.05.2026 in der Rechtssache C-198/24 (Mr Green) die Voraussetzungen für den Erlass eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung konkretisiert. Der Entscheidung lag ein Verfahren vor österreichischen Gerichten zugrunde, in dem ein Gläubiger nach einem Urteil die Sicherung seiner Forderung gegen einen Online-Glücksspielanbieter beantragt hatte. Streitpunkt war, welche Umstände bei der Beurteilung der Dringlichkeit berücksichtigt werden dürfen. Der EuGH stellte klar, dass das Gericht eine Gesamtwürdigung der Umstände vornehmen kann, um eine tatsächliche Gefahr der Vereitelung der Vollstreckung zu prüfen. Dabei können auch mehrere Jahre zurückliegende Verhaltensweisen des Schuldners berücksichtigt werden. Zudem darf ein Gericht berücksichtigen, ob im Staat des Schuldners rechtliche Regelungen bestehen, die die Vollstreckung einer Forderung erschweren können.

[Zum Urteil](#)

## KATASTROPHENSCHUTZ

### Kommission erhält 20 Bürgerempfehlungen zur Stärkung der Krisenvorsorge in der EU

Am 26.05.2026 nahm die Kommission 20 Empfehlungen von Bürgern zur Stärkung der europäischen Krisenvorsorge entgegen, die nach dreimonatigen Beratungen im Rahmen eines Europäischen Bürgerpanels erarbeitet wurden. 150 zufällig ausgewählte Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten übergaben die Empfehlungen an den Generaldirektor der Generaldirektion für Europäischen Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe *Maciej Popowski*. Die Ergebnisse fließen in die Umsetzung der Strategie für eine Vorsorgeunion ein. Die Empfehlungen betreffen die Bereiche Risiko und Krisenkommunikation, Informationsintegrität, Inklusion, Eigenvorsorge, gesellschaftliches Engagement und Bildung. Vorgeschlagen wird u. a. eine stärkere



Vorsorgebildung, verbesserte und bedarfsgerechte Warnsysteme, die Förderung des Ehrenamts, Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Resilienz sowie ein wirksames Vorgehen gegen Desinformation. Zudem empfehlen die Bürger eine stärker inklusive Unterstützung für finanziell benachteiligte Menschen sowie für Menschen mit Behinderungen. Als konkrete Maßnahme regen sie an, nationale Leitlinien zur persönlichen Krisenvorsorge aktiv an Haushalte zu kommunizieren und dabei insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen einzubeziehen.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission präsentiert Vorsorgeplan für größten Einsatz zur Brandbekämpfung im Sommer 2026**

Im Rahmen ihres Katastrophenschutzverfahrens hat die Kommission am 02.06.2026 einen Vorbereitungsplan, der die Finanzierung und die Koordinierung des Einsatzes von Feuerwehrleuten, Löschflugzeugen und Notfallexperten thematisiert, vorgelegt. Vor dem Hintergrund der immer längeren und intensiver werdenden Waldbrände sollen 777 Feuerwehrleute aus 14 europäischen Ländern strategisch in Hochrisikogebieten in Zypern, Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich und Portugal stationiert werden, Notfallexperten im EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen Risiken aufspüren und Analysen durchführen und 22 Löschflugzeuge, sowie fünf Hubschrauber der EU-Flotte zur Unterstützung bereitstehen. Das Europäische Waldbrandinformationssystem und der EU-Satellitendienst Copernicus erstellen kontinuierliche Vorhersagen über Risiken und Notfallkartierungen. Für das Jahr 2026 plant die EU außerdem die Errichtung eines neuen europäischen regionalen Brandbekämpfungszentrums in Zypern. Dieses bietet neben der Stationierung von Löschflugzeugen auch Schulungen und Übungen für Katastrophenschutzfachleute an.

[Pressemitteilung](#)

## **WAHLEN**

### **Rat billigt Stimmrechtsvertretung für Abgeordnete im Europäischen Parlament**

Der Rat hat am 26.05.2026 eine Änderung des Europäischen Wahlakts gebilligt, die die Einführung einer Stimmrechtsvertretung („proxy voting“) im Europäischen Parlament (EP) für schwangere Abgeordnete und junge Mütter vorsieht. Danach können betroffene MdEPs ihr Stimmrecht bis zu drei Monate vor dem voraussichtlichen Geburtstermin sowie bis zu sechs Monate nach der Geburt auf ein anderes Mitglied übertragen. Ziel ist es, die Ausübung des Mandats unter Berücksichtigung familiärer Belastungen zu erleichtern. Für die Umsetzung der Regelung soll das Abgeordnetenstatut die grundlegenden Voraussetzungen der Stimmrechtsdelegation festlegen, insbesondere im Hinblick auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Integrität des Abstimmungsverfahrens. Die konkreten Modalitäten sollen in der Geschäftsordnung des EPs geregelt werden. Die Änderung des Wahlakts wurde im besonderen Gesetzgebungsverfahren beschlossen und bedarf noch der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften, bevor sie in Kraft treten kann.



## [Pressemitteilung](#)

### **Rat stärkt Wahlrechte mobiler EU Bürger bei Kommunalwahlen**

Am 26.05.2026 hat der Rat neue Vorschriften gebilligt, mit denen die Wahlrechte von EU-Bürgern bei Kommunalwahlen in einem anderen Mitgliedstaat gestärkt werden sollen. Ziel der aktualisierten Richtlinie ist es, bestehende Hindernisse für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts abzubauen und veraltete Regelungen aus dem Jahr 1994 zu modernisieren. Mobile EU-Bürger sollen ihre demokratischen Rechte unter vergleichbaren Bedingungen wie nationale Staatsangehörige wahrnehmen können. Die neuen Regeln sehen insbesondere eine vereinfachte Registrierung als Wähler oder Kandidat, die proaktive Bereitstellung von Informationen über Wahlrechte und Registrierungsbedingungen sowie Schutzmaßnahmen vor. Diese sollen verhindern, dass mobile EU-Bürger automatisch aus den Wählerverzeichnissen ihres Herkunftsmitgliedstaats gestrichen werden, wenn sie sich im Aufenthaltsstaat registrieren lassen. Die Mitgliedstaaten haben nach Inkrafttreten zwei Jahre Zeit, den überwiegenden Teil der neuen Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.

## [Pressemitteilung](#)

## **SPORT**

### **Rat befasst sich mit Sporttourismus und psychischer Gesundheit im Sport**

Am 12.05.2026 befasste sich der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (Teil Sport) mit dem Sporttourismus und der psychischen Gesundheit im Sport, um den Beitrag des Sports zur nachhaltigen Entwicklung sowie zum Wohlbefinden von Athletinnen und Athleten zu erörtern. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Sporttourismus als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung an und hob dessen wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Bedeutung hervor. Zudem tauschten sich die Mitgliedstaaten zur psychischen Gesundheit im Sport aus. Sie thematisierten insbesondere den zunehmenden Druck im Leistungssport und stellten einen wachsenden Bedarf an systemischen Maßnahmen etwa in den Bereichen Prävention und Betreuung fest. Unter Sonstiges informierten die Niederlande über gesundheitliche Risiken von Hirnverletzungen im Sport sowie über entsprechende nationale Maßnahmen. Darüber hinaus erörterten die Mitgliedstaaten und die Kommission Fragen zur Teilnahme von Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus an Wettbewerben und verwiesen dabei auch auf sicherheitsrelevante Aspekte. Irland stellte zudem erste Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2026 vor.

## [Zur Pressemitteilung](#)

### **AdR und EOK fordern EU-weite Finanzierung für Sport**

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) und die Europäischen Olympischen Komitees (EOK) riefen am 04.06.2026 dazu auf, den Sport in alle Finanzierungsinstrumente des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)



2028 - 2034 einzubinden. Zudem sprachen sie sich dafür aus, den Sport im Sinne des Ansatzes „Sport in allen Politikbereichen“ stärker in den EU-Politikfeldern zu verankern. Darüber hinaus plädierten sie für einen direkten und vereinfachten Zugang zu Finanzmitteln auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, sowie für eine ausdrückliche Anerkennung des Beitrags von Sportorganisationen zu Gesundheit, sozialer Inklusion, Jugendengagement und regionaler Entwicklung im Rahmen des MFR 2028 – 2034. Die Förderung über das künftige Erasmus+-Programm gilt dabei als der zugänglichste Weg für Sportorganisationen, um zu den politischen Prioritäten der EU beizutragen. Inwieweit die unterstützende Rolle des Sports im breiter angelegten MFR berücksichtigt wird, ist jedoch weiterhin umstritten.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die 2. Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).

Schwerpunkte aus dem Bereich Bauen und Wohnen werden die für Juli 2026 geplanten Vorschläge der Kommission zur Reform des EU-Vergaberechts und des Gesetzes zu bezahlbarem Wohnen bilden. Auswirkungen dürften auch die Verhandlungen zum Industrial Accelerator Act (IAA) haben, der Quoten für grüne Baustoffe bei öffentlichen Vergaben vorsieht. Daneben soll in der 2. Jahreshälfte ein EU-Baudienstleistungsgesetz vorgelegt werden. Am 25./26.11.2026 ist in Dublin ein informelles Treffen der Wohnungsministerinnen und -minister zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit geplant.

Schwerpunkt aus dem Verkehrsbereich bildet die Kompromissfindung für das EU-Automobilpaket zu den Verordnungen über die CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge und zu sauberen Unternehmensfahrzeugflotten sowie zum Automobil-Omnibus. Zudem sollen Verhandlungen zur Fazilität „Europa verbinden“ (CEF3) zur Förderung der Verkehrsinfrastruktur aufgenommen werden. Im Luftverkehr stehen die EU-Luftverkehrsstrategie sowie die Überarbeitungen der Luftverkehrsdienste-Verordnung und des EU-Emissionshandelssystems im Vordergrund. Des Weiteren möchte die irische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen zur Richtlinie über Maße und Gewichte von Lkw sowie zum EU-Paket für die Straßenverkehrstauglichkeit (u. a. zum Vorschlag einer jährlichen Hauptuntersuchung) abschließen. Fortschritte sollen zum EU-Passagierpaket, den Fahrgastrechten und zur Verordnung über die militärische Mobilität erzielt werden. Vorschläge der Kommission werden zur Überarbeitung der Verordnung zur EU-Eisenbahnagentur (ERA) und zur Richtlinie über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern erwartet.

Der nächste informelle EU-Verkehrsministerrat soll am 20./21.09.2026 in Dublin und der formelle EU-Verkehrsrat am 30.11.2026 in Brüssel stattfinden.

[Irische EU-Ratspräsidentschaft](#)

## VERKEHRSPOLITIK

### Ergebnisse des formellen EU-Verkehrsrats am 08.06.2026 in Luxemburg

Am 08.06.2026 tagte der formelle EU-Verkehrsrat unter zyprischer EU-Ratspräsidentschaft in Luxemburg. Der letzte formelle EU-Verkehrsrat fand am 04.12.2025 in Brüssel statt (EB 11/25). Deutschland wurde durch Bundesverkehrsminister *Patrick Schnieder* vertreten. Der EU-Verkehrsrat konnte Ratsschlussfolgerungen zu folgenden Dossiers festlegen (siehe weitere Beitrag in diesem EB-Abschnitt):



- EU-Strategie für die maritime Industrie
- EU-Hafenstrategie

Daneben wurden u. a. folgende Verkehrsthemen behandelt:

- Fortschrittsbericht zur Verordnung zu sauberen Unternehmensflotten

Der Vorschlag aus dem EU-Automobilpaket vom 16.12.2025 ist unter den EU-Mitgliedstaaten stark umstritten. Unterstützer von verpflichtenden Quoten zur Elektrifizierung von Fahrzeugflotten (wie Frankreich, die Niederlande, Litauen und Kroatien) führen die Erreichung der Klimaziele, eine größere Unabhängigkeit von fossilen Kraftstoffen und hohe Investitionen in die Elektromobilität an. Die Mehrheit der Kritiker, darunter Deutschland, Italien und Polen, verweisen auf Eingriffe in die Steuerhoheit der Mitgliedstaaten, negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, fehlende Landeinfrastruktur sowie unrealistische Quoten und mehr Verwaltungsaufwand. Deutschland lehnt daher den gesamten Vorschlag ab. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, bis November 2026 einen Kompromiss zu finden.

- Beschleunigte Einführung des EU-Zugleitsystems (ERTMS)

Griechenland, unterstützt von mehreren Mitgliedstaaten, kritisiert die Länge, Komplexität und Fragmentierung der Genehmigungsverfahren für ERTMS. Dieses sei für einen interoperablen grenzüberschreitenden Schienenverkehr in der EU zwingend. Aktuell verfügt nur 18 % des TEN-V-Netzes über ein funktionierendes ERTMS. Die Mitgliedstaaten fordern daher eine stärkere Rolle der EU-Eisenbahnagentur (ERA) und die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen. Belgien, unterstützt von mehreren Mitgliedstaaten, betont in einem Non-Paper, dass die Umsetzung von ERTMS schnell erfolgen und die Kosten für die Aufrechterhaltung von Parallelsystemen berücksichtigt werden müssen. Deutschland hat sich hierzu nicht geäußert. Die Kommission betont, an einem „ERTMS-Deal“ zu arbeiten, um die Verfahren mehr zu harmonisieren und standardisieren. Weitere EU-Mittel sollen für die Umsetzung von ERTMS bereitgestellt werden. Des Weiteren wird an einer Überarbeitung des ERA-Mandats gearbeitet.

- Wettbewerbsfähigkeit des EU-Schienenverkehrs

Tschechien, unterstützt von mehreren Mitgliedstaaten, fordert eine EU-Initiative zur Stärkung des Schienengüterverkehrs, um die Dekarbonisierung des Verkehrs weiter voranzutreiben. Aktuell finden nur 17 % des Güterverkehrs auf der Schiene statt und drei Viertel auf der Straße. Der Anteil auf der Schiene stagniert und ist leicht rückläufig. Ein einfacherer Rechtsrahmen könne zur Senkung der Verwaltungskosten beitragen. Zudem sollten mehr EU-Mittel unter der Fazilität „Europa verbinden“ für Infrastrukturmaßnahmen (CEF) bereitgestellt werden.



Österreich, unterstützt u. a. von Deutschland, fordert die Kommission zur Erarbeitung einer EU-Eisenbahnstrategie auf. Dieser nachhaltige Verkehrsträger habe vor dem Hintergrund unsicherer Energieversorgung und der besonderen Bedeutung der militärischen Mobilität höchste Relevanz. Zudem müsse die digitale Sicherheit in einem vernetzten Verkehrssystem als kritische Infrastruktur stärker berücksichtigt werden.

Spanien, unterstützt u. a. von Frankreich, hebt hervor, dass sich die Auslieferung neuer Züge um 2,5 - 3 Jahre verzögert, so dass Kunden bis zu acht Jahre warten müssen. Hindernissen seien ein fehlender ordnungspolitischer Rahmen, komplexe Regularien und Normen sowie die Länge der Zertifizierung. Die Mitgliedstaaten fordern daher die Kommission zur Einleitung eines strategischen Dialogs mit der Eisenbahnindustrie auf. Die Kommission möchte diesem Wunsch im September 2026 nachkommen.

- Aussprache zum EU-Passagierpaket

Am 13.05.2026. hat die Kommission ihr EU-Passagierpaket vorgelegt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Dieses besteht aus drei Verordnungsvorschlägen über multimodale Buchungen, zum Fahrkartenverkauf im Schienenverkehr und zu den Passagierrechten bei einem Ticket. Ziel ist es, die Planung und Buchung intermodaler grenzüberschreitender Reisen zu erleichtern und die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr zu stärken. Die Fahrgäste sollen damit mehr Preis- und Treibhausgastransparenz erhalten. Die Vertriebsplattformen großer Eisenbahnunternehmen mit einem Marktanteil von über 50 % sollen zur Vermarktung bzw. zum Vertrieb konkurrierender Angebote verpflichtet werden. Deutschland hebt hervor, dass der Kommissionsvorschlag in die Richtung der „Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene“ für den deutschen Schienenverkehrsmarkt ginge. Es müssten Verbraucherschutz und Risiken für die Eisenbahnverkehrsunternehmen in Ausgleich gebracht werden. Wichtige Punkte seien die Vertriebsautonomie der Unternehmen, der Datenstandard OSGM, die Bürokratieranforderungen sowie eine innovationsfreundliche Regulierung.

- Grenzüberschreitende Testinitiative für autonome Fahrzeuge

Die Kommission dankt dem EU-Verkehrsrat, dass sich 17 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, an einem Testfeld für autonome Fahrzeuge und Busse beteiligen möchten. Hierfür sind 20 Mio. € für die Digitalinfrastruktur vorgesehen. Durch die harmonisierte Anwendung technischer Standards und von Rechtsvorschriften soll der grenzüberschreitende Einsatz von autonomen Fahrzeugen gefördert werden. Deutschland unterstreicht, dass mit dieser Initiative das bestehende trilaterale Testfeld mit Frankreich und Luxemburg auf die nächste Stufe gehoben werden könne. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde heute unterzeichnet.

- Initiative für einen sauberen Transportkorridor



Die Kommission hat vor einem Jahr die Initiative für einen beschleunigten Ausbau der Lkw-Ladeinfrastruktur auf den beiden TEN-V-Korridoren Nordsee-Ostsee und Skandinavien-Mittelmeer gestartet. Zwei Fahrpläne sollen Transparenz bei den Netzkapazitäten und der Verkehrsnachfrage schaffen. Die bestehende Netzinfrastruktur soll effizienter genutzt und die Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Aufbauend auf den Erfahrungen sollen weitere Korridore eingebunden werden. Deutschland begrüßt die Initiative, um den Umstieg auf einen klimafreundlichen Straßengüterverkehr zu fördern. Bis 2030 soll ein nahtloser batterieelektrischer Güterverkehr geschaffen werden.

- Weitere Themen

Des Weiteren beschäftigte sich der EU-Verkehrsrat u. a. mit der Verordnung zur militärischen Mobilität, zu den Verordnungen zu den Fluggast- und Fahrgastrechten, zur Richtlinie über Maße und Gewichte von Lkw, zur Eurovignettenrichtlinie und zum EU-Verkehrssicherheitspaket. Daneben hat die Kommission ein Wiederaufgreifen des Vorschlags Ende der Zeitumstellung/Sommerzeit angemahnt. Des Weiteren hat der Rat eine Verordnung zur Überprüfung von ausländischen Investitionen in der EU, eine Verordnung zur Bekämpfung von Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt und eine Richtlinie zu Mindeststandards zum Schutz von Opfern von Straftaten angenommen.

Unter der EU-Ratspräsidentschaft von Irland in der 2. Jahreshälfte 2026 findet der nächste formelle EU-Verkehrsrat vsl. im November 2026 in Brüssel statt.

[Pressemitteilung der EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Tagesordnung zum EU-Verkehrsrat](#)

### **Rat nimmt Empfehlungen zur EU-Strategie für die maritime Industrie und EU-Hafenstrategie an**

Am 08.06.2026 hat der EU-Verkehrsrat Ratsschlussfolgerungen zur EU-Strategie für die maritime Industrie und zur EU-Hafenstrategie angenommen. Bereits am 04.03.2026 hatte die Kommission die beiden Vorschläge veröffentlicht (EB 03/26). Die EU-Mitgliedstaaten erkennen die besondere strategische Bedeutung des maritimen Sektors bei der Sicherung von Lieferketten und dem Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft an. Dabei sieht sich diese Industrie vor großen Herausforderungen durch unfaire Subventionspraktiken durch Drittstaaten und wachsender geopolitischer Instabilität. Daher müssten mehr Investitionen für das maritime Ökosystem mobilisiert werden, insbesondere in innovative Schiffsbautechnik und saubere Antriebssysteme. Hierfür sollen auch Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss der Markthochlauf für nachhaltige Schiffskraftstoffe beschleunigt sowie die Aus- und Weiterbildung verbessert werden.

Die EU-Hafenstrategie soll zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der See- und Binnenhäfen beitragen. Der EU-Verkehrsrat erkennt an, dass Häfen zu multifunktionalen Industrieknotenpunkten geworden sind. Die



Mitgliedstaaten möchten sich für einen diskriminierungsfreien Marktzugang zu Häfen in Drittländern einsetzen. Dabei wird eine Prüfung ausländischer Investitionen in EU-Häfen und jede EU-Initiative zum Schutz kritischer Infrastrukturen begrüßt. EU-Häfen werden auch eine wichtige Rolle bei der militärischen Mobilität spielen. Des Weiteren soll die Elektrifizierung der EU-Häfen weiter gefördert werden. Die Mitgliedstaaten möchten hierfür den Netzausbau, die Genehmigungsverfahren und Investitionen in saubere Energietechnologien beschleunigen. Ferner sollten mehr Fortbildungsprogramme für Hafenmitarbeiter angeboten werden.

[Pressemitteilung des Rates zur maritimen EU-Strategie](#)

[Ratsschlussfolgerungen zur maritimen EU-Strategie](#)

[Pressemitteilung des Rates zur EU-Hafenstrategie](#)

[Ratsschlussfolgerungen zur EU-Hafenstrategie](#)

### **Kommission veröffentlicht EU-Passagierpaket**

Am 13.05.2026 hat die Kommission ihr EU-Passagierpaket veröffentlicht. Dieses besteht aus drei Verordnungsvorschlägen über multimodale Buchungen, zum Fahrkartenverkauf im Schienenverkehr und zu den Passagierrechten bei einem Ticket. Ziel ist es, die Planung und Buchung intermodaler grenzüberschreitender Reisen zu erleichtern und die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr zu stärken. Die neuen Vorschriften sollen die Kombination verschiedener Verkehrsträger erleichtern und die bislang fragmentierten Buchungssysteme durch marktbestimmende Eisenbahnunternehmen harmonisieren. Über Ticketing-Plattformen sollen Fahrgäste die Angebote leichter vergleichen und als ein einziges Ticket erwerben können. Sollte ein Anschluss verpasst werden, können Erstattungsansprüche durch ein einziges Ticket leichter durchgesetzt werden. Die drei Verordnungen werden nun vom Europäischen Parlament und dem Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren behandelt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Faktenblatt](#)

[Verordnung über multimodale Buchungen](#)

[Verordnung zum Fahrkartenkauf im Schienenverkehr](#)

[Verordnung zu den Passagierrechten im Schienenverkehr](#)

[Arbeitsdokument zu den Passagierrechten im Schienenverkehr](#)

### **Kommission veröffentlicht neue Leitlinien zur nachhaltigen urban Mobilitätsplanung**

Am 11.06.2026 hat die Kommission die dritte Auflage der Leitlinien zur Verbesserung nachhaltiger urbaner Mobilitätsplanung (SUMP) veröffentlicht. Bereits am 13.02.2026 hatte die Kommission ihren Arbeitsplan 2026 der Sachverständigengruppe für urbane Mobilität (EGUM) vorgelegt (EB 03/26). Die aktualisierten SUMP-Leitlinien wurden u. a. mit den Zielen des Green Deals und der EU-Strategie für nachhaltigen Verkehr in



Einklang gebracht. Die Verordnung für die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) verlangt von 431 städtischen Knotenpunkten, bis Ende 2027 einen Plan für nachhaltige urbane Mobilität zu verabschieden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## UKRAINE-EU

### Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für April 2026

Am 21.05.2026 hat die Kommission aktualisierte Zahlen zum Güterverkehr der EU mit der Ukraine auf den EU-Solidaritätskorridoren veröffentlicht (EB 04/26). Im April 2026 wurden über die EU-Solidaritätskorridore rund 70 % der ukrainischen Einfuhren sowie 50 % der ukrainischen Ausfuhren von nichtlandwirtschaftlichen Produkten und 10 % des ukrainischen Getreides, der Ölsaaten und verwandter Erzeugnisse transportiert. Seit Mai 2022 konnte die Ukraine hierüber rund 220 Mio. t an Waren ausführen, darunter rund 101 Mio. t an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Insgesamt wurden rund 40 % des ukrainischen Getreides und der Ölsaaten über diese Korridore und 60 % über die ukrainischen Schwarzmeerbahnhöfe transportiert. Die Einfuhren in die Ukraine betrugen seit Mai 2022 etwa 104 Mio. t an Waren, wie Treibstoff, Fahrzeuge und Düngemittel. Der Gesamtwert des Handels über die Korridore wird auf rund 282 Mrd. € geschätzt, wovon 74 Mrd. € auf die ukrainischen Ausfuhren und 208 Mrd. € auf die Einfuhren in die Ukraine entfielen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## STRAßENVERKEHR

### Europäisches Parlament positioniert sich gegen eine jährliche Hauptuntersuchung

Am 21.05.2026 hat sich das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) zum technischen Überwachungspaket aus dem EU-Straßenverkehrssicherheitspaket (EB 05/25) positioniert und der Aufnahme von Verhandlungen mit Rat und Kommission mit 369 Stimmen bei 126 Gegenstimmen und 84 Enthaltungen zugestimmt. Bereits am 05.05.2026 hatte der Verkehrsausschuss des EP seinen Bericht (EB 04/25) und am 04.12.2025 der Rat seinen Standpunkt angenommen (EB 11/25). Beide Gesetzgeber sprechen sich gegen den Vorschlag der Kommission einer jährlichen Überprüfung für Pkw und Transporter ab einem Alter von zehn Jahren aus. In Deutschland besteht für diese Fahrzeuge ein zweijähriges Prüfintervall. Die neuen Regeln sollen die technische Inspektion auch in einem anderen EU-Mitgliedstaat außerhalb des Zulassungslands ermöglichen. Das damit erworbene EU-Verkehrstauglichkeitszertifikat wäre dann sechs Monate gültig, während die nächste Inspektion im Zulassungsland stattfinden müsste. Daneben soll der Prüfumfang in der EU erweitert werden, wie den Einbezug von Fahrassistenzsystemen sowie Partikelzahlen (PN) und Stickoxid-Messungen (Nox). Die Europaabgeordneten fordern zur Bekämpfung von Tachomanipulation, dass Werkstätten bei längeren Reparaturen von mehr als einer Stunde die Zählerwerte erfassen und die Hersteller die Messwerte von vernetzten Fahrzeugen in eine nationale Datenbank eingeben müssen. Für schwere Motorräder soll künftig



keine Flexibilität bei der periodischen Überprüfung mehr bestehen. Des Weiteren stimmten die Europaabgeordneten für eine Ausweitung der Straßenkontrollen für Pkw, Motorräder, Transporter, Lkw und Busse, um umweltschädliche Emissionen stärker zu überprüfen. Mit der Zustimmung des EP können die abschließenden Verhandlungen zum EU-Straßenverkehrssicherheitspaket beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

### **EU-Methode zur Berechnung verkehrsbedingter Emissionen tritt in Kraft**

Am 01.06.2026 ist die erste EU-weit einheitliche Methode zur Berechnung von Treibhausgasemissionen für den Güter- und Personenverkehr in Kraft getreten. Bereits am 29.04.2026 hatte das Europäische Parlament die politische Einigung mit dem Rat über die Verordnung zur Berechnung der Emissionen von Verkehrsdiensten („CountEmissionsEU“) formal angenommen (EB 04/26). Die einheitliche Berechnung soll eine Vergleichbarkeit der Emissionen von Verkehrsunternehmen ermöglichen. Die Verordnung gilt für Unternehmen, die freiwillig Emissionen aus ihrer Tätigkeit veröffentlichen. Im nächsten Schritt wird die Kommission Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte zu den technischen Details erarbeiten sowie Leitlinien und digitale Instrumente bereitstellen. Die vollständige Anwendung wird bis Ende 2030 erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## **SCHIENENVERKEHR**

### **Europäisches Parlament billigt Einigung zu Schieneninfrastrukturkapazitäten**

Am 19.05.2026 hat das Plenum des Europäischen Parlaments die politische Einigung mit dem Rat zur Verordnung über die Nutzung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn in der EU gebilligt. Bereits am 19.11.2025 hatten beide Gesetzgeber eine politische Einigung zu diesem Vorschlag aus dem EU-Paket zur Ökologisierung des Verkehrs vom 11.07.2023 erzielt (EB 10/25). Ziel ist es, die Verfügbarkeit von Personenzügen zu verbessern und den Anteil des Schienengüterverkehrs zu erhöhen. Die Verordnung legt allgemeine Regeln für eine langfristige Verkehrsplanung fest, die über den jährlichen Netzfahrplan hinausgehen und kurzfristige Zusatzfahrten leichter ermöglichen sollen. Die Koordinierung obliegt weiterhin den nationalen Infrastrukturbetreibern. Das Europäische Netzwerk der Infrastrukturbetreiber (ENIM) wird einen gemeinsamen Rahmen für die langfristige Kapazitätsplanung und für das Störungsmanagement sowie für die Leistungsüberprüfung entwickeln. Die Mitgliedstaaten sollen ebenfalls Leitlinien vorgeben, die den jeweiligen Anforderungen der nationalen Schienennetze Rechnung tragen. Bei Verstößen gegen diese Planungen können Strafen von einem bis acht Euro pro Schienenkilometer drohen. Nach Veröffentlichung der Verordnung im EU-Amtsblatt tritt diese 20 Tage später in Kraft. Der erste Zeitplan für die Fahrwegkapazität der Eisenbahn soll im Dezember 2030 in Kraft treten.

[Legislative Entschließung des EP](#)



## LUFTVERKEHR

### Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren zum nachhaltigen Luftverkehr ein

Am 04.06.2026 hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen 13 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, zur Annahme nationaler Sanktionsregeln zum nachhaltigen Luftverkehr („ReFuelEU Aviation“) eingeleitet. Nach dem Willen der Kommission sollen diese Länder Vorschriften erlassen, um Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2023/2405 erheben zu können. Hierin werden u. a. Beimischungsquoten für nachhaltige Flugkraftstoffe festgeschrieben. Die Mitgliedstaaten sollen die Einhaltung der Ziele bei den Flugkraftstoffanbietern, Airlines und Flughäfen überwachen und bei Bedarf Sanktionen verhängen. Die Mitgliedstaaten hatten bis zum 12.12.2024 Zeit, diese Vorschriften zu erlassen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um darauf zu reagieren. Anderenfalls kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2023/2405](#)

### Kommission aktualisiert EU-Flugsicherheitsliste

Am 09.06.2026 hat die Kommission die EU-Flugsicherheitsliste aktualisiert. Bereits am 03.06.2025 hatte die Kommission eine Aktualisierung vorgenommen (EB 06/25). Die Liste umfasst aktuell insgesamt 154 Fluggesellschaften, die aufgrund mangelnder Sicherheitsstandards eine Betriebsuntersagung für den EU-Luftraum erhielten. Neu wurde Air Express Algeria in diese Liste aufgenommen; gestrichen wurden alle in Kirgisistan zertifizierten Fluggesellschaften. Die Liste umfasst auch 22 in Russland zertifizierte Fluggesellschaften und sechs einzelne Fluggesellschaften, namentlich Air Express Algeria (Algerien), Air Zimbabwe (Simbabwe), Avior Airlines (Venezuela), Iran Aseman Airlines (Iran), Fly Baghdad (Irak) und Iraqi Airways (Irak).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Flugsicherheitsliste](#)

## RADVERKEHR

### Kommission veröffentlicht Radverkehrsstudie „Cycling Counts“

Am 03.06.2026 hat die Kommission die Radverkehrsstudie „Cycling Counts“ veröffentlicht. Bereits am 16.02.2023 forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, eine EU-Strategie zu entwickeln, um die in Europa mit dem Fahrrad zurückgelegten Kilometer bis 2030 zu verdoppeln (EB 03/23). Die EU unterzeichnete am 03.04.2024 eine Europäische Erklärung zum Radverkehr (EB 04/24), in der eine bessere Datenerhebung zum Radverkehr gefordert wird. Die Studie möchte nun eine gemeinsame Methodik für die Datenerhebung schaffen, die vier Dimensionen umfasst, nämlich Fahrradnetzwerk, Fahrradnutzung, Sicherheit von Radfahrern



und radbezogene Dienstleistungen, wie Fahrradverleih, Parkplätze und Fahrradlogistik. Für die EU wird von einem 900.000 km umfassenden Radwege- und Fahrbahnnetz ausgegangen. Fast 24 % der Befragten gab an, dass sie mindestens einmal pro Woche mit dem Fahrrad fahren. Bei den Fahrraddiensten stehen rund 300.000 Fahrräder zur Verfügung.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## BAUEN UND WOHNEN

### Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Neuen Europäischen Bauhaus an

Am 11.05.2026 hat der Rat Empfehlungen zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) angenommen, um nachhaltige und inklusive Wohnviertel in der EU zu fördern. Parallel rief die Kommission zur Einreichung von NEB-Bewerbungen zu innovativen Lösungen zur Wiederbelebung von Stadtvierteln und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums bis zum 01.12.2026 auf (EB 04/25). Der Rat identifiziert acht Handlungsfelder:

1. Strategien und Förderprogramme müssen sich an Nachhaltigkeit, Inklusivität und Ästhetik orientieren,
2. Aufbau einer kreislaforientierten baulichen Umwelt („Renovierung statt Abriss“),
3. Einbeziehung der Bürger in die Umgestaltung von Wohnvierteln,
4. Nutzung von Kunst, Kultur und Bildung zur Raumgestaltung,
5. Förderung von Ausbildungsprogrammen für nachhaltiges Bauen,
6. Sensibilisierung für das NEB-Gütesiegel,
7. Zugang zu EU-Finanzmitteln der NEB-Fazilität sowie
8. Koordinierung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen (inkl. Wiederaufbau der Ukraine).

Die Ratsschlussfolgerungen sind nicht rechtverbindlich, sollen die Mitgliedstaaten aber zum Einbezug der NEB-Ziele in die nationalen Strategien, Pläne und Förderungen anhalten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen zum NEB](#)

### Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für März 2026

Am 21.05.2026 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für März 2026 veröffentlicht (EB 01/26). Danach sank diese in der EU gegenüber März 2025 um -0,6 %. Die Bautätigkeit sank im Hochbau um -4,8 % und stieg im Tiefbau um +2,2 %. Die höchsten Anstiege der Produktion im Baugewerbe wurden in Slowenien (+29,6 %), der Slowakei (+27,9 %) und Rumänien (+9,4 %) verzeichnet. Die größten Rückgänge gab es in Spanien (-4,4 %), Frankreich (-3,3 %) und Österreich (-3,0 %). In Deutschland sank die Produktion im Baugewerbe um -1,5 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### Kommission: Neuer Direktor für Justizpolitik in der Generaldirektion für Justiz und Verbraucher

Die Kommission hat am 28.04.2026 *Andreas Stein* zum Direktor für Justizpolitik in ihrer Generaldirektion für Justiz und Verbraucher (DG JUST) ernannt.

In der DG JUST werden Richtlinien zu Justiz, Grundrechten und Verbrauchern im Einklang mit den Prioritäten der Kommission ausgearbeitet und umgesetzt.

*Andreas Stein* ist deutscher Staatsbürger und derzeit Leiter der Einheit Datenschutz bei DG JUST. Er arbeitete zunächst als Richter an verschiedenen Gerichten in Deutschland bevor er im Jahr 2001 in die Kommission wechselte. Er war zunächst Kabinettsmitglied der Verbraucherschutzkommissarin *Meglena Kuneva*, dort war er für die Durchsetzung des Verbraucherrechts verantwortlich. Er leitete später die Einheit für Gleichstellungsgesetzgebung, sodann die Civil Justice Unit innerhalb derselben Generaldirektion.

*Andreas Stein* verfügt über 30 Jahre Berufserfahrung, u. a. im Bereich der Erstellung und Verhandlung komplexer Gesetzesakte sowie bei der Sicherstellung der effektiven Anwendung des EU-Rechts, einschließlich Verletzungsverfahren. Er hat besondere Fachkenntnisse in der gerichtlichen Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Ziviljustiz, und eine führende Rolle bei deren Digitalisierung durch Schlüsselinitiativen in Zivil- und Strafsachen.

*Andreas Stein* war u. a. Vertreter der EU bei den Verhandlungen zum Haager Übereinkommen von 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen.

### Kommission: Konsultation zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Kommission hat am 06.05.2026 eine Konsultation zu den entworfenen überarbeiteten Europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards (ESRS) und einem freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandard für kleinere Unternehmen veröffentlicht.

Aufbauend auf dem Omnibus I-Vereinfachungspaket und dem nunmehr gestrafften Umfang der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) verfolgen die veröffentlichten Entwürfe von Standards den Zweck, die Verwaltungsbelastung für europäische Unternehmen zu verringern und gleichzeitig hochwertige Nachhaltigkeitsoffenlegungen zu gewährleisten.

Ziel sei es, mit den überarbeiteten Standards die Berichtskosten pro Unternehmen um mehr als 30 % senken, die verpflichtenden Datenpunkte um über 60 % reduzieren und die Gesamtzahl der Datenpunkte um über 70 % senken.



Die Standards wurden unter Mithilfe der EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group) erarbeitet. Zudem wurden u. a. Beiträge aus einer öffentlichen Konsultation zum Entwurf von EFRAG im Sommer 2025 berücksichtigt.

Der Rückmeldungszeitraum läuft bis zum 03.06.2026. Die Kommission wird dann die beiden delegierten Akte so bald wie möglich verabschieden und sie dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung im Rahmen des „No-Objection“-Verfahrens (ENO – Early Non-Objection) vorlegen (Frist: Zwei Monate, um weitere zwei Monate verlängerbar).

[Pressemitteilung der Kommission vom 06.05.2026](#)

[Konsultation zu überarbeiteten Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

[Konsultation zu freiwilligem Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kleinere Unternehmen](#)

### **EuGH: Urteil zum Begriff der „öffentlichen Wiedergabe“ der Urheberrechtsrichtlinie**

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 30.04.2026 im Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-127/24 „VHC 2 Seniorenresidenz“ entschieden, dass die Weitersendung der mit einer Satellitenantenne empfangenen Fernseh- und Hörfunkprogramme in die Zimmer eines Seniorenwohnheims über ein internes Kabelnetz keine öffentliche Wiedergabe im Sinne des Art. 3 Abs. 1 der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG darstellt.

Der Betreiber eines Seniorenwohnheims, VHC 2, empfängt Fernseh- und Hörfunkprogramme über Satellit und überträgt sie zeitgleich, vollständig und unverändert über sein Kabelnetz an die Anschlüsse in den Zimmern der Heimbewohner. Die GEMA, eine Einrichtung zur kollektiven Verwertung von Urheberrechten, hat die deutschen Gerichte angerufen, um VHC 2 diese Art der Weitersendung zu untersagen. Die GEMA ist der Auffassung, dass für die Weiterverbreitung musikalischer Werke aus ihrem Repertoire eine Lizenz notwendig ist.

Der EuGH stützt sich im Wesentlichen auf seine bisherige Rechtsprechung und wendet diese auf den konkreten Fall an: Eine öffentliche Wiedergabe liege nur vor, wenn entweder ein spezifisches technisches Verfahren verwendet werde oder wenn ein Werk einem neuen Publikum zugänglich gemacht werde. Beides sei hier nicht der Fall. Der EuGH stellt außerdem klar, dass es für die Beurteilung unerheblich sei, ob der Betreiber des Seniorenwohnheims mit seiner Tätigkeit Erwerbszwecke verfolge und außerdem, dass diese Auslegung nicht dem Zweck der Richtlinie widerspreche. Würde man in einem Fall wie diesem von einer „öffentlichen Wiedergabe“ ausgehen, würden Urheberrechtshaber eine nicht geschuldete Vergütung erhalten. Die Richtlinie garantiere aber lediglich eine angemessene Vergütung (vgl. C-403/08 und C-429/08 „Football Association Premier League u. a.“).

[Urteil vom 30.04.2026](#)

[Pressemitteilung vom 30.04.2026](#)



### **Kommission: Veröffentlichung einer Konsultation zur Korruptionsbekämpfung**

Die Kommission hat am 11.05.2026 eine Konsultation zur Korruptionsbekämpfung veröffentlicht.

Dabei geht es um die geplante erste EU-Strategie zur Korruptionsbekämpfung, die im Arbeitsprogramm der Kommission für 2026 angekündigt wurde. Sinn und Zweck der Konsultation ist es, einen strategischeren und kohärenteren Ansatz der EU zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der gesamten EU zu entwickeln.

Die Strategie soll bereits bestehende Regelungen ergänzen, darunter das EU Network gegen Korruption, die Überprüfung der EU Anti-Betrugsarchitektur, die Conditionality-Regulation und den European Democracy Shield. Es wird zudem auf dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitszyklus aufbauen, der die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten überwacht und die Wirksamkeit nationaler Anti-Korruptions-Rahmenwerke bewertet.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 06.07.2026.

[Pressemitteilung vom 11.05.2026](#)

[Konsultation zur Korruptionsbekämpfung](#)

### **Rat und EP: Trilogieeinigung über neue Regelungen zum Erwachsenenschutz**

Am 12.05.2026 einigten sich die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) über neue Regelungen zum Vorschlag für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen und die Zusammenarbeit in Fragen des Erwachsenenschutzes (COM (2023) 280 final).

Die geeinigten Regelungen umfassen u. a. die eigenverantwortliche Selbstbestimmung. Erwachsenen soll es ermöglicht werden, ihren eigenen Schutz und ihre Unterstützung zu organisieren, solange sie dies noch selbst können. Zudem sollen sie das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung gewährleisten. Maßnahmen, die in einem Mitgliedstaat ergriffen werden, sollen grundsätzlich auch in einem anderen Mitgliedstaat gelten. Eine Ausnahme hiervon besteht bei in einem anderen Mitgliedstaat ergriffenen Maßnahmen, soweit der Erwachsene keine echte und wirksame Anhörung erhalten hat.

Es wird zudem die Möglichkeit der Beantragung eines europäischen Unterhalts- und Vertretungszertifikates für die Nutzung in der gesamten EU eingeräumt. Dadurch gibt es eine Nachweismöglichkeit einer bestehenden Vertretungsbefugnis für eine andere Person.

Nun muss noch das Plenum des EP sowie der Rat die vorläufige Einigung bestätigen. Dann tritt die Verordnung zwanzig Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

[Pressemitteilung des EP vom 12.05.2026](#)



## **EuGH: Recht auf angemessene Vergütung für Presseverlage gegenüber Anbietern von Online-Diensten**

Der der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 12.05.2026 in dem Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-797/23 „Meta Platforms Ireland (Gerechter Ausgleich)“ entschieden, dass Mitgliedstaaten vorsehen dürfen, Presseverlagen einen Anspruch auf angemessene Vergütung einzuräumen, wenn sie Anbietern von Online-Diensten die Nutzung ihrer Veröffentlichungen gestatten.

Die Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt soll auf die durch die Digitalisierung verursachten Einnahmeverluste der Presseverlage reagieren und deren wichtige Rolle in der demokratischen Gesellschaft sichern. Der Online-Diensteanbieter Meta Platforms Ireland hält die hierzu getroffene italienische Regelung für unionsrechtswidrig. Dabei wird insbesondere die Vereinbarkeit der genannten italienischen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt und der durch die EU-Grundrechtecharta gewährleisteten unternehmerischen Freiheit angezweifelt.

Der EuGH stellt fest, dass Art. 15 der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt sowie Art. 16 und Art. 52 der EU-Grundrechtecharta der betreffenden nationalen Regelung grundsätzlich nicht entgegenstehen. Die Maßnahmen sollten faire Verhandlungen gewährleisten und die strukturell schwächere Verhandlungsposition der Verlage ausgleichen, da nur die Anbieter über die maßgeblichen Informationen zum wirtschaftlichen Wert der Nutzung verfügten. Die Pflicht, die Sichtbarkeit der Inhalte während der Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen, verhindere darüber hinaus, dass Druck ausgeübt oder der tatsächliche Nutzungswert verschleiert werde. Diese Verpflichtungen stellten zwar eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit der Anbieter dar, seien jedoch, vorbehaltlich einer Überprüfung durch das nationale Gericht, gerechtfertigt und verhältnismäßig. Sie dienten dem Ziel, einen funktionierenden und fairen Urheberrechtmarkt zu gewährleisten und den Verlagen die Refinanzierung ihrer Investitionen zu ermöglichen. Insgesamt sollen sie ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der unternehmerischen Freiheit, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie der Freiheit und Pluralität der Medien herstellen.

[Urteil des EuGH vom 12.05.2026](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 12.05.2026](#)

## **EuGH: Veröffentlichung einer Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt**

Die Kommission hat am 13.05.2026 eine Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt von 2019 veröffentlicht.

Ziel der Konsultation ist es, die für die Überprüfung der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt von 2019 erforderlichen Informationen zu sammeln und Rückmeldungen zu den Herausforderungen einzuholen, die insbesondere mit der Ausübung von Urheberrechten und verwandten



Schutzrechten im Kontext technologischer Entwicklungen verbunden sind, sowie zu möglichen Lösungsansätzen.

Der Konsultationszeitraum geht bis zum 25.06.2026.

[Zur Konsultation](#)

### **EP: Bestätigung der Trilogeeinigung zur Änderung der EU-Opferschutzrichtlinie**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben heute, am 21.05.2026, mit 440 JA-Stimmen, 49 NEIN-Stimmen und 84 Enthaltungen die untenstehende Trilogeeinigung zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Änderung der EU-Opferschutzrichtlinie (COM (2023) 424 final) bestätigt.

Nun muss die Trilogeeinigung noch vom Rat förmlich gebilligt werden, und sodann im Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Mitgliedsstaaten haben daraufhin zwei Jahre Zeit die Richtlinien umzusetzen.

[Pressemitteilung des EP vom 21.05.2026](#)

### **EuGH: Urteil zum Kriterium der „Dringlichkeit“ bei Pfändungsbeschlüssen**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 21.05.2026 im Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-198/24 „Mr. Green“ entschieden, dass bei einem Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung auch länger zurückliegende Handlungen des Schuldners sowie der Umstand, dass in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner ansässig ist, ein Gesetz besteht, das die Vollstreckung der betreffenden Forderung behindern kann, für die Feststellung der Dringlichkeit berücksichtigt werden können.

Mr. Green, ein in Malta ansässiger und dort lizenzierter Online-Glücksspielanbieter, wurde Ende 2021 in Österreich rechtskräftig dazu verurteilt, einem dort wohnhaften Spieler Verluste von über 60.000 € zu erstatten, da der Vertrag mangels österreichischer Glücksspielkonzession als nichtig angesehen wurde. Eine Rückzahlung erfolgte nicht.

Anfang 2024 beantragte der Spieler bei österreichischen Gerichten einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung auf Grundlage der Verordnung (EU) 655/2014 betreffend Konten von Mr. Green in Malta, Schweden, Luxemburg und Irland. Art. 7 dieser Verordnung regelt die Bedingungen für den Erlass eines Beschlusses zur vorläufigen Pfändung. Voraussetzung für den Erlass eines solchen Beschlusses ist, dass eine tatsächliche Gefahr besteht, die den Erlass der Maßnahme dringend erforderlich macht, weil ohne diese Maßnahme die spätere Vollstreckung der Forderung des Gläubigers gegenüber dem Schuldner unmöglich oder sehr erschwert wird.



Der EuGH stellt fest, dass eine „tatsächliche Gefahr“ nur bei einer konkreten und gegenwärtigen Gefahr vorliege, nicht bei lediglich möglichen Risiken. Erforderlich sei, dass der Schuldner gezielt Maßnahmen ergreife, um sich der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu entziehen. Nationale Vorschriften wie das maltesische Gesetz, die die Vollstreckung erschweren könnten, genügten für sich genommen nicht zur Begründung einer „tatsächlichen Gefahr“. Eine solche Gefahr müsse vielmehr auf konkreten Anhaltspunkten für ein Verhalten des Schuldners beruhen, das darauf abziele, sich der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu entziehen. Nationale Vorschriften könnten vom Gericht jedoch im Rahmen einer Gesamtbewertung als Kontextfaktor berücksichtigt werden, um die Bedeutung des schuldnerischen Verhaltens einzuschätzen.

[Urteil des EuGH vom 21.05.2026](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 21.05.2026](#)

### **EuGH: Rechtmäßigkeit des Einfrierens von Trustvermögen**

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 21.05.2026 in den Vorabentscheidungsverfahren C-483/23 „T Trust“, C-428/24 „FZ AR“ und C-476/24 „SX“ entschieden, dass das Einfrieren von durch Trusts gehaltenen Vermögenswerten mit dem Unionsrecht vereinbar ist, wenn eine tatsächliche oder wirtschaftliche Zurechenbarkeit zu sanktionierten oder begünstigten Personen besteht.

Die drei Rechtssachen betreffen das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen, die über Trust-Strukturen indirekt mit Personen verbunden sind, die restriktiven Maßnahmen der EU im Zusammenhang mit der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine unterliegen.

In seinen Urteilen stellt der EuGH fest, dass zur Gewährleistung der praktischen Wirksamkeit des Unionsrechts die Begriffe „Eigentum“ und „Kontrolle“ weit auszulegen seien. Übertragen auf Trust-Konstellationen folge daraus, dass Gelder, die von einem in der Sanktionsliste aufgeführten Settlor in einen Trust eingebracht worden seien, weiterhin als dessen Eigentum oder als von ihm kontrolliert angesehen werden könnten, sofern er weiterhin über tatsächliche oder rechtliche Einflussmöglichkeiten verfüge oder wirtschaftlich von ihnen profitiere. Dies gelte in entsprechender Weise auch für Begünstigte eines Trusts.

Der Begriff des „Einfrierens von Geldern“ und „wirtschaftlichen Ressourcen“ in der Verordnung (EU) 269/2014 sei weit gefasst und ziele darauf ab, sämtliche Nutzungsmöglichkeiten und Transaktionen mit den betroffenen Vermögenswerten so umfassend wie möglich zu verhindern. Erfasst sei jede Form der Bewegung, Verwendung oder Verfügung, die eine Nutzung ermögliche. Diese weite Auslegung sei jedoch wirkungslos, wenn nur formale Eigentums- oder Kontrollverhältnisse berücksichtigt würden. Daher müssten auch faktische Einfluss- und Nutzungsmöglichkeiten einbezogen werden. Ergänzend verböte Art. 2 Abs. 2 jede unmittelbare oder mittelbare Zurverfügungstellung von Geldern oder Ressourcen an gelistete Personen, wobei dieses Verbot ebenfalls sehr weit auszulegen sei. Art. 9 untersage zudem Umgehungshandlungen. Diese Vorschriften würden ein



kohärentes System bilden. Art. 2 Abs. 1 sei daher so auszulegen, dass die Wirksamkeit des umfassenden Einfrierungs- und Umgehungsverbots gewährleistet bleibe.

[Urteil C-483/23 „T Trust“ vom 21.05.2026](#)

[Urteil C-428/24 „FZ AR“ und C-476/24 „SX“ vom 21.05.2026](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 21.05.2026](#)

### **EuGH: Zugang zu Informationen zu wirtschaftlichen Eigentümern bei Treuhandverträgen**

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 21.05.2026 in den Vorabentscheidungsverfahren C-684/24 („Across Fiduciaria u. a.“) und C-685/24 („Unione Fiduciaria u. a.“) entschieden und u. a. klargestellt, dass Privatpersonen bei berechtigtem Interesse Zugang zu den Informationen über die hinter Treuhandverträgen italienischen Rechts stehenden wirtschaftlichen Eigentümer haben.

Mehrere italienische Treuhandgesellschaften haben vor dem Regionalen Verwaltungsgericht Latium Maßnahmen angefochten, mit denen ihre Treuhandaufträge als trustähnliche Rechtsvereinbarungen eingestuft wurden. Dadurch wurden sie verpflichtet, Informationen über die tatsächlichen Begünstigten offenzulegen. Nach Abweisung ihrer Klagen legten sie Berufung beim italienischen Staatsrat ein, der dem EuGH Fragen zur Auslegung und Gültigkeit der Vorschriften vorlegte.

Im Mittelpunkt steht die Auslegung der vierten Geldwäsche-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2015/849), nach der die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer von Trusts und vergleichbaren Rechtsvereinbarungen erhoben, aufbewahrt und zugänglich gemacht werden.

Der EuGH stellt ausdrücklich fest, dass die Bestimmungen aus Art. 31 Abs. 1, 2 und 10 der Richtlinie (EU) 2015/849 nicht gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit verstoßen. Der Begriff des Trusts sei trotz fehlender genauer Definition in der betreffenden Richtlinie hinreichend genau bestimmt und die Mitgliedstaaten dürften vergleichbare Rechtsvereinbarungen erfassen, soweit diese in ihrer Struktur oder ihren Funktionen Trusts ähneln. Dabei sei jedoch insbesondere zu berücksichtigen, ob die Gefahr bestehe, dass solche Rechtsvereinbarungen zur Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung genutzt werden könnten. Insgesamt sei die Regelung daher ausreichend klar und vorhersehbar sowie der Umfang des Gestaltungsspielraums hinreichend bestimmt. Ferner sei die Richtlinie dahingehend auszulegen, dass sie einer nationalen Regelung nicht entgegenstehe, nach der mit Treuhandgesellschaften italienischen Rechts geschlossene Treuhandverträge („mandato fiduciario“) als andere Rechtsvereinbarung angesehen werden können, auf die die vorgesehenen Melde- und Offenlegungspflichten Anwendung finden. Privatpersonen sei demnach Zugang zu den Informationen über wirtschaftlich Begünstigte zu gewähren.

[Urteil des EuGH vom 21.05.2026](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 21.05.2026](#)



### Kommission: Veröffentlichung des EU-Justizbarometers 2026

Am 04.06.2026 hat die Kommission die vierzehnte Ausgabe des EU-Justizbarometers veröffentlicht.

Sinn und Zweck des seit 2013 jährlich ermittelten und veröffentlichten EU-Justizbarometers ist es, einen vergleichbaren Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den Mitgliedstaaten zu geben. Es ist ein Analyseinstrument für die Überwachung von Reformen im Zusammenhang mit der Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den Mitgliedstaaten.

Neben den Gerichten, Staatsanwaltschaften und anderen Justizorganen, die für die unabhängige Anwendung des EU-Rechts wichtig sind, sind mehrere andere öffentliche Behörden mit der Anwendung des EU-Rechts in bestimmten Bereichen wie Korruptionsbekämpfung, öffentlicher Beschaffung und Wettbewerb beauftragt. Im Anschluss an die Einführung dieses Abschnitts im EU-Justizbarometer 2025 enthält die Ausgabe 2026 zusätzliche Diagramme zu Organen, die für das gute Funktionieren des Binnenmarktes von entscheidender Bedeutung sind, wie neue Indikatoren zu nationalen Rahmenwerken zur Transparenz des Lobbyismus und zur Funktionsweise der Obersten Rechnungsprüfungsbehörden. Es präsentiert außerdem Daten zur wahrgenommenen Unabhängigkeit und Funktionsweise der nationalen Wettbewerbsbehörden, die nach Ansicht der Kommission Schlüsselbehörden für das Funktionieren des Binnenmarktes seien.

Die im EU-Justizbarometer enthaltenen Angaben fließen zudem in den Rechtsstaatlichkeitsbericht 2026 ein, der nach derzeitigem Stand am 15.07.2026 vorgestellt und veröffentlicht werden soll. Zudem werden die Informationen für die Überwachung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne verwendet.

[EU-Justizbarometer 2026](#)

[EU-Justizbarometer \(Factsheet\)](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2026](#)

### EuGH: Pflicht zur aktiven Ermöglichung der Strafvollstreckung bei Ablehnung eines Europäischen Haftbefehls

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 04.06.2026 im Vorabentscheidungsverfahren in den verbundenen Rechtssachen C-722/23 „Rugu“ und C-91/24 „Aucroix“ entschieden, dass ein Mitgliedstaat, der die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls aufgrund der Haftbedingungen im Ausstellungsmitgliedstaat ablehnt, verpflichtet sei, die Vollstreckung der Freiheitsstrafe im eigenen Hoheitsgebiet aktiv zu ermöglichen.

Die rumänischen bzw. griechischen Justizbehörden erließen jeweils einen Europäischen Haftbefehl (EuHB) zur Vollstreckung rechtskräftig verhängter Freiheitsstrafen gegen zwei Personen, und zwar einen rumänischen und einen belgischen Staatsangehörigen, beide mit Wohnsitz in Belgien. Die zuständigen belgischen Berufungsgerichte lehnten die Vollstreckung ab, da in Rumänien bzw. Griechenland Haftbedingungen



bestünden, die die Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung der Betroffenen nach Art. 4 der EU-Grundrechtecharta begründeten.

Der EuGH urteilt, dass die Justizbehörde eines Mitgliedstaats, die die Vollstreckung eines EuHB wegen der Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung abgelehnt habe, verpflichtet sei, zur Vermeidung von Straflosigkeit aktiv die im Unionsrecht vorgesehenen Instrumente der Zusammenarbeit zur Anerkennung und Vollstreckung von Freiheitsstrafen zu nutzen. Es liege im öffentlichen Interesse, dass die Strafe im Vollstreckungsmitgliedstaat tatsächlich vollstreckt werde. Maßgeblich sei dabei der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit.

Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem diese Strafe verhängt wurde, setze grundsätzlich die Zustimmung der betroffenen Person voraus. Diese Zustimmung könne jedoch in bestimmten Ausnahmefällen entbehrlich sein. Dies gelte insbesondere dann, wenn die verurteilte Person Staatsangehörige des Vollstreckungsmitgliedstaats sei und dort lebe oder sich nach der Verurteilung dorthin begeben habe, insbesondere um sich der Strafvollstreckung im Ausstellungsmitgliedstaat zu entziehen.

[Urteil des EuGH vom 04.06.2026](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 04.06.2026](#)

### **JI-Rat: Treffen der EU-Justizministerinnen und Justizminister in Luxemburg**

Am 05.06.2026 fand in Luxemburg der Rat der EU-Justizministerinnen und -minister in Präsenz statt. Deutschland war ausweislich der Teilnehmerliste durch Dr. *Stefanie Hubig*, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, vertreten.

Gemäß der Tagesordnung diskutierten die Justizministerinnen und -minister am 05.06.2026 u. a. über den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung von Entscheidungen und die Annahme öffentlicher Urkunden in Elternschaftssachen sowie zur Einführung eines europäischen Elternschaftszertifikats (COM(2022) 695 final) vom 07.12.2022. Der Vorschlag hat zum Ziel, die Kontinuität der Elternschaft in grenzüberschreitenden Situationen sicherzustellen und damit alle Kinder zu schützen, unabhängig davon, wie sie gezeugt oder geboren wurden und unabhängig von ihrer Familienart. Die Verhandlungen in Rat und Europäischem Parlament dauern seit 2022 an, wobei man auf technischer Ebene einige Fortschritte erreichen konnte. Dennoch bestehen weiterhin Unstimmigkeiten.

Die Justizministerinnen und Justizminister beschlossen zudem ein teilweises Mandat (sog. partielle Allgemeine Ausrichtung) für das Justizprogramm 2028 - 2034, das u. a. die richterliche Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen sowie die Justizausbildung unterstützen und die Unabhängigkeit der Justiz fördern soll. Die partielle Allgemeine Ausrichtung klammert finanzielle und horizontale Fragen aus, die derzeit im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028 - 2034 diskutiert werden. Die nächste Tagung des JI-Rats wird am 01./02.10.2026 in Luxemburg stattfinden.



[Pressemitteilung des Rates vom 05.06.2026](#)

[Pressemitteilung des Rates \(JI-Rat\) vom 05.06.2026](#)

### **Kommission: Neuer Hauptberater für Strategien zur Entwicklung von Justizpolitiken**

Der die Kommission hat am 03.06.2026 *Bruno Gencarelli* zum Hauptberater für Strategien zur Entwicklung von Justizpolitiken in ihrer Generaldirektion für Justiz und Verbraucher (DG JUST) ernannt.

*Gencarelli* bringt über 25 Jahren Berufserfahrung mit. Er verfügt über spezifische Fachkenntnisse in internationalen Aspekten von Justiz und Verbraucherangelegenheiten sowie im Datenschutz und grenzüberschreitenden Datenströmen, mit starkem Fokus auf neue Herausforderungen im Zusammenhang mit Digitalisierung und künstlicher Intelligenz.

*Gencarelli*, ein italienischer Staatsbürger, begann seine Karriere im Rechtsdienst der Kommission sowie als Rechtssekretär in der Ersten Kammer des Gerichtshofs der Europäischen Union. Sodann war er Abteilungsleiter und verantwortlich für Internationale Angelegenheiten und Datenflüsse bei der DG JUST. Zuvor leitete er die Einheit für Datenschutz und anschließend die Internationale Einheit für Datenflüsse und Schutz innerhalb derselben Generaldirektion. Er war zuletzt Kabinettsmitglied des ehemaligen Justizkommissars *Didier Reynders*.

Die Entscheidung tritt zum 01.07.2026 in Kraft.

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich der Justiz**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).

Das Programm besteht aus drei Prioritäten: Wettbewerbsfähigkeit – Förderung von Wohlstand und Wohlergehen („*Competitiveness*“), Werte – Bewahrung des unverzichtbaren Fundaments unserer Union („*Values*“) und Sicherheit – Schutz unserer Bürger („*Security*“).

Im Bereich der Justiz stehen u. a. folgende Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung des Datenzugangs (Vorratsdatenspeicherung), die Europäische Ermittlungsanordnung und der Schutz von Kindern im Fokus. Zu Letztgenannten sollen die Richtlinie und die Verordnung zum sexuellen Missbrauch von Kindern prioritär vorangetrieben werden. Man wolle zudem die Arbeit vorantreiben, die die Beteiligung von Kindern fördere, wenn Entscheidungen getroffen würden, die ihr Leben beeinflussten, auch in Justizsystemen.

Unter der irischen Ratspräsidentschaft würden zudem die Grundrechte von Gruppen vertreten, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe als Minderheiten und Diskriminierung diskriminiert würden. Insoweit sei die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates zum Thema



Antirassismus und der Wahrung europäischer Werte geplant. Man werde proaktiv daran arbeiten, die neue EU-Antirassismus-Strategie 2026 - 2030 umzusetzen und deren Leitprinzipien im Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen anzuwenden, darunter Antisemitismus, antimuslimischen Hass und Rassismus.

Die irische Ratspräsidentschaft wolle die Evaluation der e-Justice-Strategie vorantreiben, um sicherzustellen, dass sie mit technologischen Entwicklungen Schritt halten könne. Die effektive Umsetzung des Digital Justice Package werde im Mittelpunkt der irischen Präsidentschaft stehen, dazu gehörten die DigitalJustice@2030-Strategie und die Europäische Strategie für Justizausbildung (2025 - 2030), die darauf abzielten, den Einsatz digitaler Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz, zu beschleunigen, um Justizsysteme effizienter und widerstandsfähiger zu machen und die digitale Kapazität von Justizfachkräften auszubauen.

[Website der irischen Ratspräsidentschaft](#)

### **Rat und EP: Trilogieeinigung zur Revision der Fluggastrechte**

Am 15.06.2026 haben sich die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) nun auf neue Vorschriften zur Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr geeinigt (anliegend auch noch der Drahtbericht zur Sitzung des Vermittlungsausschusses vom 12.06.2026).

Die neuen Regelungen umfassen u. a. Verspätungen. Die bisherigen Verspätungsgrenzen für Entschädigungen werden beibehalten. Zwischen vier Stunden (Allgemeine Ausrichtung des Rates) und drei Stunden (Standpunkt des EP) konnten sich die Gesetzgeber auf drei Stunden einigen. Die Höhe der Entschädigung soll abhängig von der Distanz zwischen 250 und 600 € liegen. Dies gelte nur in Fällen, in denen die Airline für die Verspätung verantwortlich ist. Zudem müssen Airlines innerhalb von 96 Std. nach einer Verspätung über Entschädigungsansprüche informieren. Ein vorausgefülltes Formular wird es nicht geben. Sollten sich Reisende bei Annullierung eines Fluges für die Erstattung des Preises statt einer Umbuchung entscheiden, soll die Erstattung automatisch erfolgen.

Die Mitnahme von Handgepäck wird weiterhin kostenpflichtig bleiben. Airlines sollen insoweit zunächst immer einen Tarif für einen Flug mit Handgepäck angeben, können aber dennoch Rabatte bei Buchung eines Fluges ohne Handgepäck anbieten.

Im Rahmen der dritten Lesung muss die vorläufige Einigung innerhalb der nächsten sechs Wochen sowohl vom EP als auch vom Rat bestätigt werden, mit der Möglichkeit, diese Frist um weitere zwei Wochen zu verlängern. Das EP plant, während seiner Plenarsitzung im Juli über das Abkommen abzustimmen.

[Pressemitteilung des EP vom 15.06.2026](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Bildungsaspekte

Die Verabschiedung einer partiellen allgemeinen Ausrichtung für das neue Erasmus+ Programm (2028 - 2034), Ratsschlussfolgerungen zu Lehrkräften im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz (KI) sowie eine Orientierungsaussprache zur Stärkung von Grundkompetenzen im Europäischen Bildungsraum standen im Mittelpunkt der Tagung des Rates „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (11./12.05.2026), der am Nachmittag des 11.05.2026 in der Formation Bildung tagte.

Zunächst verabschiedete der Rat den Vorschlag für eine Verordnung zum Programm Erasmus+ für den Zeitraum 2028 - 2034 (partielle allgemeine Ausrichtung). Die zyprische Ratspräsidentschaft hob hervor, dass der vorliegende Kompromisstext wichtige Weichenstellungen für die Governance-Strukturen, die Drittstaatenassoziiierung und die Bedeutung des Europäischen Bildungsraums enthalte. Die Kommission betonte das Ziel, das Programm inklusiver zu gestalten und durch Instrumente wie Erasmus+ Stipendien die Wettbewerbsfähigkeit und das Humankapital der EU zu stärken. In der Aussprache begrüßten viele Mitgliedstaaten die stärkere Rolle der Länder bei der Programmgestaltung. Deutschland zeigte sich bezüglich der Erasmus+ Stipendien aufgrund des unklaren europäischen Mehrwertes und der hohen Kosten zulasten der Lernmobilität weiterhin skeptisch, konnte im Interesse des Gesamtprogramms dem gefundenen Kompromisstext aber zustimmen.

Ein weiterer zentraler Punkt war die Billigung der Ratsschlussfolgerungen zu Lehrkräften im Zeitalter der KI. Diese unterstreichen, dass die menschliche Dimension und Steuerung im Zentrum der KI-Nutzung im Schulbereich stehen müssen und Lehrkräfte adäquat auf diese technologischen Entwicklungen vorbereitet werden sollten. Die Kommission verwies in diesem Zusammenhang auf einen gemeinsam mit der OECD entwickelten KI-Kompetenzrahmen.

Im Fokus der Sitzung stand zudem eine Orientierungsaussprache zum Thema „Grundkompetenzen und der Europäische Bildungsraum: Brücken für die Zukunft bauen“. Die Ministerinnen und Minister erörterten, wie nationale Bildungsstrategien angepasst werden müssten, um Lernende angesichts des raschen Wandels mit notwendigen Basisfertigkeiten auszustatten. Es bestand Einigkeit darüber, dass solide Grundkompetenzen, die heute auch bürgerschaftliche und digitale Aspekte umfassen, entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der EU sind.

Deutschland teilte seine Intervention zwischen Bund und Ländern auf. Für den Bund begrüßte Bundesministerin *Karin Prien* das Ziel, Grundkompetenzen von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung zu stärken. Sie betonte, dass in Zeiten des Wandels neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch Zukunftskompetenzen wie Fähigkeit zur Teamarbeit und lebenslanges Lernen zentral seien. Als Beispiel für wichtige Impulse nannte sie das „Startchancen-Programm“, das Schulen in herausfordernden Lagen gezielt



durch datengestützte Schulentwicklung und Weiterbildung fördert. Für die Länder unterstrich die saarländische Bildungsministerin *Christine Streichert-Clivot* als Bundesratsbeauftragte im Ministerrang, dass Grundkompetenzen dort gestärkt werden müssten, wo Kinder und Jugendliche lernen. Mit der Kinder- und Jugendkonferenz werde aktuell die Frage vorbereitet, inwieweit verpflichtende Spracheignungsfeststellung ab dem vierten Lebensjahr in Deutschland umgesetzt werden können. Ministerin *Streichert-Clivot* thematisierte neben dem Übergang in den Primarbereich auch den Übergang von der Schule in den Beruf. Berufsorientierung und berufsbezogene Maßnahmen an allgemeinbildenden Schulen sollen künftig stärker gefördert werden – ergänzend zu sprachlichen und mathematischen Kompetenzen. Im Saarland sollten z. B. Praktika im schulischen Curriculum künftig einen höheren Stellenwert erhalten und stärker anerkannt werden. Ebenfalls müssten Bildungseinrichtungen in der Lage sein mit den Herausforderungen der jungen Generation umzugehen. Bildungspolitik dürfe somit nicht isoliert betrachtet werden. Die verstärkte Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit dem Gesundheitssektor, gerade im Hinblick auf die psychologische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, stelle eine wesentliche Aufgabe dar.

Abgerundet wurde das Programm durch ein informelles Mittagessen mit dem ukrainischen Bildungsminister *Oksen Lisovyi* zum Thema „Widerstandsfähige Bildungs- und Ausbildungssysteme in Krisenzeiten“. Bundesministerin *Prien* hob die deutsche Unterstützung für Resilienz schulischer Infrastrukturen hervor, insbesondere durch den Digitalpakt 2.0, sowie Maßnahmen zur psychischen Gesundheit und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deutschland sprach sich für eine stärkere Krisenvorsorge im Europäischen Bildungsraum aus. Unter „Sonstiges“ berichtete die Slowakei über Maßnahmen zur Online-Sicherheit von Kindern, was von Deutschland ausdrücklich unterstützt wurde. Zudem gab Irland einen Ausblick auf die Schwerpunkte der kommenden Ratspräsidentschaft (07/2026 - 12/2026), zu denen u. a. Erasmus+, Inklusion, Grundkompetenzen, frühkindliche Bildung, MINT und KI-Kompetenzen zählen werden. Die Erarbeitung und Verabschiedung von Ratsschlussfolgerungen zur MINT-Bildung sowie von Ratsschlussfolgerungen zu KI-Kompetenzen sei beabsichtigt. Außerdem sollen die Verhandlungen zur Erasmus+ Verordnung fortgeführt werden (dann mit Europäischem Parlament und Kommission).

[Ergebnisse des Bildungsministerrats](#)

[Videoaufzeichnung der öffentlichen Aussprachen](#)

[Vorschlag zur Erasmus+ Verordnung \(partielle allgemeine Ausrichtung\)](#)

[Ratsschlussfolgerungen zu Lehrkräften im Zeitalter der KI](#)

[Orientierungsvermerk zur Aussprache über Grundkompetenzen](#)

[Koordinierte Maßnahmen für die Online-Sicherheit von Kindern](#)

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).



Die irische Ratspräsidentschaft hat in diesem Zusammenhang angekündigt, sich folgenden Aufgaben aus dem Bereich Bildung widmen zu wollen:

Zu den Prioritäten im Bildungsbereich zählen die Steigerung der Attraktivität des MINT-Bereichs, die nötigen Kompetenzen und Fertigkeiten im Kontext der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Bildung, Inklusion und Teilhabe sowie die frühkindliche Bildung als Schlüssel zur Bekämpfung von sozialen Ungleichheiten und zur Unterstützung des Wohlbefindens.

Ebenso plant Irland die Verordnung zur neuen Erasmus+ Programmgeneration nach 2027 (legislativ) weiter zu verfolgen (bevorstehende Trilog-Verhandlungen) sowie eine Entschließung des Rates zur Stärkung der MINT-Bildung auf allen Ebenen und in allen Bildungsbereichen zu erarbeiten. Darüber hinaus möchte Irland Ratsschlussfolgerungen bezüglich Kompetenzen für das KI-Zeitalter vorlegen und beschließen. Der formelle Bildungsministerrat unter irischer Präsidentschaft wird am 19.11.2026 stattfinden.

Den Rahmen für die irische Ratspräsidentschaft bilden die allgemeinen politischen Prioritäten: Ein starkes Europa, das seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Sicherheit und Verteidigung stärkt sowie die bestehenden Rechtsrahmen vereinfacht.



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### HOCHSCHULEN/FORSCHUNG

#### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Forschungsbereich

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Unter dem Motto „Strength with unity“ setzt Irland dabei die Themen Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit als übergreifende Prioritäten.

Kernthemen der Präsidentschaft im Forschungsbereich sind die Maximierung des Beitrags von Forschung zu Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Wohlstand, die Steigerung der Innovationsleistung sowie die Unterstützung der Entwicklung eines integrierten Europäischen Forschungsraums. Aufbauend auf den Arbeiten des dänischen und zyprischen Vorsitzes sollen die Verhandlungen am EU Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa fortgeführt und dieses den Trilog-Verhandlungen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament zugeführt werden. Legislative Dossiers, die nach Vorlage durch die Kommission unter irischem Ratsvorsitz verhandelt werden sollen, sind darüber hinaus der EU Innovation Act sowie der European Research Area Act.

Für den 20./21.07.2026 ist ein informelles Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister in Dublin vorgesehen. Der formelle Forschungsministerrat findet am 25.09.2026 sowie 04.12.2026 jeweils in Brüssel statt.

[Webseite der irischen Ratspräsidentschaft](#)

#### EU-Forschungsministerrat – keine partielle Allgemeine Ausrichtung zu Horizont Europa

Am 29.05.2026 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat in seiner Formation Raumfahrt (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB), Forschung und Innovation in Brüssel. Für Deutschland nahm der Staatssekretär des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt, *Dr. Marcus Pleyer*, für die Kommission Forschungskommissarin *Ekaterina Zaharieva* an der Sitzung teil.

Entgegen dem ursprünglichen Ziel der zyprischen Präsidentschaft konnte bei dem Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister noch keine partielle Allgemeine Ausrichtung zum EU Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa erreicht werden. Im Rahmen einer Orientierungsaussprache tauschte man sich daher zu den insoweit noch offenen Themen Strategische Prioritäten, Verbindung des Programms mit dem Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds, Partnerschaften, Widening sowie kollaborativer und themenoffener Forschung aus. Ein vorläufiger Standpunkt des Rates soll – auf Ebene der Botschafterinnen und Botschafter – noch unter zyprischem Vorsitz erreicht werden. Von den Ministerinnen und Ministern angenommen wurde eine Empfehlung des Rates über einen Rahmen der EU für



Wissenschaftsdiplomatie. Die Ratsempfehlung solle laut Aussagen der Kommission als Verknüpfung von Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit mit aktuellen Fragen der Sicherheit dienen und die EU global als verlässlichen, nach Autonomie strebenden Partner einordnen. Unter Verschiedenes stellte der künftige irische Vorsitz die Schwerpunkte seiner am 01.07.2026 beginnenden Präsidentschaft vor (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

Der nächste formelle Forschungsministerrat findet am 25.09.2026 in Brüssel statt.

#### Mitteilung des Rates

### **Kommission und Australien schließen Assoziierungsverhandlungen zu Horizont Europa ab**

Am 09.06.2026 haben Vertreterinnen und Vertreter der Kommission und Australiens die Verhandlungen über die Assoziierung Australiens zum EU Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa erfolgreich abgeschlossen.

Anhand von Übergangsregelungen wird sich Australien ab Januar 2027 der Säule II von Horizont Europa anschließen, welche u. a. gesellschaftliche Herausforderungen im Bereich Digitales, Industrie, Weltraum, Klima, Energie und Mobilität sowie die Bereiche Bioökonomie und Landwirtschaft adressiert. Australische Forscherinnen und Forscher sowie Einrichtungen gehen damit von den Regeln für Drittländer – bei denen sie sich typischerweise selbst finanzieren oder auf enge Ausnahmen für die Finanzierung angewiesen sein mussten – zu der Behandlung als „berechtigte Einheiten“ aus einem assoziierten Land über. Dies eröffnet ihnen direkten Zugang zu EU-Fördermitteln zu gleichen Bedingungen wie EU-Mitgliedstaaten, beispielsweise indem sie Projektkonsortien leiten dürfen.

Mit der Assoziierung bauen die EU und Australien auf einer bereits bisher starken wissenschaftlichen Partnerschaft auf. Bis heute haben australische Organisationen unter Horizont Europa an 239 Projekten teilgenommen, wobei fast jeder vierte Einzelantrag aus Australien für die Teilnahme am Programm ausgewählt wurde, was zu einer ungewöhnlich hohen Erfolgsquote von 24,39 % führt. Die formellen Verhandlungen über eine Assoziierung mit Horizont Europa wurden am 31.03.2026 aufgenommen (EB 04/26).

### **Kommissionspräsidentin kündigt erneute Teilnahme ungarischer Studierender an Erasmus+ an**

Am 12.04.2026 empfing Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* den neuen ungarischen Ministerpräsidenten *Péter Magyar* in Brüssel, wobei sie in Aussicht stellte, dass ungarische Studierende bereits ab dem kommenden akademischen Jahr wieder uneingeschränkt am Erasmus+-Programm teilnehmen könnten.



Die erneute Teilnahme sei ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen in Ungarn wieder Zugang zu den europäischen Mobilitäts- und Austauschmöglichkeiten zu verschaffen. *Von der Leyen* bezeichnete Erasmus+ als eines der bedeutendsten Programme der EU. Es ermögliche es jungen Menschen, andere Länder, Kulturen und Sprachen kennenzulernen und stärke zugleich das Verständnis für die europäische Vielfalt. Die Rückkehr ungarischer Studierender in die Erasmus+-Gemeinschaft sei daher ein wichtiges Signal für die europäische Bildungszusammenarbeit und die internationale Vernetzung der Hochschulen.

Die Wiederaufnahme der Erasmus+-Teilnahme steht im Zusammenhang mit Fortschritten Ungarns bei Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und akademischen Freiheit. Für Studierende und Hochschulen eröffnet sich damit die Möglichkeit, wieder umfassend von europäischen Mobilitäts- und Kooperationsangeboten zu profitieren.

[Erklärung der Kommissionspräsidentin \(Wortlaut\)](#)

### **Kommission schlägt 12,8 Mrd. € für Horizont Europa für 2027 vor**

Am 10.06.2026 hat die Kommission ihren Vorschlag für den Jahreshaushalt 2027 vorgelegt, wobei 13,8 Mrd. € für Forschung und Innovation bereitgestellt werden sollen.

Der Vorschlag über insgesamt 200 Mrd. € zielt darauf ab, wachsende geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen anzugehen und gleichzeitig die langfristigen Prioritäten der EU zu unterstützen. Insgesamt 12,8 Mrd. € sollen für das EU Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa bereitgestellt werden. Den leichten Rückgang des Forschungs- und Innovationsbudgets im Vergleich zu 2026 führt die Kommission v. a. auf die Kürzung des ITER-Budgets zurück. Der Gesamtvorschlag kommt nach Jahren großer Störungen, darunter die Pandemie, die Energiekrise, die Inflation, Russlands Krieg gegen die Ukraine und größere geopolitische Spannungen. Er erhöht demnach den Fokus der EU auf Sicherheit und Verteidigung und unterstützt u. a. den Bereich der Verteidigungsforschung.

Der Jahreshaushalt für 2027 muss vom Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende 2026 formell verabschiedet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäischer Forschungsrat startet neue Förderlinie „ERC Plus“**

Am 02.06.2026 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die erste Ausschreibung seiner neuen Förderlinie „ERC Plus“ in Höhe von 210 Mio. € gestartet.

Im Rahmen des neuen Programms können einzelne Projekte bis zu 7 Mio. € über einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren erhalten. Die Stipendien stehen herausragenden Forscherinnen und Forschern jeglicher



Nationalität offen, deren Arbeit ihr Fachgebiet grundlegend verändern könnte. Im Rahmen der nun eröffneten ersten Ausschreibungsrunde werden voraussichtlich rund 30 Zuschüsse vergeben. Die ERC Plus-Zuschüsse sollen ambitionierte und potenziell transformative Forschung in ganz Europa unterstützen und sind Teil eines größeren Förderpakets von 874 Mio. € für den Zeitraum 2025 - 2027 im Rahmen der Initiative „Choose Europe“ (EB 05/25). Das umfassendere Programm zielt darauf ab, exzellente Forschungs- und Innovationskapazitäten auf dem gesamten Kontinent zu unterstützen, Europas Position als globales Zentrum für wissenschaftliche Exzellenz zu stärken und weltweit wissenschaftliche Talente anzuziehen und zu halten.

Die Choose Europe-Initiative wurde im Mai 2025 von der Kommission ins Leben gerufen, um u. a. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA anzuziehen. Die darin enthaltenen ERC Plus Grants heben sich – was die individuelle Förderung betrifft – sowohl in der Höhe als auch mit Blick auf die Laufzeit von den bisherigen ERC-Förderlinien ab.

[Pressemitteilung des ERC](#)

### **EU und Vietnam vertiefen Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Innovation**

Am 27.05.2026 haben die Kommission und das vietnamesische Ministerium für Wissenschaft und Technologie eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die gemeinsame Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Innovation zu stärken.

Das in Hanoi während des Besuchs von Kommissarin *Ekaterina Zaharieva* unterzeichnete Abkommen soll die Zusammenarbeit zwischen Forscherinnen und Forschern, Universitäten, Start-ups, Industrie und öffentlichen Institutionen stärken. Es zielt außerdem darauf ab, die Mobilität von Forscherinnen und Forschern zu erweitern, den Wissensaustausch zu fördern, Innovationspartnerschaften zu fördern und die Verbindungen zwischen Forschung und Industrie zu stärken. Das Abkommen baut dabei auf der neu gegründeten umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Vietnam auf. Es hebt das Ziel beider Seiten hervor, Wissenschaft, Technologie und Innovation zu einer stärkeren Säule ihrer Zusammenarbeit zu machen und Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und nachhaltiges Wachstum zu unterstützen.

Die erweiterte Partnerschaft der EU mit Vietnam ist dahingehend bedeutsam, da sie die erste umfassende strategische Partnerschaft zwischen der EU und einem ASEAN-Land darstellt. Vietnam ist außerdem der größte Handelspartner der EU in Südostasien und eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Region.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



## KULTUR

### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Kulturbereich

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Unter dem Motto „Strength with unity“ setzt Irland dabei die Themen Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit als übergreifende Prioritäten.

Kernthemen der Präsidentschaft im Kulturbereich sind die Betonung des intrinsischen Wertes der Kultur sowie des Kulturellen Erbes und deren wesentlicher Beitrag zur europäischen Gesellschaft. Daneben soll die Arbeit an EU-Investitionen in kulturelle Initiativen sowie am zukünftigen Arbeitsplan der Union für Kultur vorangetrieben werden. Aufbauend auf den Arbeiten des dänischen und zyprischen Vorsitzes sollen die Verhandlungen an dem Förderprogramm AgoraEU fortgeführt und dieses insbesondere den Trilog-Verhandlungen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament zugeführt werden. Legislative Dossiers, die nach Vorlage durch die Kommission unter irischem Ratsvorsitz verhandelt werden sollen, sind darüber hinaus die Revision der Rechtsgrundlagen für die Europäische Kulturhauptstadt-Initiative sowie des Europäischen Kulturerbesiegels.

Der formelle Kulturministerrat findet am 20.11.2026 in Brüssel statt. Ein informelles Treffen der für Kultur zuständigen Ministerinnen und -minister, üblicherweise im Vorsitzland, ist nicht vorgesehen.

[Webseite der irischen Ratspräsidentschaft](#)

### Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Kulturaspekte

Am 11./12.05.2026 fand der Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ in Brüssel statt. Für Deutschland nahm an der Formation „Kultur und Medien“ der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister *Dr. Wolfram Weimer* teil.

Unter zyprischem Vorsitz erzielte der Rat eine partielle allgemeine Ausrichtung zum neuen Förderprogramm AgoraEU für den Zeitraum 2028 - 2034 (EB 08/25). Das Programm soll die Nachfolge der Programme „Kreatives Europa“ sowie „Bürgerinnen, Gleichberechtigung, Rechte und Werte“ (CERV) antreten und zielt auf die Förderung gemeinsamer Werte, der kulturellen Vielfalt sowie der Resilienz europäischer Demokratien ab. Es umfasst die drei Säulen Kultur, MEDIA+ und CERV+. Da die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) noch andauern, bleiben die finanziellen Bestimmungen der Verordnung vorerst ausgeklammert.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete eine Orientierungsaussprache zum künftigen EU-Arbeitsplan für Kultur 2027 - 2030. Die Ministerinnen und Minister erörterten prioritäre Themen wie den Einfluss künstlicher Intelligenz (KI) auf den Kultursektor, den Schutz des geistigen Eigentums sowie den Zugang zu Kultur für Kinder und



Jugendliche. Staatsminister *Dr. Wolfram Weimer* hob dabei die kulturelle Dimension der aktuellen geopolitischen Lage hervor und betonte die Notwendigkeit, europäische Werte durch eine vertiefte Zusammenarbeit sichtbarer zu machen. Der neue Arbeitsplan soll die strategischen Prioritäten für die kommenden Jahre festlegen und voraussichtlich Ende 2026 unter irischem Vorsitz verabschiedet werden.

Unter Verschiedenes wurde u. a. die Rückkehr Russlands zur 61. Internationalen Kunstausstellung „La Biennale“ in Venedig kritisch diskutiert. Die Kommission und zahlreiche Mitgliedstaaten sprachen sich gegen eine Normalisierung der russischen Teilnahme aus und verwiesen auf die systematische Zerstörung ukrainischen Kulturerbes. Abschließend stellte die irische Delegation ihr Arbeitsprogramm für die am 01.07.2026 beginnende Ratspräsidentschaft vor (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

Der nächste Kultur- und Medienministerrat findet am 19./20.11.2026 in Brüssel statt.

#### [Mitteilung des Rates](#)

### **Berichterstatterinnen des Europäischen Parlaments veröffentlichen Entwurf zu Förderprogramm AgoraEU**

Am 18.05.2026 haben die beiden Berichterstatterinnen des Europäischen Parlaments (EP) ihren Berichtsentwurf zum künftigen AgoraEU-Programm vorgestellt.

In dem Papier schlagen MdEP *Emma Rafowicz* (S&D/FRA) für den CULT-Ausschuss und MdEP *Alice Kuhnke* (Grüne/SWE) für den JURI-Ausschuss die Haltung des EP gegenüber dem am 16.07.2025 vorgelegten Verordnungsentwurf der Kommission für ein Programm zur Förderung des Kultur- und Mediensektors sowie der EU-Werte für die Jahre 2028 - 2034 (EB 08/25) vor. Die Berichterstatterinnen fordern dabei u. a. eine Konditionalität und stärkere Wertebindung, wobei Fördermittel nur bei Einhaltung der EU-Werte nach Art. 2 EUV vergeben werden dürfen und die Vergabe von Fördermitteln für solche Akteure ausgeschlossen ist, die die EU-Grundrechte untergraben. Vorgeschlagen wird daneben eine neue Programmstruktur bei Einführung eigenständiger Förderstränge für die Bereiche Information und Journalismus, Musik und europäische Werte. Im Kulturbereich wird neben dem Musik- auch der Buchsektor besonders hervorgehoben sowie die eingehende Befassung mit der Verwendung von KI im Kultur- und Kreativsektor nahegelegt. Im Medienbereich wird allen voran eine stärkere Unterstützung unabhängiger Medien, inklusive lokaler Berichterstattung, sowie ein stärkerer Fokus auf die Bekämpfung von Desinformation und Plattformdominanz gefordert.

Die Abstimmung über die Positionierung des EP für die Trilog-Verhandlungen ist für die Plenarsitzung Ende Oktober dieses Jahres geplant.

#### [Berichtsentwurf](#)



### Kommission vergibt neuen Simone Veil Preis zur Unterstützung jüdischen Kulturerbes

Am 18.05.2026 hat die Kommission erstmals einen neuen, nach *Simone Veil* benannten, Preis zur Förderung jüdischen Kulturerbes ausgeschrieben.

Der Preis, der von dem EU Kulturförderprogramm Kreatives Europa unterstützt wird, hebt hervor, wie kulturelles Erbe und Erinnerungsstätten bürgerschaftliche Teilhabe, Bildung und demokratisches Engagement ermöglichen können, und spiegelt damit den wichtigen Beitrag des jüdischen Kulturerbes zur gemeinsamen Geschichte Europas wider. Er ist benannt nach *Simone Veil*, Holocaust-Überlebende, erste weibliche Präsidentin des Europäischen Parlaments und engagierte Verfechterin der Menschenrechte. Der Preis wird einmal jährlich vergeben und würdigt lokale sowie grenzüberschreitende Projekte in fünf Preiskategorien.

Die aktuelle Bewerbungsfrist läuft bis zum 31.07.2026.

[Weiterführende Informationen zum Simone Veil Preis](#)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

---

### Euro-Gruppe am 22.05.2026: u.a. digitaler Euro

Bei der Sitzung der Euro-Gruppe im regulären Format am 22.05.2026 standen die Themen makroökonomische Entwicklungen und Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum sowie der aktuelle Stand der Verhandlungen beim digitalen Euro auf der Tagesordnung.

Die Sitzung begann mit einem Austausch über die makroökonomischen Entwicklungen im Euroraum. Hierzu stellte die Kommission ihre aktuelle Frühjahrsprognose 2026 vor. Im Anschluss diskutierten die Minister die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen sowie den weiteren wirtschaftlichen Ausblick.

Darauf folgte der Tagesordnungspunkt zur Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum mit einem Schwerpunkt auf dem Thema Wohnraum. Im Mittelpunkt standen dabei die Herausforderungen auf den europäischen Wohnungsmärkten sowie mögliche politische Handlungsansätze.

Die Sitzung endete mit einem Bericht zum aktuellen Stand des digitalen Euro. Die Europäische Zentralbank informierte über die Vorbereitungen für die Pilotphase sowie über eine kürzlich geschlossene Vereinbarung mit drei europäischen Standardisierungsorganisationen zur Nutzung bestehender technischer Standards für die Abwicklung von Zahlungen mit dem digitalen Euro. Es wird erwartet, dass die Trilogverhandlungen noch im Laufe des Sommers beginnen. Ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird weiterhin bis Ende dieses Jahres angestrebt, damit der digitale Euro im Jahr 2029 Realität werden kann.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 22.05.2026](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe Kyriakos Pierrakakis im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 22.05.2026](#)

### Informeller ECOFIN-Rat am 22./23.05.2026: u.a. Stablecoins und Finanzierung von EU-Vorhaben

Beim informellen Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) am 22./23.05.2026 standen drei Themen im Mittelpunkt: die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend unsicheren Welt, der Umgang mit Stablecoins sowie die Frage, wie Europa künftig steigende Ausgaben finanzieren kann, ohne die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit zu gefährden.

Das Treffen begann mit einer Diskussion über die EU-Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen, globaler Transformationsprozesse und zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheiten. Grundlage war ein Diskussionspapier der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft.

Im Anschluss führten die Minister eine strategische Debatte über Stablecoins, die in den vergangenen Monaten erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Ausgangspunkt war ein Positionspapier des Brüsseler Think Tanks



Bruegel. Zudem ging es um regulatorische Antworten sowie um den Aufbau europäischer Infrastrukturen, um künftig eine übermäßige Abhängigkeit von auf US-Dollar lautenden Stablecoins im Bereich der tokenisierten Finanzwirtschaft zu vermeiden.

Am zweiten Sitzungstag stand die Finanzierung wachsender europäischer Investitions- und Ausgabenbedarfe im Mittelpunkt. Grundlage war eine Analyse des Internationalen Währungsfonds mit dem Titel: „Wie Europa Vorhaben finanzieren kann, die es sich nicht leisten kann?“. Die Debatte fand vor dem Hintergrund steigender Anforderungen in den Bereichen Verteidigung, Digitalisierung, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und demografischer Wandel statt. Diskutiert wurde insbesondere, wie zusätzliche öffentliche Investitionen ermöglicht werden können, ohne die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden.

[Wichtigste Ergebnisse des informellen ECOFIN-Rates](#)

### **Euro-Gruppe am 11.06.2026: u.a. makroökonomische und haushaltspolitische Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet**

Beim Treffen der Euro-Gruppe am 11.06.2026 standen die jüngsten makroökonomischen Entwicklungen im Euroraum im Mittelpunkt. Grundlage der Beratungen waren das am 03.06.2026 vorgelegte Frühjahrspaket zum Europäischen Semester, die aktualisierten Prognosen der Europäischen Zentralbank sowie deren geldpolitische Entscheidungen vom 11.06.2026.

Zudem fand ein Austausch mit der geschäftsführenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds *Kristalina Georgieva* zur Überprüfung der Wirtschaftspolitik des Euroraums statt. Weitere Themen waren die Wirtschafts- und Energiesicherheit in der EU sowie die Stärkung der europäischen technologischen Souveränität.

[Pressemitteilung des Rates vom 11.06.2026](#)

### **ECOFIN am 12.06.2026: u.a. Stabilitäts- und Wachstumspakt**

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) fasste am 12.06.2026 zwei Beschlüsse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts: zum einen zur Beendigung des Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits gegen Malta und zum anderen zur Genehmigung der Aktivierung der nationalen Ausweichklausel durch Spanien. Damit soll Spanien der Übergang zu höheren Verteidigungsausgaben auf nationaler Ebene erleichtert werden, ohne die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Verschuldung zu gefährden.

Die Minister haben zudem Durchführungsbeschlüsse angenommen, mit denen die von Belgien, Polen, Portugal, der Slowakei und Spanien vorgelegten gezielten Änderungen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne genehmigt werden. Sie billigten als Punkt ohne Aussprache den halbjährlichen Bericht des Rates (Wirtschaft und Finanzen) an den Europäischen Rat zu Steuerfragen und nahmen Schlussfolgerungen zu den Fortschritten an, die die EU-Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ im selben Zeitraum erzielt hat.



[Pressemitteilung des Rates vom 12.06.2026](#)

**Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).

Ein zentraler Schwerpunkt ist der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034. Die irische Ratspräsidentschaft verfolgt das politische Ziel, die Verhandlungen zum MFR so weit voranzubringen, dass die Staats- und Regierungschefs noch im Jahr 2026 die hierfür erforderlichen Grundsatzentscheidungen treffen können. Im ECOFIN-Rahmen sind zudem Gespräche über eine mögliche Reform des EU-Eigenmittelsystems vorgesehen. Parallel dazu soll eine Verordnung zur Festlegung eines Ausgabenverfolgungs- und Leistungsrahmens weiterverfolgt werden.

Von besonderer Bedeutung sind außerdem die EU-Steuerdossiers. Dazu zählen insbesondere die geplante Neufassung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der direkten Steuern (DAC) sowie der sog. Steuern-Omnibus. Im Bereich der globalen Mindestbesteuerung (Pillar 2) beabsichtigt die irische Präsidentschaft, die Umsetzung weiterer OECD-Vereinfachungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten gezielt zu unterstützen. Darüber hinaus ist eine Aktualisierung der EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete durch die Verhaltenskodex-Gruppe für Oktober 2026 vorgesehen. Weitere steuerpolitische Themen betreffen die Mehrwertsteuer sowie die Tabakbesteuerung.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem digitalen Euro. Die irische Präsidentschaft strebt an, in den anstehenden Trilogverhandlungen eine Einigung über den Rechtsrahmen für seine Einführung zu erzielen.

Im Bereich des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens setzt die Präsidentschaft angesichts anhaltender geopolitischer Spannungen und eines dynamischen sowie unsicheren internationalen Umfelds einen klaren Fokus auf die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas. Dies soll insbesondere durch die Umsetzung wachstumsfördernder Strukturreformen erreicht werden, die auf einer konsequenten Anwendung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens sowie auf nachhaltigen öffentlichen Finanzen beruhen.

Schließlich kommt dem Europäischen Semester eine zentrale Rolle zu. Die irische Präsidentschaft wird die fortlaufende Überwachung der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Entwicklungen sowie makroökonomischer Ungleichgewichte sicherstellen, u. a. im Rahmen des Herbstpakets des Europäischen Semesters.

[Programm der irischen EU-Ratspräsidentschaft](#)



## WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

### Stabilitätsrat: Überprüfung der Einhaltung des Nettoausgabenpfades als neue zentrale Größe der europäischen Fiskalregeln

Am 11.05.2026 tagte der Stabilitätsrat unter dem Vorsitz des Senators für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, *Björn Fecker*, und des Bundesministers der Finanzen, *Lars Klingbeil*. Zentrales Thema der Sitzung war die Überprüfung der Einhaltung des Nettoausgabenpfades als neue zentrale Referenzgröße der europäischen Fiskalregeln. Dabei nahm der Stabilitätsrat erstmals eine rückblickende Bewertung für das Jahr 2025 sowie – auf Grundlage einer aktuellen gesamtstaatlichen Fiskalprojektion – eine vorausschauende Prüfung für das laufende Jahr 2026 vor.

[Pressemitteilung vom 11.05.2026](#)

[Beschlüsse des Stabilitätsrates](#)

### Geldmarktfonds: Kommission präzisiert Aufsicht zu Liquiditätspuffern

Die Kommission hat am 11.05.2026 einen Bericht zur Angemessenheit der Verordnung über Geldmarktfonds aus aufsichtsrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht sowie ergänzende Leitlinien dazu veröffentlicht. Dem Bericht zufolge erweist sich der EU-Geldmarktfondssektor insgesamt als widerstandsfähig und hält in der Regel Liquiditätsreserven oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen. Ziel ist es, eine kohärentere Beaufsichtigung von Geldmarktfonds in der gesamten EU zu fördern und damit die Widerstandsfähigkeit des Sektors weiter zu stärken.

Die ergänzenden Leitlinien sollen Fondsmanagern und Aufsichtsbehörden dabei helfen, Risikosituationen frühzeitig zu erkennen und mögliche Ansteckungseffekte für das Finanzsystem zu begrenzen. Neue verbindliche Mindestanforderungen sind damit jedoch nicht verbunden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 11.05.2026](#)

### Frühjahrsprognose der Kommission: Schwächeres Wachstum und steigende Inflation infolge des Energieschocks

Die Kommission hat am 21.05.2026 die aktualisierte Prognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung (Frühjahrsprognose 2026) der EU, des Euro-Währungsgebiets sowie einzelner Mitgliedstaaten in den Jahren 2025, 2026 und 2027 veröffentlicht.

Die Wachstumsaussichten wurden deutlich nach unten korrigiert. Die Kommission geht von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,1 % (Herbstprognose 2025: 1,4 %) in der EU und 0,9 % (1,2 %) im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026 sowie in Höhe von 1,4 % (1,5 %) in der EU und 1,2 % (1,4 %)



im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2027 aus. Als wesentlichen Grund nennt die Kommission den Energiepreisschock infolge des eskalierenden Konflikts im Nahen Osten.

Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum dagegen stärker steigen als bislang erwartet. Die Preissteigerung wird in der EU im Jahr 2026 3,1 % erreichen (Herbstprognose 2025: 2,1 %), bevor sie im Jahr 2027 wieder auf 2,4 % (2,2 %) zurückgeht. Im Euro-Währungsgebiet zeigt sich eine vergleichbare Entwicklung: Dort steigt die Inflation im Jahr 2026 auf 3,0 % (1,9 %) und sinkt im Jahr 2027 auf 2,3 % (2,0 %).

Die Wachstumsprognosen für Deutschland wurden erneut erheblich gesenkt. Die Kommission erwartet nun ein Wachstum von 0,6 % im Jahr 2026 und 0,9 % im Jahr 2027 (Herbstprognose 2025: 1,2 % im Jahr 2026 und 1,2 % im Jahr 2027). Das gesamtstaatliche Defizit Deutschlands dürfte im Prognosezeitraum auf 3,7 % (2026) bzw. 4,1 % (2027) steigen. Ursache hierfür sind insbesondere höhere Verteidigungsausgaben, zusätzliche öffentliche Investitionen sowie Steuererleichterungen. Die öffentliche Schuldenquote dürfte im Jahr 2026 auf 65,8 % des BIP steigen und im Jahr 2027 mit 68,0 % des BIP auf hohem Niveau verbleiben.

[Mitteilung der Kommission vom 21.05.2026](#)

[Volltext der Frühjahresprognose 2026](#)

[Konjunkturprognose für Deutschland](#)

### **EZB warnt vor Gefahren für die Finanzstabilität angesichts des Iran-Konflikts**

Am 27.05.2026 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Finanzstabilitätsbericht veröffentlicht. Darin warnt sie vor den Auswirkungen der Krise im Nahen Osten. Demnach birgt der gegenwärtige Energiepreis-Schock Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum und Aufwärtsrisiken für die Inflation. Zudem könnte er die Volatilität an den Kapitalmärkten vergrößern und die Schuldentragfähigkeit belasten, da die Finanzierungskosten steigen. Zu diesem aktuellen geoökonomischen Stress kommen auch die allgemeine Unsicherheit hinsichtlich des Welthandels sowie Risiken bei der Cyber-Sicherheit und hybriden Bedrohungen hinzu. An den Finanzmärkten kam es zu Anpassungen, die jedoch nur von kurzer Dauer waren.

Aktuell lassen sich hohe Aktienbewertungen im historischen Vergleich und niedrige Risikoprämien für Unternehmensanleihen beobachten. Der Markt hat eine negative Entwicklung der Krise somit nicht dauerhaft eingepreist. Laut EZB besteht die Möglichkeit, dass der Markt geopolitische, fiskalische und makroökonomische Risiken unterschätzt. Dies birgt erhebliche Risiken, da sich bei längerer Dauer und starker Intensität des Krieges die Marktstimmung substanziell verschlechtern könnte, es also zu drastisch fallenden Aktienkursen kommen könnte.

[Pressemitteilung der EZB vom 27.05.2026](#)

[Finanzstabilitätsbericht der EZB](#)



### DG-EFCIN-Konferenz: *Dombrovskis* fordert stärkere internationale Rolle des Euro

EU-Kommissar *Valdis Dombrovskis* hat am 01.06.2026 im Rahmen der Konferenz der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG ECFIN) zum internationalen Währungssystem und zur Rolle des Euro eine stärkere internationale Rolle des Euro als wesentliches Instrument zur Stärkung der europäischen Souveränität gefordert.

Vor dem Hintergrund der weiterhin dominierenden Stellung des US-Dollars betonte er, dass eine stärkere Nutzung des Euro die Abhängigkeit von externen Finanzinfrastrukturen verringern und die EU gegenüber möglichem politischem Druck über Finanzkanäle widerstandsfähiger machen könne. Zudem verwies *Dombrovskis* auf jüngste Verwerfungen im globalen Wirtschaftssystem sowie auf Marktreaktionen im Zusammenhang mit den US-Zollmaßnahmen im Jahr 2025, die auf mögliche Veränderungen im Verhalten internationaler Investoren hindeuteten. Infolgedessen stellte er auch einen Zusammenhang zwischen der internationalen Rolle einer Währung und der militärischen Leistungsfähigkeit her.

[Konferenz zum internationalen Währungssystem und zur Rolle des Euro](#)

[Bemerkungen von \*Valdis Dombrovskis\*](#)

### EZB: Bericht zur internationalen Rolle des Euro veröffentlicht

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 02.06.2026 ihren Bericht zur internationalen Rolle des Euro veröffentlicht. Demnach ist sein Anteil an zentralen Indikatoren der internationalen Währungsnutzung im Jahr 2025 auf rund 20 % gestiegen. Damit hat sich seine internationale Rolle moderat gestärkt und seine Position als zweitwichtigste Weltwährung gefestigt.

Besonders hervorzuheben ist der Rekordstand bei der Emission internationaler Schuldtitel in Euro sowie die Rolle des Euro als führende Währung bei grünen und nachhaltigen Anleihen. Auch die ausländischen Portfoliozuflüsse in den Euroraum lagen nahe historischer Höchststände.

Als Risiken benennt die EZB die geopolitische Fragmentierung, das Aufkommen alternativer Zahlungssysteme sowie zunehmende Fragilitäten im internationalen Währungssystem.

Der Bericht betont die Notwendigkeit, die Kapitalmärkte im Euroraum zu vertiefen, einen sicheren und liquiden Bestand an EU-Schuldtiteln aufzubauen und das Vertrauen in die institutionellen und rechtlichen Grundlagen des Euro – insbesondere die Rechtsstaatlichkeit – zu wahren.

[EZB-Bericht](#)



## Frühjahrspaket des Europäischen Semesters: Fahrplan zur Förderung der wirtschaftlichen Resilienz und des sozialen Zusammenhalts in der EU

Am 03.06.2026 hat die Kommission ihr Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2026 veröffentlicht. Dieses enthält politische Leitlinien an die Mitgliedstaaten, die sich auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der strategischen Autonomie der EU sowie auf die wirtschaftliche und soziale Resilienz und Kohäsion konzentrieren, bei gleichzeitiger Wahrung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Die Kommission hat zum einen ihre gezielten länderspezifischen Empfehlungen vorgelegt, die auf den jeweiligen Länderberichten basieren. Die Mitgliedstaaten werden insbesondere ersucht, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie die makroökonomische Stabilität zu gewährleisten, den Rechtsrahmen zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Zum anderen hat die Kommission gegen Bulgarien ein Verfahren nach Art. 126 Abs. 3 AEUV eröffnet. Ein Verfahren bei einem übermäßigen öffentlichen Defizit gegen Deutschland wurde hingegen nicht eingeleitet. Die Kommission ist der Ansicht, dass sich das von ihr für 2026 prognostizierte Defizit ohne den Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 2,9 % des BIP belaufen und damit den Referenzwert (3 % des BIP) nicht überschreiten würde. Sie wird die weiteren Entwicklungen jedoch aufmerksam verfolgen und die Einhaltung des Defizit-Referenzwerts im Herbst erneut prüfen.

Zudem können künftig Mitgliedstaaten, die Maßnahmen zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit Europas und zur Abkehr von fossilen Brennstoffen ergreifen, eine begrenzte haushaltspolitische Flexibilität im Rahmen der derzeit geltenden nationalen Ausweichklausel für Verteidigungsausgaben in Anspruch nehmen. Auf Antrag des jeweiligen Mitgliedstaats kann der Anwendungsbereich dieser Klausel auf ab Februar 2026 ergriffene Maßnahmen ausgeweitet werden, die auf eine Verringerung der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen abzielen. Innerhalb der bestehenden Obergrenze für zusätzliche Verteidigungsausgaben im Rahmen der nationalen Ausweichklausel in Höhe von 1,5 % des BIP gelten für den Zeitraum 2026 - 2028 für Maßnahmen zur Verbesserung der Energieresilienz eine jährliche Obergrenze von 0,3 % des BIP sowie eine kumulative Obergrenze von 0,6 % des BIP über den gesamten Zeitraum.

[Pressemitteilung der Kommission vom 03.06.2026 zum gesamten Frühjahrspaket mit Links zu den weiteren Dokumenten](#)

[Fragen und Antworten zum Frühjahrspaket](#)

[Länderspezifische Empfehlungen 2026 für Deutschland](#)

## Änderungen am wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen: Trilog-Einigung am 08.06.2026

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben sich am 08.06.2026 auf eine gezielte Überarbeitung des europäischen wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens verständigt (Trilog-Einigung). Ziel der Einigung ist insbesondere die Vereinfachung bestehender Verfahren sowie eine bessere Abstimmung mit der Reform des



wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens aus dem Jahr 2024. Im Mittelpunkt stehen der Abbau von Berichtspflichten und eine Straffung der Verfahren, ohne die grundlegenden fiskalischen Regeln inhaltlich zu verändern.

[Pressemitteilung des EP vom 08.06.2026](#)

### **EFB bewertet Ausweitung der nationalen Ausweichklausel auf Energieunterstützungsmaßnahmen als höchst fragwürdig**

Der Europäische Fiskalausschuss (European Fiscal Board – EFB) hat am 10.06.2026 seine Bewertung der für den Euroraum im Jahr 2027 angemessenen fiskalpolitischen Ausrichtung veröffentlicht. Darin betont er insbesondere, dass es entscheidend sei, die Glaubwürdigkeit des reformierten fiskalpolitischen Rahmens zu wahren, insbesondere durch die Einhaltung der empfohlenen Ausgabenpfade. Zusätzliche fiskalische Expansionen seien angesichts der besonderen Natur des neuen Energiepreisschocks nicht gerechtfertigt und sogar schädlich. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs der nationalen Ausweichklausel auf Maßnahmen zur Energieunterstützung zusätzlich zu Verteidigungsausgaben bewertet der EFB als höchst fragwürdig.

[Bewertung des EFB](#)

### **EZB: Zinserhöhung um 0,25 Prozentpunkte**

Am 11.06.2026 beschloss die Europäische Zentralbank (EZB), die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 17.06.2026 steigen der Zinssatz für die Einlagenfazilität auf 2,25 %, für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 2,40 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 2,65 %.

EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* verwies darauf, dass der Krieg die Inflation im Euroraum weiter anheizen und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung belasten könne. Die Zinserhöhung um 25 Basispunkte versetze die EZB jedoch in eine solide Ausgangslage, um der hohen Unsicherheit sowie den Inflations- und Wachstumsaussichten angemessen zu begegnen.

Laut den aktuellen vierteljährlichen Projektionen rechnet die EZB nun mit einer durchschnittlichen Gesamtinflation von 3,0 % im Jahr 2026 (März: 2,6 %), 2,3 % im Jahr 2027 (März: 2,0 %) und 2,0 % im Jahr 2028 (März: 2,1 %).

Beim Wirtschaftswachstum wurden die Erwartungen für 2026 und 2027 nach unten korrigiert, was insbesondere die globalen Auswirkungen des Krieges auf Rohstoffmärkte, Realeinkommen und das Vertrauen widerspiegelt. Für 2026 erwartet die EZB nun ein Wachstum von 0,8 % (März: 0,9 %), für 2027 von 1,2 % (März: 1,3 %) und für 2028 von 1,5 % (März: 1,4 %).

[Geldpolitische Beschlüsse der EZB vom 11.06.2026](#)



## Gesamtwirtschaftliche Prognose

### HAUSHALT

#### **MFR 2028 - 2034: AdR fordert Stärkung der Kohäsionspolitik**

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 06.05.2026 seine zentralen Forderungen für den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 vorgestellt. Regionen und Städte sprechen sich dabei für eine starke und eigenständige Kohäsionspolitik als zentrales Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU aus. Die Kohäsionsmittel sollen weiterhin allen Regionen offenstehen und nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, ausschließlich den weniger entwickelten Regionen vorbehalten sein.

Zudem fordert der AdR, die Mitgliedstaaten dazu zu verpflichten, lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Ausarbeitung der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) einzubeziehen. Kommt ein Mitgliedstaat dieser Pflicht nicht nach, sollen Regionen und Städte das Recht erhalten, eine „Subsidiaritätsklausel“ zu aktivieren und die Kommission zu benachrichtigen – mit der Folge, dass diese übermäßig zentralisierte NRPP ablehnen kann.

Darüber hinaus setzt sich der Ausschuss für eine angemessene Mittelausstattung, langfristige Planungssicherheit im nächsten MFR sowie den Erhalt der geteilten Mittelverwaltung ein. Weitere Forderungen betreffen die Vereinfachung von Verfahren, den Abbau administrativer Belastungen sowie eine stärkere Verzahnung der Kohäsionspolitik mit zentralen EU-Prioritäten wie dem grünen und digitalen Wandel, der Wettbewerbsfähigkeit und dem sozialen Zusammenhalt.

[Pressemitteilung des AdR vom 06.05.2026](#)

#### **MFR 2028 - 2034: EP-Berichtsentwurf zur NRPP-VO**

Am 11.05.2026 wurde ein Berichtsentwurf der federführenden Ausschüsse (BUDG, REGI und AGRI) des Europäischen Parlaments zum Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 (NRPP-VO) veröffentlicht (COM(2025) 565 final). Berichterstatter sind MdEP *Karlo Ressler* (EVP/HRV), MdEP *Andrey Novakov* (EVP/BGR) und MdEP *Elsi Katainen* (Renew Europe/FIN).

Im Bereich Budget und Mittelzuweisung sieht der Bericht eine deutliche Aufstockung des Gesamtbudgets von ursprünglich 865 Mrd. € auf 972,86 Mrd. € vor. Zugleich wird eine detaillierte Neuaufeilung der Mittel vorgenommen.



Hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der ländlichen Entwicklung ist vorgesehen, zahlreiche spezifische GAP-Bestimmungen – darunter Regelungen zu Interventionstypen, Definitionen und Zahlungsmodalitäten – aus der NRPP-Verordnung herauszulösen und stattdessen in der neuen GAP-Verordnung zu verankern. Entsprechend werden diese Bestimmungen in der NRPP-VO gestrichen. Darüber hinaus sollen neue Mindestquoten im Bereich der ländlichen Entwicklung eingeführt werden, darunter ein Mindestanteil von rund 5 % für LEADER sowie 10 % für Junglandwirte.

Die leistungsorientierte Finanzierung bleibt unverändert bestehen. Die Auszahlung von Mitteln ist weiterhin an die Umsetzung vereinbarter Reformen geknüpft.

#### [Berichtsentwurf](#)

### **MFR 2028 - 2034: Rede von *Friedrich Merz* zur Verleihung des Internationalen Karlspreises an *Mario Draghi***

Die Verleihung des Karlspreises an *Mario Draghi* am 14.05.2026 nutzte Bundeskanzler *Friedrich Merz*, um für eine „grundlegende Modernisierung“ und eine „radikal verschlankte Struktur“ des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) zu werben.

*Merz* kritisierte den aktuellen EU-Haushalt als überholt und zu stark auf Umverteilung ausgerichtet. „Mehr als zwei Drittel der europäischen Mittel fließen in Umverteilung und Subventionen“, betonte der Kanzler. Für die Herausforderungen der Gegenwart brauche Europa jedoch einen modernen, investitionsorientierten Haushalt – einen „*Draghi*-proofed Haushalt“.

Neuen europäischen Schulden erteilte *Merz* dagegen eine klare Absage: „Diesen Weg kann Deutschland schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mitgehen.“ Übermäßige Verschuldung bedrohe die EU-Souveränität und schränke die politische Handlungsfähigkeit ein. Einige Staaten gäben aufgrund ihrer hohen Schuldenlast inzwischen „mehr für Zinsen aus als für Verteidigung“. Die EU müsse auch in künftigen Krisen unabhängig, handlungsfähig und damit souverän bleiben.

#### [Rede von \*Friedrich Merz\*](#)

### **Die vom EP weitgehend unterstützte Idee einer EU-Abgabe auf Online-Glücksspiel wirft dennoch Fragen auf**

Im Plenum des Europäischen Parlaments (EP) wurde am 20.05.2026 über die mögliche Einführung einer EU-Abgabe auf Online-Glücksspiel als neue Eigenmittelquelle zur Finanzierung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens diskutiert. Hintergrund sind entsprechende Vorschläge der Abgeordneten zur Erschließung zusätzlicher Eigenmittel.



Der für den EU-Haushalt zuständige Kommissar *Piotr Serafin* vermied dabei eine inhaltliche Festlegung und verwies auf die laufende Prüfung der Vorschläge durch die Kommission. Die Ergebnisse sollen in Kürze vorgelegt werden.

Im EP fand die Einführung einer solchen Abgabe grundsätzlich breite Unterstützung. Diskutiert wird insbesondere eine EU-weite Abgabe von rund 1 % auf die Umsätze oder erzielte Einnahmen großer Anbieter, die im Zeitraum 2028 - 2034 Erlöse von etwa 14 - 28 Mrd. € generieren könnte. Mehrere Abgeordnete verwiesen dabei auf den grenzüberschreitenden Charakter des Online-Glücksspiels sowie auf die erheblichen Unterschiede bei den nationalen Steuersätzen (von 5 % - 40 %).

Zugleich wurden rechtliche und politische Fragen thematisiert, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zu bestehenden nationalen Steuern und die Wahrung der Steuerhoheit der Mitgliedstaaten. Kritische Stimmen wie MdEP *Julien Sanchez* (P/E/FRA) warnten vor einer Ausweitung europäischer Steuerkompetenzen. Befürworter wie MdEP *Victor Negrescu* (S&D/ROU) betonten hingegen, dass nationale Systeme nicht ersetzt, sondern ergänzt werden sollen.

Das weitere Verfahren dürfte maßgeblich von den angekündigten Vorschlägen der Kommission sowie der Positionierung des Rates abhängen.

[Videoaufzeichnung](#)

### **MFR 2028 - 2034: Orientierungsaussprache im Rat für Allgemeine Angelegenheiten**

In der Orientierungsaussprache zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ am 26.05.2026 traten insbesondere bei Haushaltsvolumen und Finanzierung deutliche Gegensätze zutage.

Die sog. „sparsamen“ Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, sprachen sich angesichts angespannter nationaler Haushalte für ein begrenztes Gesamtvolumen und horizontale Kürzungen aus. Der von der Kommission vorgeschlagene deutliche Aufwuchs des MFR wurde von deutscher Seite als finanziell nicht tragfähig bewertet. Insbesondere wurde auf steigende nationale Beiträge und eine Verschlechterung des Nettosaldo verwiesen. Demgegenüber lehnten die sog. „Freunde der Kohäsion“ Kürzungen, vor allem bei Kohäsions- und Agrarausgaben, entschieden ab.

Auch bei der Finanzierung bestand keine Einigkeit: Vorschläge zur Verschiebung der Rückzahlung von NextGenerationEU-Schulden sowie zu neuen schuldenfinanzierten Instrumenten stießen insbesondere bei Deutschland auf Ablehnung, auch mit Verweis auf mögliche verfassungsrechtliche Grenzen.

[Pressemitteilung des Rates vom 26.05.2026](#)



### **Neue Kampagne zum EU-Haushalt: Wie der EU-Haushalt die Menschen im Alltag unterstützt**

Die Vertretung der Kommission in Deutschland führt derzeit eine Kampagne „EU-Haushalt: Gemeinsam zahlt sich aus“ durch. Ziel ist es zu zeigen, wie Projekte mit Unterstützung des EU-Haushalts umgesetzt werden und vor Ort einen konkreten Mehrwert für die Menschen schaffen.

Die erste von insgesamt vier Kampagnenwellen widmet sich den Themen soziale Inklusion, regionale Entwicklung und Lebensqualität in Stadt und Land. Vorgestellt wird insbesondere ein Projekt aus Bayern: die ehemalige Brauerei Das Sud in Eggenfelden (Niederbayern). Dort wurde ein denkmalgeschütztes Gebäudeensemble zu einem digitalen Innovationszentrum mit Coworking-Spaces, Veranstaltungsräumen und Flächen für Start-ups umgebaut.

Bis Mitte 2027 folgen weitere Kampagnenwellen zu den Themen Schutz und Resilienz, Kultur und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie Innovation, Forschung und Technologie.

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.06.2026](#)

### **EU-Haushalt 2027: Haushaltsentwurf der Kommission**

Am 10.06.2026 hat die Kommission einen EU-Jahreshaushalt 2027 in Höhe von 199,9 Mrd. € vorgeschlagen, der die EU-Prioritäten wie Sicherheit und Verteidigung, EU-Wettbewerbsfähigkeit, Asyl- und Migrationsmanagement, grüner und digitaler Wandel, Widerstandsfähigkeit sowie Maßnahmen für die Ukraine unterstützen soll.

Die größten Ausgaben entfallen auf die Gemeinsame Agrarpolitik (54 Mrd. €) sowie die Kohäsions- und Regionalpolitik (44 Mrd. €). Darüber hinaus sind Mittelaufstockungen für Programme wie Erasmus+, Connecting Europe und das Binnenmarktprogramm vorgesehen. Zusätzlich sollen die Mitgliedstaaten über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds sowie das Instrument für Grenzmanagement und Visa stärker unterstützt werden.

Nun kann der Rat seinen Standpunkt zum Entwurf für den Haushaltsplan festlegen und ihn dem Europäischen Parlament (EP) übermitteln. Der Jahreshaushaltsplan für 2027 muss vor Ende 2026 vom EP und vom Rat förmlich angenommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 10.06.2026](#)

[Fragen und Antworten zum Entwurf des Haushaltsplans 2027](#)



### **MFR 2028 - 2034: Verhandlungsbox der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft**

Die zyprische EU-Ratspräsidentschaft hat am 11.06.2026 eine neue Verhandlungsbox (=Entwurf von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates) zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 vorgelegt. Diese enthält erstmals auch konkrete Zahlen.

Die Präsidentschaft schlägt eine Obergrenze für Verpflichtungen in Höhe von 1.730,2 Mrd. € (zu Preisen von 2025) sowie eine Obergrenze für Zahlungen in Höhe von 1.733,5 Mrd. € (ebenfalls zu Preisen von 2025) vor. Dies entspricht einer moderaten Kürzung des ursprünglichen Kommissionsvorschlages von ca. 2 %.

In Rubrik 1 des künftigen MFR, in der u.a. die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) verankert sind, sollen die Kürzungen gering ausfallen (942,14 Mrd. €). Stärker betroffen sind dagegen der Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (Rubrik 2 mit 501,71 Mrd. €) sowie „Europa in der Welt“ (Rubrik 3 mit 182,55 Mrd. €). Die zyprische Ratspräsidentschaft begründete dies u.a. damit, dass der Anteil der traditionellen Ausgabenbereiche bereits gegenüber dem aktuellen MFR deutlich reduziert werden soll und zugleich an der modernisierten Struktur und dem Exzellenzprinzip festgehalten werde.

Die Einnahmenseite bleibt im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission weitgehend unverändert. Die drei vom Europäischen Parlament vor Kurzem vorgeschlagenen neuen EU-Eigenmittel (auf Krypto-Vermögenswerte, Online-Glücksspiel und digitale Großunternehmen) werden nicht erwähnt. Die Zukunft der Beitragsrabatte, von denen u.a. Deutschland profitiert, ist ebenfalls offen. Umschuldungen der Darlehen zur Finanzierung des Wiederaufbauplans „NextGenerationEU“ sind weiterhin nicht vorgesehen.

[Verhandlungsbox](#)

### **MFR 2028 - 2034: Partielle Allgemeine Ausrichtung des Rates zur NRPP-VO**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 16.06.2026 eine partielle Allgemeine Ausrichtung (=Positionierung des Rates) zur Verordnung über die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) als zentrales Instrument des EU-Haushalts 2028 - 2034 beschlossen (NRPP-VO). Dabei handelt es sich um eine partielle Positionierung, da finanzielle und horizontale Fragen ausgeklammert sind, die derzeit im Rahmen der Gesamtverhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028 - 2034 behandelt werden.

Im Rahmen des künftigen NRPP-Fonds würde jeder Mitgliedstaat einen einzigen umfassenden Plan ausarbeiten, der die derzeitigen separaten Programme für Kohäsion, Landwirtschaft, Fischerei, Migration und Sicherheit sowie den Klima-Sozialfonds ersetzt. Diese neue Struktur der NRPP soll nach Ansicht des Rates die Ausführung des langfristigen EU-Haushalts vereinfachen und effizienter machen.

[Pressemitteilung des Rates vom 16.06.2026](#)



[Pressemitteilung der zyprischen Ratspräsidentschaft](#)

[Partielle allgemeine Ausrichtung zur NRPP-VO](#)

### **MFR 2028 - 2034: Pressekonferenz mit führenden Europaabgeordneten**

Am 16.06.2026 fand die die Pressekonferenz mit den Berichterstattern des Europäischen Parlaments (EP) MdEP *Siegfried Mureşan* (EVP/ROU) und MdEP *Carla Tavares* (S&D/PRT) zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) statt. Grundlage war die Vorstellung der neuen Verhandlungsbox durch die zyprische EU-Ratspräsidentschaft.

Beide Berichterstatter lehnten den Vorschlag des Rates, das Haushaltsbudget um 2 % zu kürzen, ab. Zur Begründung verwiesen sie u.a. darauf, dass die Mittelansätze für Landwirtschaft und Kohäsion bereits auf einem sehr niedrigen Niveau lägen und weitere Kürzungen die Handlungsfähigkeit der EU zusätzlich schwächen würden. Hervorgehoben wurde zudem, dass der EU-Haushalt sowohl bestehende als auch neue Prioritäten in ausreichendem Maße abdecken müsse.

Zudem griffen die Berichterstatter die Frage zusätzlicher Eigenmittel der EU auf. Zwar wurde keine konkrete Alternative benannt, jedoch kurz auf mögliche Einnahmequellen wie Digitalabgaben, den Kryptowertebereich sowie Online-Gaming hingewiesen.

[Videoaufzeichnung](#)

## **STEUERN**

### **Online-Workshop „Realitätscheck zur Vereinfachung von Verbrauchsteuerverfahren“**

Im Rahmen eines Online-Workshops der Kommission (GD TAXUD) diskutierten Vertreter von Unternehmen und Behörden über Möglichkeiten zur Vereinfachung der EU-Verbrauchsteuerverfahren. Ziel ist insbesondere der Bürokratieabbau und die Entlastung von Unternehmen, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU).

Die Teilnehmer kamen zum Schluss, dass unterschiedliche Anforderungen, Dokumentationspflichten und Auslegungen der Verbrauchsteuerregeln grenzüberschreitende Geschäfte erheblich erschweren. Unternehmen wünschen sich einheitlichere EU-weite Regelungen. Zudem gelten die bestehenden Verfahren als unverhältnismäßig komplex, etwa für gelegentliche Transaktionen. Vorgeschlagen wurden insbesondere vereinfachte Verfahren sowie Schwellenwerte oder Ausnahmen für geringfügige Lieferungen. Die Teilnehmer forderten schließlich harmonisierte Schulungen für Behörden und Unternehmen sowie leicht zugängliche, aktuelle Informationen zu Verbrauchsteuerverfahren.

[Ergebnisse des Online-Workshops](#)



### **Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter: Arbeitsprogramm 2026 verfügbar**

Die Kommission hat am 22.05.2026 das Arbeitsprogramm für die Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter ("VAT in the Digital Age" - ViDA) veröffentlicht, das u.a. die für 2026 vorgesehenen Durchführungsmaßnahmen umfasst.

Das Programm baut auf der im September 2025 veröffentlichten Umsetzungsstrategie auf und soll die schrittweise Einführung des ViDA-Pakets im Rahmen des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens unterstützen.

Die ViDA-Reform zielt darauf ab, das Mehrwertsteuersystem der EU zu modernisieren, die Verwaltungsabläufe für Unternehmen zu vereinfachen, die Widerstandsfähigkeit gegen Mehrwertsteuerbetrug zu stärken und den steuerlichen Herausforderungen der wachsenden Plattformwirtschaft zu begegnen. Das Paket wurde im März 2025 förmlich verabschiedet und soll schrittweise bis 2035 umgesetzt werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 22.05.2026](#)

### **OECD: Alternde Bevölkerung belastet langfristig das Steueraufkommen**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 02.06.2026 eine Analyse zu den fiskalischen Auswirkungen der demografischen Alterung veröffentlicht. Danach stellt der wachsende Anteil älterer Menschen eine zentrale Herausforderung für die öffentlichen Finanzen dar: Während altersbedingte Ausgaben steigen, gerät zugleich die Steuerbasis zunehmend unter Druck.

Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist der sinkende Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, die den Großteil der Steuereinnahmen erwirtschaftet. Simulationen der OECD zeigen, dass das Verhältnis von Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt im OECD-Durchschnitt bis 2060 moderat zurückgehen könnte – allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten.

Zwar erweisen sich Einnahmen aus Konsum- und Kapitalsteuern teilweise als stabiler, doch hängt die Entwicklung der gesamten Steuereinnahmen maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung der nationalen Steuersysteme ab. Vor diesem Hintergrund sieht die OECD Anpassungsbedarf, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.

[Pressemitteilung der OECD vom 02.06.2026](#)

[Analyse der OECD](#)

### **ECON-Ausschuss am 03.06.2026: Annahme des Initiativberichts zum 28. Steuerregime**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 03.06.2026 mit der Mehrheit seiner Mitglieder (36 Stimmen dafür, 18 dagegen bei einer Enthaltung) einen Initiativbericht zur



Durchführbarkeit eines sog. 28. Steuerregimes angenommen. Berichterstatter ist MdEP *Ludovít Ódor* (Renew/SVK).

Der Bericht fließt in den laufenden Gesetzgebungsprozess zum sog. „28. Regime“ („EU Inc.“) ein und legt insbesondere die Position des EP zu den steuerlichen Aspekten dieses Konzepts dar.

Der Ausschuss empfiehlt einen schrittweisen Ansatz: Zunächst sollen einheitliche unternehmensrechtliche Regelungen eingeführt werden, an die in einem weiteren Schritt steuerliche Elemente anknüpfen können. Vorgeschlagen werden u. a. eine einheitliche konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, vereinfachte Mehrwertsteuerverfahren sowie eine Straffung der Quellensteuerregelungen.

[Pressemitteilung des EP vom 04.06.2026](#)

### **Kommission beanstandet deutsche Regelungen zum Investitionsabzugsbetrag bei Auslandsinvestitionen von KMU**

Die Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland (INFR(2026)4006) eingeleitet, weil der deutsche Investitionsabzugsbetrag nach § 7g EStG aus ihrer Sicht gegen die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV und Art. 31 EWR-Abkommen) verstößt. Betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die geplante Investitionen steuerlich geltend machen möchten. Die Steuervergünstigung gilt derzeit nur, wenn die angeschafften Wirtschaftsgüter ausschließlich in einer inländischen Betriebsstätte genutzt werden. Werden die Wirtschaftsgüter innerhalb von drei Jahren in eine Betriebsstätte in einem anderen EU- oder EWR-Staat verlagert, entfällt der Steuervorteil rückwirkend.

Nach Auffassung der Kommission benachteiligt diese Regelung grenzüberschreitende Investitionen innerhalb des Binnenmarkts bzw. Unternehmen, die Wirtschaftsgüter oder Tätigkeiten ins Ausland verlegen, auch wenn ihr Welteinkommen weiterhin in Deutschland besteuert wird. KMU werden dadurch besonders belastet, da sie häufig nicht über ausreichende Ressourcen zur Bewältigung komplexer steuerlicher Folgen verfügen.

Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, auf das Aufforderungsschreiben der Kommission zu reagieren.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2026](#)

### **Die Kommission verabschiedet Durchführungsregeln für den neuen 3-Euro-Zoll auf Niedrigwertimporte**

Ab dem 01.07.2026 sind Einfuhren im Fernabsatz von Kleinsendungen mit einem Wert von unter 150 € aus Drittländern auf Grundlage der Verordnung (EU) 2026/382 und der Durchführungsverordnung (EU) 2026/1200 nicht mehr zollfrei. Es wird nun ein pauschaler vorläufiger Zollsatz in Höhe von 3 € je in der Sendung enthaltener Warenkategorie erhoben. Ziel der Neuregelung ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die



Zollverfahren zu vereinheitlichen. Der Zollsatz wird künftig auf alle in die EU eingeführten Waren angewandt, für die Verkäufer aus Drittländern entweder bei der „einzigen Anlaufstelle für die Einfuhr der EU für Mehrwertsteuerzwecke“ (Import One-Stop-Shop – IOSS) registriert sind oder die im Rahmen einer Postsendung eingeführt werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 08.06.2026](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Das Programm der irischen Ratspräsidentschaft wurde am 10.06.2026 veröffentlicht und basiert auf dem Motto „Stärke in Einheit“. Es definiert drei Prioritäten: Wettbewerb, Werte und Sicherheit. Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWi bilden u. a.: Vereinfachung der Vorschriften durch Priorisierung der Omnibus-Vereinfachungspakete (u.a. Automobilomnibus); Fahrplan „Ein Europa, ein Markt“ vorantreiben und bis Ende 2027 den EU-Binnenmarkt deutlich ausbauen; Umsetzung der Handels- und Investitionsagenda zwischen der EU und den USA sowie laufender Handelsverhandlungen mit Malaysia, den Philippinen, Thailand und den Vereinigten Arabischen Emiraten; Verwirklichung der Ziele für die Spar- und Investitionsunion; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raumfahrtsektors; Unterstützung der Industriepolitik und Förderung von Innovation und Forschung für strategische Sektoren (u. a. kritische Rohstoffe, Weltraumaktivitäten) im Rahmen des Pakets zur wirtschaftlichen Sicherheit; Vorantreiben zentraler Initiativen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds (u.a. Industrial Accelerator Act und Chips Act 2.0); Vorantreiben der Energieagenda, um Energiesicherheit zu schaffen, den Einsatz einheimischer erneuerbarer Energien zu unterstützen und robuste Netze aufzubauen (europäisches Netzpaket abschließen); Vorantreiben einer neuen europäischen Sicherheitsstrategie zur Bewältigung geostrategischer Herausforderungen; Stärkung gemeinsamer Beschaffung und Resilienz, auch gegen hybride Bedrohungen.

[Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der irischen Ratspräsidentschaft](#)

#### EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket zu kleinen Midcaps

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 09.06.2026 eine politische Einigung zu den im Rahmen des Omnibus-Pakets zu kleinen Midcaps vorgelegten Legislativvorschlägen erzielt. Ziel des Omnibus-Pakets zu kleinen Midcaps ist es, Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die für KMU vorgesehen sind, auf kleine Midcap-Unternehmen („small mid-caps“, SMCs) auszuweiten. Die politische Einigung umfasst u. a. die Anhebung der Schwellenwerte für kleine Midcaps auf Unternehmen mit weniger als 1.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von bis zu 200 Mio. € oder einer jährlichen Bilanzsumme von bis zu 172 Mio. €. Zudem ist eine Überprüfung dieser Schwellenwerte innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten der neuen Rechtsvorschriften vorgesehen. Ferner wurde die Umsetzungsfrist der Richtlinie zur Ausdehnung bestimmter KMU-Maßnahmen auf kleine Midcaps um 15 Monate verlängert. Die politische Einigung muss nun noch vom EP und vom Rat formal bestätigt werden. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU haben die



Mitgliedstaaten 15 beziehungsweise 24 Monate Zeit, die neuen Richtlinien umzusetzen. Die Verordnungen treten 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich**

Das Europäische Parlament und der Rat haben am 10.06.2026 eine politische Einigung zum Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich erzielt. Ziel ist es, Verwaltungsverfahren bei Sicherheits- und Verteidigungsbeschaffungen zu vereinfachen, Transfers von Verteidigungsgütern innerhalb der EU zu erleichtern und die innergemeinschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Kern der Einigung ist eine Überarbeitung zentraler Vorschriften zugunsten der Verteidigungsbereitschaft und der Industrie. Dazu zählen insbesondere Vereinfachungen beim Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), angepasste Förderkriterien mit stärkerer Berücksichtigung von KMU sowie Klarstellungen zur Anwendung des Umwelt- und Chemikalienrechts auf Verteidigungsmaßnahmen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren: Vorgesehen sind verbindliche Fristen, das Prinzip der stillschweigenden Genehmigung sowie organisatorische Verbesserungen wie zentrale Ansprechpartner und digitale Verfahren, wobei Mitgliedstaaten Ausnahmen aus Gründen der Sicherheit oder des Gesundheitsschutzes vorsehen können. Zudem soll die innergemeinschaftliche Verbringung und Beschaffung von Verteidigungsgütern erleichtert werden, u. a. durch neue allgemeine Transfergenehmigungen, höhere Schwellenwerte im Vergaberecht sowie eine stärkere Angleichung an allgemeine Beschaffungsvorschriften. Die Einigung muss noch formal von EP und Rat bestätigt werden, bevor sie nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung von AGILE fest**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (=Rat) hat am 03.06.2025 eine Allgemeine Ausrichtung (=Positionierung des Rates) zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung eines Instruments für agile und schnelle Innovationen im Verteidigungsbereich (AGILE) erzielt. AGILE ist ein neues Finanzierungsinstrument mit dem Ziel, KMU (einschließlich Start-ups und Scale-ups) in der Verteidigungsindustrie schnell, flexibel und gezielt finanziell zu unterstützen. Der Standpunkt des Rates folgt im Wesentlichen dem Kommissionsvorschlag und umfasst u. a. eine Ergänzung von Maßnahmen, die nicht durch das Programm finanziert werden können; dazu zählen u. a. solche im Zusammenhang mit tödlichen autonomen Waffensystemen sowie Streumunition. Des Weiteren sieht der Standpunkt des Rates mehr Möglichkeiten für Mitgliedstaaten vor, sich an der Durchführung des Programms zu beteiligen („Komitologie“), insbesondere im Hinblick auf die Mittelzuweisung.



Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat legt Standpunkt zu Einrichtung europäischer Unternehmensbrieftaschen fest**

Der Rat hat am 09.06.2026 eine allgemeine Ausrichtung (=Positionierung des Rates) zu der von der Kommission am 19.11.2025 vorgeschlagenen Verordnung über die Einrichtung europäischer Unternehmensbrieftaschen erzielt. Die Maßnahme wurde im Rahmen des Digitalen Vereinfachungspaketes vorgelegt. Bei der europäischen Unternehmensbrieftasche handelt es sich um ein digitales Instrument, das Geschäftsbeziehungen – sowohl zwischen Unternehmen als auch mit öffentlichen Verwaltungen – EU-weit vereinfachen und sichern soll. Es soll dadurch ermöglicht werden, sich digital in einer sicheren und benutzerfreundlichen Weise zu identifizieren, zu authentifizieren und Daten auszutauschen. Der Rat übernimmt den Kommissionsvorschlag weitgehend und ergänzt ihn u. a. durch die Sicherstellung der Interoperabilität mit bestehenden nationalen Lösungen, die weitgehende rechtliche Gleichwertigkeit digitaler Verfahren bei Fortgeltung nationaler Anforderungen sowie die Klarstellung, dass Vollmachten unberührt bleiben. Zudem werden die Anforderungen an Anbieter (insb. zur Cybersicherheit und Aufsicht) verschärft und die Prüfungsfrist für Zulassungen auf 60 Tage verlängert. Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat legt Standpunkt zu Vorschlägen zur Stärkung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems fest**

Der Rat hat am 12.06.2026 eine allgemeine Ausrichtung (=Positionierung des Rates) zu den von der Kommission am 17.12.2025 vorgelegten Vorschlägen zur Stärkung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems (CBAM) erzielt. Die Vorschläge sehen u. a. eine Anpassung der Verordnung zur Schaffung des CBAM (VO 2023/956) vor. In seiner derzeitigen Form richtet sich das CBAM nahezu ausschließlich auf Rohstoffe. Dies schafft das Risiko, dass in der EU hergestellte Produkte, die einen erheblichen Anteil an CBAM-relevanten Vorprodukten enthalten (insbesondere Eisen, Stahl und Aluminium) zu einem Anstieg der Emissionen außerhalb der EU beitragen und vergleichbare EU-Produkte, die dem Emissionshandelssystem unterliegen, verdrängen könnten. Um dem entgegenzuwirken, soll der Anwendungsbereich des CBAM auf ausgewählte nachgelagerte Produkte ausgeweitet werden. Der Standpunkt des Rates übernimmt im Wesentlichen den Vorschlag der Kommission und sieht darüber hinaus u. a. eine Präzisierung der Produktliste vor, auf die das CBAM Anwendung finden soll, sowie eine jährliche Prüfung durch die Kommission, welche weiteren nachgelagerten Produkte künftig einbezogen werden könnten. Des Weiteren sollen strengere Kriterien eingeführt werden, wann eine vorübergehende Ausnahme vom CBAM-System für ausgewählte Waren erfolgen kann. Sobald das



Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat legt partiellen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds fest**

Der Rat hat am 16.06.2026 eine partielle allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag der Kommission vom 16.07.2025 zur Einrichtung des Europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds (ECF) erzielt. Diese ist „partiell“, da finanzielle und horizontale Fragen weiterhin im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 - 2034 behandelt werden. Inhaltlich sieht die Position des Rates insbesondere eine Fokussierung auf zentrale Politikbereiche wie Dekarbonisierung, Gesundheit und Biotechnologie, digitale Führungsrolle sowie Sicherheit und Verteidigungsindustrie vor. Zudem werden Synergien mit bestehenden EU-Programmen, insbesondere Horizont Europa, präzisiert und zentrale Elemente an InvestEU sowie den Europäischen Verteidigungsfonds angeglichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der stärkeren Unterstützung von KMU sowie der Mobilisierung privaten Kapitals. Gleichzeitig wird die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung gestärkt, etwa durch ein erweitertes Prüfverfahren und ihre stärkere Einbindung im Allgemeinen Ausschuss des ECF. Ergänzend werden ein schrittweiser Ansatz für den Erdbeobachtungsdienst EOGS sowie die Rollen einschlägiger EU-Akteure im Raumfahrtbereich klarer geregelt. Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Die Entscheidung über das Budget des ECF für den Zeitraum 2028 - 2034 hängt von der Einigung über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ab.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Zur Ausrichtung](#)

### **Kommission nimmt Entscheidung zur Einführung der „Battery Booster Facility“ an**

Die Kommission hat am 09.06.2026 die Entscheidung zur Einführung der „Battery Booster Facility“ offiziell angenommen. Die Fazilität ist Teil der Batteriestrategie, die im Rahmen des Automobilpakets am 16.12.2025 angekündigt wurde (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB). Ziel der „Battery Booster Facility“ ist es, Herstellern von Batteriezellen finanzielle Unterstützung zu gewähren, um die europäische Produktion zu erhöhen, private Investitionen anzustoßen, den industriellen Hochlauf zu beschleunigen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit sowie die strategische Autonomie Europas im Bereich sauberer Technologien zu stärken. Die Battery Booster Facility umfasst u.a.: zinslose Darlehen für Hersteller von Batteriezellen mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum. Förderfähig sind Projekte, die Batterietechnologien für den Einsatz in Elektrofahrzeugen produzieren (wobei die Abnehmer die Produkte auch für andere Zwecke nutzen können) und eine Mindestkapazität von 10 GWh aufweisen. Der maximale Darlehensbetrag beträgt pro Projekt



500 Mio. €. Insgesamt stehen 1,5 Mrd. € Darlehen aus dem Innovationsfonds, finanziert über Einnahmen des Emissionshandelssystems (ETS) zur Verfügung. Die Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen soll im 3. Quartal 2026 veröffentlicht werden. Die ersten Auszahlungen sollen noch 2026 erfolgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Battery Booster Facility](#)

[Zur Batteriestrategie](#)

### **Kommission initiiert Konsultation zur Überprüfung der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe**

Die Kommission hat am 11.05.2026 eine Konsultation zur Überprüfung der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) initiiert. Die AFIR schafft einen gemeinsamen Rahmen für deren Ausbau in der EU. Art. 24 der AFIR sieht vor, dass die Verordnung bis Ende 2026 überprüft werden muss. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 03.08.2026. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant.

[Zur Konsultation](#)

### **Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für kritische Rohstoffe**

Die Kommission hat am 19.05.2026 eine Sondierung sowie eine öffentliche Konsultation zu einem Legislativvorschlag zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für kritische Rohstoffe eingeleitet. Die Errichtung eines Europäischen Zentrums für kritische Rohstoffe wurde im Rahmen des Aktionsplans REsourceEU am 03.12.2025 angekündigt. Ziel der Errichtung eines Europäischen Zentrums für kritische Rohstoffe ist es, zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen beizutragen, um die Transformation zu unterstützen und die Resilienz der EU zu stärken. Dies baut auf den Zielen und Maßnahmen des CRMA (Critical Raw Materials Act) auf und inkludiert den Fall von Lieferunterbrechungen. Das Zentrum soll die Aktionsbereiche „gemeinsame Beschaffung“, „Bevorratung“, „Investitionen“ und „bessere Marktanalyse für kritische Rohstoffe“ umfassen. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 29.07.2026.

[Zur Sondierung und Konsultation](#)

### **Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen für Eisen- und Stahlprodukte**

Die Kommission hat am 20.05.2026 eine Sondierung und öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen für Eisen- und Stahlprodukte initiiert. Die nachhaltigere Herstellung und Verwendung von Stahl ist ein Ziel des



im März 2025 angenommenen Aktionsplans für Stahl und Metalle. Auf Grundlage von Art. 4 der Ökodesign-Verordnung (VO (EU) 2024/1781) kann die Kommission delegierte Rechtsakte zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen erlassen. Ziele der Initiative sind die Definition von CO<sub>2</sub>-armen Stahl, die Förderung der nachhaltigen und kreislaforientierten Herstellung von Eisen- und Stahlerzeugnissen auf dem EU-Markt und die Verbesserung des Zugangs zu zuverlässigen und harmonisierten Nachhaltigkeitsinformationen über Eisen- und Stahlerzeugnisse entlang der Lieferkette. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 12.08.2026.

[Zur Konsultation](#)

### **Kommission initiiert zwei Konsultationen zu Entwicklungen im Zusammenhang mit Märkten für Kryptowerte**

Die Kommission hat am 20.05.2026 zwei Konsultationen zur Berichterstattung über Entwicklungen im Zusammenhang mit Kryptowerten initiiert. Die Berichterstattung ist in Art. 140 und Art. 142 der Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA) vorgesehen. Ziel ist es, zu prüfen, ob der europäische Rechtsrahmen angesichts der rasanten Entwicklung der Märkte für digitale Vermögenswerte und der Veränderungen im internationalen regulatorischen Umfeld weiterhin zweckmäßig ist. Insgesamt wurden somit zwei Fragebögen veröffentlicht: Einer richtet sich an die breite Öffentlichkeit; der andere dient der gezielten Konsultation von Akteuren des Sektors, Finanzinstituten, öffentlichen Behörden, Wissenschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 31.08.2026.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur gezielten Konsultation](#)

[Zur öffentlichen Konsultation](#)

### **Kommission initiiert Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung hinsichtlich der Typgenehmigung von Bremspartikelemissionen von Fahrzeugen und zur Haltbarkeit von bordeigenen Batterien**

Die Kommission hat am 27.05.2026 zwei Konsultationen initiiert: zum Entwurf einer Durchführungsverordnung hinsichtlich der Methoden, Prüfungen und Verwaltungsanforderungen für die Typgenehmigung von Bremspartikelemissionen von Fahrzeugen der Klassen M1 und N1 und zum Entwurf einer Durchführungsverordnung hinsichtlich der Methoden, Prüfungen und Verwaltungsanforderungen für die Typgenehmigung zur Haltbarkeit von bordeigenen Batterien (Pkw und leichte Nutzfahrzeuge). Ziel der geplanten Durchführungsverordnungen ist es, die technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Bremsanlagen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen nach der Euro-7-Verordnung festzulegen. Es sollen vereinfachte Prüfverfahren geschaffen werden, um Kosten und Verwaltungsaufwand zu



reduzieren, Umwelt und Sicherheitsstandards zu wahren und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilbranche zu steigern. Außerdem sollen die Euro-7-Vorschriften an den neuesten Stand der Technik für elektrifizierte Fahrzeuge angepasst werden, um die Nachhaltigkeit und Innovationskraft des Automobilsektors zu unterstützen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht jeweils bis zum 24.06.2026. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 geplant.

[Zur Konsultation \(Bremspartikelemissionen\)](#)

[Zur Konsultation \(Haltbarkeit von Batterien\)](#)

### **Kommission genehmigt deutsche Beihilferegulung für den Bau zwei neuer Anlagen für die Halbleiterproduktion**

Die Kommission hat am 20.05.2026 eine deutsche Beihilferegulung in Höhe von 288 Mio. € zur Förderung von zwei Anlagen in der Halbleiter-Wertschöpfungskette genehmigt, die als erste ihrer Art gelten. 222 Mio. € entfallen auf Carl Zeiss für eine Fertigungsanlage für Halbleiter-Produktionsausrüstung in Oberkochen, Baden-Württemberg und 66 Mio. € auf Zadiant Materials Europe GmbH für eine geplante Anlage für Halbleiter-Ausgangsmaterialien in Bitterfeld, Sachsen-Anhalt. Die Förderung erfolgt in Form direkter Zuschüsse. Ziel ist die Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie im Einklang mit dem Chips Act. Die Beihilfen werden in Form eines Direktzuschusses gewährt. Die Kommission bewertet die Maßnahmen als notwendig, geeignet und anreizwirksam. Zudem seien ausreichende Vorkehrungen getroffen worden, um Wettbewerbs- und Handelsverzerrungen zu begrenzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission übermittelt an mehrere Unternehmen Mitteilungen der Beschwerdepunkte wegen Kunstrasenkartellen**

Die Kommission hat am 21.05.2026 mehreren Unternehmen Mitteilungen der Beschwerdepunkte wegen Kunstrasenkartellen übermittelt. Die Kommission hat vorläufige Bedenken, dass Oranjewoud und die in Bayern (in Burgheim) ansässige Sport Group zwischen 2020 und 2023 Absprachen über das Recycling von Sportkunstrasen getroffen haben. Bestätigt sich die vorläufige Auffassung der Kommission, haben die Unternehmen den Wettbewerb auf dem deutschen Markt für Sportkunstrasen verfälscht, indem sie vertrauliche und strategische Informationen über aktuelle und zukünftige Preise und Produktionskapazitäten ausgetauscht haben und würden somit gegen Art. 101 AEUV verstoßen, der wettbewerbswidrige Vereinbarungen und andere wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken verbietet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Porterbrook durch Dalmore, Allianz, CBRE Napier und AIMCo**

Die Kommission hat am 22.05.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über die Porterbrook Holdings I Limited (Porterbrook) mit Sitz in Großbritannien durch Dalmore Capital Limited (Dalmore), ebenfalls aus Großbritannien, Allianz Capital Partners (Allianz) mit Sitz in München und die beiden kanadischen Unternehmen CBRE Caledon Napier Investments L.P. (CBRE Napier) und Alberta Investment Management Corporation (AIMCo) genehmigt. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen den Besitz, die Vermietung und die Instandhaltung von Eisenbahnfahrzeugen für Bahnunternehmen in Großbritannien. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass der Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die Auswirkungen auf den Europäischen Wirtschaftsraum begrenzt sind und keine Überschneidungen in denselben oder vertikal verbundenen Märkten bestehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von TenneT Germany durch BMW und TransTenneT**

Die Kommission hat am 26.05.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über die TenneT GmbH & Co. KG (TenneT Germany) mit Sitz in Bayreuth durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) sowie die TransTenneT B.V. (TransTenneT) aus den Niederlanden genehmigt. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen die Stromübertragung. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass der Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die beteiligten Unternehmen und das BMWE nur über begrenzte Marktpositionen verfügen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von ROFA durch SPIE DACH**

Die Kommission hat am 28.05.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der alleinigen Kontrolle über die ROFA Industrial Automation AG (ROFA) aus Deutschland mit Sitz in Kolbermoor (Landkreis Rosenheim) durch die ebenfalls deutsche SPIE Germany Switzerland Austria GmbH (SPIE DACH) mit Sitz in Düsseldorf genehmigt. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen industrielle Automatisierungslösungen sowie Ingenieursdienstleistungen. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die Unternehmen nach der geplanten Übernahme nur eine begrenzte gemeinsame Marktstellung einnehmen würden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Magna's European Lighting Business durch Mutares**

Die Kommission hat am 08.06.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der alleinigen Kontrolle über die Magna Lighting Czech s.r.o. aus Tschechien und die Olsa S.p.A. aus Italien (zusammen „Magna's European lighting business“) durch Mutares SE & Co. KGaA (Mutares) mit Sitz in München genehmigt. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen die Entwicklung und Herstellung von Fahrzeugbeleuchtungskomponenten. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die Unternehmen nicht auf denselben oder vertikal verbundenen Märkten tätig sind.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Xella durch Holcim unter Bedingung**

Die Kommission hat am 12.06.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der Xella international S. A. (Xella) mit Sitz im oberbayerischen Schrobenhausen durch Holcim Ltd (Holcim) aus der Schweiz genehmigt. Die Genehmigung wurde unter der Bedingung erteilt, dass Holcim seine Porenbetonanlage in Rumänien vollständig veräußert. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen die Lieferung von Baustoffen. Aufgrund Holcims Verpflichtungszusage, die Porenbetonanlage in Rumänien zu veräußern, kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass die mit einer Bedingung verknüpfte Übernahme keinen Grund mehr zu Wettbewerbsbedenken enthält.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von KNDS durch KfW und GIAT**

Die Kommission hat am 18.06.2026 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über die KNDS N.V. (KNDS) aus den Niederlanden durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Bundesministeriums für Verteidigung und die GIAT Industries S.A.S. (GIAT), die vom französischen Staat gelenkt wird, genehmigt. Die Übernahme betrifft im Wesentlichen die Entwicklung und Herstellung von Verteidigungsprodukten. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken bestünden, da die beteiligten Unternehmen nicht auf denselben Märkten tätig sind und keine relevante vertikale Verbindung vorliegt, obwohl KNDS ein Lieferant des Bundesverteidigungsministeriums ist.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Kommission veröffentlicht Bericht zur Angemessenheit der Verordnung über Geldmarktfonds aus aufsichtsrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht sowie ergänzende Leitlinien**

Die Kommission hat am 11.05.2026 einen Bericht zur Angemessenheit der Verordnung über Geldmarktfonds aus aufsichtsrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht sowie ergänzende Leitlinien dazu veröffentlicht. Dem Bericht zufolge erweist sich der EU-Geldmarktfondssektor insgesamt als widerstandsfähig und hält in der Regel Liquiditätsreserven oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen. Ziel ist es, eine kohärentere Beaufsichtigung von Geldmarktfonds in der gesamten EU zu fördern und damit die Widerstandsfähigkeit des Sektors weiter zu stärken. Die ergänzenden Leitlinien sollen Fondsmanagern und Aufsichtsbehörden dabei helfen, Risikosituationen frühzeitig zu erkennen und mögliche Ansteckungseffekte für das Finanzsystem zu begrenzen. Neue verbindliche Mindestanforderungen sind damit nicht verbunden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission veröffentlicht European Startup and Scaleup Scoreboard**

Die Kommission hat am 29.05.2026 das European Startup and Scaleup Scoreboard (ESSS) veröffentlicht. Das ESSS wurde in der Startup- und Scaleup-Strategie „Choose Europe to Start and Scale“ vergangenen Jahres angekündigt. Die Ergebnisse und Analysen des ESSS sollen zur Gestaltung einer Reihe strategischer Maßnahmen beitragen, die darauf abzielen, Europas Startup- und Scaleup-Ökosysteme weiter zu stärken - insbesondere das bevorstehende Europäische Innovationsgesetz.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum European Startup and Scaleup scoreboard \(ESSS\)](#)

### **European Innovation Council wählt Investmentunternehmen EQT als Fondsmanager für neuen Scaleup Europe-Fonds aus**

Das European Innovation Council (EIC) hat am 18.05.2026 das Investmentunternehmen EQT als Investmentberater und Fondsmanager für den neuen Scaleup Europe-Fonds ausgewählt. Der Fonds wurde im Rahmen der EU-Startup- und Scaleup-Strategie am 28.05.2025 von der Kommission angekündigt und soll mit einem geplanten Volumen von 5 Mrd. € (1 Mrd. € seitens der Kommission; 2 Mrd. € seitens EQT; 2 Mrd. € seitens europäischer Investoren) europäische Deep-Tech-Unternehmen in der Wachstumsphase durch gezielte Kapitalbereitstellung unterstützen. Ziel ist es, bestehende Finanzierungslücken in späteren Unternehmensphasen zu schließen und Unternehmen in Europa zu halten. Gefördert werden sollen u.a. strategisch relevante Technologiebereiche wie künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Clean Tech, Raumfahrt sowie Biotechnologie und Medizintechnik. Zu der Gruppe der europäischen Investoren zählen die dänische Novo Holdings, der Export and Investment Fund of Denmark, Criteria Caixa und Santander/Muoro Capital (beide aus Spanien), ein italienisches Konsortium bestehend aus Fondazione Compagnia San Paolo,



Intesa Sanpaolo und Fondazione Cariplo, der niederländische Pensionsfonds ABP und die schwedische Wallenberg Investments. Auch die Allianz hat sich der Investorengruppe angeschlossen. Die Schwarz Gruppe hat Interesse angemeldet. Erste Investitionen sollen ab Herbst 2026 erfolgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **European Innovation Council veröffentlicht Ausschreibung für das „EIC STEP Defence Scale Up“ Programm**

Der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) hat am 17.06.2026 eine Ausschreibung für das Programm „EIC STEP Defence Scale Up“ veröffentlicht. Ziel ist es, den Ausbau industrieller Kapazitäten („Scale-up“) u.a. in den Bereichen Luft- und Raketenabwehr, Drohnen und Drohnenabwehr sowie anderen kritischen Verteidigungstechnologien zu beschleunigen. Das Gesamtbudget der Ausschreibung beträgt 100 Mio. € und richtet sich an Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die Dual-Use-Technologien entwickeln und ihren Sitz in einem EU-Mitgliedstaat, in einem EWR-Staat (assoziiert mit Horizon Europe) oder in der Ukraine haben. Im Rahmen der Ausschreibung können Unternehmen Fördermittel in Höhe von bis zu 2,5 Mio. € pro Unternehmen sowie direkte Eigenkapitalfinanzierungen von bis zu 30 Mio. € erhalten. Die Antragstellung ist vom 30.06. - 28.10.2026 möglich, die Bekanntgabe der ausgewählten Projekte ist für Anfang 2027 vorgesehen. Zur Ausschreibung für das Programm „EIC STEP Defence Scale Up“ findet am 25.06.2026 eine Informationsveranstaltung statt.

[Pressemitteilung des EIC](#)

### **Wettbewerbsfähigkeitsrat tauscht sich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Binnenmarkt und Industrie aus**

Die Ministerinnen und Minister des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Zusammensetzung Binnenmarkt und Industrie haben sich am 28.05.2026 über zentrale industrie- und binnenmarktpolitische Vorhaben ausgetauscht, wobei der Industrial Accelerator Act (IAA) im Fokus stand. Eine breite Mehrheit unterstützte die Ziele und Maßnahmen des IAA zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Einzelne Mitgliedstaaten warnten jedoch vor Marktfragmentierung hinsichtlich der Dekarbonisierungsregelungen und zusätzlicher Bürokratie. Des Weiteren debattierten die Ministerinnen und Minister den Vorschlag zum 28. Regime „EU Inc.“, einer EU-Rechtsform für Unternehmen, die Gründungen binnen 24 Stunden ermöglicht. Sie begrüßten den Vorschlag und hoben die Vorteile eines vereinfachten digitalen gesellschaftsrechtlichen Rahmens hervor. Zudem wurden die Auswirkungen der Krise im Nahen Osten auf die Tourismusbranche und wichtige Herausforderungen für die Chemieindustrie sowie jeweils mögliche Unterstützungsmaßnahmen besprochen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



### **Wettbewerbsfähigkeitsrat tauscht sich zu EU Space Act und Weltraum für wirtschaftliche Sicherheit aus**

Am 29.05.2026 tagte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in seiner Zusammensetzung Raumfahrt und Forschung (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB). Die für Raumfahrt zuständigen Ministerinnen und Minister tauschten sich über die Fortschritte beim EU Space Act aus, der einen einheitlichen Rechtsrahmen für Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit von Weltraumtätigkeiten schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Weltraumsektors steigern soll. In einer Orientierungsdebatte wurde diskutiert, wie Weltraumkompetenzen zur Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der EU beitragen können, während zugleich Offenheit und Innovationskraft gewahrt werden. Weitere Punkte waren der Stand der Verhandlungen zum Raumfahrtteil des Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF), der Verordnung zur Agentur der EU für Weltraumdienste und die Vorstellung des Programms „European Resilience from Space“.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Informelles Treffen der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister**

Am 05.06.2026 fand in Lefkosa ein informelles Treffen der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister und Ministerinnen unter dem Vorsitz der zyprischen Ratspräsidentschaft statt. In der ersten Sitzung wurde das Prinzip des „Right to Stay“ diskutiert: Migration müsse eine Wahl und keine Notwendigkeit sein. Die Kohäsionspolitik wurde dabei als zentrales Instrument zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Chancengleichheit hervorgehoben. In der zweiten Sitzung standen die besonderen Herausforderungen der EU-Inselregionen im Fokus. Dort seien aufgrund geografisch bedingter Strukturprobleme gezieltere Maßnahmen in Bezug auf Resilienz, Konnektivität und Entwicklung nötig. Die EU-Inselstrategie wird erstmals am 26.06.2026 bei einem Treffen in Pafos vorgestellt.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat für Wirtschaft und Finanzen zur Spar- und Investitionsunion und zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus**

Am 12.06.2026 tauschten sich die Finanzminister und -ministerinnen der EU zum Paket zur Marktintegration und Aufsicht als Kernelement der Spar- und Investitionsunion aus. Viele Mitgliedstaaten unterstützten die von der Kommission vorgeschlagene stärkere Aufsicht der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) bei grenzüberschreitenden und systemisch relevanten Marktteilnehmern, forderten jedoch zugleich klare, verhältnismäßige Kriterien und die gezielte Ausrichtung auf tatsächlich relevante Akteure. Außerdem solle es zu keinen zusätzlichen administrativen Belastungen für Unternehmen kommen und die Bedeutung nationaler Behörden solle gewahrt bleiben. In der Governance-Debatte stand vor allem die künftige Rollenverteilung zwischen dem vorgeschlagenen Exekutivdirektorium und dem bestehenden Aufsichtsgremium im Mittelpunkt: Während das neue Exekutivdirektorium (mit fünf Mitgliedern) auf Aufsichtsaufgaben fokussiert sein soll, behält



das Aufsichtsgremium eine strategische Rolle sowie Einspruchsrechte. Einige Mitgliedstaaten befürworteten eine starke Rolle des Exekutivdirektoriums zur Sicherstellung effektiver Aufsicht, während viele zugleich auf eine substanzielle Einbindung der nationalen Behörden und des Aufsichtsgremiums in die Entscheidungsprozesse bestanden. Darüber hinaus einigte sich der Rat auf eine Position zur Stärkung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), die dessen Anwendung ausweitet und Schlupflöcher schließt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Weitere Tagesordnungspunkte waren der Stabilitäts- und Wachstumspakt, das Frühjahrspaket 2026, das Programm zur wirtschaftlichen Erholung und die Besteuerung (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)

## TECHNOLOGIE UND INNOVATION

### Kommission legt Tech Sovereignty Package vor

Die Kommission hat am 03.06.2026 im Rahmen des „Tech Sovereignty Package“ den Chips Act 2.0, den Cloud and AI Development Act (CADA), eine Open-Source-Strategie sowie einen Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich vorgelegt. Ziel ist es, strukturelle Abhängigkeiten zu verringern und Europas Fähigkeit zur Entwicklung, Anwendung und Sicherung zentraler Technologien zu stärken. Der Chips Act 2.0 ergänzt den Ansatz von 2023 um eine stärkere Nachfrageseite. Er soll insbesondere die industrielle Halbleiterfertigung ausbauen und den Übergang von Forschung zur Serienproduktion erleichtern. Vorgesehen sind u.a. bessere Investitionsbedingungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren (max. zwölf Monate), „Grand Challenges“ für Schlüsseltechnologien (z. B. KI-Chips) sowie Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung von Herstellern und Anwenderindustrien. Zudem sollen „Demand Accelerators“, strategische Projekte, das Label „Semiconductor Regions of Excellence“ und eine Plattform zur Stärkung der Lieferkettenresilienz eingeführt werden. Der Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich zielt auf eine schnellere Nutzung digitaler Lösungen etwa für Stromnetze, Gebäude und Industrie ab. Geplant sind u.a. die Integration von Rechenzentren in das Energiesystem (inkl. Modellverträge und Effizienzbewertung), die Förderung von Smart Grids und intelligenten Messsystemen sowie ein EU-Rahmen für den grenzüberschreitenden Austausch von Energiedaten. Im nächsten Schritt werden sich hinsichtlich des Verordnungsvorschlags zum Chips Act 2.0 jeweils das Europäische Parlament und der Rat damit befassen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Verordnungsvorschlag \(Chips Act 2.0\)](#)

[Zum Strategischen Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich](#)



### **Kommission legt Verordnungsvorschlag für die EU-weite Genehmigung von Systemen vor, die Satellitenmobilfunkdienste erbringen**

Die Kommission hat am 27.05.2026 einen Verordnungsvorschlag für die EU-weite Genehmigung von Systemen, die Satellitenmobilfunkdienste (MSS) erbringen, vorgelegt. Die vorgeschlagene Verordnung soll die Entscheidung von 2008 (Nr. 626/2008/EG) ersetzen, die im Mai 2027 ausläuft, und steht im Einklang mit dem Vorschlag für den Digital Networks Act (DNA). Ziel ist die Harmonisierung der Bedingungen für die Nutzung des 2-GHz-Frequenzbands für MSS in allen EU-Mitgliedstaaten. Das 2-GHz-Frequenzband für MSS wird als strategischer Schlüssel für Innovation, Sicherheit und Verteidigung betrachtet. Vorgesehen ist zunächst ein Auswahlverfahren auf EU-Ebene für die Zuteilung des 2-GHz-Frequenzspektrums an Anbieter von MSS, die nach Ablauf der derzeitigen Lizenzen berechtigt sind, dieses auch über das Jahr 2027 hinaus zu nutzen. Zudem ist eine einheitliche Genehmigung auf EU-Ebene für die Nutzung des 2-GHz-Frequenzbands für MSS in sämtlichen Mitgliedstaaten vorgesehen. Das betreffende Spektrum soll dabei so aufgeteilt werden, dass ein Drittel des 2-GHz-MSS-Bands für staatliche Zwecke, insbesondere für kritische Kommunikation, Sicherheitsanwendungen und das Militär, reserviert wird, während zwei Drittel für die kommerzielle Nutzung, etwa für Direct-to-Device(D2D)-Dienste zur Sicherstellung der Konnektivität in Gebieten ohne terrestrische Netzinfrastruktur, vorgesehen sind. Darüber hinaus ist vorgesehen, das Frequenzspektrum innerhalb dieses Bands weiter zu differenzieren. Ein Teil soll von EU-Wirtschaftsteilnehmern genutzt werden, die neu in den Markt eintreten, während ein anderer Teil sowohl bestehenden Betreibern aus der EU als auch aus Drittstaaten zur Verfügung stehen soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Verordnungsvorschlag](#)

### **Kommission und ESA stärken Zusammenarbeit bei Operationen und Dienstleistungen im Weltraum**

Die Kommission und die Europäische Weltraumorganisation (ESA) haben am 10.06.2026 eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Pilotmission ISOS („In-Space Operations and Services“) unterzeichnet. Die Erklärung wurde zudem von Griechenland, Italien, den Niederlanden, Schweden und Norwegen unterzeichnet; Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Portugal und Spanien hatten diese bereits im vergangenen Jahr unterzeichnet. Die ISOS-Initiative soll zentrale Fähigkeiten für Tätigkeiten im Weltraum bündeln und weiterentwickeln. Dazu zählen insbesondere das Einfangen und Neupositionieren von Satelliten, Inspektion und Reparatur im All, Weltraumlogistik und die Fertigung im Orbit sowie die Beseitigung von Weltraumschrott. Durch diese Kapazitäten soll Europa künftig in der Lage sein, Weltraumsysteme im Orbit zu betreiben, zu warten und ihre Lebensdauer zu verlängern. Dies kann sowohl Ersatzkosten reduzieren als auch zur langfristigen Sicherung und nachhaltigen Nutzung europäischer Weltrauminfrastruktur beitragen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



## AUßENWIRTSCHAFT

### EP und Rat erzielen politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 20.05.2026 eine politische Einigung zu den von der Kommission am 28.08.2025 vorgelegten Legislativvorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA erzielt. Die Einigung sieht insbesondere eine Stärkung der Aussetzungsklausel vor: Die Kommission wird befugt, die Anwendung der Verordnung ganz oder teilweise auszusetzen, wenn die USA die Verpflichtungen des Turnberry-Abkommens nicht erfüllen oder die Handels- und Investitionsbeziehungen mit der EU beeinträchtigen. Zudem kann die Kommission Zollpräferenzen für Stahl- und Aluminiumprodukte aussetzen, falls die USA bis zum 31.12.2026 weiterhin Zollsätze von über 15 % auf entsprechende EU-Derivate anwenden. Darüber hinaus enthält die Einigung eine Sunset-Klausel mit einem Auslaufen der Regelungen zum 31.12.2029, sofern keine Verlängerung erfolgt. Ein ergänzender Schutzmechanismus ermöglicht es der Kommission, auf Antrag oder aus eigener Initiative Untersuchungen einzuleiten und bei ausreichender Beweislage Maßnahmen auszusetzen. Zudem ist eine regelmäßige Überwachung der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft vorgesehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

### EP bestätigt politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA

Das Europäische Parlament (EP) hat am 16.06.2026 die politische Einigung zwischen dem EP und dem Rat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) zu den von der Kommission am 28.08.2025 vorgelegten Legislativvorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA ohne Änderungen formell bestätigt. Der Legislativvorschlag zur Abschaffung von Zöllen auf US-Industriegüter und die Gewährung eines präferenziellen Marktzugangs für eine Reihe von US-Meeresfrüchten und nicht sensiblen Agrarerzeugnissen wurde mit 440 Ja-Stimmen, 151 Nein-Stimmen und 50 Enthaltungen formell bestätigt. Der Legislativvorschlag zur Zollbefreiung für Hummer, auch für verarbeiteten Hummer, wurde mit 444 Ja-Stimmen, 152 Nein-Stimmen und 54 Enthaltungen formell bestätigt. Die ausstehende Zustimmung des Ministerrates gilt nach dem Votum des EP nur noch als reine Formalität. Die finale Absegnung wird für Ende Juni 2026 erwartet, um den Zeitplan (US-Präsident *Trump* hatte als „Deadline“ den 04.07.2026 gesetzt) einzuhalten. Die Verordnungen sollen danach rasch im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Vorschriften treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Verordnung über die Zollbefreiung für Hummer gilt rückwirkend ab dem 01.08.2025.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Zu den Abstimmungsergebnissen](#)

[Zur politischen Einigung](#)



## **Rat gibt grünes Licht für Unterzeichnung der Abkommen zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko**

Der Rat hat am 11.05.2026 zwei Beschlüsse zur Genehmigung der Unterzeichnung des modernisierten Globalabkommens zwischen der EU und Mexiko („Modernised Global Agreement“, MGA) und des Interims-Handelsabkommen (iTA) zwischen der EU und Mexiko angenommen. Das MGA umfasst den politischen Dialog sowie die Zusammenarbeit, den Handel und Investitionen zwischen der EU und Mexiko. Es stärkt die Kooperation in Bereichen wie Sicherheit, Justiz, Nachhaltigkeit, digitale Transformation und Menschenrechte und sieht institutionelle Strukturen zur Umsetzung und Überwachung vor. Das iTA bildet den Handels- und Investitionsteil des MGA ab und gilt vorübergehend als eigenständiges Abkommen. Es zielt insbesondere auf den Abbau von Zöllen im Agrar- und Lebensmittelsektor, die Verbesserung der Rahmenbedingungen in zentralen Industrien, den Schutz geografischer Angaben sowie auf besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen und eine stärkere Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen ab. Beide Abkommen bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments, bevor sie vom Rat formal abgeschlossen werden können. Für das Inkrafttreten des MGA ist zudem die Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Das iTA tritt nach der Unterzeichnung eigenständig in Kraft und bleibt gültig, bis es durch das Inkrafttreten des MGA ersetzt wird.

[Pressemitteilung des Rates](#)

## **EU und Mexiko unterzeichnen modernisiertes Globalabkommen und Interims-Handelsabkommen**

Nachdem der Rat am 11.05.2026 zwei Beschlüsse zur Genehmigung der Unterzeichnung des modernisierten Globalabkommens zwischen der EU und Mexiko („Modernised Global Agreement“, MGA) und des Interims-Handelsabkommen (iTA) zwischen der EU und Mexiko angenommen hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), haben die EU und Mexiko die Abkommen am 22.05.2026 in Mexiko-Stadt unterzeichnet. Zentrale Elemente sind ein verbesserter Marktzugang insbesondere im Dienstleistungsbereich (u.a. Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Verkehr und digitaler Handel) sowie ein gleichberechtigter Zugang europäischer Unternehmen zu öffentlichen Ausschreibungen in Mexiko. Außerdem sollen die Investitionsbedingungen gestärkt werden, u.a. durch die Einführung eines Investitionsgerichtssystems anstelle der bisherigen Investor-Staat-Streitbeilegung. Zudem werden Handelshemmnisse im Bereich kritischer Rohstoffe abgebaut. Im Agrar- und Lebensmittelbereich wird der Marktzugang durch den Abbau eines Großteils der mexikanischen Zölle verbessert, während zugleich der Schutz geografischer Angaben ausgeweitet wird. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit in wirtschafts- und geopolitischen Fragen, etwa durch neue Dialogformate, intensiviert. Die Abkommen enthalten ferner verbindliche Regelungen zur nachhaltigen Entwicklung, einschließlich Vorgaben zu Arbeitnehmerrechten, Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und der Gleichstellung der Geschlechter im Handel. Flankierend wurde die Global-Gateway-Investitionsagenda mit einem Volumen von über 5 Mrd. € für strategische Zukunftsbereiche bekräftigt.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur gemeinsamen Erklärung EU-Mexiko](#)

[Zum Factsheet](#)

### **EU und Südkorea unterzeichnen Abkommen über den digitalen Handel zwischen der EU und der Republik Südkorea**

Der EU-Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit *Maroš Šefčovič* und der koreanische Handelsminister *Yeo Han-koo* haben am 10.06.2026 im Rahmen eines Gipfeltreffens (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) ein Abkommen über den digitalen Handel zwischen der EU und der Republik Südkorea unterzeichnet. Mit dem Abkommen über den digitalen Handel soll das seit 2011 bestehende Freihandelsabkommen ergänzt und die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Südkorea gestärkt werden. Das Abkommen beinhaltet u. a. die Erleichterung des digitalen Handels mit Waren und Dienstleistungen (beispielsweise durch die Anerkennung der Rechtsgültigkeit und Durchsetzbarkeit elektronischer Verträge oder die Ermöglichung der Verwendung elektronischer Signaturen), die Sicherstellung eines grenzüberschreitenden Datenverkehrs ohne ungerechtfertigte Hemmnisse sowie die Stärkung der Verbrauchersicherheit und des Vertrauens in den digitalen Handel. Nach der Unterzeichnung leiten die EU und Südkorea nun ihre jeweiligen Ratifizierungsverfahren ein. Seitens der EU bedarf es der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Annahme eines Beschlusses durch den Rat über den Abschluss.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zu den Abkommen zwischen der EU und Südkorea](#)

### **EU und ESA4 (Komoren, Madagaskar, Mauritius, Seychellen) schließen Verhandlungen für modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab**

Die EU und vier Staaten des östlichen und südlichen Afrikas (Union der Komoren, die Republik Madagaskar, die Republik Mauritius und die Republik Seychellen, sog. ESA4) haben am 10.06.2026 die Verhandlungen über ein modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) abgeschlossen. Als erstes Abkommen seiner Art in Subsahara-Afrika soll es neue Standards, Regeln und Möglichkeiten für die Beziehungen schaffen. Es soll insbesondere die Rahmenbedingungen für Unternehmen bei Dienstleistungen und für Investitionen verbessern, den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern, den Schutz geistigen Eigentums (inkl. 135 EU-geografischen Angaben) stärken und den digitalen Handel durch Abbau von Zöllen und Bürokratie fördern. Zudem verankert es verbindliche Nachhaltigkeitsstandards und soll die Zusammenarbeit im Agrarsektor intensivieren. Die Kommission wird das Abkommen zeitnah veröffentlichen und Rat sowie Europäischem Parlament vorlegen. In der Zwischenzeit können die Vertragsparteien beschließen, das Abkommen vorläufig anzuwenden. Zudem steht es weiteren ESA-Staaten für einen Beitritt offen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



#### [Fragen und Antworten zum Abkommen](#)

### **Rat nimmt Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zolltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel an**

Der Rat hat am 22.05.2026 eine Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zolltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel angenommen. Die Verordnung sieht eine einjährige Aussetzung der Zölle auf die wichtigsten stickstoffhaltigen Düngemittel vor, die in der landwirtschaftlichen Produktion in der EU verwendet werden, darunter Harnstoff und Ammoniak. Ziel ist es, die Kosten für Landwirte und Düngemittelindustrie zu senken, die Abhängigkeit der EU von Russland und Belarus bei Düngemitteln zu verringern sowie Lieferketten zu diversifizieren. Die Aussetzung der Zolltarife gilt nur für Produkte, die nicht bereits im Rahmen von Meistbegünstigungszöllen (MFN-Zölle) zollfrei eingeführt werden. Sie gilt nicht für Düngemittel mit Ursprung in Russland oder Belarus. Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und gilt für ein Jahr.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **EP bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen**

Das Europäische Parlament hat am 19.05.2026 die politische Einigung vom 11.12.2025 (EB 11/25) zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 24.01.2024 für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen mit 508 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen und 90 Enthaltungen formal bestätigt. Sobald der Rat die politische Einigung formal bestätigt hat, kann die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Zum Abstimmungsergebnis](#)

### **Rat bestätigt Verordnung für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen**

Der Rat hat am 08.06.2026 die politische Einigung vom 11.12.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 24.01.2024 für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen formell bestätigt. Nachdem das Europäische Parlament die politische Einigung zum Verordnungsvorschlag am 19.05.2026 bereits formell bestätigt hatte, kann die Verordnung nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und 20 Tage nach Veröffentlichung in Kraft treten. Die neuen Vorschriften werden 18 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung zur Anwendung kommen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



### **EP bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zum Schutz des EU-Stahlmarktes vor Überkapazitäten**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 19.05.2026 die politische Einigung vom 13.04.2026 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 08.10.2025 zur Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union mit 606 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 39 Enthaltungen formal bestätigt. Sobald der Rat die politische Einigung ebenfalls formal bestätigt hat, wird die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Zur Abstimmungsliste](#)

### **Rat bestätigt politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zum Schutz des EU-Stahlmarktes vor Überkapazitäten**

Der Rat hat am 08.06.2026 die politische Einigung vom 13.04.2026 (EB 04/26) zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 08.10.2025 zur Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union formal bestätigt. Nachdem das Europäische Parlament die politische Einigung zum Verordnungsvorschlag am 19.05.2026 bereits formal bestätigt hat, kann die Verordnung nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und am 01.07.2026 in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Betonstahlmatten aus China und der Türkei ein**

Die Kommission hat am 03.06.2026 eine Bekanntmachung (C/2026/2971) über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter Betonstahlmatten mit Ursprung in der Volksrepublik China und der Republik Türkei veröffentlicht. Das betroffene Produkt wird zur Verstärkung von Betonkonstruktionen eingesetzt. Anlass des Verfahrens war eine Beschwerde der European Welded Steel Mesh Producers Association. Nach Auffassung der Kommission ist die Dumpingspanne, die durch einen Vergleich des Normalwerts mit dem Ausfuhrpreis in die EU berechnet wird, in beiden Fällen erheblich und rechtfertigt daher das Verfahren. Nach der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Art. 7 Abs. 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden und zwar spätestens sieben Monate, allerspätestens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

[Zur Bekanntmachung C/2026/2971](#)



### **Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von aliphatisch-aromatischen Copolyestern mit Ursprung in der Volksrepublik China ein**

Die Kommission hat am 04.06.2026 eine Bekanntmachung (C/2026/2964) über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter aliphatisch-aromatischer Copolyester mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Es handelt sich um einen biologisch abbaubaren Kunststoff, der für kompostierbare Verpackungen und Agrarfolien verwendet wird. Auslöser war eine Beschwerde des deutschen Chemiekonzerns BASF. Nach Auffassung der Kommission enthalten die vorgelegten Informationen ausreichend Beweise dafür, dass die Einfuhren mengen- und marktanteilmäßig zugenommen haben und einen negativen Einfluss auf den europäischen Markt hatten. Daher leitete sie das Verfahren ein. Nach der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Art. 7 Abs. 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden und zwar spätestens sieben Monate, allerspätestens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

[Zur Bekanntmachung C/2026/2964](#)

### **EU und Kenia vertiefen strategische Partnerschaft**

Die EU und Kenia haben am 09.06.2026 in Brüssel neue Schritte zur Vertiefung ihrer strategischen Partnerschaft in den Bereichen Handel, digitaler Wandel und nachhaltige Investitionen festgehalten. Im Rahmen der Global-Gateway-Strategie kündigten die beiden Parteien umfangreiche Investitionen in die Erleichterung saubereren Verkehrs und Handels in Kenia an. Dazu gehören unter anderem Investitionen in die Modernisierung von Handelsrouten (17 Mio. €), der Ausbau des kenianischen oberirdischen Glasfasernetzes (15 Mio. €) sowie eine Förderung zur Digitalisierung der Grundbucheintragung (12 Mio. €). In Zukunft sollen weitere Handels- und Geschäftsmöglichkeiten erschlossen werden: Die EU bekannte sich zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Kenia und schlug eine weitere Zusammenarbeit in Bereichen der Digitalpolitik vor, beispielweise in Bezug auf KI oder sichere Konnektivität. Kenia sei ein bedeutender Partner der EU für die Umsetzung der Global-Gateway-Strategie in Ostafrika.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Handelsministerrat zu wirtschaftlicher Sicherheit und globalem Handel**

Der Rat der EU-Handelsministerinnen und -minister diskutierte am 22.05.2026 unter dem Vorsitz der zyprischen Ratspräsidentschaft die wirtschaftliche Sicherheit der EU, insbesondere die Auswirkungen des Nah-Ost-Konflikts auf Handel, Lieferketten und Energiemärkte. Im Fokus standen die Folgen der Blockade der Straße von Hormus, steigende Energiepreise sowie logistische Verzögerungen und deren Risiken. Hervorgehoben wurde die zentrale Rolle der EU-Handelspolitik für Resilienz und wirtschaftliche Sicherheit. Auch die mögliche



Reform der Welthandelsorganisation (WTO) wurde besprochen. Die Minister bekannten sich klar zum multilateralen Handelssystem und diskutierten die weitere Vorgehensweise, nachdem die Reform der WTO und die Verlängerung des Moratoriums für Zölle im Bereich des elektronischen Handels auf der 14. WTO-Ministerkonferenz gescheitert sind. Die EU solle weiterhin eine führende Rolle bei der Reform der WTO einnehmen. Parallel wurde über Fortschritte bei laufenden Handelsabkommen sowie über Wege zur Beschleunigung ihrer Abschlüsse beraten. Die Erweiterung des EU-Handelsnetzes sei bedeutend für die Resilienz und Diversifikation der Lieferketten sowie die Wettbewerbsfähigkeit. Abschließend beschloss der Rat eine Reform des Allgemeinen Präferenzsystems für Entwicklungsländer (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) sowie eine einjährige Aussetzung von Zöllen auf stickstoffbasierte Düngemittel (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

[Pressemitteilung des Rates](#)

## ENERGIE

### Kommission veröffentlicht Maßnahmenkatalog zur Bewältigung der Energiekrise

Die Kommission hat am 13.05.2026 einen Katalog mit bewährten nationalen Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise veröffentlicht. Angekündigt wurde dieser Katalog im Rahmen von AccelerateEU am 22.04.2026. Der Katalog soll Verbraucher und Industrie schützen, den Übergang zu sauberer Energie beschleunigen und Investitionen in Energieeffizienz sowie saubere Technologien fördern. Deutschland liefert bewährte Beispiele wie die stabile Ersatz- und Grundversorgung zur Vermeidung von Versorgungsunterbrechungen, die Förderung von Balkonkraftwerken zur Reduktion von Preisrisiken und Importabhängigkeit sowie das Deutschlandticket mit erheblichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Katalog](#)

### Kommission genehmigt deutsche Beihilferegulung zur Förderung der erneuerbaren Wasserstoffproduktion

Die Kommission hat am 20.05.2025 eine deutsche Beihilferegulung in Höhe von 1,3 Mrd. € zur Förderung der Produktion von erneuerbarem Wasserstoff genehmigt. Die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff soll über das Instrument „Auctions-as-a-Service“ (Auktionen als Dienstleistung) der Europäischen Wasserstoffbank gefördert werden. Die Beihilfen im Rahmen der Regelung werden in Form von direkten Zuschüssen je Kilogramm erzeugtem erneuerbarem Wasserstoff für einen Zeitraum von höchstens zehn Jahren gewährt. Ziel ist es, die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren sowie zu den Zielen der EU-Wasserstoffstrategie beitragen. Die Kommission bewertet die Regelung als notwendig, geeignet und anreizwirksam zur Produktion erneuerbaren Wasserstoffs.



Zudem seien ausreichende Vorkehrungen getroffen worden, um Wettbewerbs- und Handelsverzerrungen zu begrenzen. Ausschließlich beihilfefähig sind Projekte, die erneuerbaren Wasserstoff in die Pipeline „Danish Hydrogen Backbone 1“ einspeisen und an Abnehmer im deutschen Wasserstoff-Kernnetz liefern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### **Informeller Rat der EU-Energieminister über Energieunion, Versorgungssicherheit und Speicherbedarf**

Der informelle Rat der EU-Energieminister diskutierte am 13.05.2026 unter dem Vorsitz der zyprischen Ratspräsidentschaft in Lefkosia über die Prioritäten einer stärkeren Energieunion. Im Mittelpunkt standen die Stärkung der Energieversorgungssicherheit, der Energieausbau sowie eine engere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Partnern. Ein großer Fokus lag auf der Rolle der Dekarbonisierung und Energiespeicherung für die Resilienz des Energiesystems und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Es bestand Einigkeit darüber, dass hierfür besonders die nichtfossile Energiespeicherung wichtig ist. Regulatorische Hindernisse müssten abgebaut, die EU-Lieferketten gestärkt und Speicherbetreiber stärker an Energiesystemdienstleistungen beteiligt werden. Darüber hinaus unterstrichen die Ministerinnen und Minister die Bedeutung von Infrastruktur und Verbindungsleitungen für einen integrierten Binnenmarkt. Darüber hinaus wurde in der Diskussion betont, wie wichtig ein stabiler Rechtsrahmen sei, der Investitionen in die Entwicklung einheimischer Ressourcen als Beitrag zu erschwinglicher Energie unterstütze und gleichzeitig vollständig mit dem Dekarbonisierungspfad der EU im Einklang stehe.

[Pressemitteilung des Rates](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

---

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB.)

Die irische Ratspräsidentschaft setzt im Umweltbereich klare Schwerpunkte auf die Beschleunigung der Klimapolitik (u. a. ETS-Reform, CBAM und Vorbereitung des 2040-Ziels) sowie auf die stärkere Verzahnung von Klima-, Biodiversitäts- und Wasserpolitik.

Besonderes Gewicht liegt auf der Umsetzung der EU-Wasserresilienzstrategie und dem Aufbau einer „wasserintelligenten“ Wirtschaft.

Weitere zentrale Vorhaben betreffen den Circular Economy Act, die Weiterentwicklung der Chemikalienpolitik (REACH) sowie Maßnahmen zur Null-Schadstoff-Strategie.

Auch Biodiversitätsschutz und internationale Umweltverhandlungen (u. a. COP31, CBD COP17) stehen im Fokus.

Insgesamt wird eine integrierte, wissenschaftsbasierte Umweltpolitik angestrebt, die ökologische Ziele mit Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit verbindet. Als nächste Schritte werden insbesondere erste Fortschritte in den Ratsarbeitsgruppen, die Aufnahme zentraler Trilogie (u. a. bei ETS/CBAM bzw. Kreislaufwirtschaft) sowie die Festlegung gemeinsamer EU-Positionen für die anstehenden internationalen Verhandlungen erwartet.

[Pressemitteilung](#)

### **Grünes Licht für Verordnung zu neuen genomischen Techniken (NGT)**

Das Europäische Parlament (EP) hat das Trilogergebnis zur NGT-Verordnung am 17.06.2026 angenommen und damit den Weg für ein Inkrafttreten nach bereits erfolgter Ratszustimmung und Zustimmung im Umweltausschuss frei gemacht.

Nach mehreren Jahren kontroverser Verhandlungen wird die Verordnung in Kraft treten. Maßgeblich wird sein, wie die Kommission die flankierenden Maßnahmen ausgestaltet, insbesondere im Hinblick auf den Schutz kleiner und mittelständischer Züchter.



Inhaltlich führt die Verordnung zwei Kategorien von Pflanzen ein: NGT-Pflanzen der Kategorie 1 (auch als NGT1 bezeichnet,) die im Ergebnis auch auf natürlichem Weg hätten entstehen können, werden nicht dem strengen existierenden Gentechnikrecht unterliegen.

Zur Sicherstellung von Transparenz wird eine öffentliche Datenbank für zugelassene Sorten eingerichtet. Verbraucherinnen und Verbraucher, die auf diese Produkte verzichten möchten, können „Bio“ kaufen, denn die Nutzung im ökologischen Landbau bleibt ausgeschlossen.

Umweltschädliche NGT-Pflanzen mit insektizider oder herbizider Wirkung werden nicht von der Liberalisierung profitieren. Die gelockerten Regeln gelten z. B. für Pflanzen, die klimaresistenter sind, indem sie mit Dürre besser zurechtkommen oder einen höheren Ertrag bringen und zur Ernährungssicherheit beitragen.

Die Verordnung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Nach einer zweijährigen Übergangsfrist ist sie anzuwenden.

[Politische Pressemitteilung aus dem EP](#)

### **Fortschritte im Chemikalien-Omnibus**

Am 16.06.2026 einigten sich Rat und Europäisches Parlament (EP) vorläufig auf Änderungen der CLP-, Kosmetik- und Düngemittel-Verordnung, welche als Teil des „Omnibus IV“ den Verwaltungsaufwand senken sollen. Unter den Änderungen für die Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP) befinden sich eine längere Übergangsperiode für die Korrektur der Etikettierung, sollte ein Stoff schädlicher als angenommen sein, sowie die Erlaubnis für ausschließlich digitale Etiketten an Kleinverpackungen – vorausgesetzt, die Außenverpackungen enthalten ausreichend Informationen. Die Änderungen der Kosmetikverordnung beinhalten verlängerte Fristen für das Beantragen von Ausnahmegenehmigungen und für das Einstellen des Inverkehrbringens, sollte eine Genehmigung verweigert werden. Krebs erzeugende, erbgutverändernde und fortpflanzungsgefährdende Stoffe (CMR) sollen mithilfe eines differenzierten Systems aus dem Verkehr gezogen werden. Für die Düngemittelverordnung hält man an einer REACH-Registrierung fest, die Anforderungen für eine Registrierung sollen jedoch modernisiert werden. Abschließend steht die formale Zustimmung von Rat und EP aus.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

### **Vorläufige Einigung zur Reformierung des EU-Emissionshandelssystems**

Am 10.06.2026 haben sich Rat und Europäisches Parlament (EP) vorläufig auf eine Änderung der Marktstabilitätsreserve (MSR) des 2028 startenden Emissionshandelssystems ETS2 geeinigt. Das ETS2 erweitert das bereits existierende Emissionshandelssystem um die Bereiche Gebäude und Straßenverkehr. Die



Markstabilitätsreserve soll Divergenzen von Nachfrage und Angebot durch das Ausgeben zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Zertifikate ausgleichen. Die Einigung sieht vor, die MSR über 2028 hinaus aufrechtzuerhalten und die Anzahl der Zertifikate auf 40 Mio. zu verdoppeln, sollte der CO<sub>2</sub>-Tonnenpreis über 45 € steigen. Auch wenn die Anzahl an zirkulierenden Zertifikaten auf unter 260 Mio. fällt, sollen bedarfsgerecht Zertifikate ausgegeben werden. Ausstehend sind nun noch die formalen Zustimmungen durch EP und Rat.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Produktsicherheit: Vorläufige Einigung zum 4. Omnibus-Paket**

Am 09.06.2026 haben sich Rat und Europäisches Parlament (EP) auf zentrale Bestandteile des sogenannten 4. Omnibus-Pakets verständigt. Ziel ist u. a., bislang papierbasierte Anforderungen schrittweise abzuschaffen und zentrale Dokumente wie Konformitätserklärungen oder Gebrauchsanweisungen sowie die Kommunikation zwischen Unternehmen und nationalen Behörden zu digitalisieren.

Die vorläufige Einigung enthält unter anderem Präzisierungen zum Zugang zu digitalen Informationen und zu den Kontaktdaten der Hersteller. Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Marktüberwachungsbehörden müssen Unternehmen direkt kontaktieren können, ohne sich zuvor registrieren zu müssen, persönliche Daten preiszugeben oder spezielle Anwendungen zu nutzen. Hersteller sind daher verpflichtet, eine direkte Erreichbarkeit, z.B. per E-Mail oder über ein Online-Kontaktformular, sicherzustellen. Automatisierte Antworten, Chatbots oder reine Hotline-Lösungen gelten dabei nicht als ausreichend.

Produktinformationen, insbesondere Gebrauchsanweisungen, dürfen künftig grundsätzlich auch digital bereitgestellt werden. Davon ausgenommen sind jedoch sicherheitsrelevante Informationen, die weiterhin entweder in Papierform vorliegen oder direkt am Produkt angebracht sein müssen, um auch Personen mit eingeschränkten digitalen Fähigkeiten oder begrenztem Zugang zu digitalen Medien zu erreichen. Zudem müssen Unternehmen barrierefreie Möglichkeiten anbieten, um gedruckte Informationen anzufordern, z.B. über eine telefonisch erreichbare Stelle.

Schließlich wurde klargestellt, dass gemeinsame Spezifikationen nur als subsidiäre Lösung dienen sollen. Sie können nur dann eingesetzt werden, wenn harmonisierte Normen nicht verfügbar sind oder nicht ausreichen. In diesen Fällen kann die Kommission ausnahmsweise entsprechende Spezifikationen erlassen, die als rechtlich anerkannter Nachweis der Konformität geltend gemacht werden können. Das gilt für Produkte, Dienstleistungen, Prozesse oder Systeme.

[Pressemitteilung Rat](#)

[Pressemitteilung EP](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS

---

### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die 2. Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).

Die irische Präsidentschaft steht unter dem Motto „Stärke durch Zusammenhalt“ und setzt übergreifende Schwerpunkte auf Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, Vereinfachung des EU-Rechtsrahmens, Nachhaltigkeit sowie den Generationenwechsel.

Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung steht eine praxistaugliche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Mittelpunkt. Ziel ist eine Verringerung der Verwaltungsbelastung bei gleichzeitig größerer Flexibilität, um regionale Gegebenheiten und sektorale Besonderheiten besser berücksichtigen zu können. Die Tierhaltung wird als zentraler Bestandteil der europäischen Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit hervorgehoben. Im Rat soll erörtert werden, wie sie zur Erreichung wirtschaftlicher und sozialer Ziele beitragen kann, ohne ökologische und klimabezogene Anforderungen aus dem Blick zu verlieren. Im Bereich Tierschutz betont die irische Präsidentschaft die Notwendigkeit wissenschaftsbasierter Regelungen unter Einbeziehung bewährter Praktiken der Mitgliedstaaten. Das Omnibus-Paket X „Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln“ soll bis Ende 2026 abgeschlossen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stabilität der Agrarmärkte. Die irische Präsidentschaft wird offene, regelbasierte Handelsbeziehungen fördern. Gleichzeitig soll durch Marktbeobachtung sowie geeignete Überwachungs- und Schutzinstrumente ein fairer Wettbewerb für europäische Landwirte sichergestellt werden. Daneben soll der Rahmen für ökologische Produktion und Kennzeichnung mit klaren, rechtssicheren und praktikablen Vorgaben weiterentwickelt werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Förderung des Generationenwechsels. Die Präsidentschaft will prüfen, wie politische Rahmenbedingungen die Hofnachfolge erleichtern können. Im Internationalen Jahr der Frauen in der Landwirtschaft wird die Rolle von Frauen mit Blick auf Sichtbarkeit, Beteiligung und wirtschaftliche Chancen in ländlichen Regionen besonders hervorgehoben.

Im Bereich Fischerei und Aquakultur setzt Irland auf eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Ausrichtung. Nach Vorlage der Bewertung der Gemeinsamen Fischereipolitik wird die Präsidentschaft deren Ergebnisse aufgreifen und Impulse für die Weiterentwicklung des Sektors geben, auch im Hinblick auf die „EU Vision 2040“.

Für die ländliche Entwicklung unterstreicht die irische Präsidentschaft die Bedeutung eines kontinuierlichen Fokus und gezielter Fördermaßnahmen im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für den ländlichen Raum. Im Vordergrund stehen die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Entwicklung, der Ausbau von



Infrastruktur und Kompetenzen sowie die Diversifizierung wirtschaftlicher Aktivitäten, einschließlich touristischer Potenziale.

Im Bereich Forst und Bioökonomie hebt die Präsidentschaft die Rolle nachhaltiger Ressourcennutzung und Innovation zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit sowie Klima- und Umweltzielen hervor.

Im Umweltbereich setzt sich Irland dafür ein, die Maßnahmen für ein klimaneutrales und widerstandsfähiges Europa weiterzuentwickeln. Dabei werden Klimaschutz, Biodiversität und Wasserpolitik stärker miteinander verknüpft. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Wasserresilienz, vor allem durch den Schutz und die Wiederherstellung des natürlichen Wasserkreislaufs sowie den Aufbau einer ressourcenschonenden Wasserwirtschaft. Gleichzeitig sollen zentrale klimapolitische Instrumente wie der Emissionshandel und der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus weiterentwickelt und die Bioökonomiestrategie vorangebracht werden. Darüber hinaus setzt die Präsidentschaft auf den Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität. Auf internationaler Ebene wird Irland sich aktiv in multilaterale Prozesse einbringen, insbesondere bei zentralen UN-Verhandlungen.

[Internetseite des irischen Vorsitzes](#)

[Programm des irischen Vorsitzes](#)

[Broschüre - Programm des irischen Vorsitzes](#)

### Tagung Agrarrat, 26.05.2026, Brüssel

Am 26.05.2026 trat der Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ in Brüssel unter zypriotischer Präsidentschaft zusammen. Die Kommission war durch Agrarkommissar *Christophe Hansen* und Umweltkommissarin *Jessika Roswall* vertreten. Für Deutschland nahm Staatssekretär *Markus Schick* teil.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln in der EU. Die Kommission stellte ihren am 19.05.2026 vorgelegten Düngemittelaktionsplan vor, der kurzfristige Entlastungsmaßnahmen sowie strukturelle Ansätze zur Stärkung der europäischen Düngemittelproduktion und zur Verringerung von Importabhängigkeiten umfasst. Dazu zählen u. a. die Nutzung und mögliche Aufstockung der Agrarreserve, zusätzliche Flexibilität innerhalb der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) -Strategiepläne sowie Maßnahmen zur Förderung biobasierter und recycelter Düngemittel. Die Mitgliedstaaten begrüßten den Aktionsplan grundsätzlich, betonten jedoch den weiteren Handlungsbedarf angesichts anhaltend hoher Betriebsmittelpreise. Deutschland wies darauf hin, dass aktuell keine Versorgungsengpässe bestehen, perspektivisch jedoch steigende Preise zu erwarten sind, und unterstrich die Bedeutung ausreichender finanzieller Ausstattung sowie zielgerichteter, kurzfristig wirksamer Maßnahmen.

Im Rahmen des Tagesordnungspunkts „Handelsbezogene Agrarfragen“ informierte die Kommission über den Stand laufender und geplanter Handelsabkommen. Die Mitgliedstaaten betonten die Bedeutung stabiler und diversifizierter Handelsbeziehungen sowie fairer Wettbewerbsbedingungen. Mehrere Mitgliedstaaten forderten



eine Aktualisierung der Analyse zu den Auswirkungen von Handelsabkommen auf den EU-Agrarsektor. Deutschland unterstützte eine ambitionierte europäische Handelspolitik, äußerte sich jedoch kritisch gegenüber pauschalen Spiegelklauseln (gleichwertige Produktionsstandards für Importe aus Drittländern), insbesondere mit Blick auf handelspolitische und WTO-rechtliche Risiken, und sprach sich für multilaterale Lösungen zur Angleichung von Standards aus.

Unter „Sonstiges“ wurden zahlreiche Themen aufgegriffen. Mehrere Mitgliedstaaten sprachen sich für eine Ausweitung der Herkunftskennzeichnung aus, während Deutschland auf den damit verbundenen Verwaltungsaufwand verwies und eine verhältnismäßige Ausgestaltung betonte. Die von Österreich angestoßene Debatte zur Einstufung von Soja als iLUC-Rohstoff (Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen) sowie Forderungen nach Ausnahmeregelungen für regional erzeugtes Soja wurden breit diskutiert. Zudem wurde die angespannte Lage im Milchsektor thematisiert. Deutschland sprach sich gegen unmittelbare Marktinterventionen aus, befürwortete jedoch ein engmaschiges Monitoring.

Weitere Beiträge betrafen die außergewöhnliche Dürresituation in der Slowakei sowie Forderungen nach zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft unter Verweis auf einen zunehmenden Kostendruck im Sektor. Darüber hinaus wurde eine mögliche Aussetzung der n+2-Regel im Rahmen der GAP-Strategiepläne erörtert.

Im Bereich Forstwirtschaft wurde von der For Forest Group+ betont, dass angesichts unterschiedlicher nationaler und regionaler Gegebenheiten auf zusätzliche EU-weite Kriterien und Schwellenwerte verzichtet werden sollte, sofern kein klarer Mehrwert nachgewiesen ist; Deutschland verwies hierbei auf das Subsidiaritätsprinzip.

Im Bereich Fischerei forderten mehrere Mitgliedstaaten ein koordiniertes europäisches Vorgehen zum Management fischfressender Prädatoren, insbesondere des Kormorans. Deutschland sah ebenfalls Handlungsbedarf und sprach sich für eine verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene aus.

Der nächste Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ findet am 22./23.06.2026 in Luxemburg statt.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission legt Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung vor**

Am 19.05.2026 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und der Ernährungssicherheit in der EU vorgelegt. Ziel ist es, Landwirte angesichts steigender Preise und Versorgungsengpässe zu unterstützen, die europäische Produktion zu stärken und die Abhängigkeit von Importen zu verringern, sowie die strategische Resilienz der Lieferketten zu erhöhen, bei gleichzeitiger Wahrung der Klima- und Umweltziele.



Der Aktionsplan kombiniert kurzfristige Entlastungsmaßnahmen mit mittel- und langfristigen Strukturmaßnahmen. Kurzfristig ist insbesondere eine finanzielle Unterstützung der Landwirte vorgesehen, unter anderem durch eine geplante Aufstockung der Agrarreserve sowie zusätzliche Liquiditätshilfen im Rahmen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik), insbesondere zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Vorfeld der nächsten Anbausaison. Ergänzend sollen bestehende Spielräume und Flexibilitäten in den GAP-Strategieplänen besser genutzt werden.

Darüber hinaus sieht der Aktionsplan Maßnahmen zur Förderung einer effizienteren Nährstoffnutzung sowie zur stärkeren Nutzung alternativer, insbesondere bio-basierter und zirkulärer Düngemittel vor. Hierzu zählt auch die verstärkte Nutzung von recycelten Nährstoffen und organischen Düngern, einschließlich der Ausweitung des Einsatzes aufbereiteter Gülleprodukte (RENURE). Gleichzeitig sollen die europäische Düngemittelproduktion gestärkt, strategische Abhängigkeiten verringert und Investitionen in klimafreundliche Technologien gefördert werden.

Zur Verbesserung der Markttransparenz und Krisenvorsorge plant die Kommission eine stärkere Marktbeobachtung sowie die Prüfung von Maßnahmen zur Bevorratung. Zudem soll eine Partnerschaft entlang der Düngemittel Wertschöpfungskette eingerichtet werden, um den Dialog zwischen Landwirtschaft, Industrie und Mitgliedstaaten zu stärken.

Die Kommission kündigt an, die vorgesehenen finanziellen Maßnahmen vor der Sommerpause vorzulegen und weitere gesetzgeberische Initiativen zur Umsetzung des Aktionsplans einzubringen.

[Düngemittelaktionsplan der Kommission](#)

[Anhang zum Düngemittelaktionsplan der Kommission](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 19.05.2026](#)

[FAQs der Kommission zum Düngemittelaktionsplan](#)

### **Kommission schlägt 540 Mio. € Soforthilfe und weitere Unterstützung für Landwirte bei Düngemittelkosten vor**

Am 12.06.2026 legte die Kommission ein Maßnahmenpaket zur finanziellen Unterstützung von Landwirten angesichts stark gestiegener Düngemittelkosten vor. Ziel ist es, die kurzfristige Liquidität der Betriebe zu sichern und die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Kern des Vorschlags ist die Bereitstellung von insgesamt 540 Mio. € zur kurzfristigen Entlastung der Landwirte, insbesondere zur Finanzierung des Erwerbs von Düngemitteln für die kommende Anbausaison. Hierzu soll die Agrarreserve um zusätzliche 300 Mio. € aus dem EU-Haushalt 2026 aufgestockt werden. Die Mitgliedstaaten können diese Mittel um bis zu 200 % kofinanzieren, sodass ein Gesamtvolumen von bis zu 1,5 Mrd. € mobilisiert werden kann.



Flankierend schlägt die Kommission gezielte Anpassungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor, um eine schnellere und flexiblere Unterstützung zu ermöglichen. Vorgesehen sind insbesondere die Einführung eines Liquiditätsinstruments im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums, vorgezogene Direktzahlungen mit erhöhten Vorschussraten sowie zusätzliche Flexibilität bei der Verwendung der Direktzahlungsmittel für das Kalenderjahr 2027.

Die vorgeschlagenen Änderungen der GAP-Rechtsakte werden nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Annahme vorgelegt. Über die Inanspruchnahme der Agrarreserve sollen die Mitgliedstaaten im zuständigen Komitologieausschuss im Rahmen der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (GMO) abstimmen. Eine Annahme wird bis Ende Juli 2026 angestrebt.

Das Maßnahmenpaket stellt eine kurzfristige Reaktion auf die erheblichen Kostensteigerungen im Düngemittelsektor dar und soll insbesondere Liquiditätsengpässe abfedern. Gleichzeitig basiert ein wesentlicher Teil der Unterstützung auf der Flexibilisierung und Umwidmung bestehender GAP-Mittel.

Vertreter landwirtschaftlicher Verbände bewerten die Maßnahmen als wichtigen, jedoch nicht ausreichenden Schritt zur Bewältigung der strukturellen Herausforderungen im Düngemittelsektor.

Die EVP-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Kommission und unterstreicht insbesondere die Bedeutung einer verbesserten Liquidität für landwirtschaftliche Betriebe sowie der erhöhten Flexibilität bei Vorauszahlungen und der Mobilisierung von GAP-Mitteln.

[Pressemitteilung der Kommission vom 12.06.2026](#)

[Pressemitteilung der EVP-Gruppe vom 12.06.2026](#)

### **Europäisches Parlament wendet Dringlichkeitsverfahren für Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirten aufgrund hoher Düngemittelpreise an**

Am 17.06.2026 hat das Europäische Parlament (EP) beschlossen, ein Dringlichkeitsverfahren für Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirten infolge steigender Düngemittelpreise anzuwenden.

Die Maßnahmen gehen auf den von der Kommission vorgelegten Düngemittel-Aktionsplan zurück und umfassen insbesondere eine Liquiditätshilfe sowie vorgezogene Direktzahlungen, um Landwirten die Finanzierung laufender Kosten, insbesondere gegenüber Banken und Lieferanten, zu erleichtern (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

Zudem sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, ihre Mittelzuweisungen für Direktzahlungen im Jahr 2027 anzupassen, um zu verhindern, dass Landwirte aufgrund gestiegener Düngemittelpreise ihre Anbauentscheidungen kurzfristig ändern. Das EP beabsichtigt, während der Plenartagung im Juli über den Inhalt des Vorschlags abzustimmen.



[Pressemitteilung des EP vom 16.07.2026](#)

### **Europäisches Parlament nimmt Vorschriften zur Stärkung der Position der Landwirte an**

Am 16.06.2026 hat das Europäische Parlament (EP) Vorschriften zur Änderung der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (GMO) landwirtschaftlicher Erzeugnisse angenommen. Ziel ist die Verbesserung der vertraglichen Rahmenbedingungen in der Lebensmittelversorgungskette sowie eine stärkere Berücksichtigung der Produktionskosten bei der Preisbildung. Hierzu werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, Referenzwerte für vertragliche Vereinbarungen festzulegen und öffentlich zugänglich zu machen.

Zudem sehen die Vorschriften Anpassungen bei der Organisation der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vor. Hierzu gehören insbesondere Regelungen zu vertraglichen Beziehungen zwischen Erzeugern und Abnehmern sowie zu den Möglichkeiten gemeinsamer Verhandlungen. Ergänzend werden unionsweit einheitlichere Vorgaben für die Kennzeichnung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingeführt, insbesondere für fakultative Angaben wie „fair“ und „gerecht“. Darüber hinaus wird der Begriff „Fleisch“ definiert und bestimmte Bezeichnungen werden ausschließlich Fleischerzeugnissen vorbehalten, während entsprechende Bezeichnungen für pflanzliche oder zellbasierte Produkte nicht zulässig sind.

Für den Milchsektor werden zusätzliche Regelungen vorgesehen, insbesondere zu verpflichtenden schriftlichen Verträgen mit Anpassungsklauseln. Die im Trilog erzielte vorläufige Einigung muss noch vom Rat förmlich angenommen werden, bevor die Vorschriften in Kraft treten.

[Pressemitteilung des EP vom 16.06.2026](#)

### **Verordnung zu neuen genomischen Techniken wird in Kraft treten**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 17.06.2026 das Trilogergebnis zur Verordnung über neue genomische Techniken (NGT) angenommen. Nach bereits erfolgter Zustimmung des Rates kann die Verordnung nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Die Verordnung führt ein zweistufiges System für Pflanzen aus neuen genomischen Techniken ein. NGT-1-Pflanzen, deren genetische Veränderungen auch durch konventionelle Züchtung entstehen könnten, werden künftig im Wesentlichen wie herkömmliche Pflanzen behandelt. Für NGT-2-Pflanzen mit weitergehenden Veränderungen gelten weiterhin die bestehenden Vorschriften des Gentechnikrechts einschließlich Risikoprüfung und Zulassungsverfahren. Die Regelung passt den bestehenden Rechtsrahmen an neue Züchtungstechniken an.

Die Nutzung im ökologischen Landbau bleibt ausgeschlossen. Zur Gewährleistung von Transparenz ist u. a. die Einrichtung einer öffentlichen Datenbank für zugelassene NGT-1-Sorten vorgesehen. Zudem sind



Kennzeichnungsvorgaben für Saatgut und Vermehrungsmaterial vorgesehen, während Endprodukte von NGT-1-Pflanzen grundsätzlich keiner Kennzeichnung unterliegen. Auch Fragen des geistigen Eigentums und der Patentierung sowie des Zugangs zu Züchtungsmaterial sind Bestandteil der Regelung und sollen durch begleitende Maßnahmen adressiert werden.

Der Umweltausschuss des EP hatte dem Trilogergebnis bereits am 15.06.2026 ohne Änderungen zugestimmt und dem Plenum die Annahme des Textes empfohlen.

Die Verordnung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft und wird nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren angewendet.

[Pressemitteilung des EP vom 17.06.2026](#)

### **Rat und Europäisches Parlament erzielen politische Einigung zur Verordnung über Pflanzenvermehrungsmaterial**

Am 16.06.2026 haben Rat und Europäisches Parlament eine politische Einigung über die Überarbeitung der EU-Vorschriften für pflanzliches Vermehrungsmaterial (PRM) erzielt. Ziel ist die Ablösung des bislang fragmentierten Rechtsrahmens durch eine einheitliche, unmittelbar geltende Verordnung sowie eine damit verbundene Vereinfachung und Harmonisierung der bestehenden Regelungen. Die Einigung bestätigt die Beibehaltung der grundlegenden Systematik der Sortenbewertung, -registrierung und Zertifizierung zur Sicherstellung eines hohen Qualitätsniveaus. Gleichzeitig werden die Vorschriften stärker auf Innovation, neue Züchtungsmethoden und digitale Verfahren ausgerichtet sowie Verfahren und amtliche Kontrollen weiter vereinheitlicht und teilweise vereinfacht ausgestaltet. Zudem sollen klarere und kohärentere Rahmenbedingungen für zuständige Behörden und landwirtschaftliche Betriebe geschaffen werden.

Zur Verbesserung des Marktzugangs und zur Stärkung der genetischen Vielfalt werden zudem gezielte Ausnahmen vorgesehen, insbesondere für Erhaltungssorten, lokal angepasste Sorten sowie bestimmte nichtgewerbliche Nutzungen und Tätigkeiten von Genbanken. Mit der politischen Einigung ist ein wesentlicher Schritt im Gesetzgebungsverfahren erreicht. Die förmliche Annahme durch Rat und EP steht noch aus. Die neuen Vorschriften sollen nach ihrem Inkrafttreten mit einer Übergangsfrist von vier Jahren zur Anwendung kommen.

[Pressemitteilung Kommission](#)

[FAQ Kommission](#)

[Factsheet](#)

[Pressemitteilung AGRI-Ausschuss](#)



### Rat legt Verhandlungsposition zur Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung fest

Am 11.05.2026 haben die Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL) ihre Verhandlungsposition zur Überarbeitung der EU-Vorschriften über die ökologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen Erzeugnissen (Verordnung (EU) 2018/848) festgelegt. Ziel ist es, die Vorgaben künftig leichter umzusetzen und einfacher zu interpretieren, bei gleichzeitiger Wahrung der hohen Standards für Öko-Produkte. Der Rat strebt an, das Vertrauen in das EU-Bio-Siegel zu erhalten, den bürokratischen Aufwand für Landwirte, Unternehmen und Behörden zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu stärken.

Konkret schlägt der Rat unter anderem vor, kleine Online-Einzelhändler, die vorverpackte ökologische Erzeugnisse vertreiben, unter bestimmten Bedingungen von der Zertifizierung auszunehmen. Zudem sollen die Regeln für die Verwendung des EU-Bio-Siegels bei importierten Produkten präzisiert werden: Erzeugnisse aus als gleichwertig anerkannten Drittstaaten sollen grundsätzlich nur das Bio-Siegel ihres Ursprungslands tragen dürfen. Die Verwendung des EU-Bio-Siegels soll nur bei Einhaltung zusätzlicher, gleichwertiger Anforderungen möglich sein. Den Vorschlag der Kommission, das EU-Bio-Siegel auch für Produkte mit bis zu 5 % Bestandteilen aus Drittstaaten ohne zusätzliche Kriterien zuzulassen, lehnt der Rat ab.

Im Bereich der Tierernährung sollen vorübergehend flexiblere Regelungen für nichtökologische Eiweißfuttermittel bei Geflügel, Schweinen und in der Aquakultur gelten, die schrittweise auslaufen sollen. Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament sollen zeitnah beginnen. Eine Einigung wird bis Ende des Jahres angestrebt, da die derzeitigen Übergangsregelungen für Bio-Produkte aus Drittstaaten am 31.12.2026 auslaufen.

[Pressemitteilung des Rates vom 11.05.2026](#)

### Rat nimmt Rechtsakt zur Vereinfachung der Vorschriften für Biozide an

Am 11.05.2026 hat der Rat einen Rechtsakt zur Vereinfachung der EU-Vorschriften für Biozide endgültig angenommen. Kern der Regelung ist die Verlängerung bestimmter Datenschutzfristen für Daten zu bestehenden Wirkstoffen. Die Maßnahme ist Teil des „Omnibus X“-Pakets im Rahmen der EU-Vereinfachungsagenda und zielt darauf ab, den Verwaltungsaufwand zu verringern und zugleich ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

Hintergrund sind Verzögerungen beim Überprüfungsprogramm für bestehende biozide Wirkstoffe, wodurch die bisherigen Schutzfristen Ende 2025 ausliefen. Zur Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen und eines angemessenen Ausgleichs für Dateneigner wird die Schutzfrist bis zum 31.12.2030 verlängert und an die Laufzeit des Überprüfungsprogramms angepasst. Der Rechtsakt soll damit zur Stabilität des Binnenmarkts für Biozidprodukte beitragen, bis eine umfassende Evaluierung der entsprechenden EU-Vorschriften für 2026/2027 abgeschlossen ist.



[Pressemitteilung des Rates vom 11.05.2026](#)

### **Ausschuss der Regionen fordert stärkere Verankerung der ländlichen Entwicklung in der Kohäsionspolitik**

Am 06.05.2026 hat der Ausschuss der Regionen (AdR) eine Stellungnahme zur Zukunft der ländlichen Entwicklung nach 2027 verabschiedet. Darin fordert der AdR, die Entwicklung ländlicher Räume als zentrales Ziel der Kohäsionspolitik anzuerkennen und entsprechend finanziell zu stärken.

Vorgesehen sind eine flexiblere, stärker lokal ausgerichtete Förderung sowie der Ausbau bewährter Instrumente wie LEADER und anderer ortsbezogener Ansätze. Zudem sollen ausreichende Mittel für integrierte, lokal getragene Maßnahmen bereitgestellt und die Rolle regionaler und lokaler Akteure gestärkt werden.

Ziel ist es, das Potenzial ländlicher Räume besser auszuschöpfen, dem demografischen Wandel zu begegnen und die Entwicklung durch geeignete Indikatoren und Etappenziele zu begleiten

[Pressemitteilung](#)

[Stellungnahme](#)

### **Kommission startet Konsultation zum „Stresstest“ der Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie**

Am 12.05.2026 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem „Stresstest“ der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Ziel ist es, im Rahmen einer Evaluierung Möglichkeiten zu identifizieren, wie die Ziele der Richtlinien kosteneffizienter erreicht, Vereinfachungen vorgenommen und administrative Belastungen reduziert werden können. Der „Stresstest“ ist Teil einer breiteren Vereinfachungsinitiative der Kommission zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Wahrung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Zielsetzungen.

Rückmeldungen sind bis zum 10.08.2026 möglich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Öffentliche Konsultation](#)

### **Kommission veröffentlicht Mitteilung zur nachhaltigen Fischerei und startet Konsultation zu Fangmöglichkeiten 2027**

Am 05.06.2026 hat die Kommission eine Mitteilung zum Zustand der Fischerei in der EU sowie zu den Orientierungen für die Fangmöglichkeiten 2027 vorgelegt und hierzu eine öffentliche Konsultation gestartet. Die



Mitteilung behandelt Fortschritte bei der Entwicklung nachhaltiger Fischbestände, das Gleichgewicht zwischen Flottenkapazität und Fangmöglichkeiten sowie die wirtschaftliche Lage des Sektors.

Zugleich werden bestehende Herausforderungen, insbesondere bei einzelnen Beständen und Meeresbecken, hervorgehoben. Die Kommission betont die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit sowie zur Stärkung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des Sektors.

Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise wurde erneut der Krisenmechanismus des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) aktiviert, über den die Mitgliedstaaten betroffene Fischerei- und Aquakulturbetriebe unterstützen können.

Rückmeldungen zur Konsultation sind bis zum 31.08.2026 möglich. Auf dieser Grundlage will die Kommission ihre Vorschläge zu den Fangmöglichkeiten für 2027 vorlegen, über die der Rat im weiteren Jahresverlauf entscheidet.

[Veröffentlichung der Kommission](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission veröffentlicht jährliche Tätigkeitsberichte 2025 für Landwirtschaft und Fischerei**

Am 16.06.2026 hat die Kommission die jährlichen Tätigkeitsberichte 2025 der Generaldirektionen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) sowie Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) veröffentlicht.

Der Bericht der GD AGRI gibt einen Überblick über die Umsetzung zentraler Prioritäten, insbesondere zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie Ernährungssicherheit. Schwerpunkte lagen 2025 unter anderem auf der Umsetzung der „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ und der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Der Tätigkeitsbericht der GD MARE zeigt Fortschritte bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände und der Entwicklung der blauen Wirtschaft. Zugleich werden bestehende Herausforderungen, etwa durch steigende Energiepreise, hervorgehoben.

[Veröffentlichung der Kommission vom 16.06.2026](#)

[Jahresbericht 2025 GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung \(DG AGRI\)](#)

[Jahresbericht 2025 GD Maritime Angelegenheiten und Fischerei \(DG MARE\)](#)



### Kommission meldet über 3.700 geschützte geografische Angaben in der EU

Am 11.06.2026 teilte die Kommission mit, dass inzwischen über 3.700 geografische Angaben in der EU registriert sind. Diese schützen das europäische Lebensmittel- und Getränkeerbe und stärken hochwertige Regionalprodukte im Binnenmarkt und international.

Geografische Angaben kennzeichnen Erzeugnisse, deren Qualität und Eigenschaften eng mit ihrem geografischen Ursprung verbunden sind. Im Rahmen der EU-Qualitätssysteme schützen geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) und geschützte geografische Angaben (g.g.A.) insbesondere Agrarprodukte, Lebensmittel und Weine, während geografische Angaben für Spirituosen gelten. Ein bekanntes Beispiel ist „Bayerisches Bier“.

Die geschützten Erzeugnisse erzielen jährlich einen Umsatz von über 75 Mrd. € und stehen für rund 15,5 % der EU-Agrarexporte.

Seit dem 13.05.2024 gilt eine überarbeitete EU-Verordnung zu geografischen Angaben mit vereinfachtem Eintragungsverfahren und gestärktem Schutz, ergänzt durch einen Leitfaden der Kommission zum Antragsverfahren.

[Pressemitteilung](#)

### Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung zu den Vorschlägen zur Senkung der EU-Zölle gegenüber den USA

Am 16.06.2026 hat das Europäische Parlament (EP) die politische Einigung mit dem Rat vom 20.05.2026 zu den von der Kommission vorgelegten Legislativvorschlägen zur Umsetzung des EU-US-Handelsabkommens (Turnberry-Abkommen) ohne Änderungen formell bestätigt. Die ausstehende Zustimmung des Ministerrates gilt nach dem Votum des EP nur noch als reine Formalität. Die finale Absegnung wird für Ende Juni 2026 erwartet, um den Zeitplan (US-Präsident *Trump* hatte als „Deadline“ den 04.07.2026 gesetzt) einzuhalten. Die Verordnungen sollen danach zeitnah im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ziel der Vorschläge ist die rechtliche Umsetzung von Zollzugeständnissen der EU, insbesondere durch die Gewährung präferenzieller Marktzugangsbedingungen sowie die Festlegung von Schutz-, Überwachungs- und Aussetzungsmechanismen im transatlantischen Handel (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Aus agrarpolitischer Sicht betrifft die Einigung insbesondere ausgewählte, nicht-sensible Agrarerzeugnisse, für die ein präferenzieller Marktzugang – teils über Zollkontingente – vorgesehen ist. Dazu zählen u. a. Milch- und Fleischprodukte (insbesondere Schwein), verarbeitete Lebensmittel sowie pflanzliche Erzeugnisse wie Obst-



und Gemüseprodukte, Ölsaaten/-produkte und Saatgut. Sensible Sektoren wie Rindfleisch, Geflügel und Reis sind von weitergehenden Zollzugeständnissen ausgenommen.

Die Einigung umfasst zudem eine Ermächtigung der Kommission, die Anwendung der Verordnung ganz oder teilweise auszusetzen, sofern die USA ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Interessen der EU festgestellt werden. Flankierend sind eine Befristung der Maßnahmen, ein Überwachungsmechanismus sowie ein Schutzmechanismus vorgesehen, der bei erheblichen Marktstörungen entsprechende Gegenmaßnahmen ermöglicht. Neben der Hauptverordnung wurde auch eine gesonderte Regelung zur fortgesetzten Zollbefreiung für Hummer – einschließlich verarbeiteter Produkte – angenommen.

[Pressemitteilung des EP vom 17.06.2026](#)

[Zu den Abstimmungsergebnissen](#)

[Zur politischen Einigung](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.05.2026](#)

[Pressemitteilung des EP vom 20.05.2026](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 20.05.2026](#)

### **EU und Mexiko unterzeichnen modernisiertes Globalabkommen und Interims-Handelsabkommen**

Am 22.05.2026 haben die EU und Mexiko das modernisierte Globalabkommen („Modernised Global Agreement“, MGA) sowie ein Interims-Handelsabkommen (iTA) in Mexiko-Stadt unterzeichnet, nachdem der Rat am 11.05.2026 die erforderlichen Beschlüsse zur Genehmigung der Unterzeichnung angenommen hatte (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Ziel der Abkommen ist die Vertiefung der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen, insbesondere durch den weiteren Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sowie die Verbesserung des Marktzugangs. Zentrale Elemente sind ein verbesserter Marktzugang insbesondere im Dienstleistungsbereich sowie ein gleichberechtigter Zugang europäischer Unternehmen zu öffentlichen Ausschreibungen in Mexiko. Zudem sollen die Investitionsbedingungen gestärkt und Handelshemmnisse in strategisch wichtigen Bereichen reduziert werden.

Aus agrarpolitischer Sicht ist hervorzuheben, dass der Marktzugang für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse durch den Abbau eines Großteils der mexikanischen Zölle verbessert wird, während zugleich der Schutz geografischer Angaben ausgeweitet werden soll. Konkret betrifft dies u. a. zentrale Exportbereiche der EU wie Schweinefleisch, Geflügel und Milchprodukte (insbesondere Käse und Joghurt) sowie verarbeitete Lebensmittel wie Teigwaren, Schokolade und Süßwaren, für die bislang teils hohe mexikanische Zölle vorgesehen sind und künftig schrittweise entfallen sollen. Zudem wird der Schutz von insgesamt 568 geografischen Angaben ausgeweitet, darunter zahlreiche Produkte des Agrar- und Lebensmittelsektors (z. B. Wein, Bier und regionale



Spezialitäten wie „Bayerisches Bier“). Damit werden Absatzchancen für ausgewählte EU-Agrarerzeugnisse gestärkt, bei gleichzeitigem Schutz sensibler Qualitätsprodukte.

Die Abkommen enthalten ferner verbindliche Regelungen zur nachhaltigen Entwicklung, einschließlich Vorgaben zu Umwelt-, Klima- und Sozialstandards, die auch für den Agrar- und Ernährungssektor von Bedeutung sind.

Flankierend wurde die Global-Gateway-Investitionsagenda mit einem Volumen von über 5 Mrd. € für strategische Zukunftsbereiche bekräftigt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur gemeinsamen Erklärung EU-Mexiko](#)

[Zum Factsheet](#)

### **Rat nimmt Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zollltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel an**

Der Rat hat am 22.05.2026 eine Verordnung zur einjährigen Aussetzung von Zollltarifen auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel angenommen. Betroffen sind zentrale Vorprodukte der landwirtschaftlichen Produktion in der EU, insbesondere Harnstoff und Ammoniak (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Die Maßnahme soll Landwirten einen besseren Zugang zu bezahlbaren und verlässlichen Düngemitteln sichern und kurzfristig Kostenvorteile durch den Wegfall von Zöllen bringen. Zugleich zielt sie darauf ab, die Abhängigkeit von Importen aus Russland und Belarus zu verringern und die Lieferketten breiter sowie krisenfester aufzustellen.

Die Aussetzung gilt ausschließlich für Produkte, die bislang dem gemeinsamen Zollltarif unterliegen und nicht bereits im Rahmen von Präferenzregelungen zollfrei eingeführt werden. Sie ist zudem mengenmäßig begrenzt und gilt nicht für Importe mit Ursprung in Russland oder Belarus.

Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und gilt für ein Jahr.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Kommission setzt Zollbefreiung für Zuckerimporte vorübergehend aus**

Am 30.04.2026 haben die Mitgliedstaaten dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, die sogenannte aktive Veredelung für die Einfuhr von Rohrohrzucker für ein Jahr auszusetzen. Nicht betroffen sind die Einfuhr von weißem Zucker sowie die Verarbeitung von Rohzucker ohne anschließende Raffination.



Die aktive Veredelung ermöglicht es Unternehmen, Zucker zollfrei in die EU einzuführen, sofern dieser verarbeitet und anschließend wieder ausgeführt wird. Die teilweise Aussetzung der Regelung soll den angespannten EU-Zuckermarkt entlasten, das Marktgleichgewicht stabilisieren und faire Wettbewerbsbedingungen gewährleisten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Zuckerrübenanbaus in der EU zu sichern.

Die Maßnahme wurde bereits am 26.01.2026 von Agrarkommissar *Christophe Hansen* angekündigt und gilt für neue wie bestehende Genehmigungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission veröffentlicht Studie zu Veränderungen in der Landwirtschaft**

Am 20.05.2026 hat die Kommission eine Studie zu Veränderungen in der Landwirtschaft veröffentlicht. Auf Basis von 15 Fallstudien in elf Mitgliedstaaten untersucht sie die Auswirkungen von Klimawandel, demografischem Wandel sowie veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen auf Einkommen, Resilienz und langfristige Existenzfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Die Studie leistet damit einen Beitrag zur Vision für Landwirtschaft und Ernährung (2025) mit Blick auf ein resilientes und wettbewerbsfähiges Agrar- und Ernährungssystem bis 2040.

Der Kommission zufolge bestätigt die Studie, dass insbesondere der Klimawandel den zentralen Treiber für Anpassungsprozesse darstellt, während zugleich Arbeitskräftemangel, Generationenwechsel sowie wirtschaftliche und regulatorische Anforderungen die strukturelle Entwicklung prägen. Anpassungen erfolgen bereits u. a. durch veränderte Anbaupraktiken, verbessertes Ressourcenmanagement und strukturelle Veränderungen der Betriebssysteme.

Zudem zeigt die Studie Ansatzpunkte für eine gezieltere Unterstützung bestehender Anpassungsprozesse, insbesondere durch einen effizienteren Einsatz bestehender politischer Instrumente und eine stärkere Koordinierung auf lokaler Ebene, auch im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik.

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.05.2026](#)

[Studie „Changing agricultural and farming systems“](#)

[Überblick über die Vision für Landwirtschaft und Ernährung](#)

### **Kommission veröffentlicht Bericht zum EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im Februar 2026**

Am 02.06.2026 veröffentlicht die Kommission den Bericht zum EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im Februar 2026. Der Handelsüberschuss steigt im Februar deutlich auf 4,4 Mrd. €, insbesondere infolge rückläufiger Importwerte, während die Exportentwicklung im Jahresvergleich leicht schwächer ausfällt.



Auf für Bayern zentrale Produktbereiche bezogen zeigen sich differenzierte Entwicklungen: Die Exporte von Schweinefleisch gehen um 13 % zurück, vor allem preisbedingt. Auch bei Milchprodukten ergibt sich ein leichter Rückgang (- 2 %) bei insgesamt stabilem Niveau. Im Bereich Getreide sind die Exporte moderat rückläufig (- 2 %), während die Importe deutlich um 30 % sinken. Zudem gehen die Exporte von Getreideerzeugnissen um 4 % zurück und bei Verarbeitetem Obst, Nüssen und Gemüse um 10 %.

Insgesamt bleibt die EU-Handelsposition robust, bei zugleich spürbaren Anpassungen in zentralen Agrarmärkten.

[Pressemitteilung](#)

[Bericht zu EU-Agrar- und Lebensmittelhandel im Februar 2026 der GD AGRI](#)

### **Eurostat: Verkauf von Pestiziden in der EU steigt 2024 um 8 %**

Am 13.05.2026 veröffentlicht Eurostat Daten zum Verkauf von Pestiziden in der EU. Demnach steigt die verkaufte Menge im Jahr 2024 auf rund 316.000 t und damit um 8 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem zuvor zwei Jahre rückläufige Verkaufszahlen verzeichnet wurden. Im Vergleich zu 2011 liegt das Niveau jedoch weiterhin um 12 % niedriger.

Die größten Anteile entfallen auf Fungizide und Bakterizide (40 %), gefolgt von Herbiziden (35 %) sowie Insektiziden und Akariziden (17 %). Deutschland zählt mit einem Anteil von 14 % nach Frankreich und Spanien zu den Mitgliedstaaten mit den höchsten Verkaufsvolumina.

[Pressemitteilung vom 13.05.2026](#)

[Ausführlicherer Bericht](#)

### **Eurostat: Landwirtschaftliche Erzeugerpreise im 1. Quartal 2026 gesunken**

Am 11.06.2026 veröffentlicht Eurostat Daten zu den landwirtschaftlichen Preisentwicklungen im 1. Quartal 2026. Demnach gehen die durchschnittlichen Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EU gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,9 % zurück. Damit setzt sich der bereits im 4. Quartal 2025 beobachtete Rückgang (- 1,7 %) fort.

Die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel (z. B. Energie, Düngemittel oder Futtermittel) bleiben im selben Zeitraum weitgehend stabil und gehen leicht um 0,4 % zurück.

Ein Preistrückgang bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird in 19 EU-Mitgliedstaaten verzeichnet. Besonders deutlich fällt er in Belgien (- 12,9 %), Deutschland (- 11,0 %) und Litauen (- 10,8 %) aus. In acht Mitgliedstaaten werden hingegen Preissteigerungen registriert, unter anderem in Malta (+ 14,8 %), Kroatien (+ 8,5 %) und



Finnland (+ 5,5 %). Auf EU-Ebene gehen insbesondere die Preise für Milch (- 15,5 %) und Getreide (- 11,7 %) deutlich zurück.

Bei den Betriebsmitteln steigen die Preise für Düngemittel (+ 6,6 %), während Futtermittel (- 4,9 %) und Energie (-0,6 %) günstiger werden. Die Daten beruhen auf den vierteljährlichen Agrarpreisindizes von Eurostat.

[Pressemitteilung](#)

### **Eurostat: EU erzielt 2025 Handelsüberschuss von knapp 25 Mrd. € bei Agrarprodukten**

Am 12.05.2026 veröffentlicht Eurostat Daten zum Import und Export landwirtschaftlicher Produkte im Jahr 2025. Bei Exporten in Höhe von 238,2 Mrd. € und Importen von 213,5 Mrd. € ergibt sich ein Handelsüberschuss von 24,7 Mrd. €. Gegenüber 2024 steigen die Exporte um 1,6 % und die Importe um 9,3 %.

Die wichtigsten Exportziele sind das Vereinigte Königreich (23,3 %), die USA (12,0 %), die Schweiz (5,7 %) und China (4,9 %). Die Importe stammen vor allem aus Brasilien (8,5 %), dem Vereinigten Königreich (8,0 %), den USA (6,2 %) und China (5,1 %). Der Anteil der Ukraine an den Importen sinkt infolge des Auslaufens von Handelserleichterungen auf 5,0 % (- 1,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

[Pressemitteilung vom 12.05.2026](#)

### **Eurostat: Tourismusnächte in der EU im 1. Quartal 2026 um 3 % gestiegen**

Die Zahl der touristischen Übernachtungen in der EU stieg im 1. Quartal 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4 % auf 471,1 Mio. EU-weit entfielen 46,6 % der Übernachtungen auf internationale Gäste.

In Deutschland nahm die Zahl der Übernachtungen um rund 2,0 Mio. zu. Der Inlandstourismus wuchs um 3,4 %. Der Anteil internationaler Gästeübernachtungen lag bei 19,9 %. Bei den absoluten Zuwächsen lag Deutschland hinter Italien (+ 5,0 Mio.) und Spanien (+ 2,6 Mio.) auf Platz drei in der EU.

[Pressemitteilung von Eurostat vom 02.06.2026](#)

[Tourismusstatistik von Eurostat](#)

### **Rat legt strategische Leitlinien für nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektor fest**

Am 28.05.2026 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Stärkung eines nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektors angenommen. Der Tourismus wird als zentraler Wirtschaftsfaktor hervorgehoben, der rund 7 % zur Bruttowertschöpfung beiträgt und etwa 10 % der Beschäftigung sichert. Gefordert wird eine stärkere



Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen EU-, nationaler sowie regionaler und lokaler Ebene.

Im Mittelpunkt stehen die Stärkung von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit, qualifizierte Beschäftigung, ein ausgewogener Tourismus, bessere und nachhaltige Verkehrsverbindungen sowie die digitale Transformation. Zugleich werden Defizite bei der Umsetzung der Europäischen Agenda für den Tourismus 2030 festgestellt. Die Kommission wird aufgefordert, regelmäßig über die Fortschritte zu berichten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Konsultation der Kommission zu EU-Regeln für multimodale Buchung und einheitliches digitales Ticketing**

Am 05.06.2026 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem Legislativpaket für multimodale Buchung und einheitliches digitales Ticketing gestartet. Zuvor hatte die Kommission am 13.05.2026 entsprechende Vorschläge vorgelegt, mit denen die Suche, der Vergleich und die Buchung von Reisen über mehrere Verkehrsträger hinweg erleichtert und das Angebot für Verbraucher transparenter gestaltet werden soll.

Kern ist die Einführung einheitlicher Regeln für digitale Mobilitätsplattformen, um faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Plattformen und Verkehrsunternehmen zu gewährleisten und bestehende Marktfragmentierungen zu verringern. Gleichzeitig soll insbesondere im Bahnverkehr der Zugang zu Tickets und Tarifen auf Online-Plattformen verbessert werden.

Vorgesehen sind zudem Maßnahmen zur Förderung durchgehender Buchungen („Single Tickets“), die insbesondere grenzüberschreitende und kombinierte Reisen erleichtern können. Dazu gehören Verpflichtungen zur Datenbereitstellung sowie zur Öffnung von Vertriebssystemen. Ziel ist eine umfassendere Darstellung verfügbarer Verbindungen und eine bessere Interoperabilität.

Rückmeldungen können bis zum 31.07.2026 eingereicht werden. Die Vorschläge werden anschließend im Europäischen Parlament und im Rat beraten.

[Veröffentlichung der Kommission](#)

### **Kommission veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität**

Am 16.06.2026 hat die Kommission ihren Jahresbericht zur Badegewässerqualität veröffentlicht. Demnach wurden über 85 % der europäischen Badegewässer mit der höchsten Qualitätsstufe „ausgezeichnet“ bewertet. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 90,9 %.



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 05/2026 vom 24.06.2026**



Eine interaktive Karte der Europäischen Umweltagentur ermöglicht die Suche nach allen untersuchten Badegewässern in Europa und informiert über deren jeweilige Wasserqualität.

[Pressemitteilung der Vertretung in Deutschland](#)

[Interaktive Karte Badegewässer in Europa](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

---

### Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Im Arbeitsbereich setzt die irische Ratspräsidentschaft einen klaren Schwerpunkt auf Fortschritte bei zentralen Initiativen wie der Quality Jobs Initiative und dem bevorstehenden Labour Mobility Package. Ziel ist es, die EU wieder stärker als attraktiven Arbeitsort für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu positionieren. Im Fokus stehen dabei insbesondere bessere Arbeitsbedingungen, ein verlässlicher Zugang zu sozialem Schutz, Gleichberechtigung, kontinuierliche Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Stärkung von Tarifverhandlungen und sozialem Dialog. Gleichzeitig verfolgt die Präsidentschaft einen Ansatz, der den Aufbau und Ausbau von Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit verbindet und auf einen fairen sowie inklusiven Arbeitsmarkt abzielt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Die Diskussionen zur Verbesserung entsprechender Standards sollen vorangetrieben werden, unter anderem durch verstärkte Sensibilisierung, die Einbindung zentraler Akteure sowie Maßnahmen zur besseren Prävention von Arbeitsunfällen und berufsbedingten Erkrankungen. Parallel dazu steht die Verbesserung von Umsetzung und Durchsetzung bestehender Regelungen im Vordergrund. Dabei soll Bürokratie reduziert werden, während zugleich sichergestellt wird, dass bestehendes EU-Recht wirksam angewendet wird. Neue Legislativinitiativen sollen erst dann erwogen werden, wenn die bestehenden Instrumente konsequent umgesetzt sind.

Im Bereich der sozialen Inklusion wird die Weiterverfolgung der europäischen Armutsbekämpfungsstrategie sowie der Kindergarantie als zentral angesehen. Ein besonderes Augenmerk gilt zudem der Inklusion von Menschen mit Behinderungen, insbesondere vor dem Hintergrund des 20-jährigen Bestehens der UN-Behindertenrechtskonvention. Ziel ist es, die Beteiligung am Arbeitsmarkt zu verbessern und bestehende Beschäftigungslücken zu verringern sowie die europäische Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen weiter voranzubringen. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft die Arbeiten an einer Ratsempfehlung zur Bekämpfung von Exklusion auf dem Wohnungsmarkt vorantreiben.

Die Gleichstellungspolitik bildet einen weiteren zentralen Handlungsbereich. Hier steht die Vollendung des europäischen Gleichstellungsrahmens im Vordergrund, einschließlich Fortschritten bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung. Zudem wird die Umsetzung der neuen Strategie zur Geschlechtergleichstellung weiterverfolgt. Ergänzend soll der Wissensaustausch zur LGBTIQ+-Strategie sowie zum Roma-Rahmenwerk gestärkt und die Datenerhebung sowie -auswertung in allen Gleichstellungsbereichen verbessert werden.

Im Jugendbereich fokussiert sich die irische Ratspräsidentschaft auf Partizipation, Information und den Dialog mit jungen Menschen. Im Rahmen des 12. EU-Jugenddialogs steht das Jugendziel Nr. 4 („Information und



konstruktiver Dialog“) im Zentrum. Auch die EU-Jugendkonferenz widmet sich diesem Thema und bietet jungen Menschen die Möglichkeit, aktiv an politischen Diskussionen mitzuwirken. Darüber hinaus sind zwei Ratsschlussfolgerungen vorgesehen: eine zu Information und konstruktivem Dialog sowie eine weitere zur Förderung sicherer Räume für Jugendliche in der EU. Ziel ist es, die Beteiligung junger Menschen zu stärken und ihre Bedürfnisse stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB).

[Website der Ratspräsidentschaft](#)

### **Kommission: Veröffentlichung des Sozialpakets**

Die Kommission hat am 06.06.2026 ein Sozialpaket vorgestellt, das auf die Stärkung der sozialen Dimension der EU abzielt. Das Paket enthält keine Gesetzesvorschläge, bündelt jedoch strategische Initiativen und politische Leitlinien in vier zentralen Bereichen: eine erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung, einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt, eine Mitteilung zur Stärkung der Europäischen Kindergarantie sowie eine Mitteilung zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bis 2030.

Kernstück des Pakets ist die erstmalige Vorlage einer umfassenden EU-Strategie zur Armutsbekämpfung. Diese verfolgt das langfristige Ziel, Armut in der EU bis 2050 vollständig zu überwinden. Zunächst soll die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Mio. reduziert werden.

Ausgangspunkt ist die weiterhin hohe Betroffenheit: Rund 20 % der EU-Bevölkerung gelten als armutsgefährdet. Die Strategie setzt entlang verschiedener Lebensphasen an, von der Kindheit über das Erwerbsalter bis ins hohe Alter. Angekündigt ist unter anderem eine erste Konsultation der Sozialpartner zu Maßnahmen gegen Arbeitsmarkthindernisse. Ergänzend adressiert sie horizontale Herausforderungen wie steigende Lebenshaltungskosten, Diskriminierung und die Wohnungskrise. Vorgesehen ist zudem eine Stärkung von Verwaltung, Finanzierung und Monitoring, einschließlich der Benennung nationaler Koordinatoren.

Ein weiterer Bestandteil des Pakets ist der Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt. Im Fokus steht die Prävention von Wohnungslosigkeit und die Verbesserung des Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum. Zudem sollen die Datenlage und das Monitoring verbessert werden.

Mit der Mitteilung zur Stärkung der Europäischen Kindergarantie reagiert die Kommission auf die weiterhin hohe Kinderarmut in der EU, von der etwa jedes vierte Kind betroffen ist. Die Initiative verfolgt einen dreigliedrigen Ansatz: die Stärkung von Familien durch bessere Erwerbsmöglichkeiten für Eltern und soziale Sicherung, den Ausbau des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung und



Wohnen sowie die Verbesserung von Governance, Finanzierung und Monitoring. Neue inhaltliche Schwerpunkte liegen auf der mentalen Gesundheit von Kindern, dem Schutz vor Risiken im digitalen und analogen Raum sowie der Unterstützung beim Übergang in die Jugendphase. Geplant ist zudem die Pilotierung einer Kindergarantie-Karte zur vereinfachten Inanspruchnahme von Leistungen.

Schließlich legt die Kommission eine Mitteilung zur Weiterentwicklung der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 - 2030 vor. Diese Halbzeitüberprüfung zielt darauf ab, die Umsetzung bestehender Ziele zu beschleunigen. Im Mittelpunkt steht die Förderung von Barrierefreiheit, die Stärkung eines selbstbestimmten Lebens durch gemeindenahе Dienstleistungen und De-Institutionalisierung sowie ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sozialer Sicherung und zu bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum. Ergänzend werden Maßnahmen in den Bereichen inklusive Bildung, Gesundheitsversorgung, Zugang zur Justiz und Katastrophenschutz hervorgehoben. Die Kommission betont zudem die Bedeutung einer stärkeren Integration von Gleichstellungsaspekten in alle Politikbereiche.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäisches Semester – Frühjahrspaket 2026: Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**

Das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2026 zeichnet für Deutschland ein insgesamt robustes, zugleich aber strukturell angespanntes Bild des Arbeitsmarkts. Trotz einer weiterhin hohen Beschäftigungsquote bleiben Fach- und Arbeitskräftemangel ein zentrales Wachstumshemmnis. Rund 30 % der Unternehmen sehen sich betroffen.

Zwar hat sich die Lage gegenüber den Vorjahren leicht entspannt, doch das Missverhältnis zwischen angebotenen und nachgefragten Kompetenzen hat sich verstärkt. Parallel dazu liegt die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit trotz hoher Erwerbstätigkeit auf vergleichsweise niedrigem Niveau, was das Arbeitskräfteangebot zusätzlich begrenzt.

Hinzu treten regionale und strukturelle Herausforderungen. Der Rückgang industrieller Wertschöpfung in Teilen West- und Ostdeutschlands geht mit tiefgreifenden Anpassungsprozessen einher und verschlechtert lokal die Beschäftigungsperspektiven.

Im sozialpolitischen Bereich unterstreicht die Kommission mehrere langfristige Risiken. Der demografische Wandel führt zu einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und steigenden Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme. Gleichzeitig bestehen weiterhin Defizite in der Bildungsleistung und beim Zugang zu Qualifizierung. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt ein kritischer Faktor. Ungenügende Kinderbetreuungsangebote tragen zu einer hohen Teilzeitquote, insbesondere bei Frauen, und damit zu einem unzureichend ausgeschöpften Arbeitskräftepotenzial bei.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission verschiedene strukturelle Reformen.



Im Zentrum stehen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsmarktes, etwa durch stärkere Anreize für längere Erwerbstätigkeit und eine stärkere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird die Modernisierung der Aus- und Weiterbildungssysteme betont, um Qualifikationsdefizite abzubauen. Ebenso wird empfohlen, die berufliche und geografische Mobilität durch ein ausreichendes Wohnraumangebot sowie effizientere Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu verbessern.

Im Bereich der sozialen Sicherung hebt das Frühjahrspaket die Notwendigkeit hervor, die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu sichern, unter anderem durch einen stärkeren Ausbau kapitalgedeckter sowie betrieblicher Altersvorsorge. Ergänzend wird angeregt, soziale Leistungen zielgerichteter und zugänglicher zu gestalten, um soziale Teilhabe zu verbessern und Armutsrisiken wirksamer zu bekämpfen.

Insgesamt verdeutlicht das Frühjahrspaket 2026, dass Deutschland trotz stabiler Arbeitsmarktlage vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen steht, die umfassende Reformen in Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik erfordern.

#### [Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2026](#)

#### **Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ zu Erasmus+, KI und Jugendstrategie**

Am 11.06.2026 haben die EU-Ministerinnen und Minister im Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ Beschlüsse und Diskussionen zu Bildung und Jugend vorangebracht.

Im Jugendbereich stand die Frage im Mittelpunkt, wie Politikgestaltung stärker auf die Bedürfnisse Jugendlicher ausgerichtet werden kann. Bewährte Praxisbeispiele und Herausforderungen zur Förderung jugendfreundlicher Politik wurden ausgetauscht und es wurde sich über eine noch jugendfriendlichere Jugendstrategie beratschlagt. Die Ministerinnen und Minister verabschiedeten zudem eine EntschlieÙung zur Überarbeitung des EU-Jugendstrategie-Arbeitsplans für die Jahre 2025 - 2027. Ein weiterer Beschluss betraf die Ergebnisse des elften Zyklus des EU-Jugenddialogs. Dieser widmete sich insbesondere dem Ziel, die EU stärker mit der Jugend zusammenzubringen (siehe hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

#### [Pressemitteilung des Rates](#)

#### **Gesetzgebung: Änderung der Verordnung über den Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für entlassene Arbeitnehmer**

Nach finaler Zustimmung des Rates am 11.05.2026 und des Parlaments am 28.04.2026 trat die Änderung der EGF-VO (Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für entlassene Arbeitnehmer) am 21.05.2026 in Kraft.

Der Anwendungsbereich ist ausgeweitet, sodass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit dem unmittelbaren Risiko eines Arbeitsplatzverlusts konfrontiert sind (also noch beschäftigt sind), unter die



Verordnung fallen. Zweck des EGF ist, Arbeitnehmende sowie Selbstständige, deren Tätigkeit aufgrund von Unternehmensumstrukturierungen beendet wurde, wieder in Beschäftigung zu bringen. Finanziert werden können unter anderem Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Kompetenzzertifizierungen sowie Berufsberatung und Unterstützung bei der Arbeitssuche. So soll der Übergang in neue Tätigkeiten erleichtert werden.

Den EGF wird es im nächsten MFR ab 2028 in dieser Form nicht mehr geben. Die Regelung läuft 2027 aus.

[Mitteilung des Rates](#)

### **Eurobarometer: Fachkräftemangel bei kleinen und mittleren Unternehmen**

Laut Eurobarometer-Umfrage, die sich über einen Zeitraum von zwei Jahren erstreckte, haben 46 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angegeben, dass sie Schwierigkeiten haben, Arbeitskräfte mit passender Qualifikation zu finden. Bei KMU, die aktiv Arbeitskräfte suchen, lag die Zahl bei 70 %.

Trotz der Schwierigkeiten habe nur eines von sieben KMU-Unternehmen versucht, Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland einzustellen.

Mehr als die Hälfte der KMU (54 %) nahmen den Einstellungsprozess von EU-Ausländern als schwierig wahr. Insbesondere werden die komplexen bürokratischen Strukturen und Schwierigkeiten beim Finden der richtigen Kandidaten als Probleme benannt.

61 % der KMU, die erfolgreich Drittstaatenangehörige einstellten, empfanden den Prozess als einfach.

Nur gut 15 % der KMU wissen über die unterstützenden Strukturen bei der internationalen Einstellung Bescheid und nur 14 % erhielten sie auch.

Insbesondere finanzielle Unterstützung (31 %), Information und Beratung zu Rekrutierungs- und Migrationsverfahren (25 %), Unterstützung bei der Kandidatensuche (23 %), Hilfe bei der Integration am Arbeitsplatz (20 %) sowie Unterstützung bei Einwanderung (18 %) wurden als vielversprechende Maßnahmen betrachtet.

[Website](#)

### **Europäische Investitionsbank: Leitfaden für geschlechtergerechte öffentliche Beschaffung**

Am 21.05.2026 veröffentlichte die Europäische Investitionsbank (EIB) einen Leitfaden zum für ein geschlechtergerechteres öffentliches Beschaffungswesen. Ziel ist es, Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit gezielt in die Beschaffung öffentlicher Aufträge zu integrieren und so zur Förderung von Geschlechtergleichstellung, sozialer Inklusion und nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Der Leitfaden zeigt



auf, wie Gleichstellungsaspekte entlang des gesamten Beschaffungszyklus von der Bedarfsanalyse über die Zuschlagskriterien bis zur Vertragsüberwachung integriert werden können. Kernstück ist ein freiwilliger 11-stufiger Fahrplan für öffentliche Behörden. Die EIB verweist darauf, dass weltweit nur rund 1 % der öffentlichen Beschaffung Unternehmen in Frauenbesitz zugutekommt. Gleichzeitig betont sie das wirtschaftliche Potenzial: Der Abbau von Geschlechterungleichheiten könne langfristig deutliche Wachstumsimpulse in der Wirtschaftsleistung setzen.

[Zum Leitfaden der Europäischen Investitionsbank](#)

### **Rat: Internationaler Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie**

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie am 17.05.2026 bekräftigte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* im Namen der EU das entschiedene Engagement für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller Menschenrechte durch LGBTI+-Personen. Sie warnte, dass Demokratie dort nicht gedeihen könne, wo Ungleichheit und Diskriminierung fortbestehen. Weltweit seien LGBTI+-Personen weiterhin und zuletzt verstärkt Gewalt, Hetze, Stigmatisierung und Desinformation ausgesetzt. In 65 Ländern würden einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen noch immer kriminalisiert. Die EU forderte alle Staaten auf, entsprechende Gesetze aufzuheben und keine neuen diskriminierenden Regelungen zu erlassen. Innerhalb der EU sollen Fortschritte durch die neue LGBTI+-Gleichstellungsstrategie weiter vertieft werden, unter anderem durch besseren Schutz vor Gewalt sowie die Bekämpfung von Hass und Diskriminierung auch im Internet. Zudem wurde LGBTI+-Menschenrechtsverteidigern weiterhin Unterstützung zugesichert. Mehrere Partnerländer der EU schlossen sich der Erklärung an.

[Pressemitteilung des Europäischen Rates](#)

### **Kommission: Bericht zur Umsetzung der Saisonarbeiterrichtlinie**

Am 08.05.2026 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zur Umsetzung der Saisonarbeiterrichtlinie, mit dem sie die Regelungen der Mitgliedstaaten für faire Arbeitsbedingungen von saisonal arbeitenden Drittstaatsangehörigen beurteilt. Die Richtlinie wurde 2014 als Teil der Migrationsstrategie der EU verabschiedet und zielt darauf ab, illegale Beschäftigung von Migranten einzudämmen und zugleich legale Beschäftigungswege zur Deckung der Nachfrage nach Saisonarbeitern zu ebnen. Der Bericht zeigt, dass die Saisonarbeiterrichtlinie seit ihrem Inkrafttreten 2014 einen wichtigen Rahmen für eine geordnete Arbeitsmigration geschaffen und Anreize für illegale Beschäftigung reduziert hat. Zudem hat sie zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten beigetragen, etwa durch Gleichbehandlung, Informationspflichten und Beschwerdemechanismen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass einige Lücken bei der praktischen Umsetzung der Richtlinie bestehen. Insbesondere ist der Zugang zu angemessenen Unterkünften,



Beschwerdemechanismen oder dem Sozialsystem noch teils defizitär. Dennoch solle die Saisonarbeiterrichtlinie vorerst nicht überarbeitet und aktualisiert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht der Kommission](#)

#### **Parlament: Abgeordnete fordern Europäischen Tag zum Gedenken der Opfer von Arbeitsunfällen**

Am 21.05.2026 forderte das Europäische Parlament (EP) mit 395 Stimmen, 12 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen, einen „Europäischen Gedenktag für die Opfer von Arbeitsunfällen sowie für den Schutz und die Würde der Arbeitnehmer“ am 8. August einzuführen. Er soll das Bewusstsein für Prävention und Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und konkrete Maßnahmen in Schulen und Betrieben fördern. Hintergrund ist das Gedenken an das Minenunglück in der Mine „Bois du Cazier“ bei Marcinelle in Belgien am 08.08.1956, bei dem 262 Minenarbeiter aus 12 verschiedenen Nationen ums Leben kamen. In der EU gab es im Jahr 2023 insgesamt 3.298 tödliche Arbeitsunfälle und etwa 2,8 Mio. nicht tödliche Arbeitsunfälle, deren Folge eine mindestens viertägige Abwesenheit war. Darüber hinaus verlangt das EP von der Kommission eine Bewertung der Gesundheits- und Sicherheitsrisiken durch Künstliche Intelligenz. Auch klimabedingte Risiken wie Hitze, Extremwetter und Luftverschmutzung sollen als zentrale Arbeitsrisiken untersucht und anerkannt werden. Zudem drängen die Abgeordneten auf eine Stärkung der Arbeitsschutzbehörde durch die Ausstattung mit ausreichend Personal, Ressourcen und institutioneller Unabhängigkeit.

[Pressemitteilung des EP](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich Gesundheit, Pflege und Prävention**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Im Gesundheitsbereich setzt die Ratspräsidentschaft klare Prioritäten auf Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Prävention und verknüpft Gesundheitspolitik eng mit der wirtschaftlichen Stärke, Sicherheit und Nachhaltigkeit Europas. Prioritäre Dossiers sind der Biotech Act I sowie die Revision der Medizinproduktevorschriften sowie das EU-Arzneimittelpaket. Parallel soll der Europäische Gesundheitsdatenraum vorangetrieben werden, um Digitalisierung, erleichterte Datennutzung und den Einsatz von KI im Gesundheitswesen zu stärken. Darüber hinaus legt die irische Ratspräsidentschaft einen Fokus auf gesundheitliche Chancengleichheit und resilientere Gesundheitssysteme, etwa durch stärkere Vorsorge und ein verstärktes Engagement für Frauengesundheit. Auch der „Safe Hearts“-Plan zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bleibt ein zentrales Element. Ergänzend sollen die Krisenvorsorge, die Versorgungssicherheit und die Koordination bei grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken verbessert werden. Zudem sollen klinische Forschung und Studienkapazitäten, die globale Gesundheitsdiplomatie und die Rolle der EU als führender Akteur im Gesundheitsbereich gestärkt werden.

[Policy Programm der irischen Ratspräsidentschaft](#)

### **EP nimmt EntschlieÙung zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie an**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 18.06.2026 mit 294 Ja-Stimmen, 245 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen eine EntschlieÙung zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) angenommen.

Die Abgeordneten halten die Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Entfernung von Mikroverunreinigungen für erforderlich. Zugleich betonen sie, dass die damit verbundenen Kosten nicht auf Verbraucher abgewälzt werden sollen, sondern nach dem Verursacherprinzip über eine erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) zu finanzieren sind. Gleichzeitig müsse die Richtlinie ausreichend flexibel ausgestaltet sein, um die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Arzneimitteln sicherzustellen.

Darüber hinaus fordert das EP die Europäische Kommission auf, bis Ende 2026 eine neue Folgenabschätzung/Studie vorzulegen. Bis dahin sprechen sich die Abgeordneten für eine vorübergehende Aussetzung der EPR-Verpflichtungen sowie der damit verbundenen Maßnahmen aus, bis deren Auswirkungen vollständig geprüft sind.

Der Berichterstatter der EVP-Fraktion, *Oliver Schenk*, begrüÙte die EntschlieÙung. Die Einführung der vierten Reinigungsstufe sei sinnvoll, die Auswirkungen der EPR-Verpflichtungen auf die Arzneimittelversorgung in



Europa jedoch weiterhin unklar. Insbesondere bestehe die Gefahr eines Produktionsrückgangs oder einer Verlagerung ins Ausland, vor allem im Bereich der Generika. Vor diesem Hintergrund sei eine vorübergehende Verschiebung der Verpflichtungen sinnvoll, bis die wirtschaftlichen und versorgungspolitischen Folgen ausreichend geklärt sind.

[Pressemitteilung | EP](#)

[Plenum | Plenartagung | EP](#)

### Ergebnisse des EPSCO-Rats vom 16.06.2026

Am 16.06.2026 tagte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO-Rat, Teil Gesundheit) in Luxemburg.

Die EU-Gesundheitsminister einigten sich auf eine gemeinsame Position in Bezug auf eine Richtlinienänderung zu genetisch veränderten Mikroorganismen (GVMs) und zur Organaufbereitung. Dieser Vorschlag ist Teil des Biotech Acts, der die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiesektors der EU stärken soll.

Zudem fand eine allgemeine Orientierungsaussprache zum Biotech Act I statt. Diskutiert wurden außerdem die Verordnung zur Vereinfachung der Vorschriften für Medizinprodukte (MDR) und In-vitro-Diagnostika (IVDR). Grundlage hierfür bildete ein Fortschrittsbericht der zyprischen Ratspräsidentschaft.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ erhielten die Minister u. a. Informationen zum Critical Medicines Act (CMA), zum Ebola-Ausbruch und den zuletzt stattgefundenen Gesundheitskonferenzen. Des Weiteren wurde von Deutschland eine Beratung bezüglich der Kommunalabwasserrichtlinie initiiert. Zudem wurde in informellem Rahmen über die Stärkung von Resilienz und strategischer Autonomie Europas im Pharmabereich diskutiert.

[Allgemeine Ausrichtung](#)

[Übersicht der Sitzungsergebnisse](#)

### Europäische Arzneimittelagentur hat 2025 die Zulassung von 104 Humanarzneimitteln empfohlen

Am 11.06.2026 hat die Europäische Arzneimittelagentur ihren Jahresbericht 2025 veröffentlicht. Der Bericht informiert unter anderem darüber, dass 2025 insgesamt 104 Humanarzneimittel zur Zulassung empfohlen wurden, darunter 38 mit neuen Wirkstoffen, die zuvor noch nicht in der EU zugelassen waren.

Die Empfehlungen umfassen unter anderem Medikamente zur Behandlung bestimmter Blasenkrebsarten, metabolisch bedingter Steatohepatitis (MASH), Alzheimer im Frühstadium sowie einen Impfstoff gegen Chikungunya und eine neue HIV-Präventionsbehandlung. Unter den Empfehlungen befinden sich auch 16 Arzneimittel für seltene Krankheiten.



Die Agentur gibt außerdem an, dass sie 89 Erweiterungen bereits zugelassener Arzneimittel empfohlen hat, einschließlich vieler für Kinder. Darüber hinaus betont der Bericht regulatorische Entwicklungen, darunter die Einführung der Plattform zur Überwachung von Arzneimittelengpässen (ESMP), die Aktualisierung der Unionsliste der kritischen Arzneimittel sowie die vollständige Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln.

#### [Bericht](#)

### **Zypern veranstaltete Konferenz zu durch Mücken übertragenen Krankheiten**

Am 10.06.2026 hat das zyprische Gesundheitsministerium im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft eine Konferenz zu durch Mücken übertragenen Krankheiten organisiert. Unterstützt wurde die Veranstaltung u. a. vom Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der Kommission sowie nationalen Gesundheitsbehörden und führenden Wissenschaftlern. Die Teilnehmer erörterten die epidemiologische Lage in Europa, Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit jüngsten Ausbrüchen sowie Herausforderungen bei der Überwachung und Bekämpfung von Mückenpopulationen. Zudem bot die Konferenz eine Plattform für den Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und „Best Practice“-Beispielen, insbesondere zu epidemiologischer Überwachung, Prävention, Reaktion und innovativen Ansätzen des Vektormanagements.

Der zyprische Gesundheitsminister *Neophytos Charalambides* erklärte, dass Krankheiten wie Dengue, Chikungunya, Zika und das West-Nil-Virus konkrete Folgen des Klimawandels und eines sich wandelnden epidemiologischen Umfelds seien. Zudem unterstrich er, dass die Leistungsfähigkeit öffentlicher Gesundheitssysteme nicht nur an ihrer Reaktionsfähigkeit, sondern vor allem an ihrer Fähigkeit zur Antizipation gemessen werde. Entscheidungen in den Bereichen Prävention, Resilienz und wissenschaftliche Zusammenarbeit würden die Gesundheit und Sicherheit künftiger Generationen prägen. Gesundheitssicherheit entstehe durch Wissenschaft, Solidarität und eine gemeinsame Vision für die Zukunft.

#### [Presseartikel](#)

### **Gesundheitskommissar *Oliver Várhelyi* gibt Erklärung zum Weltnichtrauchertag ab**

Am 30.05.2026 gab EU-Gesundheitskommissar *Oliver Várhelyi* anlässlich des Weltnichtrauchertags am 31.05.2026 sowie der zeitgleich stattfindenden Europäischen Woche gegen Krebs eine Erklärung ab. Darin bekräftigte er das Ziel, bis 2040 eine tabak- und nikotinfreie Generation zu erreichen. Zugleich hob er hervor, dass sowohl der Europäische Plan zur Krebsbekämpfung als auch der Safe Hearts Plan die zentrale Rolle der Tabakkontrolle für die Prävention von Krankheiten, die Krebsbekämpfung und den Schutz der Gesundheit der EU-Bürger unterstreichen. Das laufende Jahr sei daher entscheidend für die Weiterentwicklung der EU-Tabakkontrollpolitik und den Schutz künftiger Generationen.



*Oliver Várhelyi* verwies zudem auf eine im April veröffentlichte Evaluierung, der zufolge die EU-Vorschriften zur Eindämmung des Tabakkonsums deutliche Erfolge erzielt haben: Das traditionelle Rauchen sowie tabakbedingte Todesfälle sind europaweit zurückgegangen. Gleichzeitig gewinnen jedoch neue Nikotinprodukte an Bedeutung, insbesondere bei jungen Menschen. Viele Jugendliche und junge Erwachsene nutzen E-Zigaretten, Nikotinbeutel oder erhitzte Tabakprodukte. Trotz ihres modernen Images bergen diese erhebliche Risiken für Nikotinabhängigkeit und die Gesundheit. Wenn die Regulierung nicht mit der rasanten Marktentwicklung Schritt hält, droht die Entstehung einer neuen Generation mit einer neuen Form der Abhängigkeit.

[Erklärung von Gesundheitskommissar Várhelyi](#)

### **Europäische Datenbank für Medizinprodukte: Anwendung der ersten Module seit dem 28.05.2026 verpflichtend**

Seit dem 28.05.2026 ist die Nutzung von vier der insgesamt sechs Module der Europäischen Datenbank für Medizinprodukte (EUDAMED) verpflichtend.

Konkret handelt es sich um die Module Registrierung von Wirtschaftsakteuren (Actors); UDI-/Produkt-Registrierung (UDI/Devices); Benannte Stellen und Bescheinigungen (Certificates/Notified Bodies) sowie Marktüberwachung (Market Surveillance). Die beiden übrigen Module, „Vigilanz und Überwachung nach dem Inverkehrbringen“ und „Klinische Prüfungen und Leistungsstudien“, befinden sich in der Entwicklung und werden freigegeben, sobald ihre Nutzung vorgeschrieben wird.

[Überblick EUDAMED](#)

[Q&A zur schrittweisen Einführung von EUDAMED](#)

### **Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unvollständiger Umsetzung neuer Ausbildungsregeln für Gesundheitsberufe ein**

Am 28.05.2026 hat die Kommission beschlossen, Vertragsverletzungsverfahren gegen acht Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, einzuleiten. Demnach haben es diese Mitgliedstaaten verpasst, der Kommission Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/782 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in nationales Recht mitzuteilen. Die Umsetzungsfrist endete am 03.04.2026.

Mit der Richtlinie (EU) 2024/782 werden die Mindestanforderungen an die Ausbildung in den Berufen der allgemeinen Krankenpflege, der Zahnmedizin und der Pharmazie aktualisiert, um sie an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen.



Die Mitteilung der Kommission konkretisiert nicht, welche Gründe für die ausbleibende Übermittlung der deutschen Umsetzungsmaßnahmen vorliegen. Als möglicher Grund ist die seit Jahren ausstehende Novellierung der Approbationsordnung für Apotheker wahrscheinlich.

Die Kommission hat Aufforderungsschreiben an die betroffenen Mitgliedstaaten übermittelt. Diese haben nun zwei Monate Zeit, um die Umsetzung der Richtlinie abzuschließen und die entsprechenden Maßnahmen mitzuteilen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, mit Gründen versehene Stellungnahmen an die betreffenden Mitgliedstaaten zu richten.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission veröffentlicht Arbeitsdokument zu den Biotech-Act-Vorschlägen**

Am 26.05.2026 hat die Kommission ein Arbeitsdokument zum Biotech Act veröffentlicht. Das Arbeitsdokument stellt eine neue, zentrale Einordnung des vorgeschlagenen Biotech Acts dar, indem es die zugrunde liegende Analyse sowie die erwarteten Auswirkungen der Maßnahmen systematisch zusammenführt. Das insgesamt 350 Seiten umfassende Dokument ist in zwei Teile gegliedert und basiert auf Studien, Beiträgen von Interessengruppen sowie bereits vorhandenen Daten.

Das Arbeitspapier hebt das Potenzial des Biotech Acts hervor, indem es deutlich macht, dass der EU-Biotechnologiesektor derzeit sein volles Potenzial zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen noch nicht ausschöpft und zugleich mit einer wachsenden globalen Wettbewerbslücke konfrontiert ist. Vor diesem Hintergrund sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen, die Rechtsvorschriften zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, während gleichzeitig hohe Standards in Bezug auf Sicherheit und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gewahrt bleiben.

[Pressemitteilung](#)

[Arbeitsdokument Teil 1](#)

[Arbeitsdokument Teil 2](#)

### **Kommission startet öffentliche Konsultation bezüglich der Überarbeitung der Tabakrichtlinien**

Am 22.05.2026 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2014/40/EU für Tabakerzeugnisse sowie der Richtlinie 2003/33/EG über Tabakwerbung veröffentlicht. Die Konsultation folgt auf den Aufruf zur Einreichung von Stellungnahmen vom 18.05.2026.

Ziel der Initiative ist es, den jüngsten Marktentwicklungen, Konsumtrends und Praktiken im digitalen Marketing Rechnung zu tragen. Dabei möchte die Kommission die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts verbessern und die öffentliche Gesundheit stärken. Außerdem soll dadurch die weitere Umsetzung des WHO-



Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs sichergestellt werden. Die geplante Überarbeitung unterstütze zudem das Ziel einer „Generation Rauchfrei“ bis 2040.

Rückmeldungen sind bis zum 14.08.2026 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 geplant.

[Konsultation](#)

[Presseartikel](#)

### **Europäisches Parlament spricht sich für mehr Geschlechtergleichstellung in der Pflege aus**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 21.05.2026 Empfehlungen vorgelegt, um die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Pflege zu verbessern. Der Bericht betont, dass der Zugang zu Pflege ein Grundrecht ist, und fordert die Mitgliedstaaten auf, geschlechtsspezifische Ungleichheiten in allen Pflegebereichen zu beseitigen. Es wird zudem für eine „Care-Gesellschaft“ plädiert, welche häusliche Dienste, generationenübergreifende Solidarität und ein selbstbestimmtes Leben in den Mittelpunkt stellt, sowie für eine nachhaltige Finanzierung.

Des Weiteren spricht sich das EP für ein „Europäisches Statut für Pflegekräfte“ aus, um die Arbeit in der Pflege aufzuwerten und EU-weite Mindeststandards festzulegen. Informelle Pflege soll stärker in Sozialversicherungs- und Rentensystemen berücksichtigt werden.

In Bezug auf den Einsatz von Pflegekräften aus Nicht-EU-Staaten fordern die Abgeordneten, die inländische Anwerbung zu priorisieren und Zuwanderung am Bedarf des Arbeitsmarktes auszurichten. Gleichzeitig soll Rekrutierung aus dem Ausland über legale Migrationswege erfolgen und dafür die Investitionen in Ausbildung und Integration ausgebaut werden. Schwarzarbeit, Ausbeutung und prekäre Beschäftigung werden ausdrücklich verurteilt.

Das EP begrüßt zudem die Ankündigung der Kommission, gemeinsam der Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 2027 einen „European Care Deal“ vorzulegen.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission veröffentlicht Durchführungsverordnung im Rahmen der MDR und IVDR**

Am 18.05.2026 hat die Kommission eine Pressemitteilung zu einer neuen Durchführungsverordnung im Rahmen der Medical Device Regulation (MDR) und der Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IVDR) veröffentlicht. Die Verordnung richtet sich insbesondere an die Benannten Stellen, also Prüfstellen für Medizinprodukte, und soll deren Arbeit stärker harmonisieren, indem einheitliche Anforderungen für Qualitätsmanagement und Konformitätsbewertungsverfahren festgelegt werden. Die Verordnung soll zu mehr



Einheitlichkeit, Transparenz und klaren Fristen beitragen und den Marktzugang von Medizinprodukten in der EU beschleunigen. Benannte Stellen spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie die Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Medizinprodukten vor deren Markteinführung prüfen und überwachen.

Die Durchführungsverordnung soll auch dazu beitragen, die Situation insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Im Detail werden Anforderungen an die Angebotserstellung und Prozessüberwachung durch Benannte Stellen, Fristen und „Fristenunterbrechungen“ für wichtige Phasen bei der Überprüfung, sowie klarere Verfahren und Fristen für Rezertifizierungstätigkeiten festgelegt. Auch Übergangsregelungen werden festgelegt.

Die Durchführungsverordnung soll, mit Ausnahme des Jahresberichts über Fristen und Kosten, ab dem 25.02.2027 gelten.

[Durchführungsverordnung](#)

[Pressemitteilung](#)

### **Ebola-Ausbruch: Europäisches Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten gibt Einschätzungen und Empfehlungen ab**

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 17.05.2026 eine Mitteilung bezüglich des Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) herausgegeben. Darin wird mitgeteilt, dass das Ansteckungsrisiko für in der EU lebende Personen aktuell als sehr gering eingeschätzt wird. Ebenfalls als gering eingeschätzt wird die Ansteckungswahrscheinlichkeit für EU-Bürger, die in den betroffenen Regionen der DRK leben oder dorthin reisen. Das ECDC beobachtet diesen Ausbruch weiterhin im Rahmen seiner epidemiologischen Überwachungsaktivitäten und aktualisiert seine Einschätzung beim Vorliegen neuer Informationen. Des Weiteren besteht ein enger Austausch mit Partnern wie den Afrikanischen Zentren für Krankheitskontrolle und Prävention, der Kommission und der Weltgesundheitsorganisation.

[Mitteilung des ECDC](#)

[Aktuelle Informationen des ECDC](#)

### **Kommission startet Global Health Resilience Initiative**

Am 13.05.2026 hat die Kommission die Global Health Resilience Initiative gestartet. Ziel ist es, die Rolle der EU als verlässlichen und führenden Akteur im globalen Gesundheitsbereich zu stärken und die Fähigkeit zu verbessern, gemeinsam mit Partnern schneller und wirksamer auf Gesundheitsgefahren und -krisen zu reagieren. Gleichzeitig sollen die strategische Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt sowie Partnerländer dabei unterstützt werden, ihre Abhängigkeit von externer Hilfe zu verringern und mehr gesundheitspolitische Eigenständigkeit zu erreichen.



Die Initiative definiert fünf zentrale Prioritäten:

- Förderung einer effektiveren und besser abgestimmten globalen Gesundheitsarchitektur
- Stärkung widerstandsfähiger, von den Ländern selbst gesteuerter Gesundheitssysteme
- Ausbau von Prävention, Vorsorge und Krisenreaktion auf internationaler Ebene
- Diversifizierung globaler Lieferketten und Produktionskapazitäten für Gesundheitsgüter
- Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit durch Vertrauen in die Wissenschaft und Bekämpfung von Fehlinformationen

Zur Umsetzung sind neun Leitmaßnahmen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene vorgesehen, die ab 2026/2027 anlaufen.

[Pressemitteilung](#)

### **Rat und Europäisches Parlament erzielen vorläufige Einigung bei Critical Medicines Act**

Am 12.05.2026 haben der Rat und das Europäische Parlament (EP) im Trilogverfahren eine vorläufige Einigung zum Verordnungsentwurf über kritische Arzneimittel (Critical Medicines Act - CMA) erzielt. Ziel des CMA ist es, die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Pharmasektors zu stärken sowie die Verfügbarkeit und Versorgung mit essenziellen Arzneimitteln in der EU zu verbessern.

Konkret wurden im Rahmen der Einigung Kriterien für „Strategische Projekte“ festgelegt. Begünstigte Unternehmen sollen erleichterten Zugang zu Fördermitteln erhalten und zur vorrangigen Belieferung des EU-Marktes beitragen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, bei der Beschaffung essenzieller Arzneimittel Kriterien anzuwenden, die die Resilienz der Lieferketten stärken und eine Diversifizierung der Bezugsquellen fördern. Wenn bei bestimmten Arzneimitteln eine starke Abhängigkeit von wenigen Drittstaaten besteht, sollen Beschaffungsstellen Maßnahmen vorsehen, die die Produktion innerhalb der EU besonders berücksichtigen. Zudem soll der Informationsaustausch verbessert und die Nutzung des freiwilligen Solidaritätsmechanismus zur Umverteilung von essenziellen Arzneimitteln weiter konkretisiert werden.

Für das Initiieren von gemeinsamen Beschaffungen bei der Kommission sollen künftig nicht mehr neun, sondern lediglich fünf Mitgliedstaaten ausreichen. Zudem kann die Kommission diesen Prozess von sich aus anstoßen. Der Anwendungsbereich wird auf bestimmte Arzneimittel für seltene Krankheiten ausgeweitet, insbesondere im Kontext strategischer Projekte und gemeinsamer Beschaffung.

Bevor die neuen Vorschriften in Kraft treten können, muss die nun erzielte Einigung sowohl vom EP als auch vom Rat gebilligt werden.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung der Europäischen Arzneimittelagentur](#)

### **Kommission veröffentlicht Bericht zu Belegschaftsstärken im Gesundheitswesen**

Die Kommission hat am 07.05.2026 einen Bericht veröffentlicht, der sich mit der Frage beschäftigt, wie Belegschaftsstärken im Gesundheitswesen in den Mitgliedstaaten festgelegt, praktiziert und bewertet werden. Der Bericht beruht auf einer Umfrage und wurde von der Expertengruppe „Leistungsbewertung der Gesundheitssysteme“ der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik erstellt.

Der Bericht legt dar, dass die Festlegung von Belegschaftsstärken nicht nur eine technische, sondern stets auch eine politische Frage ist, bei der Evidenz, praktische Umsetzbarkeit und klare Zuständigkeiten miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Die tatsächliche Wirksamkeit von Personalschlüsseln ist demnach stark vom jeweiligen Kontext, den Methoden zur Festlegung und der Einbettung in die übergeordneten Ziele des Gesundheitssystems abhängig.

Für Deutschland beschreibt der Bericht das Governance-Modell der Personalbemessung im Krankenhausbereich (S. 48), die Bewertung der Mindestpersonalvorgaben für Pflegekräfte (S. 58) sowie den Übergang von festen Personalschlüsseln zu einem flexibleren, evidenzbasierten Ansatz (S. 64). Dabei wird insbesondere die Pflegepersonalbemessungsverordnung (PPBV) als Instrument hervorgehoben, das eine flexible, bedarfsorientiertere Personalplanung ermöglichen soll.

[Bericht](#)

### **Kommission kündigt Evaluierung des HTA-Rechtsrahmens an**

Die Kommission hat am 06.05.2026 eine Evaluierung der bestehenden EU-Regelungen im Bereich der Bewertung von Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment, HTA) angekündigt. Ziel der Evaluierung ist es, die Wirksamkeit des HTA-Rechtsrahmens zu überprüfen. Dabei soll auch analysiert werden, wie die Mitgliedstaaten die gemeinsamen klinischen Bewertungen in ihren nationalen Entscheidungsprozessen nutzen.

Der HTA-Rechtsrahmen der EU hat zum Ziel, die Mitgliedstaaten bei der klinischen Bewertung neuer Arzneimittel und Medizinprodukte zu unterstützen, und reduziert dadurch Doppelarbeiten für nationale Behörden sowie für die Industrie. Er soll dazu beitragen, den Zugang der Patientinnen und Patienten zu innovativen Therapien zu verbessern.



Eine öffentliche Konsultation soll im 3. Quartal 2026 durchgeführt werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2027 geplant.

[Zur Konsultation](#)

### **Kommission kündigt Möglichkeit individueller Befreiungen von der erweiterten Herstellerverantwortung bei der KARL an**

Die Kommission hat am 06.05.2026 eine Initiative für einen Durchführungsrechtsakt zu individuellen Befreiungen von der erweiterten Herstellerverantwortung im Rahmen der EU-Kommunalabwasserrichtlinie angekündigt. Nach Art. 9 der Richtlinie müssen Pharma- und Kosmetikunternehmen mindestens 80 % der Kosten für die Einführung einer vierten Reinigungsstufe in Klärwerken tragen.

Der geplante Durchführungsrechtsakt soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Anträge auf Ausnahmen von der erweiterten Herstellerverantwortung im Bereich der kommunalen Abwasserbehandlung zu prüfen. Voraussetzung dafür ist ein Nachweis der Hersteller, dass die in ihren Produkten enthaltenen Stoffe entweder im Abwasser schnell biologisch abbaubar sind oder am Ende ihres Lebenszyklus keine Mikroverunreinigungen verursachen.

Eine öffentliche Konsultation wird noch durchgeführt. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2027 geplant.

[Konsultation](#)

### **Kommission hebt die Bedeutung des Schutzes der psychischen Gesundheit junger Menschen im digitalen Umfeld hervor**

Anlässlich der Europäischen Woche der psychischen Gesundheit vom 04.05.2026 - 08.05.2026 hat die Kommission in einer Pressemitteilung vom 04.05.2026 auf die Wichtigkeit verwiesen, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vor übermäßiger Bildschirmzeit, suchtgefährdenden Algorithmen und schädlichen Inhalten zu schützen. Demnach würden digitale Plattformen zwar Chancen für Austausch und Lernen bieten, doch zu viel Bildschirmzeit könne insbesondere bei jungen Menschen negative Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit haben. Die EU arbeite daher intensiv daran, digitale Räume für Kinder sicherer zu gestalten. Dazu gehöre u. a. der Digital Services Act, der Plattformen verpflichtet, Risiken für das körperliche und psychische Wohlbefinden der Nutzer zu minimieren. Gleichzeitig sollen Schulungen zur Stärkung digitaler Kompetenzen junge Menschen dabei unterstützen, bewusster und gesünder mit digitalen Angeboten umzugehen.

Laut einer EU-Umfrage aus dem Jahr 2025 sehen über 90 % der Befragten dringenden Handlungsbedarf, um die mentale Gesundheit von Kindern besser vor den Risiken sozialer Medien zu schützen.



[Pressemitteilung](#)

**Hantavirus: Maßnahmen und Empfehlungen der EU-Einrichtungen**

Am 02.05.2026 wurde das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Kommission über ein Cluster schwerer Atemwegserkrankungen auf dem Kreuzfahrtschiff MV Hondius informiert. Als Erreger wurde der Andes-Stamm des Hantavirus identifiziert. Bis zum 11.06.2026 wurden insgesamt zwölf bestätigte Fälle gemeldet, darunter drei Tote.

EU-Einrichtungen reagierten mit verschiedenen Maßnahmen: Das ECDC veröffentlichte am 09.05.2026 Empfehlungen für den Umgang mit potenziell exponierten Personen und entsandte zusätzliche Experten zur Unterstützung. Zur besseren Abstimmung aktivierte die zyprische Ratspräsidentschaft am 14.05.2026 die IPCR-Regelung, um den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten zu bündeln. Zudem aktivierte Spanien aufgrund des Einlaufens des Schiffes im spanischen Teneriffa den EU-Katastrophenschutzmechanismus. Das EU-Referenzlabor für Public Health für hochpathogene, neu auftretende, zoonotische Bakterien wurde eingebunden und unterstützt nationale Referenzlabore bei der Diagnose von Infektionen mit dem Andes-Virus. Die Ergebnisse der jüngsten Sequenzierungen legen nahe, dass die Fälle auf ein und dasselbe zoonotische Spillover-Ereignis zurückgehen. Sowohl die Kommission als auch das ECDC stuften das Risiko für die EU-Bevölkerung weiterhin als niedrig ein.

[Pressemitteilung zu den ECDC-Empfehlungen](#)

[Pressemitteilung zur IPCR-Aktivierung](#)

[Aktuelle Informationen der Kommission](#)

[Aktuelle Informationen des ECDC](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### **Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD**

Irland übernimmt von Zypern zum 01.07.2026 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2026 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Im Fokus der Ratspräsidentschaft werden u.a. Cloud und KI stehen. Dazu soll ein KI-Gipfel abgehalten werden, wie die Chancen der Digitalisierung und der KI genutzt und gleichzeitig die Bürger befähigt werden können, in einer digitalen Gesellschaft erfolgreich zu sein. Zudem soll der Cloud and AI Development Act (CADA) vorangebracht werden, wobei mit einem Abschluss des Dossiers während der irischen Ratspräsidentschaft voraussichtlich nicht zu rechnen ist.

### **Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2026**

Die Kommission hat den vierten Bericht über den Stand der digitalen Dekade veröffentlicht. Der Bericht bewertet die Fortschritte der EU und Mitgliedsstaaten in allen Bereichen der Digitalisierung, einschließlich kritischer Infrastrukturen, der Digitalisierung der Wirtschaft, digitaler Kompetenzen und der Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen. In diesem Jahr geht der Bericht über eine Bestandsaufnahme hinaus und skizziert vorrangige Reformen und Investitionen auf EU- und Mitgliedstaatenebene, um als Leitfaden für die Zuweisung digitaler Finanzmittel im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU zu dienen. Deutschland wird oft unterdurchschnittlich bewertet, z. B. bei der Glasfaserabdeckung, Breitband und der digitalen Verwaltung.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission veröffentlicht European Technological Sovereignty Package**

Die Kommission hat am 03.06.2026 ihr European Technological Sovereignty Package veröffentlicht. Es dient zur Stärkung europäischer technologischer Souveränität, also zur Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei digitalen Schlüsseltechnologien. Im Paket enthalten sind u.a. der Verordnungs-Entwurf des Cloud and AI Development Act (CADA) und eine Open Source Strategie. Der CADA soll nach den Plänen der Kommission europäische Cloud-, KI- und Rechenzentrumskapazitäten erhöhen und enthält Anforderungen an die souveräne Cloud-Nutzung der öffentlichen Hand. Die Open Source Strategie versteht Open Source als Hebel für Souveränität, um Abhängigkeiten von proprietären, meist außereuropäischen IT-Lösungen zu reduzieren, europäische Ökosysteme zu stärken und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung auf „open source first“ sowie „public money, public code“ zu setzen.

[Pressemitteilung](#)



### Europäisches Parlament stimmt Trilogieeinigung zum KI-Omnibus zu

Am 16.06.2026 hat das Europäische Parlament den im Trilog ausgehandelten Kompromiss zum KI-Omnibus angenommen. Inhaltlich umfasst dieser u.a. ein Verbot von „Nudifier-Apps“, die Verschiebung zentraler Fristen für Hochrisiko-KI, Erleichterungen für KMU sowie Maßnahmen zur Verringerung von Überschneidungen mit sektorialem Produktsicherheitsrecht. Nächster Schritt ist die formelle Annahme durch den Rat.

[Pressemitteilung](#)

### Kommission ernennt *Jim Hagemann Snabe* zum Sonderbeauftragten für industrielle KI

Am 03.06.2026 ernannte die Kommission *Jim Hagemann Snabe*, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens AG, zum Sonderbeauftragten für industrielle KI. Damit übernimmt er beratende Tätigkeiten mit besonderem Schwerpunkt auf KI-Infrastruktur. Seine Ernennung ist umstritten, da aufgrund seiner beruflichen Tätigkeiten Interessenkonflikte bestehen könnten. Die Kommission verteidigte seine Ernennung durch das Ergreifen spezifischer Sicherheitsvorkehrungen.

[Pressemitteilung](#)

### EU und Brasilien vertiefen Beziehungen durch Digitalpartnerschaft

Die EU und Brasilien unterzeichneten am 12.06.2026 in Brasilia eine Digitalpartnerschaft. Im Anschluss daran kam es zur Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung zur Verbesserung der Zusammenarbeit beim Schutz Minderjähriger im Internet. Weitere Ziele sind die Förderung effizienter und resilienter globaler Lieferketten, die Schaffung eines inklusiven, regelbasierten Systems der globalen digitalen Governance und eine allgemein weltweit gerechtere Verteilung der Vorteile des technologischen Fortschritts.

[Pressemitteilung](#)

### EU und Japan bauen Digitalpartnerschaft aus

Auf der vierten Tagung des Digitalpartnerschaftsrats in Brüssel haben die EU und Japan ihre Kooperation bei KI, Datenräumen, Quantentechnologien, Halbleitern, 6G und Plattformregulierung ausgebaut. Vereinbart wurde u. a. die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Interoperabilität von Datenräumen und Datenpolitik. Zudem wird der Anwendungsbereich des EU-Angemessenheitsbeschlusses in Bezug auf Japan auf Wissenschaft und Forschung ausgeweitet, um den Austausch von Forschungsdaten zu erleichtern und eine Kooperationsvereinbarung zu Online-Plattformen geschlossen. Bezüglich Quantentechnologien startete das Forschungsprojekt „Q-Neko“, das hybride Rechenumgebungen entwickelt. Die nächste Tagung des Digitalpartnerschaftsrats findet 2027 in Tokio statt.



[Pressemitteilung](#)

## KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

### Kommission setzt zwei Expertengremien zur Umsetzung der KI-Verordnung ein

Die Kommission setzte am 01.06.2026 ein wissenschaftliches Gremium und einen Beirat ein, um die Durchsetzung der KI-Verordnung zu unterstützen. Ihre Mitglieder mit einer Amtszeit von zwei Jahren beraten bei der Anwendung der Vorschriften. Während das Scientific Panel aus 60 weltweit führenden unabhängigen Experten aus den Bereichen Frontier AI, Engineering, Technical Auditing, Industrie und gesellschaftliche Auswirkungen besteht, kommen die Mitglieder des Beirats aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Industrie, KMU und Start-ups. Der Beirat wird unabhängiges technisches Fachwissen und Beratung im Zusammenhang mit dem KI-Gesetz und bei Herausforderungen bereitstellen.

[Pressemitteilung](#)

### Umsetzung der Transparenzanforderungen

Art. 50 KI-Verordnung sieht Transparenzpflichten für KI-generierte Inhalte und Deep Fakes sowie Informationspflichten gegenüber Nutzern beim Einsatz von KI-Systemen vor. Zur leichten Umsetzung der Anforderungen hat die Kommission einen Leitlinien-Entwurf veröffentlicht und eine öffentliche Konsultation zu diesem Entwurf durchgeführt. Nach der Auswertung der Konsultation werden die Leitlinien von der Kommission final angenommen.

[Pressemitteilung](#)

### Kommission führt Konsultation zur Einstufung von Hochrisiko-KI-Systemen durch

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu Leitlinien-Entwürfen zur Einstufung von Hochrisiko-KI-Systemen gestartet. Ziel ist es, Rückmeldungen zur Verständlichkeit der Leitlinien und zur Nützlichkeit der Beispiele einzuholen. Die Leitlinien sollen Anbietern, Betreibern und weiteren Akteuren helfen, zu beurteilen, ob ein KI-System in die Hochrisikokategorie einzustufen ist. Dabei werden die relevanten Bestimmungen der KI-Verordnung erläutert und anhand praktischer Beispiele zur Einstufung in verschiedenen Bereichen und Anwendungsfällen konkretisiert. Die Rückmeldungen fließen in die endgültige Ausarbeitung der Leitlinien ein.

[Pressemitteilung](#)



## PLATTFORMEN

### Kommission veröffentlicht Bericht über die Umsetzung des Digital Markets Act

Die Kommission legte am 22.05.2026 ihren dritten Jahresbericht zu den Fortschritten der Umsetzung des Digital Markets Act (DMA) vor. Schwerpunkt bildet dabei die Durchsetzung des DMA mit den laufenden und abgeschlossenen Verfahren.

[Pressemitteilung](#)

### Kommission verhängt Geldbuße von 200 Mio. € gegen Temu

Die Kommission verhängte eine Geldbuße in Höhe von 200 Mio. € gegen die chinesische Onlineplattform Temu wegen Verstoßes gegen den Digital Services Act (DSA). In die Bewertung flossen auch Ergebnisse einer von der Kommission beauftragten Testkaufaktion ein. Bei Babyspielzeug fanden die Tester bspw. Chemikalien, die gesetzliche Sicherheitsgrenzwerte überschritten oder bei denen lockere Teile eine Erstickungsgefahr darstellten. Temu muss bis zum 28.08.2026 erklären, wie sie die Mängel beheben will.

[Pressemitteilung](#)

### Meta muss konkurrierenden KI-Chatbots kostenlosen WhatsApp-Zugang geben

Die Kommission erließ am 10.06.2026 eine einstweilige Anordnung gegen den US-Technologiekonzern Meta, laut der Meta konkurrierenden KI-Chatbots vorerst kostenlosen Zugang zu WhatsApp gewähren muss. Im Oktober 2025 hatte Meta seinen Konkurrenten den Zugang gesperrt. Der eigene Assistent Meta AI blieb davon ausgenommen. Nach einem Einwand der Kommission gab Meta die Plattform im März wieder frei – gegen eine Gebühr. Meta musste binnen fünf Werktagen wieder Zugriff auf die Programmierschnittstelle (API) von WhatsApp for Business zu den vor Oktober 2025 geltenden Bedingungen geben. Die Kommission prüft derzeit, ob Meta durch den Ausschluss von Wettbewerbern vom Messengerdienst seine Marktposition missbraucht hat. Meta kritisierte den Beschluss und kündigte Rechtsmittel an.

[Pressemitteilung](#)

### Kommission bittet um Rückmeldung zu den Trusted-Flagger-Richtlinien

Die Kommission veröffentlichte am 29.05.2026 einen Entwurf für Richtlinien, wie die Digital Services Coordinators der Mitgliedstaaten sog. „Trusted Flagger“ identifizieren sollen. Die Trusted Flagger sind Institutionen, die der Digital Services Act (DSA) geschaffen hat. Sie melden potenziell illegale Inhalte an die Betreiber von Social-Media-Plattformen. Der Entwurf stellt dafür Kriterien und Prozesse klar und enthält technische Anforderungen, denen sowohl Trusted-Flagger-Organisationen als auch die Plattformen befolgen



sollen. Nach dem Gesetz sollen die Plattformbetreiber ihre Meldungen priorisiert bearbeiten. Laut der Kommission gibt es schon rund 70 Trusted Flagger in der EU. Die Richtlinien sollen auch dafür sorgen, dass die Meldeorganisationen unabhängig, objektiv und rechenschaftspflichtig bleiben und sich frei äußern können. Interessierte können die Richtlinien noch bis zum 26.06.2026 kommentieren.

[Pressemitteilung](#)